

## Deutschland – Krisengewinner?

### **Steffen Lehndorff**

Man spricht deutsch: Eine trügerische Erfolgsgeschichte

### **Bernd Röttger**

Noch immer „Modell Deutschland“?

### **Christoph Scheuplein**

An die Wertschöpfungskette gelegt

### **Christian Schröder, Leiv Eirik Voigtländer**

Ringeln um den Regelsatz. Erwerbslosenproteste und die Neubestimmung der Hartz-IV-Höhe

### **Alex Demirović, Thomas Sablowski**

Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa

---

### **Stephan Lessenich**

Brauner Osten? Wie neulich mal wieder die DDR besiegt wurde

### **Isidro López, Emmanuel Rodríguez**

Das spanische Modell

### **Ramón Espinar, Jacobo Abellán**

„Lo llaman democracia y no lo es“  
Eine demokratietheoretische Annäherung an die Bewegung des 15. Mai

### **Michael Janoschka, Jorge Sequera**

Zur symbolischen Rückeroberung und Politisierung des öffentlichen Raums

### **Efrat Eizenberg**

Soziale Proteste in Israel:  
die Eroberung neuer sozialer Räume



---

# PROKLA

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

---

Heft 166 – 42. Jahrgang 2012, Nr. 1

Die PROKLA wird herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt.

Redaktion: *Alex Demirović, Michael Heinrich* (geschäftsführend, presserechtlich verantwortlich), *Martin Kronauer, Henrik Lebuhm, Stephan Lessenich, Sabine Nuss, Thomas Sablowski, Stefan Schmalz, Dorothea Schmidt*

Redaktionsbeirat: *Margit Mayer, Klaus Müller, Urs Müller-Plantenberg, Christoph Scherrer, Rudi Schmidt, Günter Thien, Ulf Kadritzke, Gudrun Trautwein-Kalms*

In der Zeitschrift PROKLA werden seit 1971 Themen aus den Bereichen der Politischen Ökonomie, der Politik, Sozialgeschichte und Soziologie bearbeitet. Im Zentrum stehen dabei gesellschaftliche Machtverhältnisse, Polarisierungen im internationalen System und das gesellschaftliche Naturverhältnis. Die Hefte werden jeweils nach thematischen Schwerpunkten zusammengestellt.

Der Inhalt der letzten Hefte ist auf den letzten Seiten aufgelistet. Die Schwerpunkte der nächsten Nummern (siehe auch die Call for Papers unter [www.prokla.de](http://www.prokla.de)) sind:

PROKLA 167	Juni	2012	Perspektiven der Gesellschaftskritik heute
PROKLA 168	September	2012	EU und Euro in der Krise
PROKLA 169	Dezember	2012	Konzentration und transnationales Kapital

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Eine Haftung kann nicht übernommen werden. Die Beiträge sollten sich in einem Umfang von 12-25 Seiten (max. 50.000 Zeichen) halten (amerikanische Zitierweise, Bibliographie am Ende des Texts, ein Merkblatt zur formalen Gestaltung der Artikel kann von unserer Website [www.prokla.de](http://www.prokla.de) heruntergeladen werden). Manuskripte bitte stets in elektronischer Form an [redaktion@prokla.de](mailto:redaktion@prokla.de) einsenden.

Die PROKLA erscheint regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 640 Seiten. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement 9,50 €, im Einzelverkauf 14 €. Abonnements erhalten Sie über eine Buchhandlung oder über den Verlag (Postkarte im Innern des Hefts). Wenn Sie über den Verlag abonnieren, erhalten Sie von einer Versandbuchhandlung, die mit dem Verlag kooperiert, eine Vorausrechnung für die nächsten Hefte (38,- € plus Porto). Nach Bezahlung erhalten Sie die Hefte jeweils nach Erscheinen sofort zugeschickt.

Postanschrift: PROKLA-Redaktion, Postfach 100 529, D-10565 Berlin  
Tel.: (030) 3 95 66 22; E-mail: [redaktion@prokla.de](mailto:redaktion@prokla.de)  
PROKLA im Internet: <http://www.prokla.de>

Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster,  
Telefon (02 51) 39 00 48-0, FAX (02 51) 39 00 48 50,  
E-mail: [info@dampfboot-verlag.de](mailto:info@dampfboot-verlag.de), Internet:<http://www.dampfboot-verlag.de>

Vertrieb an Einzelkunden: Germinal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald,  
Tel.: +49 (0) 641 / 4 17 00, E-mail: [bestellservice@germinal.de](mailto:bestellservice@germinal.de)

Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen: Prolit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16  
D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 9 43 93 33,  
Fax: +49 (0) 641 / 9 43 93 39; E-mail: [R.Eckert@prolit.de](mailto:R.Eckert@prolit.de)

© 2012 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten.  
Druck und Bindung: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Schefflitz

Der Ausgabe liegt ein Prospekt des „informationszentrum 3. welt“ bei.

ISSN 0342-8176

ISBN 978-3-89691-365-4

## Deutschland – Krisengewinner?

<i>PROKLA-Redaktion</i> : Editorial .....	2
<i>Steffen Lehdorff</i> : Man spricht deutsch: Eine trügerische Erfolgsgeschichte. . .	7
<i>Bernd Röttger</i> : Noch immer „Modell Deutschland“? Mythen und Realitäten politökonomischer Kontinuität einer Gesellschaftsformation . . .	29
<i>Christoph Scheuplein</i> : An die Wertschöpfungskette gelegt Die finanzgetriebene Restrukturierung in der deutschen Automobilzulieferindustrie und ihr Scheitern .....	49
<i>Christian Schröder / Leiv Eirik Voigtländer</i> : Ringen um den Regelsatz Erwerbslosenproteste und die Neubestimmung der Hartz-IV-Höhe. ....	65
<i>Alex Demirović / Thomas Sablowski</i> : Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa .....	77

### Einspruch

<i>Stephan Lessenich</i> : Brauner Osten? Wie neulich mal wieder die DDR besiegt wurde. ....	107
---	-----

### Soziale Proteste in Spanien und Israel

<i>Isidro López / Emmanuel Rodríguez</i> : Das spanische Modell. ....	113
<i>Ramón Espinar / Jacobo Abellán</i> : “Lo llaman democracia y no lo es” Eine demokratietheoretische Annäherung an die Bewegung des 15. Mai . .	135
<i>Michael Janoschka / Jorge Sequera</i> : Zur symbolischen Rückeroberung und Politisierung des öffentlichen Raums Eine Analyse der Raumpolitiken des movimiento 15-M. ....	151
<i>Efrat Eizenberg</i> : Soziale Proteste in Israel: die Eroberung neuer sozialer Räume. ....	163
<i>Summaries</i> .....	173
<i>Zu den AutorInnen</i> .....	175

## Editorial: Deutschland – Krisengewinner?

„Wir wollen gestärkt aus dieser Krise hervorgehen“, hatte Bundeskanzlerin Merkel vor der Europawahl 2009 verkündet. Sie scheint ihr Ziel erreicht zu haben. Als wir das vorliegende Heft konzipierten, erschien Deutschland jedenfalls als Krisengewinner. Die deutsche Wirtschaft war zwar aufgrund ihrer hohen Exportabhängigkeit relativ stark von der Rezession zwischen dem Herbst 2008 und dem Frühjahr 2009 betroffen, erholte sich dann jedoch rasch wieder. Während das Bruttoinlandsprodukt 2009 um 4,7% schrumpfte, wuchs es 2010 um 3,5%. Dass auf den tiefen Einschnitt eine Periode kräftigen Wachstums folgte, war an sich nicht weiter verwunderlich: Es handelte sich im Grunde nur um eine Rückkehr zu dem Reproduktionsniveau vor der Krise. Es wurde bereits Mitte 2011 wieder erreicht. Im Vergleich zu den europäischen Nachbarn ist das ökonomische und politische Gewicht Deutschlands aber gewachsen. Lag der deutsche Anteil am Sozialprodukt der 27 EU-Länder 2007 bei 19,6%, so stieg er bis 2010 auf 21,9%.

Die direkten Auswirkungen der Krise 2008-2009 wurden in Deutschland durch „Langzeit-Kurzarbeitergeld“ und Maßnahmen wie die Abwrackprämie abgedeckt. Zwar wurden Hunderttausende, vornehmlich die Leiharbeiter, kurzfristig auf die Straße gesetzt, doch im Vergleich zu anderen Ländern blieb der Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise gering. Die Bundesregierung konnte dann auch

relativ schnell von den „keynesianischen“ Konjunkturmaßnahmen auf eine Politik der Haushaltskonsolidierung umschalten. Sie ging dabei insofern konsequent vor, als sich ihre Sparmaßnahmen gezielt gegen die schwächsten Teile der Lohnabhängigen, namentlich die Bezüher von „Hartz IV“, richteten. Damit wurde eine alte Strategie, die Spaltung zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, ein weiteres Mal erfolgreich von der Regierung angewandt. Nicht zuletzt die Durchsetzung der „Schuldenbremse“, die Gesundheitsreform oder der Verkauf der Postbank machten deutlich, dass die Krise keineswegs zu einem Bruch mit der neoliberalen Politik geführt hat. Im Vergleich zu anderen europäischen Krisenländern blieben die deutschen Sparmaßnahmen freilich begrenzt. Die Haushaltslage in Deutschland entspannte sich auch dadurch, dass die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen sanken, während sie in anderen Ländern Europas stiegen. Deutsche Staatsanleihen waren als „sicherer Hafen“ für das Kapital gefragt, das aus Griechenland, Spanien, Italien und anderen Krisenländern abgezogen wurde.

Die ökonomische Krise in Deutschland entwickelte sich jedoch – im Unterschied zu Griechenland oder Italien – nicht zu einer politischen Krise. Die Proteste gegen die Regierungspolitik blieben relativ schwach. Ein Bündnis verschiedener linker Kräfte konnte 2009 und 2010 unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“

zweimal rund 70.000 Demonstranten auf die Straße bringen – zu wenig, um neue Angriffe auf die Lohnabhängigen abwehren zu können. Auch der von den Gewerkschaften angekündigte „heiße Herbst“ 2010 blieb ziemlich lau. Anstatt auf die Straße zu gehen, versammelte die IG Metall z.B. ihre Truppen zu einer Kundgebung in einem Fußballstadion in Frankfurt. Die halbherzigen Proteste der Gewerkschaften gegen die Regierungspolitik hingen damit zusammen, dass sie in die Krisenpolitik der Regierung eingebunden wurden. Die IG Metall schrieb es sich selbst als Verdienst zu, die Abwrackprämie und den großzügigen Umgang mit dem Kurzarbeitergeld durchgesetzt zu haben. Der „Krisenkorporatismus“ (Hans-Jürgen Urban) wurde 2010 bei der Vorbereitung der Sparmaßnahmen fortgesetzt. So machte z.B. die IG BCE deutlich, dass sie Angriffe auf die steuerliche Begünstigung der Feiertags- und Nachtzuschläge bei den Löhnen der Schichtarbeiter nicht kampflos hinnehmen werde. Im Umkehrschluss konnte die Regierung davon ausgehen, dass Angriffe auf Erwerbslose oder eine weitere Verschärfung der Gesundheitsreform keinen großen Widerstand seitens der Gewerkschaft hervorrufen würden.

Doch die Widersprüche, die zu der Krise führten, sind keineswegs überwunden. Die Krise des *Subprime*-Hypothekenmarktes in den USA seit Ende 2006, die Finanzkrise 2008, die große Rezession 2008-2009, die Staatsschuldenkrise in Europa, die erneute Bankenkrise – all dies sind nur miteinander verkettete Erscheinungsformen einer „großen“ Krise. Höchstwahrscheinlich befindet sich Europa gegenwärtig bereits in einer weiteren Rezession. Deutschland kann sich nicht dauerhaft von der europäischen Konjunktur abkoppeln, obwohl die Exporte in Regionen außerhalb der Eurozone in den

letzten Jahren viel stärker gewachsen sind als die Exporte in die Eurozone und China mittlerweile der größte Abnehmer von Waren „Made in Germany“ ist. Umgekehrt droht Europa die Weltwirtschaft jetzt mit in den Abgrund zu ziehen. Gleichzeitig sind die staatlichen Handlungsmöglichkeiten heute jedoch deutlich eingeschränkter als 2008-2009.

Die Beiträge des Themenschwerpunktes in diesem Heft zielen darauf, das Nebeneinander von Krise, kurzfristigem Zwischenhoch, wachsender sozialer Spaltung und partieller politischer Befriedung in Deutschland besser zu verstehen. Ähnliche Diskussionen wurden in der PROKLA bereits früher geführt. Zu erinnern ist etwa an die kritischen Analysen zum „Modell Deutschland“ in den Heften 40 und 41 (1980). Im historischen Vergleich werden Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zwischen der jetzigen Situation und der damaligen Krise des Fordismus deutlich. „Modell Deutschland“, das war 1976 zunächst ein sozialdemokratischer Wahlkampfslogan, der eine Krisenüberwindung durch die Verbindung der an der Weltmarktkonkurrenz orientierten „Modernisierung der Volkswirtschaft“ mit einer sozialstaatlichen Abfederung der Krisenfolgen versprach. In der marxistischen Diskussion wurde der Begriff kritisch gewendet und für die Analyse der westdeutschen Gesellschaftsformation fruchtbar gemacht. Aus der Sicht der damaligen PROKLA-Redaktion stand das „Modell“ für „a) die enge Harmonisierung von Regierungs- und Gewerkschaftspolitik (vermittelt über die Verbindung SPD-DGB), b) eine Politik der Weltmarktoffensive/ Weltmarktanpassung (‘Modernisierung der Volkswirtschaft’) unter Wahrung der Interessen der Kernbelegschaften, c) eine Politik der sozialpolitischen Pazifizierung von ‘Problemgruppen’ unter Wahrung ei-

nes Minimalgrades an Solidarität, d) eine Politik der Minimalisierung, Abspaltung und Repression von Systemgegnerschaft unter Wahrung eines Minimalgrades von Rechtsstaatlichkeit“ (Editorial Heft 40, S. 3). Gilt dies alles nicht auch heute noch, wenn man davon absieht, dass die SPD gerade nicht an der Bundesregierung beteiligt ist? Andererseits: Wie sehr hat sich die Bundesrepublik seither verändert ... Es genügt zu erwähnen, dass die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen 1980 unter einer Million lag, während sie heute trotz sinkender Arbeitslosenzahlen noch immer über drei Millionen liegt (ohne diverse Umstellungen der Statistik läge sie noch erheblich höher) und dass es 1980 noch kein „Hartz IV“, sondern eine (allerdings ebenfalls „bedürftigkeitsgeprüfte“) Arbeitslosenhilfe in Höhe von 58% des („typischen“) Nettoeinkommens gab. Was unter einem „Minimalgrad an Solidarität“ und einem „Minimalgrad an Rechtsstaatlichkeit“ zu verstehen ist, ist offenbar historisch sehr dehnbar.

*Bernd Röttger* skizziert in seinem Beitrag die Transformationen des „Modell Deutschland“, die dazu geführt haben, dass dessen „Hülle“ zwar noch existiert, diese aber einen deutlich anderen Inhalt als in den 1970er Jahren verbirgt. Der Zwangscharakter des „Modell Deutschland“, d.h. der „Sachzwang Weltmarkt“ tritt stärker in den Vordergrund. Und eben diese Zwangsmomente werden nun exportiert: Schuldenbremse, Arbeitszeitverlängerung, Rentenkürzung für alle Europäer. *Steffen Lebnedorff* argumentiert in seinem Aufsatz, dass der Verweis auf die Zunahme der Staatsverschuldung letztlich nur ein Vorwand ist, um die neoliberale Politik der Umverteilung von unten nach oben fortzusetzen, nachdem diese in Europa seit Ausbruch der Krise nicht mehr ungebrochen propagiert wer-

den kann. Die Entwicklungsweise des „Exportweltmeisters“ ist jedoch nicht nur nicht verallgemeinerbar, der Versuch ihrer Verallgemeinerung treibt Europa tiefer in die Krise. Warum es in der Krise bisher zu keinen progressiven Verschiebungen der Kräfteverhältnisse gekommen ist, untersuchen *Christian Schröder* und *Leiv Erik Voigtländer* am Beispiel der Erwerbslosenproteste und des Ringens um die Erhöhung der Regelsätze beim Arbeitslosengeld II. Neben der organisatorischen Schwäche der Erwerbslosen sehen sie in dem faktischen Fortbestehen der „Hartz IV-Koalition“ die Ursache dafür, dass der Kampf um eine substanzielle Erhöhung der Regelsätze bisher nicht zum Erfolg geführt hat. *Alex Demirović* und *Thomas Sablowski* rücken die Diskussion um die Rolle der deutschen Politik in der gegenwärtigen Krise in den größeren Zusammenhang der Versuche, das finanzdominierte Akkumulationsregime, das sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet hat, zu stabilisieren. Was als Gegensatz der nationalen Interessen Deutschlands und anderer Länder erscheint, ist Ausdruck der tief greifenden Widersprüche, in die eine auf ständiger Ausweitung der Verschuldung basierende Form der privaten Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums inzwischen geraten ist. Selbst die herrschenden Klassen sind sich uneins darüber, wie die Krise gelöst werden kann. *Christoph Scheuplein* arbeitet am Fallbeispiel der deutschen Automobilzulieferindustrie heraus, wie *Shareholder Value*-orientierte Investitionsstrategien in der Krise des Finanzmarkt kapitalismus an ihre Grenzen geraten. Unternehmen, die von Private-Equity-Gesellschaften kontrolliert wurden, gingen öfter in Insolvenz als andere Firmen. Auch mussten sich Private-Equity-Investoren in vielen Fällen dauerhaft an Unternehmen binden, um schmerzhafte Verluste zu verhindern.

Der Beitrag von Klaus Müller und Rudi Schmidt über die griechische und europäische Krise in PROKLA 159 hat am Beispiel Griechenlands deutlich gemacht, wie internationale und nationale Krisenursachen ineinander greifen. In diesem Heft stellen *Isidro López* und *Emmanuel Rodríguez* die Widersprüche des spanischen Wachstumsmodells dar, die sie bis in die Zeit der Diktatur von Franco zurückverfolgen, in der unter anderem die Grundlagen für den Immobilienboom geschaffen wurden und dessen destruktiver Charakter nun offensichtlich geworden ist. Daran anschließend thematisieren die Aufsätze von *Ramón Espinar* und *Jacobo Abellán* sowie von *Michael Janoschka* und *Jorge Sequera* aus unterschiedlichen Perspektiven die „Bewegung des 15. Mai“. Die Bewegung der *indignados*, der „Empörten“ konnte zwar die politischen Kräfteverhältnisse auf der Ebene der Wahlen, des Parlaments und der Regierung kaum beeinflussen, aber sie hat sich ausgehend von der Besetzung der zentralen Plätze in den Städten verbreitet und die Diskussion über „wirkliche Demokratie“ in die Stadtviertel getragen. Im Mai jährt sich der Tag, an dem die Bewegung in der spanischen Öffentlichkeit in Erscheinung trat. Neue Proteste sind geplant, nicht nur in Spanien, sondern auch in vielen anderen Ländern. Der Beitrag von *Efrat Eizenberg* behandelt die ähnlich gelagerten Bewegungen in Israel seit dem Sommer 2011. Doch gibt es

hier Besonderheiten, vor allem die, dass erstmals seit langer Zeit soziale Themen überhaupt wieder in den Vordergrund getreten sind, während das politische Leben sonst stets von der täglichen Dramatik der Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern beherrscht wurde, was alle anderen Probleme zu Randscheinungen degradierte. Das Thema der Krise wird die PROKLA auch weiterhin beschäftigen. PROKLA 168 (September 2012) wird sich mit der „EU und Euro in der Krise“ beschäftigen: *Neue Probleme des Klassenkampfes* stehen an.

\* \* \*

Es bleibt noch eine traurige Nachricht mitzuteilen: *Willfried Spohn*, der bis 1986 der PROKLA-Redaktion angehörte und eine ganze Reihe von wichtigen Beiträgen für die PROKLA verfasst hat, unter anderem zur Arbeiterbewegung, zur Kritik des Leninismus, zur Sowjetunion und zum Verhältnis von Geschichte und Marxismus, ist tot. Er war ein Soziologe, der in vielen Disziplinen und Sprachen zu Hause war; stets ein origineller und anregender Denker. Zuletzt hatte er eine Professur für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften am Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europa-Studien an der Universität Wrocław in Polen inne. Auf dem Weg dorthin ist er am 16. Januar 2012 bei einem Autounfall ums Leben gekommen.

## PROKLA 167 Perspektiven der Gesellschaftskritik heute (Juni 2012)

An PROKLA 165 „Gesellschaftstheorie im Anschluss an Marx“ anknüpfend soll nun das gesellschaftskritische Potenzial von sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnosen und postmarxistischen Theorien der Gegenwart untersucht werden. Ausgehend von aktuellen Diskussionen über das Verhältnis von Gesellschaftswissenschaft und Kritik interessieren dabei sowohl Theorien und wissenschaftliche Praktiken der Gesellschaftskritik als auch die Gesellschaftskritik als Gegenstand konkreter Analysen. Wo finden aktuelle gesellschaftskritische Ansätze ihre theoretischen wie praktischen Ansatzpunkte? Wie verhalten sich dabei Theorie, Kritik und Praxis zueinander? In dem Heft sollen nicht nur ausgewählte gesellschaftswissenschaftliche Zeitdiagnosen wie die von Badiou, Rancière oder Fraser im Hinblick auf ihr kritisches Potenzial diskutiert werden. Es soll auch um die Konsequenzen der theoretischen Verschiebungen im Zuge des interpretative/discursive/cultural turn für das (sozial-)wissenschaftliche Projekt der Gesellschaftskritik gehen. Wie können im Lichte der seit drei Jahrzehnten aus unterschiedlichen Perspektiven entwickelten Wahrheits-, Subjekt- und Universalitätskritik(en) kritische Standpunkte eingenommen und ausgewiesen werden? Welche Rolle spielt dieses theoretische Feld für aktuelle Zeitdiagnosen? Welche Anschlüsse an materialistische Kritiken bieten sich an?

# LUXEMBURG 1

## GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2012

»ENERGIEKÄMPFE« 30-jähriger Krieg? Geopolitik und Energie | Megaprojekte versus Dezentralisierung | Energierivolten in Nigeria | Landnahme und Geschlechterverhältnisse | Braunkohle, CCS und Widersprüche der LINKEN | Energietische, Stadtwerke und Vielfachkrise | Und noch ein Gipfel: Rio+20 | Energierévolution | Statt grünem Kapitalismus | Energetischer Systemwechsel und Energiesouveränität | Bio-Energie-Dörfer als regionale Perspektive

MIT BEITRÄGEN VON Alberto Acosta | Michael Klare | Uli Brand | Marcel Hänggi | Christa Wichterich | Ewa Charkiewicz | Olaf Bernau | Dagmar Enkelmann | Andrea Ypsilanti | Dieter Klein | Bodo Ramelow | Rainer Land | Luismi Uharte | Tadzio Müller u.a.

März 2012, Einzelheft 10,- €, Jahres-Abo 30,- € (Ausl. 40,-), erm. 20,- €, Probe-Abo 10,- €, jetzt abonnieren und Jahrgang 2011 kostenlos dazu bekommen:  
[www.zeitschrift-luxemburg.de](http://www.zeitschrift-luxemburg.de), VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Steffen Lehndorff

---

## Man spricht deutsch: Eine trügerische Erfolgsgeschichte

I'm on my way to the Promised Land  
I'm on the highway to hell  
*AC/DC, 1979*

„Deutschland geht es gut“ – so lautete der Kernsatz der diesjährigen Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin. Nun wird gewöhnlich nach diesen Ansprachen rasch wieder zur Tagesordnung übergegangen, und die Halbwertszeit wirtschaftlicher Bestandsaufnahmen oder gar Prognosen ist derzeit ohnehin besonders kurz. Dennoch sollte dieser Satz ernst genommen werden. Seine eigentliche politische Kraft liegt in der impliziten – und zutreffenden – Botschaft, dass es Deutschland deutlich besser gehe als einigen anderen EU-Ländern. Bedenkenswert ist auch die Ankündigung der Kanzlerin, dass „Europa stärker aus dieser Krise hervorgehen wird, als es in sie hineingegangen ist“. Die gleiche Formulierung hat sie bereits drei Jahre zuvor verwandt, zu Beginn der großen Finanzkrise, und zwar in Bezug auf Deutschland. Mit dieser damals sehr mutigen Ankündigung hat sie – zumindest einstweilen – Recht behalten. Man mag vielleicht bezweifeln, dass Deutschland – „Beschäftigungswunder“ hin oder her – wirtschaftlich stärker geworden ist. Aber seine politische Durchsetzungskraft in der EU ist heute größer denn je. Wenn aber an ihrer damaligen Prophezeiung so viel Wahres war, warum sollte dies heute ganz anders sein?

Kurzum: Frau Merkels Ansage ist ernst gemeint und verdient es, als politische Willenserklärung ebenso ernst genommen zu werden. Credo und Stoßrichtung dieser Willenserklärung sind leicht zusammenzufassen: Die Spitzen der deutschen Wirtschaft und Politik haben in den zurückliegenden zehn (vielleicht sogar 20) Jahren alles Entscheidende richtig gemacht. Jetzt müssen die Führenden in den anderen EU-Ländern dem deutschen Beispiel folgen, damit die Eurozone aus ihrer gegenwärtigen Krise herausfindet und die EU sowohl wirtschaftlich als auch politisch gestärkt wird. Diese Leitgedanken werden aller Voraussicht nach auch dann noch die deutsche Politik bestimmen, nachdem die Ausgabe 166 der PROKLA erschienen ist, aber kaum jemand sich noch an die Sätze der Kanzlerin aus der Neujahrsnacht erinnern wird.

Im Folgenden soll die vermeintliche deutsche Erfolgsgeschichte hinterfragt werden. Der fragwürdige Aufstieg Deutschlands zur nicht mehr nur wirtschaftlich, sondern auch politisch führenden Macht in Europa wird genauer untersucht. Zunächst charakterisiere ich das Austeritätsregime in der EU, das wesentlich auf Betreiben der deutschen Regierung errichtet wird, um dann das „Geschäftsmodell“ des deutschen Kapitalismus zu analysieren, das hinter dieser Politik steht. Auch wenn die Befürworter dieses Modells drauf und dran sind, die Voraussetzungen bisheriger Erfolge zu untergraben, ist, wie ich abschließend skizziere, die Entwicklung einer Alternative eine äußerst anspruchsvolle Herausforderung.<sup>1</sup>

## 1. Der Rettungsanker des Neoliberalismus

Das vielleicht Bemerkenswerteste an der gegenwärtigen Krise ist die ungebrochene Dominanz neoliberaler Dogmen in Politik und Medien. Paul Krugman (2010) hat dies mit Blick auf die USA als „den seltsamen Triumph gescheiterter Ideen“ bezeichnet: „Die Fundamentalisten des freien Marktes haben sich in allem geirrt – doch sie dominieren die politische Szene gründlicher als jemals zuvor.“ Im Unterschied zu den USA gibt es möglicherweise jedoch in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern zwei wesentliche Differenzen zur Zeit vor 2008: Erstens sind die Großkonzerne der Finanzbranche, also die mächtigsten Interessengruppen, die heute wie vor der Krise die Regierungspolitik beeinflussen, extrem unpopulär geworden. Zweitens hat der Markt-Fundamentalismus seine frühere Überzeugungskraft in hohem Maße eingebüßt. Mit dem Satz „Der Markt regelt es am besten“ lässt sich heute nur noch auf Umwegen Politik begründen. Der wichtigste dieser Umwege hat einen Namen: „Staatsverschuldung“.

### 1.1 Die Fiskaldiktatur

Die Fokussierung auf den Abbau der in der Krise sprunghaft angestiegenen Staatsschulden ermöglicht den Regierenden einen verblüffenden Spagat zwischen Rhetorik und praktischer Politik. Verblüffend insofern, als die Abfolge der Ereignisse ja weithin unbestritten ist: „Die Krise begann mit zu hohen und gehobelten privaten Schulden, die zu staatlichen Haushaltsdefiziten und Schulden

---

1 Im vorliegenden Aufsatz stütze ich mich auf das kürzlich beim Europäischen Gewerkschaftsinstitut erschienene Buch über die Auswirkungen der Krise in zehn europäischen Ländern (Lehndorff 2012; eine Veröffentlichung des Bandes in deutscher Sprache ist bei VSA in Vorbereitung), das auf gemeinsame Forschungen in zehn EU-Ländern zurückgeht (Bosch et al. 2009). Teilweise beruht das Folgende auch auf meinem Beitrag in Heft 12/2011 der WSI-Mitteilungen.

wurden, weil die Rezession die Verschlechterung der Haushaltslage auslöste und ein großer Teil der privaten Schulden durch Rettungsaktionen für das Finanzsystem sozialisiert wurden“ (Roubini 2010). Die Folge wird also zur Ursache erklärt. Hinzu kommt, dass die Sanierung der öffentlichen Haushalte vorrangig oder sogar fast ausschließlich mit Hilfe von Ausgabenkürzungen bewerkstelligt werden soll – die Einnahmeseite wird mit Ausnahme von (degressiv wirkenden) Verbrauchssteuern weitgehend ausgeblendet. Mit Hilfe dieser doppelten Amnesie wird die Senkung der Staatsausgaben zum Schlüssel für alles erklärt: Kurzfristig soll der Schuldenabbau der Abwehr spekulativer Attacken auf Staatsanleihen von „Schuldensündern“ dienen; mittelfristig schaffe er das „Vertrauen“, das für die wirtschaftliche Erholung nötig sei; langfristig sei er der einzige Weg, der „unsere Kinder und Enkel“ davor bewahre, die Kosten dafür zu tragen, dass „wir heute über unsere Verhältnisse leben“.

Dass alle wirtschaftlichen Probleme gelöst werden könnten, sobald die Staatshaushalte ausgeglichen seien, ist ein, wie es ein Kommentator der *Financial Times* formulierte, „quasi-religiöser Glaube“ (Wolf 2011) der führenden Kräfte der Eurozone. Im unwahrscheinlichen Fall eines Glaubensverlustes, so muss dem hinzugefügt werden, kommt die Warnung aus Goethes „Erlkönig“ zur Geltung: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“ Anders als bei Goethe ist der Erlkönig von heute – oder besser gesagt: die Erlkönigin – jedoch für alle deutlich erkennbar. Allerdings bekommt Goethe insofern wieder Recht, als Europas Erlkönigin und die ihr nachgeordneten Erlkönige nicht müde werden zu betonen, dass es darum gehe, „die Märkte zu beruhigen“. Und da „die Märkte“ nun einmal Orte, aber keine Akteure sind, bleiben letztere tatsächlich unsichtbar.

Um „die Märkte zu überzeugen“, um „Vertrauen zu schaffen“ wird nun in der EU eine Art Fiskaldiktatur errichtet. Mit einer Serie von zum Teil einander überlappenden Programmen wird die gesamte Wirtschaftspolitik der EU auf die Bekämpfung von Haushaltsdefiziten und Staatsschulden der Mitgliedsländer fokussiert. Zwar werden in der „Excessive Imbalance Procedure“ auch Leistungsbilanz-Ungleichgewichte thematisiert, doch Strafmaßnahmen sind ausschließlich gegen Defizitländer vorgesehen (Leschke et al. 2012). Führend bei der Durchsetzung dieser Perversion des ursprünglichen Gedankens einer — von allen deutschen Regierungen stets abgelehnten — europäischen Wirtschaftsregierung ist die deutsche Bundesregierung. Unterstützt wird sie dabei von Präsident Sarkozy sowie den mehrheitlich rechtsgerichteten Regierungen der kleinen Gruppe der Überschussländer (Bieling 2011). Dass diese Fiskaldiktatur sogar Eingang in die EU-Verträge findet, wurde einstweilen ironischerweise von der britischen Regierung verhindert, die eines der härtesten Austeritätsprogramme in Europa verfolgt, ohne sich dabei auf den Druck fremder Mächte berufen zu können (Grimshaw/Rubery 2012).

Bei aller Europa-Rhetorik spielen rechter Populismus und „nationale“ Egoismen bei der Durchsetzung dieser Politik eine erhebliche Rolle. Wenn die *Indignados* in Madrid oder Athen ihren Banken und Regierungen zurufen, „Wir zahlen nicht für eure Krise!“, dann wird den Deutschen von ihrer Regierung und einigen Leitmedien — im besten Falle implizit, im Falle der Speerspitze der Pressefreiheit in Deutschland aber auch explizit — nahegelegt zurückzurufen: „Wir zahlen nicht für eure Schulden!“. Man muss nur die diplomatischen Formulierungen der deutschen Bundesregierung mit der etwas gröber gestrickten Argumentationsweise von Marine Le Pen, der Vorsitzenden des französischen Front National, vergleichen, um den gemeinsamen Kern zu erkennen: „Wir haben bei uns genügend Armut, Elend und Arbeitslosigkeit, als dass wir -zig Milliarden französische Euro, die von Franzosen erarbeitet worden sind, anderen Ländern geben könnten. Wir haben selber genügend Schulden, um uns zu weigern, auch noch die der anderen zu bezahlen. Die Deutschen haben das gut verstanden und weigern sich jetzt, den anderen Ländern noch mehr unter die Arme zu greifen“ (Le Pen 2011).

Der implizite oder explizite Rückgriff auf rechten Populismus erfüllt eine wichtige Funktion. Er verkleistert gewissermaßen die Ungereimtheiten und Widersprüche im herrschenden Austeritäts-Mantra, das da lautet: Hohe Staatsschulden signalisieren, dass „wir“ über unsere Verhältnisse leben; wenn wir nicht an diesen Satz glauben, werden wir von „den Märkten“ für unsere Ungläubigkeit bestraft. Bemerkenswert ist dabei dreierlei: *Erstens* ist völlig ungewiss, ob radikales „Sparen“ tatsächlich zu weniger Schulden führt (ich komme darauf zurück). Gewiss ist allein, dass die soziale Ungleichheit massiv verschärft wird. Den vielleicht eindrucksvollsten Hinweis auf das einzig wirklich sichere Resultat der Austeritätspolitik ergibt eine Gegenüberstellung der im Rahmen des „Stabilitäts- und Wachstumspakts“ der EU von den Regierungen der Mitgliedsländer im Frühjahr 2011 geplanten Kürzungen der Sozialausgaben einerseits und dem heutigen Armutsrisiko in den jeweiligen Ländern andererseits: Je größer das Armutsrisiko, desto stärker wird gekürzt (Leschke et al. 2012).

Bemerkenswert ist *zweitens*, dass die Dramatik der für erforderlich gehaltenen „Konsolidierungsmaßnahmen“ in keinem direkten Zusammenhang zur Höhe des Schuldenstandes steht. Dies gilt nicht nur im weltwirtschaftlichen Vergleich, wie das Beispiel Japans wohl am eindrucksvollsten belegt, sondern ebenso innerhalb der Eurozone: Dass Spaniens *heutige* Staatsschuldenquote auf dem Niveau derjenigen von Deutschland *vor* der Krise liegt, spielt im Zusammenhang mit der angeblichen „Schuldenkrise“ in Spanien keine Rolle.

Hervorhebenswert sind *drittens* die Maßnahmen, die zur Überwindung der „Schuldenkrise“ ergriffen werden. Schwerpunktmäßig sind sie zwar auf Ausgabenkürzungen gerichtet (die wie in Irland dramatische unmittelbare Auswir-

kungen auf dem Arbeitsmarkt haben können), teilweise gehen sie aber so weit darüber hinaus, dass kein direkter Bezug zu den Staatsschulden mehr erkennbar ist. So enthalten die seit dem Sommer 2010 beschlossenen „Reformprogramme“ in Spanien neben diversen Kürzungen im Staatshaushalt und im Sozialsystem, einschließlich der Übernahme des deutschen Exportschlagers „Rente mit 67“, solche Maßnahmen wie die Lockerung des Kündigungsschutzes, den Vorrang von Firmen-Tarifverträgen vor Flächentarifverträgen und die Aufhebung jeglicher Beschränkung in der Anzahl aufeinander folgender befristeter Arbeitsverträge, Einfrieren des gesetzlichen Mindestlohns in der Privatwirtschaft (Banyuls/Recio 2012). Ähnlich in Griechenland: Erleichterung und Verbilligung von Kündigungen, Verlängerung des zulässigen Zeitraums für aufeinander folgende befristete Arbeitsverträge, Reduzierung des Überstundenzuschlags, Aufhebung der Allgemeinverbindlich-Erklärung von Tarifverträgen, Vorrang von Firmen-Tarifverträgen vor Flächentarifverträgen; die sogenannte Troika hat darüber hinaus bereits die Senkung des Mindestlohns gefordert (Karamessini 2012). Ganz offensichtlich haben wir es hier mit einer, wie Karamessini (ebd.: 167) schreibt, „Beschleunigung des neoliberalen Projekts“ in seiner ganzen Bandbreite zu tun.

Interessanterweise gehen die Regierungen ebenso wie der Chor der WirtschaftsjournalistInnen also davon aus, dass „die Märkte“ einer gesamtwirtschaftlichen Logik folgen, die sie selber nicht mehr auszubuchstabieren wagen. Alle Hoffnungen sind darauf gerichtet, dass „die Märkte“ es goutieren werden, wenn in den sog. „Problemländern“ das neoliberale Programm in seiner ganzen Bandbreite und mit voller Wucht umgesetzt wird. Aber werden „die Märkte“ dies tatsächlich tun?

## 1.2 Die Politik und „die Märkte“

Der IWF, der ja eine maßgebliche unterstützende Rolle für die EU-Austeritätspolitik spielt, hat die Folgen kurzfristiger Haushaltskonsolidierung in allen seinen Mitgliedsländern in den zurückliegenden 30 Jahren ausgewertet. Die Forschungen zeigen, dass innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren das BIP deutlich zurückgeht, die Arbeitslosigkeit — insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit — steigt, die Löhne sinken und die Ungleichheit der Einkommensverteilung zunimmt. Ball et al. (2011: 22) fassen die IWF-Forschungen mit den Feststellungen zusammen, dass kurzfristige Haushaltskonsolidierung „kontraktiv, nicht expansiv“ wirke und „die Schwierigkeiten derjenigen vergrößert, die ohnehin schon am meisten leiden“.<sup>2</sup>

---

2 Dieselben Autoren (ebenda: 23; vgl. dort auch die weiterführenden Literaturangaben) plädieren für eine Politik der allmählichen Haushaltskonsolidierung verbunden mit

Der Schluss, den Olivier Blanchard (2011), Chefvolkswirts des IWF, aus diesen Erkenntnissen zieht, lautet nun: „Die Wahrnehmung formt die Wirklichkeit“. Er fährt fort: „Finanzinvestoren sind schizophran im Hinblick auf Haushaltskonsolidierung und Wachstum. Zunächst reagieren sie positiv auf Nachrichten über Haushaltskonsolidierungsprogramme, aber reagieren dann negativ, wenn Konsolidierung zu niedrigerem Wachstum führt — was oft der Fall ist.“

Diese Einschätzung erlaubt im Prinzip zwei einander entgegen gesetzte politische Schlussfolgerungen: Entweder die Politik schert sich nicht um die Finanzinvestoren, weil sie in größeren Zusammenhängen denkt und davon ausgeht, „die Märkte“ früher oder später eines Besseren belehren zu können. Oder sie lässt sich von den Finanzinvestoren treiben. Ganz offensichtlich dominiert bislang die zweite Schlussfolgerung. Vom konservativen Feuilleton bis hin zu Wolfgang Streeck wird dies als Demokratieverlust beklagt, allerdings ohne zu thematisieren, dass dem politische Entscheidungen vorausgegangen sind. Unter dieser impliziten Voraussetzung ist es tatsächlich so: Die Regierungen können machen, was „die Märkte“ verlangen — sie werden dennoch immer weiter in die Enge getrieben, ihnen bleiben keine Alternativen, und die Wählerinnen und Wähler haben keine Wahlmöglichkeiten mehr. Die Politik nationaler Regierungen (und supranationaler Organisationen) ist zum Spielball großer Akteure auf den Finanzmärkten geworden.

Sehen wir uns die impliziten Voraussetzungen des Demokratieverlusts genauer an. Wenn Staatsschulden nur noch zu untragbar hohen Zinsen refinanziert werden können, *müssen* Regierungen Auswege suchen. In der EU haben wir nun die Konstellation einer abgestuft begrenzten staatlichen Souveränität vor uns: Fiskaldiktatur über alle „Schuldensünder“ in der EU, und — strafverschärfend — Verweigerung jeglichen nationalen Handlungsspielraums innerhalb der Eurozone, deren Mitgliedsländern ja nicht mehr die Möglichkeit einer eigenständigen Geldpolitik offensteht. Der Handlungsspielraum für Regierungen von Euro-Ländern könnte unmittelbar erweitert werden, wenn die EZB glaubwürdig ankündigen dürfte, sie sei zum unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen bereit. Dies wäre ebenso wie das — allerdings vielleicht nicht von heute auf morgen realisierbare — Begeben gemeinsamer Euro-Staatsanleihen die logische Konsequenz aus dem Charakter des Euro als gemeinsamer europäischer *Binnenwährung* (Horn et al. 2011). Diese Optionen werden maßgeblich auf Betreiben von Bundesregierung und Bundesbank blockiert. In der dadurch entstehenden ausweglosen Situation

---

Maßnahmen zur Unterstützung des Wachstums und berufen sich dabei auf die IWF-Direktorin Christine Lagarde. Wie das Beispiel der sogenannten Troika zeigt, die den griechischen Regierungen die Politik vorgibt, haben sich diese Erkenntnisse allerdings bislang nicht im praktischen Vorgehen des IWF niedergeschlagen.

wird dann aus Berlin via Brüssel den nationalen Regierungen diktiert, welcher Weg einzuschlagen sei.<sup>3</sup>

Auf diese Weise wird nationalen Regierungen (und ebenso den potentiellen zukünftigen Regierungsparteien in den betroffenen Ländern) keine Wahl gelassen, *welchen* Weg sie gehen sollen, um aus ihrer Zwangslage herauszukommen. Erst dadurch kommt es zum Demokratieverlust. Die Rolle der sogenannten Troika in Griechenland und die Absage der angekündigten Volksabstimmung sind vermutlich die extremsten Beispiele. Ebenso eindrucksvoll waren die Erpressungsmanöver vor den letzten portugiesischen Parlamentswahlen und der deutsche Druck (sekundiert von Sarkozy und der EU-Kommission) auf die Zapatero-Regierung im Mai 2010, mit dem diese zu ihrem ruckartigen Umschwenken auf jenen neoliberalen „Reformkurs“ veranlasst wurde, der von der neuen spanischen Regierung jetzt im Kern nur noch fortgeführt werden muss.<sup>4</sup>

Damit soll nicht gesagt werden, dass Regierungen solcher Länder wie Griechenland oder Spanien die Möglichkeit hätten, sich ohne weiteres der Macht der großen Finanzkonzerne entgegenzustellen. Dies wäre nur mit massiver Unterstützung aus der eigenen Bevölkerung für einen radikalen Politikwechsel einerseits, und im Rahmen eines in der EU oder zumindest der Eurozone abgestimmten Vorgehens andererseits — also mit starker europäischer Solidarität und Rückendeckung — möglich. Dies jedoch bereits als auch nur denkbare Option zu blockieren ist die politische Entscheidung der führenden Kräfte der Eurozone. Regierungen von Euro-Ländern werden zum Spielball von Finanzkonzernen, weil letzteren die *Möglichkeit* dafür gelassen wird.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Die Notenbankpolitik eines „lender of last resort“ impliziert keineswegs eine Abkehr der jeweiligen Regierung von neoliberaler Politik. Dies ist bereits daran erkennbar, dass die Rolle des „lenders of last resort“ übliche Praxis der US-amerikanischen und britischen Notenbanken ist. Ebenso wenig wären gemeinsame Anleihen der Euro-Staaten bereits eine Weichenstellung hin zu einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik. Worum es bei derartigen Maßnahmen geht, ist einzig und allein, neuen Spielraum

- 
- 3 Selbstverständlich ist diese Darstellung stark vergrößert. In der Praxis verläuft das Diktat von Berlin via Paris und dann gemeinsam nach Brüssel sehr konfliktreich. Doch soweit bislang erkennbar beziehen sich die Konflikte vorrangig auf die Bedeutung der jeweiligen Akteure in der Befehlskette, nicht jedoch um die zugrundeliegenden wirtschaftlichen Glaubenssätze. Inhaltliche Nuancen, die im konkreten Fall Bedeutung erlangen könnten, wurden bislang fast durchgängig (mit der wichtigen Ausnahme der Anleihekäufe durch die EZB) von Bundesregierung und Bundesbank zum Verschwinden gebracht.
  - 4 Paradoxerweise gehört auch der Sturz Berlusconi in diesen Zusammenhang. Im Europa von heute ist Rechtspopulismus das Privileg der wirtschaftlich starken Länder. Die Politiker der von ihnen abhängigen Länder müssen gehorchen.

sowohl für europäische als auch für nationalstaatliche Politik zu schaffen, und damit auch für realistische Optionen des Politikwechsels auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene. Genau dieser Spielraum wird den Defizitländern in der Eurozone durch die Blockadepolitik von Bundesregierung und Bundesbank genommen.

Der geradezu absurde Vorgang besteht also darin, dass PolitikerInnen in wirtschaftlich starken Ländern ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten gegenüber den Großkonzernen der Geldwirtschaft nicht nutzen und damit Länder mit schwächerer Volkswirtschaft zum Spielball „der Märkte“ machen. Dies wird dann zum Anlass genommen, eine Fiskaldiktatur zu errichten. Der Rest ist gespannte Erwartung: Wie werden wohl „die Märkte“ reagieren? Wenn sie „schizophren“ reagieren, muss die Dosis der krank machenden Medizin verstärkt werden. Auf diese Weise wird der Kern der alten Agenda — die Verstümmelung des Öffentlichen und die Deregulierung des Arbeitsmarkts — mit neuem Schwung und voller Wucht weiter verfolgt.

### 1.3 Die Schwäche in der Stärke

Die Versuchung ist groß, hinter all dem einen großen Plan zu sehen. Doch viel realistischer ist die Annahme, dass die Überforderung der Regierungen, ihr hilflos wirkendes kurzatmiges und von den Ereignissen getriebenes Taktieren nicht gespielt sind. Sie haben es mit einer ernsten, in dieser Tiefe und diesem Umfang noch nicht erlebten Krise des Finanzmarktkapitalismus zu tun, von der buchstäblich niemand weiß, wie man sie überwinden kann. Auch die derzeit mächtigsten Akteure — die Großkonzerne der Geldwirtschaft — wissen es nicht. Sie kennen aber ihre unmittelbaren Interessen. Die von ihnen abhängigen Regierungen definieren im besten Fall — aber ebenfalls mit relativ kurzem Zeithorizont — die wirtschaftlichen Interessen ihrer Länder (und ihre jeweiligen Machtinteressen innerhalb dieser Länder). Dabei folgen sie im Grundsatz demselben Deutungsrahmen und demselben Kompass wie vor der Krise. In der deutschen Politik verbinden sich die wirtschaftlichen Interessen, die das deutsche „Geschäftsmodell“ in Europa begründen, mit einem beispiellosen Dogmatismus, mit dem an dem bisherigen Deutungsrahmen festgehalten wird. In diesem Dogmatismus unterscheiden sie sich auch vom Pragmatismus, mit dem das Finanzkapital und auch die Regierungen Großbritanniens und der USA ihre Interessen vertreten.

In der gegenwärtigen Krise treten die führenden Kräfte in der EU nun eine Flucht nach vorn an — mit sehr ungewissem Ausgang. Was sie wegen der Stimmung in der Öffentlichkeit ändern müssen (und wegen persönlicher Verunsicherung, die man nicht ausschließen sollte, vielleicht auch wollen) ist die Rhetorik. In diesem Spagat zeigen sich sowohl die Stärke und Durchsetzungskraft als auch

die Schwäche, Fragilität und Angreifbarkeit des gegenwärtigen neoliberalen Mainstreams.

So gesehen ist die Fokussierung auf das Problem der Staatsschulden nichts anderes als ein in heftigem Sturm und bei extrem schlechter Sicht ausgeworfener politischer Rettungsanker des Neoliberalismus, nachdem die zuvor unhinterfragten neoliberalen Glaubenssätze mit der Krise ihre Massenwirksamkeit eingebüßt haben.

Diese Schwäche in der Stärke wird auch in der Rolle Deutschlands im EU-Kontext deutlich. Die Bundesregierung diktiert anderen Ländern ein Austeritätsprogramm mit der Autorität desjenigen, der die notwendigen „Reformen“ erledigt oder zumindest — wie im Fall der „Schuldenbremse“ — eingeleitet habe und deshalb besser als alle anderen dastehe. Der offenbar angestrebte innenpolitische Nebeneffekt dieser Show besteht darin, die Deutschen doch noch mit der ungeliebten „Agenda 2010“ zu versöhnen, deren „Reformdividende“ heute ausbezahlt werde. Und vielleicht auch schon — obwohl man den Weitblick der maßgeblichen PolitikerInnen der heutigen und potentiellen Regierungsparteien nicht überschätzen sollte — die Absicht, die deutsche Bevölkerung allmählich darauf einzustellen, die vom Wirksamwerden der Schuldenbremse zu erwartenden Flurschäden als unvermeidliches Opfer für eine fruchtbare Zukunft unseres Landes zu interpretieren. Auch da werden wir es den anderen vormachen müssen. Vor allem aber beruht die deutsche Fiskal-Diktatur in der EU auf dem Irrglauben, durch Verbreitung der vermeintlichen deutschen Stabilitätstugenden das ursprüngliche Geschäftsmodell des deutschen Kapitalismus in der EU — und insbesondere in der Eurozone — weiter verfolgen zu können. Hinter der deutschen Politik stehen also starke Interessen, aber ihre Erfolgsaussichten sind eher schwach. Wenden wir uns also den Implikationen dieses Geschäftsmodells zu.

## 2. Der krankmachende Mann Europas

Der Kern dessen, was über lange Zeiten als die deutsche Variante des ‘koordinierten’ oder ‘Rheinischen Kapitalismus’ bezeichnet wurde, war eine Kombination von wirtschaftlicher Dynamik und relativ geringer sozialer Ungleichheit. Bis vor rund 20 Jahren halfen Institutionen wie das System der industriellen Beziehungen, das Arbeitsrecht und der Wohlfahrtsstaat dabei, die auf hoher Wertschöpfung und Qualitätsproduktion beruhenden Erfolge der weltmarktorientierten, von ‘geduldigem Kapital’ und gut ausgebildeten Beschäftigten getragenen Industrie der gesamten Volkswirtschaft und auch großen Teilen der Gesellschaft zugute kommen zu lassen. Doch nach der historischen Zäsur der Jahre 1989/90, der ruckartig vollzogenen monetären Angliederung Ostdeutschlands und der danach

andauernden hohen Arbeitslosigkeit wurde das deutsche Modell zumindest bei inländischen Beobachtern in immer düstereren Farben beschrieben. Ein tonangebender und insbesondere bei Journalisten beliebter Ökonom bezeichnete Deutschland als den »kranken Mann Europas« und fragte, ob dieser »noch zu retten« sei (Sinn 2003). Es war genau der Moment, in dem der in den 90er Jahren zunächst noch vorsichtig eingeleitete politische und wirtschaftliche Umbruch seinen Höhepunkt — oder Tiefpunkt — erreichte und insbesondere mit der „Agenda 2010“ über die Anpassungen an den neoliberalen Mainstream in vielen anderen EU-Ländern noch hinausging. Im Ergebnis bot das deutsche Modell am Vorabend der großen Krise 2008/2009 ein neues Bild: eine wieder erstarkte und hoch leistungsfähige Exportindustrie in einem Umfeld zunehmender sozialer und institutioneller Desintegration und Fragmentierung (vgl. ausführlicher Lehndorff et al. 2009).

## 2.1 Das deutsche Geschäftsmodell

Die Exporterfolge der deutschen Industrie haben ihre stärksten Fundamente in der hohen Spezialisierung und Produktqualität, der Serviceorientierung der Unternehmen und der Flexibilität und Qualifikation der Beschäftigten. Doch im zurückliegenden Jahrzehnt wurden diese produktbezogenen Stärken massiv durch eine Senkung der Lohnstückkosten im Verhältnis zu den übrigen EU-Ländern ergänzt, weil die durchschnittlichen Löhne in Deutschland stagnierten und teilweise sogar sanken, während die Arbeitsproduktivität ungefähr im EU-Durchschnitt anstieg. Dies begünstigte einen besonders niedrigen Preisniveauanstieg, so dass die deutschen Exporterfolge, wie es die Deutsche Bundesbank (2011a: 17) zurückhaltend formuliert, auch von der „Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Impulse“ erhielten. Während in den zurückliegenden Jahrzehnten der Wechselkurs-Anpassungsmechanismus bei derartigen Entwicklungen einen gelegentlichen Ausgleich zugunsten schwächerer Volkswirtschaften ermöglicht hatte, waren nun mit der Währungsunion immerhin zwei Fünftel des deutschen Außenhandels von dieser Last befreit. Die erweiterte D-Mark-Zone war endlich in einem supranationalen Vertragswerk verankert. Das deutsche Geschäftsmodell in der Eurozone konnte jetzt so aufblühen, wie es seit den Verträgen über die EWU in den 90er Jahren angestrebt war. Dies zahlte sich aus, wie der beeindruckende Anstieg der Leistungsbilanzüberschüsse wenige Jahre nach der Einführung des Euro belegt (vgl. Joebges et al. 2010).

Ein derartiges außenwirtschaftliches Ungleichgewicht der größten europäischen Volkswirtschaft musste über kurz oder lang zu einem europäischen Problem werden, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen üben die schwache Entwicklung der Durchschnittslöhne und die mit ihr verbundene, rasch zu-

nehmende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung einen massiven Druck auf andere EU-Länder aus, ihr Wettbewerbs-Heil ebenfalls in Lohnsenkungen zu suchen. Zum anderen nimmt die schwache Entwicklung des deutschen Binnenmarkts anderen Ländern Exportmöglichkeiten in die größte europäische Volkswirtschaft. Das binnenwirtschaftliche Ungleichgewicht in Deutschland ist deshalb die wichtigste Quelle der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, die auch weiterhin wie ein Bleigewicht an der Eurozone hängen (Bofinger 2010). Man kann es so zuspitzen: Deutschland exportiert nicht zu viel, sondern *importiert zu wenig*. Diese vielfach gerühmte „Lohnmäßigung“ ist Ergebnis der vor allem unter der Schröder-Regierung durchgesetzten Umbrüche im deutschen Wirtschafts- und Sozialmodell.

## 2.2 „Hartz IV vergiftet Europa“

Entgegen einer – auch unter Linken – häufig anzutreffenden Auffassung ist die wichtigste Ursache der schwachen Lohnentwicklung nicht in dem (durchaus immer wieder praktizierten) Wettbewerbskorporatismus von Industriegewerkschaften und Arbeitgebern zu suchen. Die stärksten Tariflohnerrhöhungen gab es in den Branchen, die am intensivsten der internationalen Konkurrenz ausgesetzt sind. Nur in der Metall- und der Chemieindustrie konnten die Gewerkschaften ungefähr den sogenannten „verteilungsneutralen“ Spielraum ausschöpfen, der als Summe von Preissteigerungen und gesamtwirtschaftlichem Produktivitätswachstum definiert wird. Die vergleichsweise starken und durchsetzungsfähigen Gewerkschaften in diesen Branchen haben damit zwar nicht die fortschreitende Einkommensumverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten verhindert, doch die noch wichtigeren Ursachen der geringen durchschnittlichen *Tariflohnsteigerungen* sind offenbar in den Binnenmarkt-Branchen zu suchen, unter denen der öffentliche Dienst das Schlusslicht aller großen Branchen bildet.

Dieses Auseinanderdriften der Tariflöhne ist ein erster Indikator für verschiedene Strukturbrüche im deutschen Beschäftigungssystem (vgl. zum Folgenden auch die ausführlichere Darstellung in Lehndorff 2012):

*Erstens* ist die traditionelle Architektur des Geleitzugprinzips in Tarifverhandlungen auseinandergebrochen. Die Kluft zwischen den Arbeitskosten in Industrie und Dienstleistungen ist heute so groß wie in keinem anderen EU-Land. Bemerkenswert dabei ist insbesondere der Druck auf die Tarifeinkommen im öffentlichen Dienst, der eine unmittelbare Reaktion auf die durch die rot-grünen Steuerreformen entstandenen Einnahmeverluste des Staates ist (2010 betrug diese Verluste immerhin 2,5% des BIP; Truger/Teichmann 2010).

*Zweitens* ist das Tarifvertragssystem so stark geschwächt, dass die *effektiven* Lohnsteigerungen von 2000 bis 2010 im Durchschnitt fast 50% unter den ta-

rifvertraglichen Lohnerhöhungen lagen und die Reallöhne pro Kopf im Durchschnitt um 4% zurückgegangen sind (Bispinck 2011). Wesentliche Gründe dafür sind der Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades, der Rückgang der Tarifbindung, die Demontage des Instruments der Allgemeinverbindlicherklärung von Flächentarifverträgen sowie die zahlreichen lokalen Abweichungen von Flächentarifverträgen seit dem Beginn der 2000er Jahre (Haipeter 2009).

*Drittens* haben auch die Fundamente des Tarifvertragssystems tiefe Risse bekommen. So werden durch das Outsourcing von Vorleistungen immer größere Teile der Industrie in Industrie- oder Dienstleistungsbetriebe mit niedrigeren Arbeitsstandards verschoben, und durch Privatisierungen vormals öffentlich erbrachter Dienstleistungen werden große Bereiche mit massiver Niedriglohn-Konkurrenz geschaffen. Dies ist zwar keine deutsche Besonderheit, verstärkt aber die *Wirkungen* der Umbrüche im Tarifvertragssystem.

*Viertens* wirken die seit 2003 vorgenommenen Änderungen an der Architektur der Arbeitsmarktregulierung im Rahmen der „Agenda 2010“ als machtvolle Bremse der Lohnentwicklung. „Hartz IV vergiftet Europa“ – so brachte ein Kommentator der Financial Times Deutschland den Zusammenhang auf den Punkt (Münchau 2010). Der mit den „Arbeitsmarktreformen“ verbundene Systemwechsel in Richtung eines Fürsorgesystems mit Bedürftigkeitsprüfung löste in größeren Teilen des Arbeitsmarkts eine Sogwirkung nach unten aus (Knuth 2011). Die de-facto Aushebelung des europäischen ‘equal pay’-Rechtsgrundsatzes durch die Bundesregierung ebnete den Weg für Dumping-Tarifverträge in der Leiharbeit (Weinkopf/Vanselow 2008). Ein weiterer kräftiger Schub für die Ausweitung atypischer Beschäftigung geht von der öffentlichen Subventionierung von Niedriglöhnen und insbesondere der Förderung von ‘Minijobs’ aus.

Der „Hartz-Kapitalismus“ (Dörre 2011) entfaltet seine volle Dynamik der Prekarisierung und Lohndämpfung durch das Fortbestehen des konservativen Wohlfahrtsstaats in Deutschland, der eine nur begrenzte Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben teils erzwingt und teils fördert. Auch wenn dieses den 1950er Jahren verhaftete System immer stärker in die Kritik gerät und partielle Veränderungen (wie die Einführung eines Elterngeldes nach schwedischem Vorbild) eingeleitet wurden, steht seine im Grundsatz unangetastete Stabilität in bemerkenswertem Kontrast zu dem neoliberal inspirierten Reformeifer auf anderen Gebieten.

Das Zusammenwirken des Umbruchs im Institutionensystem des deutschen Arbeitsmarkts einerseits und der hartnäckigen Verteidigung des auf einem konservativen Geschlechtermodell beruhenden Wohlfahrtsstaats andererseits findet seinen markantesten Ausdruck im Wachstum des Niedriglohnsektors. Hinter dem Rückgang der (preisbereinigten) *durchschnittlichen* Löhne aller ArbeitnehmerInnen in den 2000er Jahren verbirgt sich eine Ausdifferenzierung der Löhne mit starkem Ausfransen nach unten (vgl. Bosch/Kalina 2008).

### 2.3 Der Weg in die Knechtschaft

Der leichte Rückgang der Durchschnittslöhne im zurückliegenden Jahrzehnt ging Hand in Hand mit einer weiter zunehmenden Ungleichverteilung zwischen Löhnen und Gewinnen. Das Sinken der Lohnquote bis zum Vorabend der Krise um mehr als sechs Prozentpunkte gehörte zu den stärksten in der EU (ILO 2010).

Hinzu kam, dass die Veränderungen in der Primärverteilung deutlich weniger, als dies zuvor üblich war, durch die Sekundärverteilung abgeschwächt wurden. Ursache dafür waren die bereits erwähnten Steuerreformen der Rot-Grünen Bundesregierung. Im Ergebnis nahm die Ungleichheit in der Wachstumsphase 2004 bis 2008 besonders stark zu: Leicht rückläufigen Nettolöhnen stand ein Anstieg der Kapitaleinkommen (Einkommen privater Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) um fast 20% gegenüber (Brenke 2011).

Diese massive Umverteilung zugunsten von Gewinnen und Kapitaleinkommen in Deutschland hat maßgeblich zum Entstehen der Krise beigetragen (Horn et al. 2009). Denn für das nicht profitabel investierbare Geldkapital mussten Einsatzfelder außerhalb der inländischen Produktion von Gütern und konsumierbaren Dienstleistungen gesucht werden. Und sie wurden auch gefunden: In der boomenden Finanzmarktblase spielten deutsche Gewinne und Vermögenseinkommen eine wichtige Rolle. Zahlreiche Deregulierungen des Finanzsektors durch die SPD-geführte Bundesregierung hatten die Türen dafür weit geöffnet (Huffs Schmid 2010). Deutschland hatte nach China den zweitgrößten Kapitalüberschuss der Welt. Anders jedoch als China, das zum größten ausländischen Gläubiger des *US-Staates* aufstieg, gehörten deutsche Anleger zu den größten ausländischen Gläubigern des verschuldeten *US-Privatsektors* (Horn 2011). Deutsche Banken waren auch die größten Kreditgeber von Griechenland, Irland, Portugal und Spanien (Bofinger 2010).

An dem zuletzt genannten Aspekt wird auch deutlich, dass dieses Modell sehr von der Mittäterschaft der führenden Akteure in den heutigen „Problemländern“ profitierte. Zwar hat vor der Krise trotz aller Leistungsbilanzdefizite niemand in der EU einen Anlass gesehen, diesen Ländern einen solchen Status zu verleihen. Immerhin waren die Wachstumsraten der heutigen „Schuldensünder“ (mit Ausnahme Italiens) deutlich höher als die Deutschlands. Auch hatten ihre Regierungen sich teilweise schon seit langem immer wieder um neoliberal inspirierte Arbeitsmarktreformen bemüht – wenn auch nicht ganz so konsequent, wie es eine deutsche Bundesregierung dann später ins Werk setzte. Im Ergebnis gehören die Arbeitsmärkte Italiens und Spaniens zu den am stärksten dualisierten in Europa.<sup>5</sup> Doch dadurch wird keine Volkswirtschaft gesund.

---

5 Am Vorabend der Krise hatten rund ein Drittel der Beschäftigten in Spanien einen befristeten Arbeitsvertrag (90% aller neu abgeschlossenen Arbeitsverträge waren befristet).

Und krank waren sie alle, aber jede hatte und hat ihre ganz eigene Krankheit: Das völlig auf das Anziehen von ausländischen Direktinvestitionen und Schattenbanken fokussierte Modell Irlands (Wickham 2012); der – ebenso wie in Irland – mit hoher privater Verschuldung einhergehende und zudem die Umwelt zerstörende Immobilienboom in Spanien (Banyuls/Recio 2012); die Profit-Preis-Spirale in Griechenland mit katastrophalen Auswirkungen auf die Leistungsbilanz, in Verbindung mit einer extrem schwachen Steuerbasis bei gleichzeitiger Abwesenheit irgend eines wirtschaftlichen Entwicklungskonzepts (Karamessini 2012); und in Italien die „wachstumsbehindernde Vetternwirtschaft, Korruption und bürokratische Ineffizienz“ zusammen mit dem „Fehlen jeglicher Industriepolitik“ und einer ausgeprägt starken Kombination von „Steuervermeidung, Steuerflucht und Steuersenkungen“ in einem Land, dessen private Geldvermögen in Relation zum BIP zu den höchsten Europas zählen (Simonazzi 2012: 193, 188; FAZ 15.12.2011).

Nichts davon hat vor der Krise die Kritik der EU, deutscher Bundesregierungen und geschweige denn „der Märkte“ hervorgerufen. Warum auch – die Akkumulationsmodelle in der EU und insbesondere innerhalb der Eurozone waren und sind miteinander verbunden: „Der Exportüberschuss einiger westeuropäischer Länder ist durch auslandskreditfinanzierten Import der Defizitländer ermöglicht worden“ (Becker/Jäger 2009: 544). Die im Geiste eines neoliberalen Dogmatismus konzipierten europäischen Projekte des Binnenmarktes und der Währungsunion, die von den Regierungen auch dieser Länder für gut geheißen wurden, haben jedoch keine zukunftsfähigen wirtschaftlichen Entwicklungspfade eröffnet. Dies zahlt sich jetzt bitter aus. Zwar hat das durch den Euro ermöglichte Niedrigzins-Modell einige Jahre lang gut funktioniert – nicht nur für die Oberschichten, vielfach auch für die Mittelschichten dieser Länder. Doch jetzt ist, wie Wickham (2012: 59) für Irland schreibt, „die Party vorbei“. Nun wird in Europa, wie der CDU-Fraktionsvorsitzende auf dem CDU-Parteitag Ende 2011 verkündete, „deutsch gesprochen“. Der in der Zwischenüberschrift genannte Titel des berühmtesten Werks von Friedrich August von Hayek zielte auf etwas völlig anderes ab, aber hier trifft er zu.

Dass dies so ist, hängt allerdings nicht primär mit der viel gerühmten und gefürchteten „deutschen Stabilitätskultur“ zusammen. Die Staatsverschuldung ist in Deutschland bekanntlich auch nicht niedriger als im EU-Durchschnitt, und sofern mit „Stabilität“ die weit unterdurchschnittlichen Inflationsraten vor der Krise gemeint sein sollten, waren diese ja gerade Ausdruck jenes Kerns

---

In Italien sind befristete Arbeitsverträge für viele Jugendliche der einzige Zugang zum Arbeitsmarkt — mit Einstiegsgehältern, die vor der Krise wieder auf das Niveau gesunken waren, das sie 20 Jahre zuvor hatten (Banyuls/Recio 2012, Simonazzi 2012).

der europäischen Ungleichgewichte, die die Fundamente der Währungsunion ins Wanken gebracht haben. Der gegenwärtig so wirkungsmächtige Mythos, dass „Deutschland alles richtig gemacht“ habe, hängt vielmehr wesentlich damit zusammen, dass sich – wie eingangs bemerkt – die Prophezeiung der Bundeskanzlerin bewahrheitet hat, dass Deutschland stärker aus der Krise hervorgehen werde, als es in sie hineingegangen sei. Was waren die Ursachen dieses Erfolgs?

### 3. Paradoxien des deutschen Erfolgs

Wenn gegenwärtig der Anschein erweckt wird, als könne Deutschland als Vorbild für alle dienen, dann hängt dies wesentlich mit dem so genannten „deutschen Beschäftigungswunder“ der Jahre 2008/2009 zusammen. Das tatsächlich erstaunliche Ausmaß an Stabilität auf dem Arbeitsmarkt war die wesentliche Voraussetzung für die schnelle wirtschaftliche Erholung ab dem dritten Quartal 2009 und das daran anknüpfende Wachstum in 2010 und 2011. Zum einen deshalb, weil erstmals nach langer Zeit – wenn auch nur vorübergehend – vom Binnenmarkt stärkere konjunkturelle Impulse nicht nur ausgehen mussten, sondern auch ausgehen konnten. Zum anderen deshalb, weil unter dieser Voraussetzung die Industrieunternehmen in kürzester Zeit auf die zunächst wieder anspringende Weltkonjunktur reagieren konnten. Beides zusammen wiederum wirkte sich – drittens – so entspannend auf die durch die Krise arg strapazierten staatlichen Haushalte aus, dass in Deutschland genau das vermieden werden konnte, was anderen – teilweise sogar weniger verschuldeten – Ländern zur Pflicht gemacht wurde: drastische Kürzungsprogramme einzuleiten. Zugespitzt kann man sagen, dass der einstweilige politische Erfolg der Bundesregierung in der EU darauf beruht, dass in Deutschland zum Teil das Gegenteil von dem getan wurde und wird, was anderen oktroyiert wird.

#### 3.1. Das Beschäftigungswunder

Der Absturz der deutschen Wirtschaft ab September 2008 war wegen ihrer extremen Exportabhängigkeit besonders dramatisch und wurde nur von Ländern mit platzenden Finanz- und Immobilienblasen übertroffen. Umso verblüffender war die Stabilität auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Das sogenannte „Beschäftigungswunder“ der Jahre 2008/2009, das seine Fortsetzung in einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen bis zum Jahresende 2011 (und vielleicht sogar darüber hinaus) gefunden hat, lässt sich auf folgenden einfachen Nenner bringen: Während *vor* der Krise der Umbruch im deutschen Beschäftigungsmodell aktiv zum Entstehen der europäischen und weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte

beigetragen hatte, war die Stabilisierung des Arbeitsmarkts und der Wirtschaft *während* der Krise ausgerechnet einer Reaktivierung derjenigen Elemente des deutschen Modells zu verdanken, die den neoliberal inspirierten Demontageeifer der Jahre davor überlebt hatten.

Die Wiederbelebung alter Tugenden begann mit dem plötzlichen – wenn auch nur vorübergehenden – Beiseitelegen vieler bislang gepflegter neoliberaler Dogmen in der Regierungspolitik. Quasi über Nacht wurden entgegen allen zuvor gebetsmühlenartig wiederholten Glaubenssätzen umfangreiche Konjunkturprogramme aufgelegt. Die Bundestagswahlen von 2009 standen vor der Tür, und jegliches Zögern beim Retten der „Realwirtschaft“ wäre angesichts der Milliardenausgaben und -bürgschaften für die Rettung von Banken zum politischen Desaster für die beiden großen Regierungsparteien geworden.

Die Konjunkturprogramme der Regierung stützten sich auf die aktive Mitarbeit sowohl der Arbeitgeberverbände als auch der Gewerkschaften. Es entstand ein informeller ‘Krisen-Korporatismus’ (Urban 2012), dessen wichtigste unmittelbare Wirkung in der Abwendung eines massenhaften Beschäftigungsabbaus in der krisengeschüttelten Industrie bestand. Diese Notgemeinschaft schloss zwar – wie der starke Rückgang der Leiharbeit zeigte – zum Schutz von Stammbeschäftigten den Rückgriff auf externe Flexibilität keineswegs aus. Doch ein noch größeres Gewicht hatte die interne Flexibilität, die ihren markantesten Ausdruck in der erheblichen Verkürzung der pro Kopf geleisteten Arbeitszeit fand. Sie beruhte auf der Mobilisierung unterschiedlicher Ressourcen des deutschen Beschäftigungsmodells – zum Teil neu entstandener, vor allem aber traditioneller und in der Krise wiederentdeckter Stärken, die den Abbruch und Umbruch der Vorjahre überlebt hatten – von der Kurzarbeit über das Berufsbildungssystem bis hin zur Flexibilität der Arbeitszeit (vgl. dazu ausführlicher Bosch 2011 und Lehndorff 2011).

Dass ausgerechnet jene Institutionen zur Stabilität auf dem deutschen Arbeitsmarkt beitrugen, die dem Neoliberalismus zuvor nicht zum Opfer gefallen waren, ist eigentlich kein „Wunder“. Dennoch machte sich der Umbruch der Vorjahre auch in der Krise bemerkbar. Der schnelle und starke Rückgang der Leiharbeit signalisierte, wie weit die Dualisierung des Arbeitsmarkts bereits fortgeschritten ist. Nicht so offensichtlich, aber ebenso wichtig ist die Dualisierung in Gestalt der viel gelobten Flexibilität der Arbeitszeiten. Die Arbeitszeit-Puffer, deren Abbau sich in der Krise als so hilfreich erwies, waren ja zuvor zu Lasten eines stärkeren Beschäftigungswachstums aufgebaut worden – vor allem in Gestalt hoher Guthaben auf Arbeitszeitkonten. Die Widersprüche, Ungleichgewichte und Fragilitäten, die mit dem neoliberal inspirierten Umbruch Einzug ins deutsche Beschäftigungsmodell gehalten haben, wirkten in der Krise fort – und tun dies auch weiterhin.

Dieses Fortwirken zeigte sich zunächst – in paradoxer Weise – in der konjunkturellen Entwicklung. So plötzlich und radikal der Absturz in die Krise war, so

rasch und zunächst kräftig setzte bereits in der zweiten Jahreshälfte 2009 der Aufschwung wieder ein – das eine wie das andere vom Export getrieben. Noch hatten viele deutsche Industrieunternehmen gewissermaßen mit laufendem Motor den Gang der Ereignisse abgewartet (und dabei anders als fünf Jahre zuvor erhebliche Produktivitätseinbußen in Kauf genommen). Als die Auslandsnachfrage im dritten Quartal 2009 wieder anzog, waren die qualifizierten Stammbesellschaften noch an Bord, die Kurzarbeit wurde beendet, die entlassenen Leiharbeitskräfte wurden wieder zurück geholt, und die leer geräumten Arbeitszeitkonten konnten wieder aufgefüllt werden. Es konnte wieder losgehen – und wie viele zunächst glaubten: weitergehen wie vor der Krise.

In gewisser Weise tat es das auch zunächst. Der Anstieg der Lohnquote während des wirtschaftlichen Absturzes wurde 2010/2011 wieder zurückgedreht (Schäfer 2011). Der Anteil der Beschäftigten und der Haushalte mit niedrigen Löhnen stieg bis 2011 leicht über das Vorkrisenniveau hinaus an (Bosch 2011). Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit lag im Sommer 2011 um 100.000 über dem vor der Krise erreichten Höchststand (IW 2011). Die Arbeitszeiten wurden wieder länger, und zwar über den Abbau der vorherigen Kurzarbeit hinaus (IAQ 2011). Die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft stiegen 2010 lediglich um 0,6% (gegenüber einem Euroraum-Durchschnitt von 1,6%). Und vor diesem Hintergrund nicht überraschend: Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse sind weiterhin hoch (Niechoj et al. 2011).

Zwar ist auch die deutsche Staatsschuld im Zusammenhang mit der Krise sprunghaft gewachsen. Doch ist die Neuverschuldung bislang weitaus weniger rasch angestiegen als ursprünglich befürchtet, weil das Wachstum der Wirtschaft und der Steuereinnahmen in den Jahren 2009 bis 2011 überraschend kräftig war. Auf diese Weise wurde sogar ein positiver Wachstumsbeitrag der Staatsausgaben ermöglicht – ein Effekt, der anderen Ländern mit Hinweis auf die Notwendigkeit des sofortigen Abbaus der Neuverschuldung verwehrt wird. Hinzu kommt als eine Art Krisendividende der so genannte „safe haven effect“ (Deutsche Bundesbank 2011b: 42): Deutsche Bundesanleihen wurden ein so begehrtes Anlageobjekt, dass ihre Zinsen von knapp 5% vor der Krise mittlerweile auf Werte gesunken sind, die teilweise unter der Inflationsrate liegen. Deutschland verschuldet sich, wenn man so will, gegenwärtig real zum Nulltarif. Diese Faktoren erleichtern es der deutschen Politik, die Kürzungspolitik im eigenen Land zunächst noch etwas zu entdramatisieren. Doch das wird nicht so bleiben.

### 3.2 Die Revolution frisst ihre Eltern

Dass das vergleichsweise kräftige Wachstum der Jahre 2010 und 2011 anhält, auf dem der — in der Qualität der Jobs ohnehin zwiespältige — Anstieg der Beschäf-

tigtenzahlen beruhte, gilt mittlerweile als wenig wahrscheinlich. Die Hoffnungen auf eine Fortsetzung der deutschen Erfolgsgeschichte erweisen sich immer mehr als trügerisch, und zwar ironischerweise nicht zuletzt deshalb, weil die deutsche Politik des „beggar and lecture thy neighbour“ in Europa so erfolgreich ist.

Die deutsche Regierung hat seit 2009 „Lohndämpfung“ mit großem Erfolg zu einem Exportschlagler gemacht. Andere Länder werden gezwungen, sich am deutschen Beispiel orientieren, damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und ihre Staatsschulden reduzieren können. Das Problem dabei ist, dass, wenn alle dem deutschen Beispiel folgen, die bisherige deutsche Strategie des Exportüberschusses zumindest innerhalb der EU nicht mehr funktioniert. Der Anteil von bislang 40% aller Exporte, die in Länder außerhalb der EU gehen, müsste also deutlich gesteigert werden — angesichts der internationalen konjunkturellen Entwicklung keine triviale Aufgabe. Es sei denn, die gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit anderer EU-Länder wird innerhalb Deutschlands durch noch stärkeren Druck auf die Löhne und eine noch stärkere Ausweitung des Niedriglohnssektors kompensiert. Es ist fraglich, ob dies innenpolitisch durchsetzbar wäre.

Das wahrscheinlichste und sich bereits abzeichnende Szenario ist, dass die harten Kürzungen von Staatsausgaben, der Abbau von Beschäftigung und die Senkung von Löhnen in den Defizitländern die europäische Wirtschaftsentwicklung in eine weitere Rezession ziehen. Auch ein Land wie Irland, dessen Regierungen auf einen ausschließlich exportgestützten Aufschwung gesetzt haben, wird jetzt erneut nach unten gezogen. In den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern wie Griechenland hat die Verringerung des Leistungsbilanzdefizits mit Hilfe der sogenannten „internen Abwertung“ begonnen, also der Verelendung von wachsenden Teilen der Bevölkerung. Zumindest innerhalb Europas wird es für Deutschland also immer schwieriger, den bisherigen Kurs fortzusetzen.

So wird unter den Bedingungen niedriger Wachstumsraten in den kommenden Jahren auch in Deutschland die mit Zustimmung aller aktuellen und potentiellen Regierungsparteien eingeführte Schuldenbremse als Fessel für Regierungshandeln immer schmerzhafter spürbar werden. Die öffentliche Finanznot, die heute vor allem auf der Ebene der Länder und der Kommunen zu spüren ist, wird die Möglichkeiten des Staates zunehmend beeinträchtigen, die für die Entwicklung der endogenen Potentiale dieses Landes erforderlichen Investitionen nicht allein in Beton, sondern vor allem in Menschen zu tätigen (vgl. dazu die Beiträge von Eicker-Wolf/Himpele und Reiner in PROKLA 163). Die neoliberale Revolution in der EU frisst ihre Eltern.

#### 4. Ein Blick nach vorn: Europäische Solidarität und länderspezifische Hausaufgaben

Dass Europa heute in dieser extrem schwierigen Lage ist, haben nicht allein die führenden Akteure aus Politik und Wirtschaft in Deutschland zu verantworten. Die neoliberale Binnenmarktstrategie, die Maastricht-Kriterien, die Konstruktion der EZB und des Euro – all dies ist durch und durch neoliberal konzipiert und wurde von den Regierungen aller EU-Länder (auch und gerade zu der Zeit, als diese mehrheitlich sozialdemokratisch waren) für richtig gehalten, mit vorangetrieben und auch genutzt, um die Deregulierung der Arbeits- und Produktmärkte (einschließlich und nicht zuletzt der Finanzmärkte) in den jeweils eigenen Ländern als „Notwendigkeit“ der Integration erscheinen zu lassen. Dass diese ohnehin schwierige Lage jedoch seit zwei Jahren für einige EU-Länder immer katastrophalere Auswirkungen hat, liegt tatsächlich vor allem an der deutschen Bundesregierung. Die entstandene de-facto Fiskaldiktatur, die nach und nach auch Eingang in die EU-Verträge findet, macht eine wirtschafts- und sozialpolitische Neuorientierung sowohl auf EU-Ebene als auch innerhalb der Mitgliedsländer zu einer extrem anspruchsvollen Herausforderung.

Das eigentlich Komplizierte daran ist, dass eine Neuorientierung nur im Verbund der beiden Ebenen – also der EU einerseits und der nationalstaatlichen andererseits – zu verwirklichen ist. Ohne hier auch nur auf die wichtigsten Elemente der Reformen auf EU-Ebene eingehen zu können (vgl. den Überblick bei Degryse/Pochet 2011), soll lediglich das Kernproblem der Zukunft des Euro erwähnt werden: Wenn der Euro tatsächlich eine Zukunft als europäische Binnenwährung haben soll, bedarf es einer Art europäischer Wirtschaftsregierung, die sich allerdings sowohl im Inhalt ihrer Politik als auch in ihrer demokratischen Legitimation radikal vom gegenwärtigen „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ unterscheiden müsste. Sie würde notwendig auf eine Art europäischer „Ausgleichsunion“ (Troost/Paus 2011) hinauslaufen, in der die Überschüsse der einen strategisch eingesetzt werden, um andere leistungsfähiger zu machen.

Aber – und hier liegt eine mindestens ebenso große Herausforderung: Eine solche Rechnung kann nur aufgehen, wenn nicht nur in den EU-Ländern, sondern auch in den Ländern der Euro-Peripherie grundlegende Reformen eingeleitet werden, mit denen die Voraussetzungen für nachhaltigere Modelle der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung geschaffen werden. Kritische WirtschaftswissenschaftlerInnen aus den heutigen „Problemländern“ Ländern sehen dies teilweise ebenso. So fragt die italienische Ökonomin Annamaria Simonazzi (2012: 193 f.), ob es – erstens – „ein gemeinsames Interesse gibt, das Überschuss- und Defizitländer verbindet“, und zweitens, „welche Reformen die südlichen Länder in eigener Regie einleiten müssen, um der gemeinsamen Währung zu einer tragfähigen Grundlage zu verhelfen“. Ihre mutige Schluss-

folgerung: „Erst wenn wir unsere Hausaufgaben gemacht haben, können wir Europas Hilfe verlangen.“

Dieses Argument gilt jedoch in etwas anderem Sinne ebenso für Deutschland. Wenn es richtig ist, dass der neoliberale Umbruch im deutschen Modell des Kapitalismus zu den Wurzeln der wirtschaftlichen Krise in Europa gehört und die deutsche Politik mittlerweile zum Haupthindernis für die Überwindung der Krise geworden ist, dann sind Reformen in Deutschland für einen Ausweg aus der Krise ebenso wichtig wie Reformen in den Defizitländern. Vielleicht sind sie sogar die Voraussetzung für alles andere. Deutschland, seine Wirtschaft und seine Gesellschaft, haben heute schon das Potential, eine wesentlich positivere Rolle in Europa zu spielen. Die deutsche Industrie könnte ihre Stärken auf dem Feld der ökologischen Erneuerung entwickeln, getragen von einer vergleichsweise breiten Zustimmung in der Gesellschaft zum nachhaltigeren Umgang mit natürlichen Ressourcen. Mehr sozialer Ausgleich innerhalb der größten europäischen Volkswirtschaft würde den permanenten Sozialabbau- und Lohnsenkungsdruck auf andere Länder der Region und insbesondere der Währungsunion verringern. Deutschland könnte Motor einer sozial und ökologisch nachhaltigeren Neuorientierung in der EU werden und anderen Ländern mehr Luft zum Atmen geben, ihre eigenen Wirtschafts- und Sozialmodelle zu erneuern. Dies wäre zugleich ein bedeutender Schritt zur Stärkung der Demokratie in der EU und ihren Mitgliedsländern. Das wirtschaftlich stärkste Land Europas wird erst dann zum Motor einer wirtschaftlichen und sozialen Integration, wenn es seine eigenen Hausaufgaben macht.

## Literatur

- Ball, L./Leigh, D./Prakash, L. (2011): 'Painful medicine', *Finance & Development* (September), 20–23.
- Banyuls, J./Recio, A. (2012): Spain: the nightmare of Mediterranean neoliberalism. In: Lehndorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, Brüssel, 199–219.
- Becker, J./Jäger, J. (2009): Die EU und die große Krise. *PROKLA* 157, 541–558.
- Bieling, H.-J. (2011): Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU. *PROKLA* 163, 173–194.
- Bispinck, R. (2011): Pay in the 2000s: development and outcomes. *WSI Report* (6), Düsseldorf.
- Blanchard, Olivier (2011): 2011 in Review: Four Hard Truths. IMF direct. <http://blog-imfdirect.imf.org/2011/12/21/2011-in-review-four-hard-truths/> (10. Januar 2011).
- Bofinger, P. (2010): Eine andere Meinung zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Währungsunion, in: *Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2010/11*, 123–133.
- Bosch, G. (2011): The German labour market after the financial crisis: Miracle or just a good policy mix? In: Vaughan-Whitehead, D. (ed.): *Inequalities in the world of work: The effects of the crisis*. Geneva: International Labour Office, 255–286.
- Bosch, G./Lehndorff, S./Rubery, J. (eds.) (2009): *European employment models in flux: a comparison of institutional change in nine European countries*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Bosch, G./Kalina, T. (2008): Low-wage work in Germany: an overview, in: Bosch, G./Weinkopf, C. (Hrsg.): *Low-wage work in Germany*. Russell Sage Foundation, New York, 19-112.
- Brenke, K. (2011): Einkommensumverteilung schwächt privaten Verbrauch. *DIW-Wochenbericht* (8), 2-12.
- Chakraborty, A. (2011): Which is the No 1 problem economy in Europe? *Guardian*, 8. August, <http://www.guardian.co.uk/commentsfree/2011/aug/08/number-one-problem-economy-europe> (25. August 2011).
- Degryse, C./P. Pochet (2011) 'Monetary Union, economic coordination and democratic legitimacy', *ETUI Policy Brief*, Issue 5, Brussels: European Trade Union Institute, <http://www.etui.org/Publications2/Policy-Briefs/European-Social-Policy/Monetary-Union-economic-coordination-and-democratic-legitimacy> (26. Oktober 2011).
- Deutsche Bundesbank (2011a): *Zur Entwicklung der Ausfuhr in den vier großen EWU-Mitgliedstaaten seit Beginn der Währungsunion*. Monatsbericht Juli 2011, 17-38.
- (2011b): *Renditedifferenzen von Staatsanleihen im Euro-Raum*. Monatsbericht Juni 2011, 29-47.
- Dörre, Klaus (2011): Hartz-Kapitalismus. Vom erfolgreichen Scheitern der jüngsten Arbeitsmarktreformen. In: Heitmeyer, Wilhelm (2011): *Deutsche Zustände*, Band 9. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 318-329.
- Dullien, S./Schieritz, M. (2011): Die deutsche Investitionsschwäche: Die Mär von den Standortproblemen, *Wirtschaftsdienst* 91 (7), 458-468.
- Grimshaw, D./J. Rubery (2012): Reinforcing neoliberalism: crisis and austerity in the UK. In: Lehnendorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, Brüssel, S. 41-58.
- Horn G./Dröge, K./Sturn, S./van Treeck, T./Zwiener, R. (2009): *Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) – Die Rolle der Ungleichheit*. IMK Report (41), Düsseldorf.
- Horn, G. (2011): *Des Reichtums fette Beute. Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert*. Frankfurt, New York: Campus.
- Horn, G./Lindner, F./Niechoj, T. (2011): *Schuldenschnitt für Griechenland – ein gefährlicher Irrweg für den Euroraum*. IMK-Report (63), Düsseldorf.
- Huffschmid, J. (2010): Fehlverhalten, Regulierungsmängel oder Systemdynamik? Zu den Hintergründen und Ursachen der Finanzkrise, in: Hickel, R./Troost, A. (Hrsg.): *Kapitalismuskritik heute: Vom Staatsmonopolistischen zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus*. Hamburg, 21–34.
- IAQ (2011): *Arbeitszeiten so lang wie vor der Krise*. Pressemitteilung, Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen, <http://www.iaq.uni-due.de/archiv/presse/2011/110902.php> (25. Oktober 2011).
- ILO (2010): *Global Wage Report 2010/11: Wage policies in times of crisis*. International Labour Office, Genf.
- IW (2011): *Wachstum in der Zeitarbeit setzt sich fort. IW-Zeitarbeitsindex, BAP-Umfrage September 2011*, [http://www.personaldienstleister.de/pdf/BAP-Bericht\\_Welle\\_46\\_20111011.pdf](http://www.personaldienstleister.de/pdf/BAP-Bericht_Welle_46_20111011.pdf) (30. Oktober 2011).
- Joebges, H./Logeay, C./Stephan, S./Zwiener, R. (2010): *Deutschlands Exportüberschüsse gehen zu Lasten der Beschäftigten*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Karamessini, M. (2012): Sovereign debt crisis: an opportunity to complete the neoliberal project and dismantle the Greek employment model. In: Lehnendorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, Brüssel, 155-182.
- Knuth, M. (2011): Widersprüchliche Dynamiken im deutschen Arbeitsmarkt. *WSI-Mitteilungen* 64 (11), 580-587.
- Krugman, P. (2010): When Zombies Win. *New York Times*, 19. Dezember, [http://www.nytimes.com/2010/12/20/opinion/20krugman.html?\\_r=1&ref=paulkrugman&pagewanted=print](http://www.nytimes.com/2010/12/20/opinion/20krugman.html?_r=1&ref=paulkrugman&pagewanted=print) (25. August 2011).

- Le Pen, M. (2011): *Conférence de presse exceptionnelle de Marine Le Pen sur la crise*, 11. August, <http://www.frontnational.com/?p=7240> (25. August 2011).
- Lehndorff S. (2011): Before the crisis, in the crisis, and beyond: the upheaval of collective bargaining in Germany. *Transfer* 17(3): 341–354.
- (Hrsg.) (2012): *A triumph of failed ideas. European models of capitalism in the crisis. European Trade Union Institute*, Bruxelles, <http://www.etui.org/> (im Erscheinen).
- Lehndorff, S./Bosch, G./Haipeter, T./Latniak, E. (2009): Vor der Krise und in der Krise: Das deutsche Beschäftigungsmodell – ein Modell für die ganze Welt? In: Lehndorff, S. (Hrsg.): *Abriss, Umbau, Renovierung? Studien zum Wandel des deutschen Kapitalismusmodells*. Hamburg, 20-46.
- Leschke, J./Theodoropoulou, S./Watt, A. (2012): How do economic governance reforms and austerity measures affect inclusive growth as formulated in the Europe 2020 Strategy? In: Lehndorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, Brüssel, 243-283.
- Münchau, W. (2010): Hartz IV vergiftet Europa. *Financial Times Deutschland*, 30. September.
- Niechoj, Torsten/Stein, Ulrike/Stephan, Sabine/Zwiener, Rudolf (2011): *Deutsche Arbeitskosten: Eine Quelle der Instabilität im Euroraum*. IMK-Report (68), Düsseldorf.
- Roubini, N. (2010): *A Survival Strategy for the Eurozone*, [www.project-syndicate.org](http://www.project-syndicate.org) (25. August 2011).
- Schäfer, C. (2011): „No Representation without Taxation“ — WSI-Verteilungsbericht 2011. *WSI-Mitteilungen*, 64 (12), 677-686.
- Simonazzi, A. (2012): Italy – Chronicle of a crisis foretold. In: Lehndorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, 183-198.
- Sinn, Hans-Werner (2003): *Ist Deutschland noch zu retten?* München.
- Troost, A./Paust, L. (2011): *Die Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0*. Institut Solidarische Moderne, Frankfurt/M.
- Urban, H.-J. (2012): Crisis corporatism and trade union revitalisation in Europe. In: Lehndorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, Brüssel, 219-242.
- Wickham, J. (2012): After the party's over: the Irish employment model and the paradoxes of non-learning. In: Lehndorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, Brüssel, 59-78.
- Wolf, M. (2011): There is no sunlit future for the euro. *Financial Times*, 19. Oktober.

Bernd Röttger

---

## Noch immer „Modell Deutschland“? Mythen und Realitäten politökonomischer Kontinuität einer Gesellschaftsformation

Gilbert Ziebura zum 88. Geburtstag

### 1. Einleitung

Totgesagte leben bekanntlich länger. Scheinbar gilt dies auch für das „Modell Deutschland“. Nachdem die SPD mit diesem Slogan 1976 in den Bundestagswahlkampf eintrat, um nach der Weltwirtschaftskrise 1974/75 auf den Plakaten die frohe Botschaft zu verkünden „Unsere Wirtschaft bleibt vorn. Durch soziale Stabilität“, wurde in der wissenschaftlichen Dechiffrierung dieses Entwicklungsmodells bereits sein nahendes Ende erblickt. Frieder Schlupp (1979, 12f.) leitete gerade aus der dem Modell innewohnenden Kombination von „innerer Stabilität“ und „äußerer Stärke“ ein „eminentes Stabilitäts- und Dominanzdilemma“ ab, weil die deutsche Ökonomie andere kapitalistische Metropolen aufgrund ihrer Überschüsse im Außenhandel zu Reaktionen zwinge, „die zunehmend die Reproduktion des auf ‘Stabilität’ gegründeten Export-, Modernisierungs- und Internationalisierungs-‘Modell Deutschland’ zu durchbrechen drohen“.

Sicher erlebte die Rede vom „Modell Deutschland“ seit seiner Verkündung verschiedene semantische Verschiebungen, etwa zu einem Modell geld- und währungspolitischer Stabilität in den Debatten zur monetären Integration Europas in den 1980er und 1990er Jahren, regierungsamtlichen Visionen von Deutschland als einem „Anker für Stabilität und Wachstum in Europa“ in jeglicher Krisenpolitik, die gemeinhin mit Forderungen nach „Lohnmäßigung“ einhergehen oder modellierter „Politik des *beggar and lecture thy neighbour*“ (Lehndorff 2011: 655), wie sie exemplarisch von Volker Kauder auf dem CDU-Parteitag 2011 in die Formel „in Europa [wird] Deutsch gesprochen!“ gegossen wurde. Noch 2003 aber startete die IG BCE ihre Kampagne „Modell Deutschland – Zuerst der Mensch“, obwohl die „soziale Dimension“ seiner Entwicklung schon immer nur als ein Appendix seiner weltwirtschaftlichen Erfolge fungierte. Weder in der IG Metall, in deren Organisationsbereich tarifliche Bindungen kontinu-

ierlich wegbröckelten, noch bei Ver.di, die sich mit gründlich verschlechterten Arbeitsbedingungen infolge von Privatisierungen herumärgern musste, wurde dem „Modell“ als Ziel von Politik noch Referenz erwiesen.

In der Krisenpolitik seit 2008, dem neuen „Krisenkorporatismus“ (Urban 2010: 4), jedoch erschien das „Modell Deutschland“ wieder putzmunter: eine relative innere Stabilität, die durch eine neue tripartistische Korporation von Kapital, Gewerkschaften und Staat vor allem über Kurzarbeitsregelungen erreicht wurde, paarte sich mit einer ökonomischen Krisenüberwindung, die seit dem Spätsommer 2009 vor allem wieder vom Export – nun in die aufstrebenden Schwellenländer der Weltökonomie – getragen wurde. Der siebente Workshop im Rahmen des von den „Chemie-Sozialpartnern“ veranstalteten Wittenberg-Prozesses im April 2010 formulierte unmissverständlich:

„Es ist richtig, dass die deutsche Wirtschaft in der Krise aufgrund ihrer starken Exportorientierung besonders gelitten hat. Genauso richtig ist jedoch, dass die deutsche Volkswirtschaft nur aufgrund ihrer leistungsfähigen exportorientierten Industrie viel schneller als die meisten anderen Industrieländer den Weg aus der akuten Krise gefunden hat. Gerade in der Krise hat die Soziale Marktwirtschaft ihre Stärken bewiesen: Durch konzentriertes Handeln von wirtschaftlichen Entscheidern, Arbeitnehmern und Politik konnten größere Schäden abgewendet werden. Die sozialpartnerschaftlichen Instrumente, die vor der Krise in der chemischen Industrie entwickelt worden waren, haben sich bewährt und als Standortvorteil im globalen Wettbewerb erwiesen.“ [http://www.igbce.de/portal/site/igbce/finanzmaerkte\\_industriepolitik/](http://www.igbce.de/portal/site/igbce/finanzmaerkte_industriepolitik/)

Und auch in der kritischen Ökonomie wird hervorgehoben, dass sich in den „institutionellen und organisatorischem Arrangements“ ökonomischer Regulation der deutschen Wirtschaft, die sich zentral um die Exportbranchen gruppieren, „bis heute keine substanziellen Änderungen“ ergeben haben (Hübner 2011: 642). Meine These ist, dass sich diese scheinbare Kontinuität des „Modell Deutschland“ nur über eine tief greifende Transformation seiner Grundlagen entfalten konnte. Herrschaftsformen entwickeln oft eine wesentlich längere Lebensdauer als die strukturellen Entwicklungsvoraussetzungen und die Gestalt der sozialen Kämpfe, die zu ihrer Herausbildung geführt haben. Das „Modell Deutschland“ entstand auf der Grundlage einer spezifischen Stellung in der sich fordistisch industrialisierenden Weltökonomie und eines innergesellschaftlichen Klassenkompromisses. Heute bestimmen rigide Weltmarktkonkurrenz und deutlich verschobene gesellschaftliche Macht- und Verteilungsrelationen zugunsten des Kapitals den politökonomischen Entwicklungspfad. Sowohl seine globale Konstitution als auch sein klassenpolitischer Charakter wurden umgestülpt.

Die treibenden Kräfte dieses Wandels werde ich im Anschluss an Gilbert Zieburas Gesellschaftsformationsanalysen als Ergebnis wirkungsmächtiger Dialektik von internen und externen Bestimmungsfaktoren analysieren, durch die sich spezifische Verhältnisse von strukturellen Entwicklungsbedingungen und politischem

Entscheidungsprozess immer wieder neu einpendeln. Historische Kontinuität entsteht vor allem dadurch, dass die Möglichkeiten alternativer Entwicklungen systematisch blockiert werden, dass „durch ganz bestimmte Entwicklungen einige historische Entwicklungen ausgeschlossen“ werden (Gerstenberger 1990: 33).

„Europa ist ein einziger Friedhof von betrogenen, verratenen und abgemordeten Hoffnungen.“ In dieser Notiz von Peter Weiss (1982: 851f.) kommt nicht nur das Scheitern des „Projekts Europa“ als föderale Friedensinitiative der unmittelbaren Nachkriegszeit zum Ausdruck; Hoffnungen auf alternative Entwicklungen in Europa zerstoßen immer wieder auch an den in die Hierarchie der europäischen Arbeitsteilung eingewobenen Restriktionen, an deren Existenz der zum Modell erhobene deutsche Kapitalismus keinen unbedeutenden Einfluss hatte. Allerdings tritt in der Hülle dessen, was vom einstigen „Modell Deutschland“ noch besteht, inzwischen deutlich ein Zwangscharakter in den Vordergrund. Stabilisierung seiner Entwicklung und Abmordung anderer Entwicklungsmöglichkeiten erfolgen immer weniger kompromissgestützt; sie werden vor allem als Durchsetzung ökonomischer Zwänge exekutiert. Ausgehend von einer Rekonstruktion zentraler Punkte kritischer Gesellschaftsformationsanalyse skizziere ich die Phasen der Zersetzung politökonomischer Grundlagen des „Modells“, um abschließend die Frage nach seiner wirklichen Zukunft aufzuwerfen.

## 2. Gesellschaftsformationsanalyse

In der Geschichte verstricken sich immer wieder innergesellschaftliche und internationale Strukturen und Prozesse zu einem unentwirrbaren Herrschaftsgefüge. Gilbert Ziebura hat diese Erkenntnis früh als Problem eines Verhältnisses von „Verflechtungsgrad und Handlungsfähigkeit“ thematisiert, als Frage von gesellschafts-durchdringenden Strukturen der Weltökonomie und politischen Spielräumen. In Anlehnung an François Perroux sieht Ziebura schon den Weltmarkt, den Ort der Verflechtung, als ein „Kampffeld ungleicher Gruppen und Staaten, auf dem der Stärkere dem Schwächeren sein Gesetz auferlegt“ (Ziebura 1973: 297). Auch in der mit der Internationalisierung des Kapitals vielbeschworenen weltwirtschaftlichen Interdependenz verortet er „neue Abhängigkeitsverhältnisse und Disparitäten“ (ebd.), die die Handlungsspielräume und -chancen von Staaten und sozialen Klassen noch mal ungleich verteilen. Er spricht von „heimtückischen Nackenschlägen der ‚Interdependenz‘, etwa in seiner Analyse der Handlungsspielräume verschiedener Kräfte in der französischen Gesellschaftsformation (Ziebura 1988: 19). Und für den noch von der Konjunktur des Eurokommunismus getragenen „Sozialismus à la méditerranéenne“ diagnostizierte Ziebura ein „Lehrstück“ darüber, wie sich „Sozialisten zuerst in Sozialdemokraten ver-

wandeln“ und schließlich der „Handlungsspielraum für die Durchsetzung einer alternativen sozialistischen Krisenüberwindungsstrategie so gut wie auf Null geschrumpft“ wird (Ziebura 1983: 10).

Solche Verhältnisse, in denen der Weltmarkt die Herrschaftsbeziehungen in den Gesellschaften verändert, hat Elmar Altvater (1987: 87) als „Sachzwang Weltmarkt“ bezeichnet – als das erklärungsbedürftige Phänomen, „wie exogene Faktoren endogenisiert werden bzw. wie die artikulierte Konfiguration von ökonomischen Entwicklungstendenzen des Weltmarkts, von politischen Interventionen zur hegemonialen Blockbildung [und] dem sozialen Handeln der Akteure“ zustande kommt. In der als „Grüne Bibel“ (Ziebura 2009: 256) bezeichneten „Forschungsstrategie“ zur Gründung eines Sonderforschungsbereichs an der FU Berlin wurden als treibende Kräfte historischer Veränderung (und momentaner Konsekration neuer Herrschaftsverhältnisse) „transnationale Herrschaftssynthesen“ identifiziert – je „relativ stabile Konfiguration von Gruppen mit kompatiblen Interessenlagen einschließlich der Mechanismen der internen und externen Stabilisierung solcher Koalitionen“ (Ziebura et al. 1974: 27). In einem Forschungsprojekt an der Universität Konstanz seit Mitte der 1970er Jahre kamen Ziebura und seine Mitarbeiter zu dem Ergebnis, dass die zu beobachtende „Verschärfung der innergesellschaftlichen Krisen infolge des Internationalisierungsprozesses zur Auflösung und Neuformierung von Klassenbündnissen“ tendiert, die es vertieft zu untersuchen gilt (Deubner et al. 1979: 258). Für Ziebura ist es immer wieder dieser „Sachzwang Weltmarkt“, der auch als „ideologischer Kitt“ fungiert, mit dem ein gerade herrschender Block an der Macht entweder zusammengeschweißt oder ausgehebelt wird.

Theoretisch-begrifflich hat Ziebura mit dem Konzept der Gesellschaftsformationsanalyse versucht, zwei Fehlinterpretationen geschichtlicher Entwicklung entgegenzuwirken: zum einen einem ökonomistischen Determinismus, für den die Geschichte das Ergebnis von allgemeinen – mit Marx: „hinter dem Rücken der handelnden Akteure“ sich durchsetzender – Strukturen ist; zum anderen einer politizistisch-institutionalistischen Verblendung, die verkennt, dass auch die politischen Auseinandersetzungen und geronnenen Verfassungen in jeder Epoche durch die je strukturellen Rahmenbedingungen einer „vorherrschenden Produktionsweise“ in gewisser Weise formatiert und „auf Kurs“ gebracht werden:

„Der im Begriff der Gesellschaftsformation zusammengefasste gesamtgesellschaftliche Ansatz zielt [...] darauf ab, sowohl eine den Blick verengende strukturalistisch-deterministische, wie eine an der Oberfläche der Phänomene verharrende positivistische Betrachtungsweise zu überwinden. Die in einer Gesellschaftsformation vorherrschenden Widersprüche als treibende Kraft ihrer Entwicklung werden in dem durchaus variierenden Zusammenspiel der verschiedenen 'Instanzen', vornehmlich aber auf der Ebene der sozialen Verhältnisse als der entscheidenden Vermittlungsebene zwischen Ökonomie und Politik gesucht.“ (Ziebura 1979: 22)

Vor diesem Hintergrund wird der Zweifel verständlich, den Ziebura gegenüber theoretischen Konzeption *des* Staates hegt, etwa wenn er schreibt, dass es keinem Staat gelingt „mitsamt seinem Gewaltmonopol und allen seinen Machtmitteln“ eine Gesellschaft „dauerhaft zu kontrollieren, zu regulieren und damit zu stabilisieren“ (Ziebura 1989: 432). Mit dem Wandel struktureller Entwicklungsvoraussetzungen geraten auch scheinbar herrschaftlich festgezurte Verhältnisse ins Wanken. Etwa der „keynesianische Staat“ (vgl. Buci-Glucksmann/Therborn 1981). Ziebura (1996: 86) zeigt am Beispiel der sich in den 1990er Jahren herausbildenden globalen Produktionsweise eindringlich, wie mit diesem Wandel politische Machtwechsel nur noch „innerhalb der neoliberalen Herrschaftssynthese“ stattfinden.

Die theoretische Aufgabe der Durchdringung der „Frage nach der Dialektik von strukturellen Bedingungen und konkretem [...] politischen Entscheidungsprozess“ (Ziebura 1990: 90) hat Ziebura (1984) in seiner historischen Untersuchung des Zusammenhangs von Weltökonomie und Weltpolitik in den 1920er und 30er Jahren empirisch als Frage, wie sich der „Trend zur Politisierung der Ökonomie“ (16) durchsetzen konnte, bearbeitet. Er zeigt empirisch, warum die „große Krise“ des Kapitalismus infolge der sich durchsetzenden fordistischen Produktionsweise nicht in allen Industrieländern zu den gleichen Verschiebungen innerhalb des Machtblocks führte, dass die Deflations- und Stabilisierungspolitik der frühen 1930er Jahre nicht nur das Terrain für faschistische Rüstungsoffensiven, sondern auch für „alternative Krisenüberwindungsstrategien (*Roosevelts* ‘New Deal’; Volksfront in Frankreich)“ ebnete, „mit welchem Erfolg auch immer. Oder, wie in England, die Konservativen trennten sich von lieb gewordenen Vorstellungen (Pfund-Abwertung)“ (182).

„Schließlich siegt immer die ökonom. Notwendigkeit“, vermerkte Peter Weiss (1981: 614) in seinen *Notizbüchern 1971-1980*. Er lenkte somit den Blick auf jene, dem Krisenkapitalismus der 1970er Jahre eigene Kraft, reformistische Alternativen – wie die in Schweden – gründlich sich einzuverleiben. Ziebura sah in der BRD der 1980er Jahre das Scheitern der Demokratien vor allem dadurch bewirkt, dass Kapitalfraktionen in der „Durchsetzung ihrer Profitinteressen [...] selbst bescheidene Ansätze einer reformistischen Politik zu Fall bringen“ (Ziebura 1984a). Aber wie geschieht das eigentlich? In der Perspektive der „Konstanzer Schule“ kann erst „die Bestimmung vorherrschender hegemonialer Akkumulations- und dominierender Regulierungsweisen im historischen Kontext und in dynamischer Perspektive“ es erlauben, „einen systematischen Rahmen für eine angemessene Realanalyse der strukturellen und prozessualen, institutionellen und prozeduralen Veränderungen“ zu entwickeln (Schlupp 1992: 364).

In Anknüpfung an das Konzept der „transnationalen Herrschaftssynthese“ spreche ich im Folgenden von *Handlungskorridoren* in der politischen Ökonomie

des Kapitalismus, die gerade in Krisenprozessen immer neu erforscht werden müssen – auch weil sich historische Alternativen immer wieder angesichts einer kapitalistischen Realität blamieren, in der restaurative Kräfte die Fähigkeit besitzen, schon „am Beginn einer zweifellos noch stürmischen Entfaltung, irreversible Fakten für die künftige Entwicklung der kapitalistischen Weltökonomie zu setzen“ (Zieburg 1996: 95).

### 3. Die politische Ökonomie des „Modell Deutschland“ – Zum Wandel eines Herrschaftsprojekts

Schon die Entstehung des „Modell Deutschland“ verdankte sich keinem politischen Konstitutionsakt, sondern war einer spezifischen Form kapitalistischer Vergesellschaftung geschuldet, die unmittelbar auf die industriellen Spezialisierungsprofile und damit auf die Stellung des bundesdeutschen Produktionsapparates in der Hierarchie der Weltarbeitsteilung aufbaute. Die industriellen Profile waren das Ergebnis einer bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden „nachholenden Industrialisierung“, die sich vor allem im Bereich moderner Industrien (Elektrotechnik, Chemie) vollzog. Zu den Spezifika dieser Entwicklung gehörte zum einen, dass sich der Anteil der Investitionsgüter an den Ausfuhren beständig erhöhte, zum anderen, dass sich die Absatzmärkte zunehmend auf die entwickelten europäischen Gesellschaften konzentrierten. Daran hat sich auch im Rahmen der kapitalistischen Rekonstruktion Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg kaum etwas geändert, wenn auch der vorrangig mittelständische Werkzeugmaschinenbau hinzukam (Deubner/Rehfeldt/Schlupp 1981). Aufgrund unterschiedlicher industrieller Spezialisierungs- und Ausfuhrprofile in der internationalen Arbeitsteilung entstehen Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse, die sich als „sektorale Hierarchien ungleich ‘kohärenter’ nationaler Akkumulationsstrukturen“ erweisen, „wobei jene nationalen Produktionsapparate an der Spitze der internationalen Stufenleiter kapitalistischer Arbeitsteilung und Entwicklung stehen, deren sektorale Spezialisierung insbesondere auf die Produktion von Produktionsmitteln [...], über komplexe [...] Produktions- und Produkt-‘ketten’ vermittelt, einen hohen Grad an (inter-)‘sektoraler Kohärenz‘“ begünstigen (Schlupp 1979: 17). Genau dies traf auf die Produktionsstruktur der BRD zu.

Der in den USA bereits in den 1920er Jahren schmetternde „fordistische Fanfarenstoß“ (Antonio Gramsci) entfaltete sich in der Nachkriegszeit zu einer „hegemonialen Produktions- und Tauschnorm“ (Aglietta 1979), die über die Konkurrenzgesetze des Weltmarktes den Übergang zur Dominanz relativer Mehrwertproduktion und zur fordistischen Industrialisierung aller entwickelten

kapitalistischen Gesellschaften erzwang. Die dafür notwendigen Investitionsgüter konnten aus der bundesdeutschen Produktion bezogen werden. Im Rahmen des Bretton-Woods-Systems wurden – falls nötig – Kredite zur Verfügung gestellt, die die je nationale Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten nicht gefährdeten. Diese fordistische Integration der dominierenden Investitionsgüterindustrien der BRD in den Weltmarkt erwies sich als *das* eigentliche Basisinstitut einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsweise, die vielen immer noch als „Wirtschaftswunder“ gilt.

Inneregesellschaftlich basierte die strukturelle Weltmarkt-, besser: Westeuropadominanz der BRD auf zunächst niedrigen Löhnen und dem Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte. Die nach den Niederlagen im Prozess kapitalistischer Rekonstruktion und im Konflikt um das Betriebsverfassungsgesetz 1952 geschwächte Gewerkschaftsbewegung konzentrierte sich auf die Organisation von Klassenkompromissen in den Kernsektoren des Exportmodells – gleichzeitig ihre organisatorischen Hochburgen. Unfreiwillig leistete sie damit der Unterordnung der Binnensektoren unter die Reproduktionserfordernisse der Exportindustrien Vorschub, die zu einem weiteren Charakteristikum des „Modell Deutschland“ wurde. Der politische Tausch des fordistischen Klassenkompromisses (Lohnsteigerungen im Rahmen der Produktivitätsfortschritte vs. Aufgabe der Forderungen nach kollektivem Eigentum an den Produktionsmitteln) spülte die Gewerkschaften in die Rolle von „intermediären Organisationen“ (Müller-Jentsch 1982) und kanalisierte somit den Klassenkampf in politische Formen, die proletarische Klasseninteressen an Beschäftigungssicherung und Lohnsteigerung mit den Reproduktionsanforderungen der Kapitalakkumulation in der BRD zu veröhnen hatten.

Europapolitisch war diese Entwicklungsweise ebenfalls kompromissgestützt, wenn auch mit stark hierarchischem Grundton. Ziebura beispielsweise interpretierte die Bildung der Montanunion 1950 in der ersten Auflage seines Buches zu den deutsch-französischen Beziehungen seitens Frankreichs als Versuch, nicht nur „die Überlegenheit der westdeutschen Stahlindustrie“ aufzufangen, „sondern ins Positive zu wenden, indem die französischen Industriellen dadurch gezwungen würden, [...] die Industrialisierung und Modernisierung Frankreichs zu forcieren“ (1970: 55). In der überarbeiteten und aktualisierten Neuauflage (1997: 85) ist die Interpretation skeptischer, konnte doch eine „erneute Dominanz der deutschen Industrie in Europa nicht verhindert werden“. Vielmehr erleichterte sie das deutsche „Wirtschaftswunder“ sowie den Aufbau einer Rüstungsindustrie im Zusammenhang mit der Wiederbewaffnung. Die „gemeinsame Expansion in der Konkurrenz“, so die Formulierung im *Monet-Memorandum* von 1950, bildete dennoch den Kern einer „transnationalen Herrschaftssynthese“ des westeuropäischen Fordismus, in der sich bundesdeutsche Exportinteressen und Moderni-

sierungsinteressen von Ländern wie Frankreich, die eine mittlere Position in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung einnahmen, bündeln konnten.

Die erste Nagelprobe dieses Entwicklungsmodells, das – wie viele glaubten – die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise hinter sich gelassen habe – entstand in der ökonomischen Krise 1966/67, die zur Triebkraft einer keynesianischen Konzertierung der Kräfte wurde. In der Konzertierten Aktion von Kapital, Gewerkschaften und Staat zur Krisenüberwindung wurde den Gewerkschaften eine moderate Lohnpolitik (Lohnsteigerungen deutlich unter dem Produktivitätswachstum bei möglichst langer Laufzeit der Tarifverträge) zugewiesen. In den legendären *Septemberstreiks* von 1969 folgte die Antwort der Belegschaften in Form „wilder“, autonomer Artikulation ihrer Interessen. Da Gewerkschaften auch als intermediäre Organisationen auf ihre betriebliche Organisationsmacht angewiesen sind (der Gewerkschaftsfunktionär und spätere Bundesminister Hans Matthöfer sprach in nahezu *gramscianischen* Worten von den Betrieben als den „Schützengräben“ jeder Gewerkschaftspolitik, auch wenn die glaubten, ihre Macht auf institutionellen Korporatismus stützen zu können), wurden zunehmend die Forderungen aus den Belegschaften von den gewerkschaftlichen Tarifkommissionen übernommen. Es kam Anfang der 1970er Jahre zu den höchsten Tarifabschlüssen in der Geschichte der BRD. Der Lohn-Produktivitäts-Kompromiss wurde ausgehebelt – auch weil sich die Produktivitätsreserven einer tayloristisch-fordistischen Rationalisierung erschöpft hatten. Verteilungskämpfe wurden erstmals zugunsten der abhängig Beschäftigten entschieden.

Militante Klassenauseinandersetzungen fanden zu dieser Zeit in ganz Westeuropa statt. Lohnsteigerungen wurden tatsächlich zum „Sturmvogel einer Krise“ (MEW 24: 410). Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 erwies sich als Profitkrise – im Unterschied zur Krise der 1930er Jahre, die infolge beginnender fordistischer Massenproduktion und fehlender effektiver Nachfrage vor allem eine Überproduktionskrise war. Das wieder aufblitzende Gespenst der Arbeitslosigkeit verhinderte, dass die Arbeiterproteste auf Dauer gestellt wurden. Im Gefolge der Krise wurden die korporatistischen Arrangements, einst Anlass des „labor unrest“ (Beverly Silver), noch verstärkt. In den Branchen und Regionen, die von der Krise am stärksten betroffen waren, entstanden Kartelle „zur erfolgreichen, d.h. sachadäquaten und sozialkonsensualen Bewältigung der Krisenfolgen“ (Esser/Fach/Väth 1983: 54). Die damals vor allem in der Montanindustrie „erfundenen“ und entwickelten Instrumente eines sozialverträglichen Beschäftigungsabbaus (Frühverrentung, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften) finden – allerdings unter den Hartz-Reformen der Arbeitsmarktpolitik unter deutlich restriktiveren Bedingungen – tendenziell bis heute Anwendung.

Gewerkschaften (und starke Betriebsräte) wurden zu Garanten eines ohne soziale Revolten durchsetzbaren ökonomischen Strukturwandels. Mit der Offen-

sive zur „Humanisierung des Arbeitslebens“, zunächst wirtschaftsdemokratisch konnotiert, avancierten Gewerkschaften zum Bestandteil einer Strategie zur „Modernisierung der Volkswirtschaft“ (Hauff/Scharpf 1975), die die Sozialdemokratie zu einem Kernelement des „Modell Deutschland“ und ihrer Krisenüberwindungsstrategie erhob. Das aber hatte einschneidende, nicht-intendierte Folgen: Die verstärkte Verwandlung des Staates in eine ökonomische Modernisierungsagentur, die Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen fördert und staatliche Interventionen zum Erhalt strukturschwacher Branchen eindampft, zersetzte die soziale Basis, die einst das „Modell Deutschland“ im Innern konstituierte. Zwar galt unausgesprochen das Ziel, „jenes Bündnis von Wachstumskapitalen und qualifizierter Arbeiterschaft“, das in der Konstitutionsphase des Modells hegemonial war, zu erneuern und zudem „als Konkurrenzvorteil auf dem Weltmarkt“ auszunutzen (Hoffmann 1984: 415). Genau das Gegenteil aber passierte: das Abschmelzen traditioneller Sektoren der gewerkschaftlichen Organisationsmacht bewirkte auch eine Schwächung der Gewerkschaften und „löste die einst politisch fixierten Kompromisslinien zwischen Lohnarbeit und Kapital auf oder drängte sie zurück“ (ebd.).

War der politische Tausch des fordistischen Klassenkompromisses an einen beständigen Ausbau des (keynesianischen) Wohlfahrtsstaates gekoppelt, mit dem man dann auch „so langsam in den Sozialismus schlittern“ (Franz-Josef Degenhardt) konnte, stellte sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mit dem „stagflationären Dilemma keynesianischer Politik“ ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel ein. Der Übergang der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt zur Austeritätspolitik (der als Opposition den bis heute aktiven Arbeitskreis „Alternative Wirtschaftspolitik“ hervorbrachte) muss als Zusammenwirken von strukturellen und politischen Faktoren begriffen werden: einer zugespitzten Anforderung des Kapitals an die Politik, die Bedingungen der Kapitalverwertung wieder zu verbessern, um damit aus der Profitkrise treten zu können, *und* von Verschiebungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Im Gebot „Sparen und Herrschen“ schlug die „ökonomische Pression [...] in politische Formierung um“ (Esser/Fach 1983: 437).

Weltmarktkonkurrenzfähigkeit und Geldwertstabilität avancierten zu prioritären Politikzielen. Die ökonomischen Disparitäten zwischen Wachstumsbranchen und -regionen und solchen, die von Krisen gebeutelt waren, verschärften sich. Die „sektorale Kohärenz“ des Produktionsapparates begann bereits hier zu bröckeln. Lehnendorff (2011: 652) spricht inzwischen von einer „Demontage der traditionellen Architektur der deutschen Version von ‘pattern bargaining’, also des Geleitzugprinzips in Tarifverhandlungen“, in denen die führenden Exportindustrien den tarifpolitischen Marsch aller Branchen dirigierten. Wurden die subordinierten Branchen zunächst abgehängt, erfolgte – nachdem auch in

den Leitbranchen der interessenpolitische Rückschritt Einzug hielt – das neue Andocken im Rückwärtsgang.

Das Entstehen von Massenarbeitslosigkeit – in der ersten Welle der Weltwirtschaftskrise 1974/75 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf über 1 Million, in der zweiten Welle 1980/82 über 2 Millionen – verschob den sich im Staat verdichtenden Klassenkompromiss. Er thematisierte die (männliche) Klasse der abhängig Beschäftigten weniger als „doppelt freie Lohnarbeiter“ und damit in ihrem Interesse an Beschäftigung und Lohn, sondern stärker als Geldbesitzer und damit in ihrem Interesse an der Sicherung ihrer Geldanlagen. Da Gewerkschaften nach wie vor inkorporiert blieben, markierte diese Verschiebung noch keinen Abschied vom Korporatismus, wohl aber eine Neukomposition seiner Selektionsmechanismen (vgl. Esser 1982: 257ff.).

Bröckelten im Innern der bundesdeutschen Gesellschaftsformation bereits die Fundamente, so wurden international mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems die Abrissbirnen aufgefahren. Basierte die strukturelle Dominanz der BRD-Ökonomie in der Nachkriegsordnung (auch) auf einer Unterbewertung der DM im vom Dollar dominierten Weltwährungssystem, sahen sich die Exportfraktionen des bundesdeutschen Kapitals nun mit einer massiven Aufwertung der DM konfrontiert, die die Exportmärkte gefährdete. Die Schmidt-Carter-Kontroverse 1978, die Dollarkrise 1978/79 und der daraus resultierende „Run aus dem Dollar“ drohten die Situation noch zu verschärfen. Mit der Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS) 1979 wurden die bundesdeutschen Exporte nach Westeuropa stabilisiert, indem die europäischen Währungen in einem System fester Wechselkurse aneinander gebunden wurden, so dass die Aufwertung der DM gebremst wurde. Gleichzeitig wurde die DM von einer Leitwährungsrolle durch Anbindung an die „schwachen“ europäischen Währungen ferngehalten. In Frankreich galt die Strategie der Abwertung des französischen Franc mit dem Aufkommen der Massenarbeitslosigkeit als gescheitert. Im „Experiment Barre“ wurde 1978 erstmals der Übergang zu einer Stabilitätspolitik vollzogen. Mit einer Politik stabiler Wechselkurse sollte die importierte Inflation und die Verzögerung ökonomischer Modernisierung durch „künstliche“, durch Abwertung bedingte Konkurrenzfähigkeit der französischen Industrie gestoppt werden. Dem EWS fiel die Funktion zu, die außenwirtschaftlichen Bedingungen monetärer Stabilität durch Anbindung des Franc an die DM herzustellen und Modernisierungseffekte durch Mechanismen „durchschlagender“ Konkurrenz zu erzeugen.

Formal blieb die „deutsch-französische Achse“ des europäischen Integrationskompromisses auch im EWS-Deal zwischen Helmut Schmidt und Valérie Giscard d'Estaing intakt; aus den Bedingungen „gemeinsamer Expansion in der Konkurrenz“ wurde nun aber ein gewaltiger Hebel zur Neoliberalisierung

der westeuropäischen Gesellschaften. Er wurde über den festgeschriebenen Interventionsmodus durchgesetzt, der die politisch fixierten Paritäten der europäischen Währungen (bei geringen Schwankungsmargen) garantieren sollte. Die obligatorische Interventionspflicht der nationalen Notenbanken bei Kursabweichungen sah vor, dass die Notenbank der starken Währung die schwache Währung aufkauft, während die Notenbank der schwachen Währung dazu verpflichtet wurde, die Bestände der zur Aufwertung tendierenden Währung zu verkaufen. Durch diesen Interventionsmechanismus wurden eine Kontraktion der Zentralbankgeldmenge im Schwachwährungsland und eine Expansion im Hartwährungsland bewirkt. Dieser institutionalisierte Mechanismus *asymmetrischer Intervention* stellte sicher, dass die stabilste Währung im westeuropäischen Währungsverbund in die Position der Leitwährung gesetzt wurde und dem Nationalstaat mit der restriktivsten Politik die Funktion der wirtschaftspolitischen Führungsrolle zufiel.

Im Verlauf der 1980er Jahren wurden die strukturellen Ungleichgewichte in der europäischen Arbeitsteilung auf eine erste Spitze getrieben. Die Handelsbilanzüberschüsse der BRD gegenüber der Europäischen Gemeinschaft erreichten 1989 mit 94,2 Mrd. DM eine erste Rekordhöhe. Sie entstanden aufgrund realer Abwertungen der DM infolge der Festschreibung der nominalen Wechselkurse im EWS und vorhandener Inflationsdifferenzen in Europa, einem Wachstumsgefälle zugunsten der Schwachwährungsländer und akzentuierter industrieller Modernisierungsprozesse aller westeuropäischen Ökonomien durch das Binnenmarktprojekt 1985.

Die Wirkungsmacht dieser Mechanismen und Strukturen bekam bereits die im Mai 1981 gewählte Linksregierung aus Sozialisten und Kommunisten in Frankreich zu spüren. Das links-keynesianische Wirtschaftsprogramm konnte kaum ein Jahr aufrechterhalten werden. Das Diktat der Weltmarktgesetze und die Vorgaben des institutionalisierten Neoliberalismus in Gestalt des EWS setzten den Handlungskorridoren der französischen Regierung enge Grenzen. Das mit dem Anspruch auf einen langfristigen „Bruch mit dem Kapitalismus“, zumindest aber der „Rückeroberung des Binnenmarktes“ formulierte Programm der Linksregierung mutierte aufgrund kumulierender Handelsbilanzdefizite 1983 zu einem neoliberalen Stabilitätsprogramm. Das Verhältnis von Exportwerten zu Importwerten erreichte 1982 den schlechtesten Wert in der Geschichte Frankreichs. Die Defizite im europäischen Handel konnten selbst durch die Realignments im EWS und die Abwertung des französischen Francs gegenüber der DM nicht überwunden werden. 1983 erfolgte die Verordnung eines Lohn- und Preisstopps, die eine Phase der Reallohnverluste einleitete; ab 1985 wurde mit der Strategie der „*désinflation compétitive*“ – einer auf internationale Wettbewerbsfähigkeit zielenden Inflationsbekämpfung – eine konsequente Po-

litik nationaler Modernisierung eingeleitet, die die Priorität exportorientierter Stabilitätspolitik akzeptierte. Ziebura spricht 1984 davon, dass der „Sozialismus auf französische Art“ einem „Genscherismus auf höherem Niveau“ gewichen sei (*Vorwärts*, 26. Juli 1984) – auch weil die forcierte Modernisierung der Ökonomie und die angedrohten und tatsächlichen Massentlassungen in den Autowerken oder der lothringischen Stahlindustrie die soziale Basis des Regierungsbündnisses unterminierten, insbesondere die der Kommunistischen Partei. Das Diktat der Zahlungsbilanz konnte im europäischen Integrationsprozess sein Zepter schwingen und beschleunigte den neoliberalen Umbau der Wirtschaftspolitik. Es entstand eine europäische „Stabilitätshalbanke“ (Thomasberger 1988: 25), die nun den unangefochtenen Kern der europäischen Herrschaftssynthese markierte.

Derweil wurden (nicht nur) durch die neokonservative „Wende“ 1982 massive Verschiebungen im Kräftegefüge der bundesdeutschen Gesellschaftsformation vorangetrieben. Im Unterschied zu den von Ronald Reagan in den USA und ‘Maggie’ Thatcher in Großbritannien exekutierten „neoliberalen Konterrevolutionen“ (Milton Friedman), die ihre Regierungsgeschäfte mit gewaltförmigen Angriffen auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ihrer Länder begannen, um sie als gesellschaftliche und politische Kraft schlicht zu eliminieren, dominierte in der BRD der Versuch, den Handlungsspielraum der Gewerkschaften neu einzuhegen. Das gelang, weil sich der korporatistische Bezugsrahmen gewerkschaftlicher Politik nicht veränderte, während Staat und Kapital mit dem makroökonomischen Prioritätenwandel hin zu Weltmarktkonkurrenzfähigkeit und Geldwertstabilität Strategien „produktivitätsorientierte Lohnpolitik“ ins Leere laufen ließen. Konflikte zwischen Lohnarbeit und Kapital wurden in wettbewerbskonforme Formen verwandelt. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche beendete quasi einen Kampfzyklus, in dem Gewerkschaften noch in die „Offensive“ gehen konnten. Nun regierte überall der interessenpolitische Rückschritt.

Ohne „autoritäre Regierungsintervention“ (Bruno Trentin) sollte aber auch in der BRD die Reorganisation der Grundlage kapitalistischer Akkumulation nicht auf die Sprünge zu helfen sein. „Die sanfte ‘Wende’ wird auf einmal aggressiv“ titelte Gilbert Ziebura im *Vorwärts* vom 21. Dezember 1985 angesichts Blümscher Reformen des Arbeitsförderungsgesetzes und bundesdeutscher Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm. Vor allem die Novelle des sog. Streikparagraphen 116 AFG sollte der Schlüssel für die Durchsetzung eines Produktionsmodells sein, das über *Outsourcing*, *Lean production* und *Just-in-time*-Beziehungen zwischen Endherstellern und Zulieferern Wettbewerbsvorteile erheischen wollte. Dem stand jedoch die sog. „Minimax-Strategie“ der IG Metall entgegen: auf Kosten der gewerkschaftlichen Streikkasse einen kleinen Zulieferer zu bestreiken, um so mit dem Lahmlegen der Produktion beim Endhersteller, dessen Beschäftigte bei Produktionsausfall bislang aus den Kassen der Bundesanstalt für Arbeit

finanziert wurden, maximale Folgen zu erzielen. Die Neufassung der Regelung im heutigen § 146 SGB 3 entzogen einer solchen Gewerkschaftsstrategie die Grundlagen – sie hätte die Streikkasse überlastet. Die hochgradig störanfällige nachfordistische Produktion wurde so durch die Einschränkung des Streikrechts ermöglicht. Ziebura interpretierte diese Neufassung des Streikrechts als „Rache für die Streiks von 1984“. Der Glanz des „Modell Deutschland“ wurde so langsam richtig stumpf.

Die Implosion des real existierenden Sozialismus 1989 schien dem „Modell Deutschland“ jedoch neuen Glanz zu verleihen. Ohne größeren Widerstand konnte nicht nur die bundesdeutsche Verfassung als ‚Maßstab für Demokratie‘ dem Territorium der DDR übergestülpt werden; das im „Modell Deutschland“ entfaltete System der industriellen Beziehungen, die betriebliche und tarifpolitische Mitbestimmung, deren Gütesiegel schon länger nicht mehr in ihrem wirtschaftsdemokratischem Anspruch, sondern im „Wettbewerbsvorteil“ erschien, wurde gleich mit exportiert. Mit eher bescheidenen Ergebnissen: Die „blinden Flecken“, mitbestimmungsfreie Zonen der Wirtschaft, sind bis heute in Ostdeutschland größer als in den alten Bundesländern. Auch der betriebliche Deckungsgrad des Flächentarifvertragssystems konnte nicht annähernd das altbundesdeutsche Niveau erreichen. Nachdem auch die Sonne der 35-Stundenwoche im Osten nicht aufgehen wollte und die IG Metall nach sieben Wochen ihren Kampf im Sommer 2003 abbrach, war das eine historische Niederlage. Die sich sukzessive mit der Gründung der II. Internationale (1889) durchsetzende Arbeitsteilung zwischen (Betriebs-)Räten, Gewerkschaften und (sozialistischen bzw. sozialdemokratischen) Parteien in der institutionellen Arbeiterbewegung wurde zersetzt. Von nun an war die in ostdeutschen Betrieben herrschende Realität einer Abweichung vom Flächentarifvertrag nach unten die Norm und sollte zum „Modell“ eines flexibilisierten Tarifsystems im gesamten Bundesgebiet werden. Auch in den Arbeitsbeziehungen gelang es also nicht, den Anpassungsprozess nur den neuen Bundesländern aufzubürden. Der Vereinigungsmodus bewirkte eine gesamtgesellschaftliche Zäsur, die solange unbewältigt bleiben musste, wie an einem Entwicklungsmodell festgehalten wurde, dessen Fundamente inzwischen unterspült waren (vgl. Bonder/Röttger/Ziebura 1992).

Der von der rot-grünen Bundesregierung vollstreckte Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik beendete auch formal die „strategischen Beziehungen“ von Gewerkschaften und Staat. Mit der Hartz-Gesetzgebung war das „Dasein“ der „doppelt freien Lohnarbeit“ – um mit Peter Rühmkorf zu sprechen – noch weniger „unterkellert“. Der Zugriff auf die lebendige Arbeit konnte intensiviert werden. Die Herrlichkeit intermediärer Gewerkschaftspolitik war verdampft; der gesellschaftliche Korporatismus starker Gewerkschaften war zum betrieblichen Wettbewerbskorporatismus verkommen. Als treibende Kraft dieser arbeits- und

tarifpolitischen Umwälzung sollte sich eine im Prozess kapitalistischer Globalisierung bewirkte Veränderung der Stellung des deutschen Kapitalismus in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung erweisen. Infolge von steigenden Direktinvestitionen und der Schaffung transnationaler Wertschöpfungsketten innerhalb global agierender Konzerne oder um Warengruppen hinkten ausländische Tochterunternehmen in der Produktivität nicht mehr ihren Müttern hinterher oder belieferten nur den sonst nicht erreichbaren Binnenmarkt. Oft waren die neuen Tochterfirmen sogar produktiver und wurden von den Konzernleitungen eingesetzt, um Tarife und Arbeitsbedingungen in den Stammwerken unter Druck zu setzen. Mit dieser globalen Produktionsweise des Kapitalismus verschwand eine Voraussetzung, auf der sich Gesellschaft und Politik des „Modell Deutschland“ (auch) gründeten: die Realisierung von Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprüngen durch Produktivität.

Kapital und bürgerlicher Staat versuchten nun auf anderen Wegen, den deutschen „Standort“ für den Weltmarkt ‘fit zu machen’. Die Regulation der lebendigen Arbeit wurde zum Objekt des neu entfesselten „Heißhungers nach Mehrarbeit“ (MEW 23: 249). Wie ließen sich Tarife schleifen oder unterwandern, um den Menschen weitere unbezahlte Mehrarbeit abzupressen? Die Gesetze der Produktion des absoluten Mehrwerts regierten. Der Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise zu „freier Menschenverwüstung“ (ebd.: 499), die bei Marx noch zur Kraft wurde, das Kapital an „die Kette gesetzlicher Regulation“ (ebd.: 258) zu legen, wurde in der BRD vom Staat erst wieder durch die Förderung eines Niedriglohnsektor und prekärer Beschäftigungsverhältnisse zum Durchbruch verholfen. Wie gründlich sich die Kapital- und Staatsverhältnisse wandelten, zeigt auch die „finanzkapitalistische Landnahme“ (Dörre 2009), mit der auch der deutsche Kapitalismus durch Privatisierung vormals öffentlicher Güter, Deregulierung makroökonomischer Bedingungen der Kapitalakkumulation oder Aushöhlung bestehender Regulationen gesellschaftlicher Arbeit einen neuen Zenit der Gewinnmaximierung erklimmen konnte. *En passant* wurde dabei auch die enge Verzahnung von Industrie- und Finanzkapital als weiteres Strukturmerkmal des einstigen „Modell Deutschland“ erledigt – zwar nicht für Großkonzerne wie Siemens oder Porsche mit ihren allein am Finanzmarkt operierenden Investmentabteilungen, sondern für mittelständische Unternehmen und ihr Verhältnis zu den „Hausbanken“.

Kontinuität konnte von nun an nur noch die Außenperformance suggerieren. Zum einen war mit der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung 1999 die dem „Modell Deutschland“ immanente Priorität monetärer Stabilisierung europäisiert. Die Übertragung des „Modell Tietmeyer“ (Pierre Bourdieu) auf die Statuten der Europäischen Zentralbank rief kaum noch Proteste hervor. Die europäische Stabilitätshalbanke konnte als noch gesicherte Festung erscheinen.

Zum anderen kumulierten seit der Einführung des Euro die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Euro-Zone: auf der einen Seite verschuldeten sich die Defizitökonomien, auf der anderen triumphierten Leistungsbilanzüberschussökonomien wie die BRD, die später milliardenschwere Konjunktur- und Bankenrettungsprogramme schnüren konnten. Die Leistungsbilanzüberschüsse der BRD gegenüber den Ländern des EURO-Raums von 1989 erscheinen gegenüber den über 100 Mrd. Euro 2007 nahezu als „Peanuts“. Entstanden sind die neuen Überschüsse durch die im „Modell Deutschland“ gründlich verschobenen politischen Macht- und sozioökonomischen Verteilungsrelationen. Zwischen 2000 und 2011 sanken die Reallöhne in Deutschland um 4,5%, während sie in den europäischen Staaten sonst stiegen (Spanien: 7,5%; Frankreich: 8,6%; Portugal: 9,4%; Griechenland: 16%). Gepaart mit Inflationsraten, die weit geringer waren als in den meisten Ländern der Euro-Zone, hatte sich die *preisliche* Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands deutlich verbessert; die Ungleichgewichte resultieren kaum mehr aus einer überlegenden Produktivität. Die neue deutsche Dominanz ist vor allem einem Akkumulationsmodell geschuldet, dass auf rigider werdenden Formen des Abpressens von Mehrarbeit aufbaut.

Das bis heute hilflose Gestrampel um adäquate „Rettungsschirme“ für die europäischen Defizit- und Verschuldungsökonomien speist sich aus dem Humus restaurativer Krisenbewältigung derjenigen gesellschaftlichen Kräfte, die durch die Krise historisch de-legitimiert schienen und – komme, was da wolle – am tradierten Entwicklungsmodell festhalten. Für sie gilt die Krise als überwunden, wenn der Zustand vor der Krise wiederhergestellt ist. In ihr zeigt sich nicht nur eine dominante Interessenkoalitionen der Gläubiger in Europa, ihr Geldvermögen in der Krise zu retten oder durch die in der Krisenregulation erzeugten Instrumente selbst zu vermehren. Diese versammelte Restauration bedient sich inzwischen als „postdemokratisch“ bezeichneten politischen Exekutiven sanktionierter Durchsetzung eines Austeritätsregimes in Europa; jede demokratische Interessenorganisation wird ihr zur Gefahr und unterdrückt – etwa das in Griechenland angekündigte Referendum zur Sparpolitik. In der durchaus widersprüchlichen Konstitution europäischer Krisenregulation (vgl. Bieling 2011: 64ff.), in der zwar mit der Institutionalisierung der *European Financial Stability Facility* (EFSF) ein potenzieller Inkubator für eine europäische Strukturreform entstand, jedoch austeritätspolitisch insbesondere von der aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds gebildeten Troika überformt ist, bleiben die Handlungskorridore für eine Politik jenseits finanzmarktgetriebener Disziplinierung deutlich limitiert. Mehr noch: die europäische Krisenkonstitution unterminiert durch konditionierte Kreditvergabe jede Handlungsfähigkeit nicht-genehmer nationaler Regierungen und ebnet jenen Kräften den Weg zur Macht, die sich der dominierenden transnationalen Herrschaft unterordnen.

Vor allem aber desavouiert das hilflose Gestrampel die Strukturdefekte eines Integrationsmodus in Europa, der vor allem darauf zielt, die Stellung der europäischen Ökonomie und mit ihr das Akkumulationsmodell der deutschen Wirtschaft im Weltmarktkonzert zu verbessern. Wer den Weg zur 'ersten Geige' stört, muss bestraft, notfalls aus der Orchestrierung eliminiert werden. Gilbert Ziebura hat in den 1990er Jahren, als bereits über differenzierte Integrationsgeschwindigkeiten Europas debattiert wurde, in aller Klarheit hervorgehoben, dass es nicht um „Transfer von Kapital“ gehe, wenn die Ungleichgewichte und Machtasymmetrien in Europa abgebaut werden sollen, sondern um die „Grundlegung gesamteuropäischer arbeitsteiliger Strukturen, die ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten geradezu ausschließt.“ (Ziebura 1994: 1104). Nichts deutet bis heute darauf hin, dass ein solches Projekt im Entstehen begriffen ist. Im Gegenteil: der herrschende Block wurschtelt sich von einer Krise zur nächsten, hat also seine Macht eingebüßt, die Krise zu überwinden, hat aber noch die Macht, zu verhindern, dass sich eine alternative Krisenüberwindung durchsetzt. Eine solche Konfiguration notierte schon Antonio Gramsci für die Krise der 1930er Jahre.

#### 4. Ausblick: Krisenüberwindungsstrategien jenseits kapitalistischer Kontinuität?

Eine „große Krise“ des Kapitalismus, das hat Ziebura empirisch am Beispiel der 1930er Jahre gezeigt, erfordert zwar den Umbau seiner politischen Regulation; dieser Umbau darf aber nicht verwechselt werden mit einem Umbruch gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Die Rückkehr eines systemerhaltenden Staatsinterventionismus, der auch vor Verstaatlichungen nicht Halt macht oder von Ansätzen antizyklischer keynesianischer Konjunkturpolitik zum einen, das Überbordwerfen tradierter Politikmuster der Zentralbank zum anderen, die Staatsanleihen aufkauft oder die Banken mit „billigem Geld“ versorgt und sich somit vom alleinigen Ziel der Geldwertstabilität verabschiedet, deuten darauf hin, dass die jüngste ökonomische Krise des Kapitalismus tatsächlich als eine „große Krise“ prozessiert, dass kapitalistische Reproduktion eine neue politische Konstitution des Marktes bereits erzwungen hat. Von einer dadurch bewirkten neuen Machtarchitektur kann aber keine Rede sein. Ein Mythos war es zu glauben, der neue Staatsinterventionismus rehabilitiere quasi automatisch institutionelle Gewerkschaftsmacht. Die im „Krisenkorporatismus“ angestiegene Lohnquote sackte nach dem Anfachen der Exportkonjunktur wieder drastisch ab; die Zahl der Leiharbeiter liegt inzwischen über der Zahl vor der Krise. Ein Mythos auch zu glauben, mit der tripartitistischen Krisenregulation habe das „Modell Deutschland“, verbeult und verbogen, fröhliche Urständ feiern können. Zwar war mal

wieder in Krisenzeiten, um Eruptionen, Einschnitte und Brüche zu vermeiden, ein auffälliges „Gedränge in der Mitte“ (Zieburá 1990: 314) zu verzeichnen. Kurt Hübner (2011: 646) hat dieses Gedränge jüngst als spezifischen „lock-in-Zustand“ des „Modell Deutschland“ beschrieben: „Die ökonomischen Praktiken generieren ein Verhaltensmuster der Akteure, das auch im Falle akuter Krisenlagen das Heil in Verbesserungen des eingeschlagenen Entwicklungsweges sucht.“

Von „Verbesserungen“ kann jedoch, betrachtet man es soziologisch, besser herrschaftstheoretisch, nicht die Rede sein, jedenfalls nicht in einer klassengespaltenen Gesellschaft. Tatsächlich bewegt sich die scheinbare Renaissance des „Modell Deutschland“ in einer eigentümlichen Dialektik aus verwalteten Kontinuitätsanforderungen und praktizierter Selbstunterminierung: innereuropäisch erfordert die Kontinuität des Entwicklungspfads ein Festhalten am Konstrukt der Stabilitätshalanx, deren oktroyierte Austerität aber die Krise in den Anpassungsländern verschärft. In der Folge ist die Reproduktion des „Modell Deutschland“ stärker denn je von außereuropäischer Nachfrage – vor allem in den aufstrebenden BRIC-Staaten – abhängig. Genau in diesen expandierenden Schwellenländern aber erwächst der deutschen Exportwirtschaft mit erfolgreicher Modernisierung, die für die Nachfrage unabdingbar ist, neue Konkurrenz. Aus einer Verknüpfung regressiver Entwicklung nach innen, die den Druck auf soziale Standards erhöht, und der Reproduktion von „Stärke nach außen“ gibt es kein Entrinnen mehr. Neue Krisen zeichnen sich ab.

Noch immer „Modell Deutschland“ also? Sein Wandel als Gesellschaftsformation lässt daran gehörige Zweifel aufkommen. Zugespitzt ließe sich formulieren, dass vielmehr das politische Bestreben, seine ökonomischen Grundlagen zu reproduzieren, seine sozialen Grundlagen zersetzt. Die Fähigkeit zur Krisenüberwindung hat der Machtblock des „Modell Deutschland“ eingebüßt. Seine anhaltende Macht gründet sich auf seiner verbliebenen Fähigkeit, Alternativen zu unterdrücken. Hier setzt die kapitalismustheoretische Kritik an, dort, wo „die Organisation der Produktionssphäre jene formellen und inhaltlichen Restriktionen erzeugt, die sowohl den Spielraum einer Politik der Erhaltung des Status quo im ‘juste milieu’ begrenzen als auch systemüberwindende Transformationsstrategien parlamentarischer Observanz dem Umfang und der Zielsetzung nach strikt limitieren“ (Massing 1974: 124), so dass der „systemimmanent gesetzte ‘Plafond’ der Möglichkeiten von Alternativen“ (127) sehr überschaubar bleibt. Im Fall des „Modell Deutschland“ wurde systematisch der Handlungsspielraum gewerkschaftlicher Alternativen limitiert, ihre Politik für die Stabilisierung exportgetriebener Akkumulation kompatibel gemacht.

Schon die Herausbildung von Pfaden politökonomischer Entwicklung muss als komplexer Prozess gedacht werden. Erst recht dann Strategien, die auf einen Pfadwechsel zielen. Die komplexe Analyse historisch-konkreter Gesellschafts-

formationen, wie sie der Ansatz von Ziebura zu Weltmarktmacht und Handlungsspielräumen möglich macht, bewahrt vor zwei Tendenzen, die linker Kritik immer immanent sind: der Tendenz zu optimistischer Verblendung, weil Krisen des Kapitalismus doch nicht zwingend vorherrschende Entwicklungsmuster, die die Krise verursacht haben, in Frage stellen, und der Tendenz zu pessimistischer Verdüsterung. Wenn nämlich schon immer die „ökon. Notwendigkeit“ (Peter Weiss) den Sieger spielen muss, was passiert eigentlich dann, wenn die objektiven Bedingungen ökonomischer Krisenüberwindung eine Regulation des Kapitalismus erzwingen, die einen Bruch mit den Regulationsmodi des „Modell Deutschland“ voraussetzt? Vielleicht haben seine Todesglocken längst geläutet und irgendwann kann der Geruch der Verwesung auch nicht mehr hinter dem Kontinuitätsgelaber camouffiert werden...

## Literatur

- Aglietta, Michel (1979): Die gegenwärtigen Grundzüge der Internationalisierung des Kapitals. Die Wertproblematik, in: *Deubner et al. (1979)*, 70-124.
- Altwater, Elmar (1987): *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung und ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien*, Hamburg.
- Bieling, Hans-Jürgen (2011): EU-Verfassungspolitik und Wirtschaftsregierung. Krisenkonstitutionalismus gegen Volkssouveränität und Demokratie, in: *Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik*, H. 61, 61-70.
- Bonder, Michael/Röttger, Bernd/Ziebura, Gilbert (1992): *Deutschland in einer neuen Weltära. Unbewältigte Herausforderungen*, Opladen.
- Buci-Glucksmann, Christine/Therborn, Göran (1981): *Der sozialdemokratische Staat. Die „Keynesianisierung“ der Gesellschaft*, Hamburg.
- Deubner, Christian et al. (1979): *Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion*, Frankfurt/M.
- Deubner, Christian/Rehfeldt, Udo/Schlupp, Frieder (1981): Die Internationalisierung der westdeutschen Wirtschaft: Das „Modell Deutschland“ in der Weltmarktkonkurrenz, in: Robert Bosch Stiftung GmbH (Hg.): *Deutschland-Frankreich. Bausteine zum Systemvergleich*. Bd. 2: Wirtschaft und soziale Beziehungen, Gerlingen, 17-80.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: ders./Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut: *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt/M., 21-86.
- Esser, Josef (1982): *Gewerkschaften in der Krise. Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an neue Weltmarktbedingungen*, Frankfurt/M.
- Esser, Josef/Fach, Wolfgang (1983): Sparen und Herrschen. Über den Zusammenhang von fiskalischer Knappheit und autoritärer Politik, in: Hans-Hermann Hartwich (Hg.): *Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik*, Opladen, 433-446.
- Esser, Josef/Fach, Wolfgang/Väth, Werner (1983): *Krisenregulierung. Zur politischen Durchsetzung ökonomischer Zwänge*, Frankfurt/M.
- Gerstenberger, Heide (1990): *Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*, Münster.
- Hauß, Volker/Scharpf, Fritz W. (1975): *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*. Frankfurt a.M. et al.

- Hoffmann, Jürgen (1984): Modernisierungspolitik als arbeitspolitische Arena – Überlegungen zu ambivalenten Funktionen eines neuen Politiktypus, in: Jürgens, Ulrich/Naschold, Frieder (Hg.): *Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit*, Opladen, 408-427.
- Hübner, Kurt (2011): Regimewechsel – Nach dem Finanzmarktkapitalismus, in: *WSI-Mitteilungen*, H. 12, 640-649.
- Lehndorff, Steffen (2011): Deutschland in der europäischen Krise: Teil der Lösung oder Teil des Problems?, in: *WSI-Mitteilungen*, H.12, 650-658.
- Massing, Otwin (1974): *Politische Soziologie. Paradigmata einer kritischen Politikwissenschaft*, Frankfurt/M.
- Müller-Jentsch, Walter (1982): Gewerkschaften als intermediäre Organisationen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* Sonderheft 24, 408-433.
- Schlupp, Frieder (1979): Internationalisierung und Krise – das „Modell Deutschland“ im metropolitanen Kapitalismus, in: *Leviathan*, H. 1, 12-35.
- (1992): Aufbruch in eine neue Weltordnung? Paradigmatische und realanalytische Anmerkungen zur liberalen „Universalisierungs- und Institutionalisierungs“-Konzeption, in: *Jenseits der Bipolarität: Aufbruch in eine „Neue Weltordnung“*, *Loccumer-Protokolle* 9, 359-375.
- Thomasberger, Claus (1988): *Harmonisierung der Geld- und Währungspolitik in Europa. – Konsequenzen für die Beschäftigung*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, FS I 88-21.
- Urban, Hans-Jürgen (2010): Niedergang oder Comeback der Gewerkschaften? in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13-14, 3-7.
- Weiss, Peter (1981): *Notizbücher 1971-1980*; Frankfurt/M.
- (1982): *Notizbücher 1960-1971*; Frankfurt/M.
- Ziebur, Gilbert (1970 [1997]): *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Pfullingen [Überarbeitete und aktualisierte Neuauflage, Stuttgart].
- (1973): Zusammenfassung: Verflechtungsgrad und Handlungsfähigkeit, in: *Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Analysen und theoretische Probleme*. Schriften des Forschungsinstituts für Auswärtige Politik, Bd. 33, München, 293-311.
- (1979): *Frankreich 1789-1870. Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaftsformation*, Frankfurt/M.
- (1983): Ein „Sozialismus á la méditerranéenne“?, in: *links. Sozialistische Zeitung*, Juli/August, 10-11.
- (1984): *Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch*, Frankfurt/M.
- (1984a): *Modergeruch über der Republik*, in: Vorwärts, 27. Oktober 1984
- (1988): Frankreich 1988: ein prekärer Schwebzustand, in: *Frankreich-Jahrbuch* 1988, Opladen, 13-29.
- (1989): Der Staat – das unbekannte Wesen, in: *Leviathan*, H. 3, 432-443.
- (1990): Die Rolle der Sozialwissenschaften in der westdeutschen Historiographie der internationalen Beziehungen, in: *Geschichte und Gesellschaft* 16, 79-103.
- (1990): Canossa-Gang nach Oggersheim oder das Ende der Opposition, in: *Leviathan*, H.3, 309-316.
- (1994): Anfang vom Ende der Europäischen Union?, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, H.12, 1101-1108.
- (1996): Globalisierter Kapitalismus: chancenlose Linke, in: *PROKLA*, H. 102, 85-106.
- (2009): *Kritik der „Realpolitik“. Genese einer linksliberalen Vision der Weltgesellschaft*. Autobiografie, Münster.
- et al. (1974): *Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Forschungsstrategie und -programm eines Sonderforschungsbereichs*, Berlin/W.



**WOCHEN  
SCHAU  
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

Uwe Jens

## Zukunft der Weltwirtschaft

Theorien, Analysen, Aussichten

Boomende Volkswirtschaften in Schwellenländern wie Indien und China – zugleich Schuldenkrise in Europa und den USA. Wohin steuert die globalisierte Wirtschaft nach der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009?

Uwe Jens, Professor für „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ und über viele Jahre Mitglied des Bundestages, analysiert in seinem neuen Band Zukunft der Weltwirtschaft die globalen ökonomischen Zusammenhänge und entwirft, ausgehend von der heutigen Lage, verschiedene Zukunftsszenarien und Entwicklungspotenziale der Weltwirtschaft.

„Theoretisch und empirisch gleichermaßen fundiert.“

*Helmut Schmidt*

„Den Leser erwartet eine ebenso anregende wie bedenkenswerte Lektüre.“

*Norbert Lammert*

Egmont Hass

## Stabilitätspolitik in der sozialen Marktwirtschaft

Eine ökonomische Einführung

Der Autor erläutert systematisch soziale Marktwirtschaft, konjunkturelle Krisen, Arbeitslosigkeit und Geldpolitik, volkswirtschaftliche Stabilitätsprobleme und kontroverse Sichtweisen.

„Trotz begrenzten Umfangs nicht nur erstaunlich umfassend informativ, sondern auch grundlegend. (...) Überdies in einer vorzüglich verständlichen Sprache geschrieben. Egmont Hass erweist sich als ein Meister in der Aufbereitung schwieriger Sachverhalte und Begrifflichkeiten.“

*Prof. Dr. Dr. Dieter Senghaas*

„Wer in Talkshows Wissenschaftler über die Rückkehr des Keynesianismus reden hört und wissen will, was denn nun der Unterschied zwischen dieser und anderen Denkrichtungen ist, findet bei Hass eine gute Einführung.“

*Süddeutsche Zeitung*

# Ökonomie und Politik



ISBN 978-3-89974548-1,  
288 S., € 19,80



ISBN 978-3-89974486-6,  
144 S., € 9,80

**INFOSERVICE: Neuheiten für Ihr Fachgebiet unter [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de) | Jetzt anmelden!**

Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts., Tel.: 06196/86065, Fax: 06196/86060, [info@wochenschau-verlag.de](mailto:info@wochenschau-verlag.de)

Christoph Scheuplein

---

## An die Wertschöpfungskette gelegt Die finanzgetriebene Restrukturierung in der deutschen Automobilzulieferindustrie und ihr Scheitern

### 1. Einleitung

Die Akkumulation in den meisten entwickelten Volkswirtschaften wurde vor der Weltwirtschaftskrise ab dem Herbst 2008 immer stärker durch ein finanzgetriebenes Regime geprägt (Aglietta 2000, Epstein 2005). Der wachsende Einfluss des Finanzkapitals breitete sich in der Produktion von Waren und Dienstleistungen in zwei Richtungen aus. Zum einen wurde der langfristige Gewinn als wichtigste Zielgröße eines Unternehmens durch die kurzfristigen Gewinninteressen der Eigentümer abgelöst (Lazonick/O'Sullivan 2000). Dieses Eigentümerinteresse („Shareholder Value“) wurde in vielfacher Weise in den Organisations-, Kontroll- und Produktionsstrukturen der Unternehmen abgebildet (Höpner 2003, Faust/Bahn Müller/Fisecker 2011). Zum anderen wurden Unternehmen durch das externe Engagement von Finanzinvestoren geprägt. Seit dem Ende der 1970er Jahre waren spezialisierte Kapitalbeteiligungsgesellschaften entstanden, für die eine Unternehmensbeteiligung keine reine Vermögensanlage mit eher langfristiger Ausrichtung bedeutet, sondern für die das Kaufen, Umgestalten und Verkaufen von Unternehmen zum eigentlichen Geschäftsfeld geworden ist. Üblicherweise wird dabei die Eigentumsmehrheit eines Unternehmens übernommen und die unternehmerische Kontrolle ausgeübt. In allen entwickelten Volkswirtschaften ist Private Equity inzwischen von einer vereinzelt Finanzierungform zu einer wichtigen Alternative zur Finanzierung über die Börse geworden (Kaplan/Strömberg 2009). Die größere Bedeutung der externen Beteiligung von Finanzinvestoren wirkt auch als Motivation für eine freiwillige Internalisierung finanzkapitalistischer Ziele seitens der Unternehmen.

In Deutschland hat sich dieser Markt für Unternehmenskontrolle erst ab dem Ende der 1990er Jahre entwickelt; im Jahr 2007 wurde ein vorläufiger Gipfelpunkt erreicht (Kaserer 2007, Jowett/Jowett 2011). Zeitweise wurden große mittelständische Unternehmen im Wochentakt übernommen und die Kapitalbeteiligungsgesellschaften dominierten den Akquisitionsmarkt, auf dem

die traditionellen Industrieunternehmen immer weniger in der Lage schienen, die Kaufpreise aufzubringen. Entsprechend aufgeladen entwickelte sich in diesem Zeitraum die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Debatte, wobei Private Equity einerseits als „Fitnessprogramm“ (Bunker 2005) und Hilfe für unterkapitalisierte Mittelständler (Schäfer 2007, Beise/Schmittmann 2008) und andererseits als eine schädliche Auslieferung an den Kapitalmarkt verstanden wurde (Huffschmid/Köppen/Rhode 2007). Über alle kontroversen Deutungen hinweg waren sich die Kontrahenten jedoch einig in der Diagnose, dass die Übernahmewelle die deutschen Industriestrukturen durchgreifend und nachhaltig verändern werde.

Eine Weltwirtschaftskrise später soll diese These hinterfragt werden. Private Equity zeichnet sich gegenüber anderen Anlageformen dadurch aus, dass das Kapital sich vollständig in der produktiven Konsumtion befindet und es „nicht fortzirkulieren kann“ (Marx 1893: 40), bis ein erneuter Unternehmensverkauf stattgefunden hat. Damit ist diese Finanzierungsform besonders eng an den konjunkturellen Verlauf und die technologischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen der jeweiligen Branche gebunden. Zwar spricht Vieles dafür, dass die Widersprüche der Akkumulation, die zu einem finanzgetriebenem Regime geführt haben, weiterhin bestehen (Sablowski 2011). Davon zu trennen sind jedoch die Wirkungen, die die finanziell motivierten Investitionen innerhalb des Unternehmenssektors erzielen. Wenn Private Equity zu Recht als Speerspitze des Finanzkapitals in der Industrie verstanden wird, dann ist es fraglich, ob es seine Optimierungsabsichten tatsächlich realisieren konnte. Hat es eine nachhaltige Restrukturierung und effiziente Unternehmensstrukturen mit herbeigeführt? Konnte Private Equity gar einen Beitrag zum jüngsten konjunkturellen Boom in Deutschland leisten?

Um dies zu beantworten, werden hier die Wirkungen von Private Equity im Rahmen einer Branche nachgezeichnet. Als Fallbeispiel dient die Automobilindustrie; diese größte deutsche Industriebranche ist im vergangenen Jahrzehnt zu einem der bevorzugten Ziele von Private Equity-Gesellschaften geworden. Da keine Endhersteller, sondern nur Zulieferer übernommen worden sind, beschränkt sich die Studie auf dieses Segment. Zeitlich setzt der Betrachtungszeitraum mit dem Beginn des Jahrzehnts ein, als die Übernahmewelle in der Branche erst langsam ihren Anfang nahm. Da auf dem Höhepunkt der Übernahmewelle deutlich mehr Transaktionen durch Private-Equity-Gesellschaften als durch die brancheneigenen Industrieunternehmen vorgenommen wurden, erhoffte man sich bzw. befürchtete man in diesem Zeitraum allgemein eine durchgreifende Veränderung der Automobilzulieferindustrie durch die Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Insbesondere wurden den Finanzinvestoren die seit längerem anstehende Konsolidierung und eine strategische Neuausrichtung der Zulie-

ferindustrie zugetraut (VDA/PwC 2007: 16). Während die Kontrahenten in der Private-Equity-Diskussion gemeinsam die Gestaltungsmacht der Finanzakteure betonten, wird sich im Fallbeispiel zeigen, dass Private Equity zwar eine tiefgreifende Veränderung von Wertschöpfungsstrukturen angestrebt hat. Es geriet aber mit den traditionellen Branchenunternehmen in einen Konflikt und war schließlich deren Organisations- und Unternehmensstrukturen unterlegen.

Im Folgenden werden zunächst der regulationstheoretische Rahmen der Branchenanalyse vorgestellt (2.) und dann das quantitative Engagement von Private Equity in der Beispielbranche skizziert sowie seine Investitionsstrategien vorgestellt (3). Anschließend wird das Scheitern der Finanzinvestoren in der Wirtschaftskrise aufgezeigt (4.), und es werden künftige Perspektiven von Private Equity in der Branche diskutiert (5.)

## 2. Finanzmarktkapitalismus, Produktionsmodelle und Wertschöpfungsketten

In der empirischen Untersuchung über die Folgen von Private Equity existieren bislang neben Fallstudien (Kamp/Krieger 2005) vor allem Untersuchungen, bei denen Kennzahlen zum Gewinn, Umsatz oder zu den Beschäftigten für ein Sample von Private Equity-geführten Unternehmen ausgewertet werden (vgl. als Überblick aus kritischer Sicht: Watt 2008, Wright u.a. 2009, Vitols 2009: 71-78). Dagegen fehlen Analysen auf Branchenebene, mit denen man sowohl stärker verallgemeinern, als auch die Effekte der neuen Finanzierungsform innerhalb von spezifischen Wertschöpfungsstrukturen erfassen könnte. In diesem Kontext sind auch die langfristigen Veränderungen von Unternehmens- und Marktstrukturen zu thematisieren, die erst die gesellschaftspolitische Brisanz der neuen Finanzierungsform ausmachen.

Als Analyserahmen bietet sich das regulationstheoretisch informierte Konzept der Produktionsmodelle an, das wesentlich am Beispiel der Automobilbranche entwickelt worden ist (Boyer u.a. 1998, Freyssenet/Shimizu/Volpato 2002, Freyssenet 2009). Eine unternehmensbezogene Betrachtung von Typen der Produktionsorganisation, der Arbeitsbeziehungen und des Produktangebots (das *Produktionsmodell*) wird hier in einen Zusammenhang mit dem makroökonomischen Koordinationsrahmen (dem *nationalen Wachstumsmodus*) gestellt. Der Wachstumsmodus beinhaltet den Umfang und die Formen der Investitionen, des Binnenkonsums und des Exports eines Landes und beschreibt damit den Korridor, innerhalb dessen die Unternehmen ihre Profitstrategien verfolgen (Boyer/Freyssenet 2003). Dies beinhaltet auch die institutionellen, historisch herausgebildeten Grundlagen für die Nutzung von Kapital und Arbeit eines

Landes, so dass es die Formen der Unternehmensfinanzierung und der Unternehmenskontrolle mit einbezieht. Für den Produktionsmodelle-Ansatz wurde somit der Boom der Finanzwirtschaft, der seit den 1980er Jahren von den USA und Großbritannien ausging, schnell als ein wichtiger Einflussfaktor auf die Profitstrategien in den Ländern bzw. auf die Produktionsmodelle in den einzelnen Unternehmen thematisiert (Boyer 2000). In den Wachstumsmodi der führenden Industrieländer beobachtete man eine neue finanzielle Logik, durch die alle unternehmerischen Entscheidungen sich dem ständigen Vergleich zu allen anderen Anlageklassen auf den Finanzmärkten stellen mussten. So wurden sämtliche Unternehmensabteilungen zunehmend individuell an ihrem direkten Beitrag zur Kapitalverwertung gemessen, die Auslagerung der Montagefunktionen nahm zu und die Automobilunternehmen koppelten ihre Produktverkäufe mit eigenen Finanzdienstleistungen (Konsumentencredit, Leasing, Versicherung). In den Analysen des Produktionsmodelle-Ansatzes wurde unter anderem auf die wachsende Eigentümerschaft von institutionellen Investoren bei den Automobilherstellern verwiesen und der Einsatz von Shareholder-Value-Strategien analysiert (Dupuy/Lung 2002, Jürgens u.a. 2002). Dies bedeutet jedoch nicht zwingend eine Angleichung der Produktionsmodelle. Vielmehr wurden basierend auf den historischen Entwicklungspfaden erneut unterschiedliche Antworten gegeben, durch die die Heterogenität der Produktionsmodelle fortgesetzt wurde. Für die deutschen Automobilunternehmen und ihre Profitstrategien der „Qualität“ (Daimler, BMW sowie Audi und Porsche im VW-Konzern) bzw. des „Volumens und der Produktdifferenzierung“ (VW, Opel, Ford) wurde ein wachsender Einfluss von Finanzakteuren und -strategien gezeigt. Dabei blieben die Auswirkungen auf die Investitionsentscheidungen begrenzt, insbesondere in den Unternehmen mit einem hohen Eigentumsanteil einer Familie (BMW, Porsche) oder des Staates (VW). Zugleich wurde die weiterhin hohe Bedeutung des nationalen Finanzsystems sowie des institutionellen Kontextes, z.B. des Berufsbildungssystems, für die Branche belegt (Kädtler/Sperling 2002). Nach dem Verkauf von Chrysler durch die Daimler AG bestätigte sich diese Tendenz (Köhler 2009). Dieser Verkauf markiert mit der Übernahme von Chrysler durch die Private Equity-Gesellschaft Cerberus Capital aber auch den Bedeutungsgewinn des externen Engagements von Finanzinvestoren in der Branche. Damit stellte sich für die deutsche Automobilindustrie erneut die Frage, ob die Wertschöpfungsstrukturen durch die finanzkapitalistischen Akteure dauerhaft verändert werden.

Kennzeichnend für die Wertschöpfungsstrukturen in der Automobilindustrie ist eine hierarchische Ordnung entlang des Materialflusses. Diese Hierarchie soll hier vereinfachend mit dem „Tier“-Konzept (engl. tier = Ebene) beschrieben werden. Demnach werden auf der untersten Ebene (Tier-3) standardisierte Teile, wie z.B. Schrauben, gefertigt, auf der zweiten Ebene (Tier-2) werden Kompo-

nenten, wie z.B. Scheinwerfer, Achsen oder Stoßdämpfer, produziert. Auf der höchsten Ebene (Tier-1) werden wiederum Module, z.B. die Sitzgruppe oder das Armaturenbrett, komplett zu den Original Equipment Manufacturer (OEM) geliefert und dort von diesen in die Fahrzeuge eingebaut. Innerhalb dieser Hierarchie an Zulieferern integriert die höhere Ebene die Produkte der niedrigeren Ebene in technischer und materieller Hinsicht. Die OEM übernehmen die Technologieentwicklung und das Design, die Endmontage und den Verkauf an den Endkunden. Sie besitzen Einfluss auf die Schlüsselstellen im Machtgefüge. Auch wenn die Lieferbeziehungen und technologischen Verflechtungen sich in der Realität erheblich komplexer gestalten und mehrere Zwischenstufen existieren, wird in der empirischen Darstellung weiter unten diese Zuordnung zu drei Ebenen genutzt, um verschiedene Kompetenzen und Machtstellungen der Unternehmen zu unterscheiden.

Zentral für die Wertschöpfungsstrukturen sind zudem der Lebenszyklus eines Automodells (6 bis 8 Jahre) sowie die Entwicklungsdauer eines Automodells (4-5 Jahre). Beides bedingt langfristige Liefer- und Entwicklungsbeziehungen für alle beteiligten Akteure. Im Verbund mit der oligopolistischen Marktstruktur der OEM kann somit von einer hochgradig differenzierten und über vielfältige Kooperationen und Netzwerke gestaltete Wertschöpfungskette ausgegangen werden, innerhalb der die Macht asymmetrisch zugunsten der OEM verteilt ist. Die OEM üben diese Macht über die Preisgestaltung, Zertifizierungen, Qualitätskontrolle, die Beteiligungen an der Technologieentwicklung und über vielfältige weiche Formen der Unternehmenskommunikation aus.

Dieses Muster an Integration und Kontrolle hat sich in der deutschen Automobilindustrie mit dem simultanen Wachstum von OEM und Zulieferern historisch herausgebildet. Es existiert hier in einem besonders hohen Maß und wird durch die vorherrschende Qualitätsstrategie der Hersteller verstetigt. Dabei bietet das Produktprogramm mit einem Anteil des Premium-Segments von 60 % eine breite Grundlage für die Qualitätsstrategie, in der trotz allen Kostendrucks auf die Zulieferer immer wieder auch der langfristige und enge Kontakt mit einer überschaubaren Anzahl von Akteuren bedacht und gepflegt werden will.

### 3. Die Aktivitäten von Private Equity 2000 bis 2011

Die Investitions- und Desinvestitionstätigkeit von Private Equity in der deutschen Automobilzulieferindustrie wird hier anhand von Daten aus branchenspezifischen Informationsdiensten, einer Sonderauswertung von Daten des Interessenverbandes BVK, einschlägigen Unternehmensdatenbanken sowie Recherchen der Fachpresse zusammengestellt. In das Sample wurden Unternehmen einbezogen,

die – vor oder nach der Transaktion – ihren Hauptsitz in Deutschland hatten, die mehr als 100 Mitarbeiter beschäftigten und die ihren Umsatz überwiegend mit Automotive-Produkten erzielten. Nachweisbar sein musste auch ein bestimmender Einfluss der Private Equity-Gesellschaft (PEG), wobei ein Anteil von 25 % als Untergrenze gewählt wurde. Die Datenbank wird hier vom Jahresbeginn 2000 bis einschließlich des ersten Quartals 2011 ausgewertet.

In dem genannten Zeitraum haben insgesamt 163 Unternehmensübernahmen stattgefunden. Da eine Reihe von Unternehmen mehrfach an einen Finanzinvestor veräußert worden ist (Secondary Buyout), liegt die Zahl der Unternehmen, die im gesamten Zeitraum hinweg zumindest zeitweise zum Portfolio einer PEG gehörten, bei 130. Demnach befanden sich im vergangenen Jahrzehnt rund 12 % aller Zulieferunternehmen mit über 100 Beschäftigten zeitweise im Besitz von Finanzinvestoren (vgl. zur Ausgangsbasis: Ehrig 2004). Insgesamt wechselten in diesen Transaktionen Unternehmen mit einem Umsatz von gut 24 Mrd. € und mit einer Belegschaft von etwa 165.000 Beschäftigten den Eigentümer, wobei sich diese Werte jeweils auf den Zeitpunkt der ersten Übernahme beziehen. Gemessen an der Zahl der Übernahmen stellt das Jahr 2005 mit 27 Unternehmen den Höhepunkt dar. Gemessen an den Umsatz- und Beschäftigungswerten sind die Jahre 2005 und 2006 als eine gemeinsame „Welle“ an Übernahmen aufzufassen: Sie vereinigen 34 % der Beschäftigten und 36 % der Umsätze im gesamten Zeitraum auf sich. Nach diesem Boom markiert die Wirtschaftskrise ab 2008 einen deutlichen Einschnitt. In den Jahren 2009 und 2010 wurden nur noch 22 Transaktionen realisiert, deren Beschäftigungs- und Umsatzvolumen gering ausfiel. Es handelt sich vor allem um Unternehmen, die seit Jahrzehnten am Markt etabliert sind. Nur 5 % aller Unternehmen sind nach der Wiedervereinigung entstanden.

Im Vergleich zur gesamten deutschen Automobilzulieferindustrie sind in diesem Sample durchschnittlich weniger Unternehmen mit geringen Umsätzen (bis 24 Mio. €), aber auch weniger Unternehmen in der höchsten Umsatzklasse (mehr als 1 Mrd. €) vertreten. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Beschäftigtengrößenklassen. Räumlich sind die übernommenen Zulieferer weit gestreut, wobei sich allerdings Schwerpunkte in typischen Zulieferregionen in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ausmachen lassen. Umgekehrt sind Standorte in Ostdeutschland fast gar nicht enthalten. Das Produktspektrum der Automobilzulieferindustrie wird durch die Portfolio-Unternehmen vollständig abgedeckt, wobei am stärksten die Segmente Interieur (28 %) und Exterieur (14 %) vertreten waren. Die Bereiche Motor, Antriebstrang, Fahrwerk und Karosserie decken jeweils Anteile zwischen 10 bis 12 Prozent ab. Schwächer positioniert sind dagegen die hochtechnologischen und stark wachsenden Bereiche Elektrik/Elektronik (7 %) sowie Ingenieurdienstleistungen (1 %). Be-

trachtet man die Komplexität der Produkte und Dienstleistungen, dann waren die Unternehmen zum Zeitpunkt der Übernahme zu fast zwei Dritteln auf der 3. Ebene der Zulieferpyramide positioniert. Rund 30 % der Zulieferer sind als Tier-2-Zulieferer anzusehen und nur fünf Unternehmen können der ersten Ebene zugerechnet werden.

Hinter dem Übernahmeprozess in der Automobilzulieferlandschaft steht eine fast ebenso hohe Zahl an Finanzakteuren, die nach ihrer Eigentümerschaft, ihren Standorten und ihren Geschäftsstrategien und -zielen hochgradig differenziert ist. Insgesamt waren 103 PEG an den Akquisitionen beteiligt, wobei an einigen Transaktionen mehrere Investoren teilgenommen haben. Rund die Hälfte der PEG hat ihren Hauptsitz in Deutschland, dabei bilden Frankfurt und München zwei in gleicher Stärke dominierende Zentren. Ein weiteres knappes Drittel der PEG hat einen ausländischen Hauptsitz und besitzt eine Niederlassung in Deutschland. Die sonstigen Finanzinvestoren operieren ohne eine deutsche Vertretung aus dem Ausland. Insgesamt lagen die Hauptsitze der ausländischen PEG zu jeweils einem Drittel in den USA, in Großbritannien sowie im sonstigen europäischen Ausland. Nach der Gesellschafterstruktur sind vor allem die PEG mit einer direkten Herkunft aus der Finanzwirtschaft (Banken, Versicherungen oder Pensionsfonds) bedeutsam. Rund 10 % der PEG haben einen öffentlich-rechtlichen Hintergrund, zumeist aus dem Bereich der Landesbanken. Besonders aktiv waren sowohl einige angelsächsische Branchengrößen wie die Carlyle Group und Barclays Private Equity mit jeweils sechs Übernahmen, als auch mittelständische PEGs aus dem Heimatmarkt wie die EquiVest GmbH (8 Übernahmen), die Hannover Finanz GmbH (6), die Deutsche Beteiligungs AG (5) oder die Equita Management GmbH aus dem Besitz der Familie Harald Quandt (5).

Welche Strategien haben die Finanzinvestoren nun mit den übernommenen Unternehmen verfolgt? Hier sei zunächst die Haltedauer von Portfolio-Unternehmen betrachtet, denn die Beobachtung eines kurzfristig angelegten Investitionshorizonts gehört sicherlich zu den zentralen Vorwürfen gegenüber Private Equity. Betrachtet man die Transaktionen der Jahre 2000 bis 2004, über die bereits verlässliche Aussagen getroffen werden können, dann liegt die durchschnittliche Haltedauer bei 4 Jahren und 4 Monaten. Dieser Durchschnitt erhöht sich auf sechs Jahre, wenn man die acht *Quick-Flips*, d.h. den Kauf und Verkauf eines Unternehmens in weniger als zwei Jahren, heraus rechnet. Diese Fristen sind auch beachtlich, wenn man die Laufzeiten von 7 bis 10 Jahren bedenkt, auf die das Geschäftsmodell von Private Equity üblicherweise ausgelegt ist (vgl. BVK 2008: 11). Auch wenn man die Entwicklung der seit dem Jahr 2005 erworbenen Unternehmen betrachtet, bestätigt sich das Bild. Die Gründe für diese Haltedauer führen mitten hinein in die Turbulenzen zwischen Finanzkapital und industriellem Kapital in den vergangenen Jahren. Zum einen

hat die Mehrzahl der Kapitalbeteiligungsgesellschaften nicht nur einfache Kostensenkungsprogramme oder Maßnahmen des Finanzmanagements verfolgt, sondern auch eine strategische Neuorientierung versucht. Zum anderen aber ist der Markt für Unternehmensverkäufe dieser Branche nach dem Herbst 2008 zusammengebrochen. Die lange Haltedauer vieler Unternehmen verdankt sich vor allem der Tatsache, dass der *Exit* eines Portfolio-Unternehmens seitdem nur mit einem Abschlag gegenüber dem ursprünglichen Kaufpreis möglich ist. Selbst wenn eine schnelle Optimierung in der Absicht vieler Finanzinvestoren gelegen haben mag, so hat sich hinter dem Rücken der Akteure der Zwang zu einer längeren Kapitalbindung geltend gemacht.

Zu den Maßnahmen von Private Equity zählt in vielen Fällen zunächst ein Werttransfer vom Betriebskapital, von den Beschäftigten oder von den Steuerzahlern in Richtung Finanzinvestor. Dies geschieht etwa durch eine Erhöhung des Verschuldungsgrades, durch Arbeitsplatzabbau und die Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen sowie durch die Reduzierung der Steuerzahlungen (Berg/Gottschalg 2003: 17-25, Kaserer u.a. 2007: 94-99 aus betriebswirtschaftlicher Sicht). Insbesondere die Überwälzung des Fremdkapitals, das zur Finanzierung des Kaufpreises aufgenommen worden war, auf die übernommenen Unternehmen kann für eine Reihe von Fällen aufgezeigt werden und destabilisierte diese Unternehmen. Auf diese operativen und finanziellen Maßnahmen können die Aktivitäten der PEG jedoch nicht reduziert werden, und dies erklärt auch nicht die besonderen Probleme in der Branche in den späteren Jahren. Eine strategische Neuausrichtung bedeutet im Kontext der Automobilzulieferindustrie, dass die Position in der oben dargestellten Wertschöpfungskette gestärkt bzw. verbessert werden muss. Dies kann z.B. durch allgemeine betriebswirtschaftliche Methoden wie die Arbeit an der Innovationskraft, an der Effizienz der Produktion oder der Internationalisierung des Unternehmens geschehen. Vor allem spielen die Private-Equity-Gesellschaften aber ihre Kernkompetenz aus: das Kaufen und Verkaufen von Unternehmen. Wachstumsorientiert und strategisch genutzt wird diese Kernkompetenz in der Buy-and-Build-Strategie (BB-S). Hier wird zunächst eine erste Unternehmensübernahme ('platform') getätigt, der weitere Käufe von Unternehmen ('add-on') folgen, wobei diese Käufe technologisch oder wirtschaftliche die Kompetenzen des ersten Unternehmens sinnvoll steigern oder ergänzen sollen. Mittelfristig sollen die Unternehmen zu einer neuen Einheit mit einem höheren Niveau der Produktionskapazität, des Produktangebots etc. integriert werden (Hoffmann 2008: 144-150).

Von allen 130 Unternehmen wurden etwa 42 % in eine BB-Strategie einbezogen. In weiteren zwei Fünfteln der Unternehmen wurde ein Mix aus Maßnahmen, z.B. der internationale Ausbau von Produktionsstandorten, eine Reorganisation der Arbeitsorganisation oder der Ausbau von FuE-Kapazitäten, durchgeführt.

Da die BB-Strategie aus forschungspraktischer Sicht leicht nachzuweisen ist und eindeutig als eine aktive Reorganisation der Wertschöpfungskette charakterisiert werden kann, konzentrieren sich die folgenden Ausführungen auf diese Strategie.

Von den 55 Unternehmen, die der BB-Strategie zugeordnet werden konnten, sind 30 als Plattform-Unternehmen (PFU) anzusehen, während 25 Unternehmen als Add-on oder als Aufbau-Unternehmen (AU) innerhalb dieser Strategie dienten. Dieses Zahlenverhältnis erscheint nur deshalb paradox, weil hier die ausländischen Unternehmen, die einem deutschen Plattform-Unternehmen angefügt worden sind, nicht als Add-on-Unternehmen gezählt werden. Tatsächlich liegt die Gesamtzahl der AU gut doppelt so hoch. Zeitlich gesehen vollzog sich der Akquisitionsprozess der Buy-and-Build-Unternehmen vor allem in den Jahren 2004 bis 2008. Entsprechend kann ein größerer Teil der Übernahmewelle in der Mitte des Jahrzehnts darüber erklärt werden, dass an einige zunächst erworbene Plattform-Unternehmen passfähige Add-on-Unternehmen angegliedert wurden.

Von den anderen übernommenen Unternehmen unterscheiden sich die Buy-and-Build-Unternehmen durch einen deutlich höheren Anteil an Tier-2-Zulieferern, der vor allem auf die Plattform-Unternehmen entfiel. Die Add-on-Unternehmen sind dagegen zu drei Vierteln auf der untersten Zuliefererebene angesiedelt. Tier-1-Zulieferer sind bei den Plattform-Unternehmen ebenfalls schwach, aber leicht stärker als im Gesamtbestand vertreten. Die Produktsegmente sind bei den Buy-and-Build-Unternehmen ähnlich wie im Gesamtbestand breit gestreut; ein deutlich stärkerer Schwerpunkt liegt beim Interieur-Segment, dem ein Drittel aller Unternehmen zugerechnet werden kann. Da zudem der Exterieur-Bereich überdurchschnittlich vertreten ist, kann gesagt werden, dass Buy-and-Build-Strategien vor allem in Bereichen der industriellen Massenfertigung mit einem mittleren bis einfachen Schwierigkeitsgrad der Technologie und mit einem Konsolidierungsbedarf aufgrund von Überkapazitäten angewendet wurden.

Die Buy-and-Build-Strategie orientiert sich bei den Plattform-Unternehmen auf unterschiedliche Ziele. Zu beobachten ist der Aufbau von integrierten Systemanbietern, horizontale Konzentrationsstrategien in einem Produktsegment sowie die Etablierung von spezialisierten Unternehmen auf allen Triade-Märkten. Insgesamt haben die Private-Equity-Gesellschaften mit diesem Akquisitionskurs eine aktive und strategische Rolle gespielt, die den Anspruch hatte, die Wertschöpfungsstrukturen in der Zulieferindustrie zu verändern. Es wäre aus diesem Grund ein besseres Renditeergebnis für die Buy-and-Build-Unternehmen gegenüber dem Durchschnitt der sonstigen Unternehmen zu erwarten gewesen. In der Bewährungsprobe der Weltwirtschaftskrise ergab sich jedoch ein ganz anderes Bild.

#### 4. Das Scheitern in der Wirtschaftskrise

Die im September 2008 weltweit ausgebrochene Finanzkrise schlug in nur wenigen Wochen auf die gesamte Wirtschaft durch. Dabei war die Automobilindustrie weit überdurchschnittlich betroffen und die meisten Zulieferer hatten im Jahr 2009 Umsatzrückgänge von 40 % oder mehr zu verkraften. Bereits im November 2008 waren die ersten Insolvenzen von Automobilzulieferern in Deutschland zu verzeichnen. Darunter waren mit Henniges Automotive, TMD Friction, Tedrive Germany (dem deutschen Teil des früheren Ford-Zulieferers Visteon) Schwergewichte der Branche. Es folgten weitere spektakuläre Insolvenzen von Edscha, Plastal und der ae group im ersten Quartal 2009. Alle genannten Zulieferer waren im Eigentum von Finanzinvestoren. Tatsächlich ist die Insolvenzrate bei den Unternehmen mit einer PEG als Eigentümerin erheblich höher gewesen als bei Unternehmen mit anderen Eigentümern. Insbesondere bei den großen Unternehmenspleiten waren in dieser Wirtschaftskrise in der Automobilzulieferindustrie fast durchgehend Finanzinvestoren beteiligt.

Bezogen auf den gesamten Untersuchungszeitraum 2000 bis 2010 sind 43 der 130 Portfolio-Unternehmen bzw. genau ein Drittel in die Insolvenz geraten. Dabei konnten die Buy-and-Build-Unternehmen sich keineswegs positiv von den anderen Unternehmen absetzen, sondern sind sogar mit 25 Fällen bzw. 44 % erheblich häufiger in die Insolvenz gerutscht als die sonstigen Unternehmen (24 %). Der hohen Zahl der Insolvenzen stehen entsprechend wenige gelungene Exits gegenüber. Nur 12 % der Buy-and-Build-Unternehmen konnten an einen industriellen Investor oder per Börsengang veräußert werden. Hier liegen die übrigen Unternehmen ebenfalls leicht besser mit 19 %. Aufgrund der Weltwirtschaftskrise war ein geregelter Exit zwischen Herbst 2008 und Frühjahr 2010 kaum mehr zu erreichen. Entsprechend befand sich zu Beginn des zweiten Quartals 2011 noch die Hälfte aller Unternehmen im Besitz von Finanzinvestoren.

*Tabelle 1: Exit-Typen von Portfolio-Unternehmen der Automobilzulieferindustrie in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2011\**

	Plattform- Unternehmen (n= 30)	Add-on- Unternehmen (n = 25)	Plattform- und Add-on (n = 55)	Übrige Unter- nehmen (n = 75)
Industrie/IPO	9,7	16,0	12,5	18,9
Insolvenz	38,7	52,0	44,6	24,3
bislang kein Exit	51,6	32,0	42,9	56,8
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Eigene Datenbank \*1. Quartal 2011

toren. Die durchschnittliche Haltedauer der Portfolio-Unternehmen verlängert sich seitdem weiter und kann inzwischen als Indikator für eine Blockade der Exit-Kanäle interpretiert werden.

Der Investitionsprozess von Private Equity in die deutsche Automobilzulieferindustrie ist ökonomisch auch aus der Sicht der PEG wenig erfolgreich gewesen. Dies kann nur beschränkt an der Situation der gesamten Branche gelegen haben. Trotz Ertragsschwierigkeiten hatte die Zulieferindustrie im Betrachtungszeitraum bis in das Jahr 2008 Umsatz- und Beschäftigungsgewinne zu verzeichnen, und die Jahre 2010 und 2011 haben sich als Rekordjahre der Branche entpuppt. Sucht man nach Ursachen für das Scheitern, dann ist zunächst die Unternehmensauswahl zu berücksichtigen. Es überwogen Unternehmen mit einer standardisierten Produktion und mittlerer bis niedriger Technologieintensität. In diesen Bereichen strebten die PEG einen umfangreichen Turnaround bzw. eine Konsolidierung in den einzelnen Produktsegmenten an. Tatsächlich griffen die üblichen Maßnahmen der PEG im Rahmen der Automobilindustrie jedoch weniger, weil die Produktions- und Lieferstrukturen hier bereits vielfältig abgestimmt sind. Eine rein kostenorientierte Einkaufsstrategie mit der man zu einem weltweiten Sourcing übergeht, wird dadurch begrenzt, dass die OEM durch ihre Zertifizierungen und Lastenhefte die Wahl der Sub-Zulieferer bereits beschränken. Die Produktionsstandorte werden häufig durch die Just-in-Time-Logistik der OEM-Werke vorgegeben, so dass Standortverlagerungen nur in Einzelfällen möglich sind (Wallentowitz/Freialdenhoven/Olschewski 2009: 59-73). Umgekehrt müssen aber die Portfolio-Unternehmen dem Aufbau von Auslandsstandorten der OEM folgen. Noch schwieriger wird die Lage, wenn Zulieferer eine eigenständige technologische Position anstreben. Aufgrund der langen Produktlebenszyklen von Pkw existiert hier ein Konflikt mit den kürzeren Zeithorizonten der PEG. Zudem wird die Technologieentwicklung in der Automobilindustrie seit längerem in einem komplexen Kooperationsprozess vorangetrieben, den die OEM organisieren (Blöcker/Jürgens/Meißner 2009: 13-34). So stößt auch hier eine autonome Strategie auf zahlreiche Hürden des Umfelds.

Insbesondere mit der Buy-and-Build-Strategie haben die PEG jedoch diese Herausforderungen angenommen und eigene Gestaltungsziele gesteckt und verfolgt. Die 30 Plattform-Unternehmen stellten am ehesten den Anspruch einer Neuordnung der Zulieferindustrie dar. Dabei wurden mit einigen Transaktionen erhebliche Größenordnungen erreicht. Die Entlassung in die industrielle Eigenständigkeit gelang aber mit kaum einem dieser Plattform-Unternehmen. Im Juli 2007 konnte z.B. bei der SAF-Holland GmbH noch ein teilweiser Exit vollzogen werden, der aber erst im Mai 2010 mit dem vollständigen Ausstieg des Finanzinvestors abgeschlossen wurde. In der Zwischenzeit kam kein einziger erfolgreicher Exit mehr zustande, aber zehn Plattform-Unternehmen wurden zur Insolvenz

angemeldet. Die latenten Konflikte zwischen den PEG und den OEM wurden durch die Buy-and-Build-Strategie zu einem offenen Widerspruch entwickelt. So spielten die OEM bei der Reorganisation der Wertschöpfungskette und der Konsolidierung einzelner Produktsegmente seit Jahren eine ambivalente Rolle. Trotz ihres Interesses an der Kompetenzerweiterung und Effizienzsteigerung bei den Zulieferern sind sie äußerst bemüht, deren relative Abhängigkeit zu bewahren. Der von den PEG angestrebte Zuwachs an Marktmacht bei einzelnen Zulieferern läuft den strategischen Zielen der OEM diametral zuwider. Offenkundig wurde dieser Interessenkonflikt dann durch das Verhalten der OEM gegenüber den Zulieferern in der Wirtschaftskrise. Im Rahmen der Branchenkrise ist eine große Zahl an Zulieferern von OEM und 1-Tier-Zulieferern gestützt worden, z.B. durch die Vorauskasse bei Warenlieferungen oder die Unterstützung in Kreditverhandlungen mit den Banken. Diese Hilfestellung entfiel jedoch bei den Unternehmen im Eigentum von PEG (Pauly 2009). Selbst das Branchenfachblatt „Finance“ berichtete von einer allgemeinen Stimmungsmache durch die OEM und sieht die Finanzinvestoren auf eine „schwarze Liste“ gesetzt (Schlumpberger 2011: 12). Dagegen sicherten die OEM nach der Insolvenz, wenn der Finanzinvestor das Portfolio-Unternehmen verlassen hatte, häufig das Fortleben des Zulieferers, z.B. indem sie eine Übernahme aus der Insolvenz durch ein industrielles Unternehmen vermittelten. Auf diesem Weg fanden größere Zulieferer wie Honsel, Plastal und Angell-Dechsel einen neuen Industrieigentümer (vgl. Klesse 2011 zu Honsel, Imbert 2011 zu Plastal und Angell-Dechsel). Aufgrund derartiger Übernahmen hatten zu Beginn des zweiten Quartals 2011 von den 25 insolventen Buy-and-Build-Unternehmen 15 den Weg zurück in das industrielle Eigentum gefunden. Damit ist eine Internationalisierung der Eigentümer von zwei Dritteln der Unternehmen einhergegangen, wobei chinesische Investoren mit drei Übernahmen am stärksten vertreten waren.

## 5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die große Übernahmewelle in der deutschen Automobilzulieferindustrie liegt sieben Jahre zurück, d.h. fast so lange wie die Laufzeit vieler Private Equity Buyout Fonds. Die damaligen Käufe hatten sowohl Hoffnungen auf eine durchgreifende Effizienzsteigerung wie auch Ängste vor einer Fremdbestimmung und vor einem unkontrollierten Abfluss von Betriebsvermögen ausgelöst. Aus heutiger Sicht kann erstens festgestellt werden, dass die Finanzierungsstruktur der übernommenen Unternehmen sich verschlechterte, weil die Kredite zum Kauf des Portfolio-Unternehmens dem gekauften Unternehmen aufgebürdet wurden. Dies ist aber nur in wenigen Fällen zur Hauptursache der Insolvenz geworden.

Ein zweites Ergebnis ist, dass in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle die Portfolio-Unternehmen von den Private-Equity-Gesellschaften lange gehalten wurden. Dies ist ein Beleg dafür, dass Strategien zur nachhaltigen Verbesserung der Wertschöpfung in den Portfolio-Unternehmen verfolgt wurden. Das Rückgrat dieser Ansätze bildete die Buy-and-Build-Strategie, die bei zwei Fünfteln aller erworbenen Unternehmen zum Einsatz kam. Mit ihnen wurde versucht, die Position der Portfolio-Unternehmen zu verbessern. Damit wollten die PEG die zentralen Wertschöpfungsstrukturen der Branche in ihrem Sinne zu beeinflussen. Tatsächlich fand diese strategische Neuorientierung jedoch in der differenzierten und hoch integrierten Wertschöpfungskette der Automobilindustrie mit ihren langfristigen Lieferantenbeziehungen, Kompetenzverteilungen und Machtverhältnissen keinen Zugang zu den entscheidenden Stellschrauben. Gerade die besonders ambitionierten Buy-and-Build-Ansätze gerieten in einen Widerspruch zu den Zielen der OEM, und dieser Konflikt wurde in der Weltwirtschaftskrise offen ausgetragen. Die OEM nutzten ihre Marktmacht dazu, einige der Private Equity-Akteure wieder aus der Branche hinaus zu drängen. Insgesamt sind die Unternehmen im Besitz von Finanzinvestoren in der Weltwirtschaftskrise von 2008 bis 2010 weit häufiger in die Insolvenz gerutscht als Unternehmen mit anderen Eigentümern. Schlaglichtartig deutlich wird dieses ökonomische Ergebnis an den fünf übernommenen Tier-1-Zulieferern: drei Unternehmen sind inzwischen weitgehend zerschlagen (Schefenacker, Honsel und Edscha), ein weiteres ist nach einem Notverkauf der Insolvenz entronnen (Peguform). Dabei sind die Unternehmen, in denen eine Buy-and-Build-Strategie angewandt worden ist, sogar noch stärker als der Durchschnitt aller Portfolio-Unternehmen von einer Insolvenz betroffen worden.

Konzeptionell kann dieses Resultat gedeutet werden als Konflikt zwischen neuartigen Elementen im nationalen Wachstumsmodus und den technisch-organisatorischen Kompromissen, die in den Produktionsmodellen der führenden deutschen Automobilunternehmen bestehen. Während die Finanzierungsform Private Equity die Wertschöpfung der übernommenen Unternehmen steigern wollte, ignorierte sie deren Einbindung in ein abgestimmtes System der Produktionsorganisation. Im Unterschied zu Interpretationen, nach denen die hohe Zahl an Insolvenzen der Portfolio-Unternehmen ausschließlich als Folge eines zu hohen Werttransfers bzw. über die Qualität der Private Equity-Manager erklärt wird, spricht der hier verfolgte Ansatz dafür, dass das Geschäftsmodell innerhalb des dicht vernetzten, systemisch integrierten Produktionsmodells der deutschen OEM seine Grenzen aufgezeigt bekommen hat. Der Grund für diesen Zielkonflikt zwischen der finanziellen Logik der Finanzinvestoren und der industriellen Logik ist allerdings sehr spezifisch. Im Rahmen anderer nationaler Profitstrategien bzw. anderer unternehmerischer Produktionsmodelle muss der

Widerspruch nicht bzw. nicht in der geschilderten Härte auftreten. Aus dieser Perspektive ist der skizzierte Misserfolg in der Automobilzulieferindustrie weder auf andere Branchen noch auf andere Länder umstandslos zu übertragen – und erst recht nicht als Beleg für das generelle Ende des Finanzmarktkapitalismus zu werten.

Welche Zukunft hat angesichts dieses Zwischenfazits das Engagement von Finanzinvestoren in der Automobilzulieferindustrie? Mehr als die Hälfte aller insgesamt übernommenen Unternehmen war zu Beginn des zweiten Quartals 2011 im Besitz eines Finanzinvestors. Private Equity ist noch immer ein bedeutender Mitspieler, in vielen Fällen jedoch nur mehr unfreiwillig, da sich seit dem Herbst 2008 kein angemessener Verkaufspreis realisieren ließ. Durch diese (potenziellen) Verluste hat sich inzwischen die Neigung zu Investitionen in diese Branche abgekühlt. Zudem wird Private Equity von den Managern der Zulieferindustrie kritischer beurteilt (Frick/Krug 2010: 48). Vor allem aber dürfte Private Equity seine Rolle als Impulsegeber für eine Konsolidierung und für eine Neuordnung der Wertschöpfungskette wieder an die OEM verloren haben. Es ist nicht zu erwarten, dass in den kommenden Jahren in nennenswertem Maße eine Restrukturierung mit den wieder aufgefüllten Fonds der PEG vorangetrieben wird. Insbesondere Buy-and-Build-Strategien, durch die ganz offen eine Neupositionierung in der Zulieferpyramide angestrebt wurde, werden seltener werden. Die verbleibenden Portfolio-Unternehmen werden vermutlich in nennenswertem Maße an Automobilzulieferer aus den Schwellenländern veräußert werden. Diese neu auftretenden Marktakteure stellen zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die Machtverhältnisse in der Wertschöpfungskette in Frage und dürften daher von den OEM akzeptiert werden.

## Literatur

- Aglietta, Michel (2000): *Ein neues Akkumulationsregime*. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg.
- BDA (2007): *Private Equity – Private Kapitalbeteiligungen stärken den Standort Deutschland*. Volkswirtschaftlicher Argumentendienst, Heft 59, www.bda-online.de
- Beise, Marc; Schmittmann, Stefan (Hg.) (2008): *Geplündert? Geerttet? Durchgestartet? Wie sich der deutsche Mittelstand durch fremdes Eigenkapital verändert*. München.
- Berg, Achim; Gottschalg, Oliver (2003): *Understanding Value Generation in Buyouts*. INSEAD Working Paper Series, [https://studies2.hec.fr/jahia/webdav/site/hec/shared/sites/buy-outresearch/acces\\_eleves/2003-42.pdf](https://studies2.hec.fr/jahia/webdav/site/hec/shared/sites/buy-outresearch/acces_eleves/2003-42.pdf)
- Blöcker, Antje; Jürgens, Ulrich; Meißner, Heinz-Rudolf (2009): *Innovationsnetzwerke und Clusterpolitik in europäischen Automobilregionen*. Impulse für Beschäftigung. Münster.
- Boyer, Robert (2000): Is a Finance-led Growth Regime a Viable Alternative to Fordism? In: *Economy and Society*, Jg. 29, H. 1: 111–145.
- Boyer, Robert; Freyssenet, Michel (2003): *Produktionsmodelle*. Eine Typologie am Beispiel der Automobilindustrie. Berlin.

- Boyer, Robert u.a. (Hg.) (1998): *Between Imitation and Innovation*. The Transfer and Hybridization of Productive Models in the International Automobile Industry. Oxford und New York.
- Bunker, Anthony (2005): Ausverkauf oder Fitnessprogramm für die deutsche Wirtschaft? Der Buy-out-Markt in Deutschland 2004 – Private Equity im Meinungsstreit. In: *M&A Review*, Jg. 16, H. 5: 201-205.
- BVK (2008): *Fundraising 2007/2008 – Einschätzung der aktuellen Fundraising-Situation aus Sicht der deutschen Beteiligungsgesellschaften*, [www.bvk-ev.de/media/file/161.BVK\\_Fundraisingstudie\\_2007\\_050208\\_final.pdf](http://www.bvk-ev.de/media/file/161.BVK_Fundraisingstudie_2007_050208_final.pdf)
- Dupuy, Claude; Lung, Yannick (2002): Institutional Investors and the Car Industry. Geographic focalisation and industrial strategies. In: *Competition & Change*, Jg. 61, H. 1: 43-60.
- Ehrig, Klaus (Hg.) (2004): *Automobil-Zulieferer in Deutschland 2003/2004*. Landsberg.
- Epstein, Gerald A. (Hg.) (2005): *Financialization and the World Economy*. Cheltenham und Northampton.
- Faust, Michael, Bahn Müller, Reinhard und Fisecker, Christiane (2011): *Das kapitalmarktorientierte Unternehmen*: Externe Erwartungen, Unternehmenspolitik, Personalwesen und Mitbestimmung. Berlin.
- Freyssenet, Michel (Hg.) (2009): *The Second Automobile Revolution. Trajectories of the World Carmakers in the 21st Century*. Houndmills/Basingstoke/Hampshire.
- Freyssenet, Michel; Shimizu, Koichi; Volpato, Giuseppe (2002) (Hg.): *Globalization or regionalization of the European car industry?* London und New York.
- Frick, Siegfried; Krug, Volker (2010): Finanzierung, Konsolidierung, M&A und Strategie – Zulieferer in einem sich drastisch wandelnden Umfeld. In: Verband der Automobilindustrie (Hg.): *Money vs. Technology. Wie die Finanz- und Absatzkrise sowie der technologische Wandel die Zulieferwirtschaft verändern wird*. Materialien zur Automobilindustrie 42. Berlin, 23-85.
- Hoffmann, Nils (2008): *German buyouts adopting a buy and build strategy*. Key characteristics, value creation and success factors. Wiesbaden.
- Höpner, Martin (2003): *Wer beherrscht die Unternehmen?* Shareholder Value, Managerherrschaft und Mitbestimmung in Deutschland. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 46. Frankfurt a. M.
- Huffschmid, Jörg; Köppen, Margit; Rhode, Wolfgang (Hg.) (2007): *Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter?* Neue Herausforderungen durch die internationalen Kapitalmärkte. Hamburg.
- Imbert, Frank (2011): „Wir sind ein aktiver Konsolidierer“. In: *Finance*, Jg. 10, H. 4: 14-15.
- Jowett, Paul; Jowett, Françoise (2011): *Private Equity*. The German Experience. Houndmills.
- Jürgens, Ulrich u.a. (2002): The Arrival of Shareholder Value in the European Auto Industry. A Case Study Comparison of Four Car Makers. In: *Competition & Change*, Jg. 61, H. 1: 61-80.
- Kädler, Jürgen; Sperling, Hans Joachim (2002): The Power of Financial Markets and the Resilience of Operations. Arguments and Evidence from the German Car Industry. In: *Competition & Change*, Jg. 61, H. 1: 81-94.
- Kamp, Lothar; Krieger, Alexandra (2005): *Die Aktivitäten von Finanzinvestoren in Deutschland*. Hintergründe und Orientierungen. Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 103. Düsseldorf.
- Kaplan, Steven N.; Strömberg, Per (2009): Leveraged Buyouts and Private Equity. In: *Journal of Economic Perspectives*, Jg. 23, H. 1: 121-146.
- Kaserer, Christoph u.a (2007): *Private Equity in Deutschland*. Rahmenbedingungen, ökonomische Bedeutung und Handlungsempfehlungen. Norderstedt.
- Klesse, Hans-Jürgen (2011): Zoff mit Daimler wegen Honsel. In: *wiwo.de* vom 9.5.2011, <http://www.wiwo.de/unternehmen-maerkte/zoff-mit-daimler-wegen-honsel-465586/>
- Köhler, Holm-Detlev (2009): From the Marriage in Heaven to the Divorce on Earth. The DaimlerChrysler Trajectory From a Regional Carmaker to a Global Premium Player. In: Freyssenet,

- Michel (Hg.): *The Second Automobile Revolution. Trajectories of the World Carmakers in the 21st Century*. Houndmills/Basingstoke/Hampshire, 309-331.
- Köppen, Margit (2007): Private Equity-Fonds. Von der Investitionsfinanzierung zum Finanzinvestment. In: IG Metall Vorstand (Hg.): *Wirtschaftspolitische Informationen, Heft 4: 1-10*, <http://www.igmetall.de/download>
- Lazonick, William; O'Sullivan, Mary (2000): Maximizing shareholder value: a new ideology for corporate governance. In: *Economy and Society*, Jg. 29, H. 1: 13-35.
- Marx, Karl [1893]: *Das Kapital*. Zweiter Band. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 24. Berlin 1963.
- Pauly, Christoph (2009): Das große Sterben. In: *Der Spiegel*, Jg. 66, H. 51: 80-93.
- Sablowski, Thomas (2011): Krise und Kontinuität des finanzdominierten Akkumulationsregimes. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, Jg. 55, H. 1-2: 50-64.
- Schäfer, Daniel (2007): *Die Wahrheit über die Heuschrecken*. Wie Finanzinvestoren die Deutschland AG umbauen. Frankfurt a. M.
- Schlumpberger, Christian (2011): Überdreht. In: *Finance*, Jg. 10, H. 4: 8-13.
- VDA/PwC (2007): *Sector Report Automotive 2007. Private Equity in der deutschen Automobilzulieferindustrie*. (Hektografiertes Manuskript) Frankfurt a.M.
- Vitols, Sigurt (2009): Private equity: Financial engineering or solution to market failure. In: Hein, Eckhard u.a. (Hg.): *Finance-Led Capitalism? Macroeconomic Effects of Changes in the Financial Sector*. 2. Auflage, Marburg, 61-87.
- Wallentowitz, Henning; Freialdenhoven, Arndt; Olschewski, Ingo (2009): *Strategien in der Automobilindustrie. Technologietrends und Marktentwicklungen*. Wiesbaden.
- Watt, Andrew (2008): The impact of private equity on European companies and workers: key issues and a review of the evidence. In: *Industrial Relations Journal*, Jg. 39, H. 6: 548-568.
- Wright, Mike; Bacon, Nicolas; Amess, Kevin (2009): The Impact of Private Equity and Buyouts on Employment, Remuneration and other HRM Practices. In: *Journal of Industrial Relations*, Jg. 51, H. 4, 501-515.

Christian Schröder / Leiv Eirik Voigtländer

---

## Ringen um den Regelsatz Erwerbslosenproteste und die Neubestimmung der Hartz-IV-Höhe

Im Februar 2010 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die bisherige Festlegung der Höhe der Hartz-IV-Regelsätze grundgesetzwidrig sei. Es legte der Bundesregierung auf, noch im selben Jahr eine transparente und nachvollziehbar begründete Neuberechnung vorzunehmen. In den Folgemonaten öffnete sich für Erwerbslosen- und Sozialinitiativen sowie ihre Verbündeten ein politisches Gelegenheitsfenster, um für eine nennenswerte Regelsatzerhöhung zu streiten. Diese politische Auseinandersetzung um das Existenzminimum haben sie im Frühjahr 2011 mit dem „Kompromiss“ der Regierungskoalition mit der oppositionellen SPD im Vermittlungsausschuss verloren.

Wir vertreten die These, dass sich die inhaltliche Begrenzung und Befriedung des Konfliktes um die Regelsatzneuberechnung zu Lasten der Erwerbslosen durch drei bestimmende Faktoren erklären lassen: *erstens* durch die geringe politische Mobilisierungsfähigkeit und Schwäche der Erwerbslosennetzwerke, die durch potenzielle Verbündete wie Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und soziale Bewegungen nicht wesentlich kompensiert wurde, *zweitens* durch das faktische Fortbestehen der „Hartz-IV-Koalition“ in parteipolitischem Feld und Verwaltung und *drittens* durch die vorherrschende ökonomische Strategie der Exportorientierung im Rahmen der Niedriglohnstrategie und der Abwälzung eines erheblichen Teils der Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Erwerbslose und Arme.

### Das politische Feld der Regelsatzbestimmung

Dem Regelsatz als Bestandteil von Fürsorgeleistungen wie Hartz IV oder Sozialhilfe kommt im arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Regime in Deutschland eine zentrale Bedeutung zu: Er ist die Existenzgrundlage von Millionen Leistungsberechtigten und faktisches Mindesteinkommen der Erwerbsabhängigen. Seine Höhe von 374 Euro seit Januar 2012 wird zwar statistisch ermittelt, ist aber letztlich ein politisch festgesetzter Betrag. Die Bestimmung basiert auf der politischen Festlegung einer „Referenzgruppe“ – gegenwärtig sind das die

15 Prozent der Bevölkerung mit den geringsten Einkommen – und politisch bestimmten „Abstrichen“ gegenüber deren Verbrauch. Der Gesetzgeber nimmt „nicht regelsatzrelevante Positionen“ wie etwa Ausgaben für Genussmittel heraus, um den Regelsatz niedrig zu halten (vgl. Lenze 2011). Durch die Orientierung an den Verbrauchsausgaben der untersten Einkommensgruppen werden die Klassenstruktur der Bundesrepublik bestätigt und Hartz-IV-Haushalte systematisch von der Reichtumsentwicklung der Gesellschaft abgekoppelt.

Die Existenzgrundlage von aktuell über sieben Millionen Menschen in der Bundesrepublik hängt vom Regelsatz ab, das sind knapp ein Zehntel der Bevölkerung, die in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften leben, Sozialhilfe beziehen oder als Asylbewerber\_innen leistungsberechtigt sind. Letztere müssen zudem mit einem mindestens 30-prozentigen Abschlag auskommen. Die gerade für Haushalte mit niedrigem Einkommen wichtigen Größen Steuerfreibeträge, Pfändungsgrenze und Kinderzuschlag leiten sich vom Regelsatz ab und erweitern den Kreis der von niedrigen Regelsätzen Betroffenen (vgl. Martens 2009).

Auseinandersetzungen um die Höhe und Bezugsbedingungen des Regelsatzes, sind ein klassisches Mobilisierungsfeld von Erwerbslosen- und Sozialinitiativen (vgl. Scherer/Stock 1988). Gab es in den 1980er Jahren noch zwei „Flügel“ – frauendominierte „Regelsatzgruppen“ im Sozialhilfebezug und männerdominierte Erwerbslosengruppen im Arbeitslosengeldbezug – führten die Sozialkürzungen dazu, dass sich die Gruppen in den 1990er Jahren annäherten.

Nach den vergeblichen Protesten gegen Hartz IV und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe entbrannte in der Erwerbslosen- und Sozialprotestszene ein zermürbender Streit um Höhe und Reichweite ihrer Forderungen. Angesichts der Gefahr einer Spaltung der Sozialprotestbewegung einigten sie sich schließlich 2007 auf die „Triadenforderung“ von mindestens 500 Euro Regelsatz (bedingungslos), 30 Stunden Wochenarbeitszeit und zehn Euro Mindestlohn. Darüber hinaus fanden zahlreiche Einzelaktionen und Kampagnen von Erwerbslosengruppen statt (vgl. Rein 2009): *Erstens* versuchte ein Teil der aktiven Erwerbslosen über den juristischen Weg den derzeitigen Regelsatz anzufechten oder einmalige Beihilfen zu erstreiten. Das spätere Regelsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts ging auf drei solcher Klagen zurück. *Zweitens* skandalisierten Erwerbslosengruppen und Gewerkschaften die niedrigen Regelsätze für Kinder in Hartz-IV-Haushalten und erreichten politisch die flächendeckende Einführung von Schulbeihilfen. *Drittens* skandalisierte die Berliner Kampagne gegen Hartz IV gemeinsam mit prominenten Bündnispartner\_innen das Sanktionsregime im Hartz-IV-System und kämpfte für ein Moratorium, um die massenhafte Unterschreitung des Existenzminimums durch eine strafende Sozialbürokratie zu beenden.

Bei Erwerbslosenaktivist\_innen und Verbündeten gingen die Einschätzungen der Verfassungsgerichtsentscheidung vom Februar 2010 weit auseinander.

Überwogen bei Urteilsverkündung noch euphorische Stimmen, wurden diese schnell von Skepsis und Enttäuschung abgelöst. Denn das Gericht hatte zwar ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum bestätigt, aber zugleich geurteilt, dass der Regelsatz nicht „evident unzureichend“ sei und die Bundesregierung Spielraum bei seiner Ausgestaltung habe. Er müsse lediglich transparent und nachvollziehbar begründet sein, wozu die Regierung bis Ende 2010 Zeit habe. Doch der anstehende Gesetzgebungsprozess bot den Erwerbslosennetzwerken auch die Chance auf eine gesellschaftliche Debatte darüber, was der Mensch zum Leben brauche. Sie starteten die seit Jahren größte eigenständige Mobilisierung. Im Frühjahr 2010 einigten sich die Erwerbslosennetzwerke auf die zentrale Forderung: „Mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel“. Diese nach oben offene Forderung blieb zwar weit hinter der Triadenforderung von 500 Euro oder gar einem bedingungslosen Grundeinkommen zurück. Sie wurde aber „realpolitisch“ als machbar und tragbar für mögliche Verbündete aus Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften eingeschätzt. Getragen wurde die Kampagne von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), dem Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP), den ver.di-Erwerbslosen, der Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen und soziale Ausgrenzung (BAG PLESA) sowie lokalen Initiativen mit bundesweiter Ausstrahlung wie der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) und der Berliner Kampagne gegen Hartz IV. Die gemeinsame Kampagne gipfelte in einer bundesweiten Demonstration am 10. Oktober 2010 in Oldenburg unter dem Motto „Krach schlagen statt Kohldampf schieben“, einer von der argentinischen Sozialprotestbewegung 2001 inspirierten Aktionsform. Mithilfe der Zuspitzung auf das Thema Ernährung und dem Herstellen von Bezügen zu den Interessen von Beschäftigten im Lebensmittelsektor gelang es, immerhin 3.000 Teilnehmende zu mobilisieren, zahlreiche Verbündete zu gewinnen und neuartige Allianzen wie etwa mit dem Bund Deutscher Milchviehhalter zu schmieden.

Die Zeit vor und nach dem Hartz-IV-Urteil waren auch von CDU/FDP und Arbeitgeberverbänden für Kampagnen genutzt worden, die zum Ziel hatten, den Regelsatz weiter abzusenken: So warnte Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) am Tag nach dem Urteil vor „spätromischer Dekadenz“ (vgl. Martens 2010b; Hartmann 2010). Zu allen relevanten Fragen der Berechnungsmethode und zukünftigen Höhe des Regelsatzes schwieg sich die Regierung hingegen aus; es hieß, die Datengrundlage aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sei erst im Herbst 2010 verfügbar. Die parlamentarische Sommerpause nutzte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), um die öffentliche Aufmerksamkeit von der Regelsatzhöhe weg auf Sachleistungen für Kinder in Hartz-IV-Haushalten zu lenken. Erst Ende September 2010 legte sie den Entwurf für ein Regelbedarfsermittlungsgesetz (RBEG) vor. Die

Regelsätze für Erwachsene sollten lediglich um fünf Euro, die für Kinder gar nicht erhöht werden.

Im Dezember 2010 verweigerte die Opposition im Bundesrat die Zustimmung zum Gesetz. Anschließend fanden wochenlange Verhandlungen im Vermittlungsausschuss statt. Nachdem es der SPD anfangs gelungen war, das Themenfeld der Verhandlungen um den Mindestlohn zu erweitern, verlagerte sich die Debatte immer weiter auf Nebengleise wie das Bildungspaket, Equal Pay in der Leiharbeit, Mindestlohn und die kommunale Finanzsituation. Die politische Auseinandersetzung um das Existenzminimum endete im Frühjahr 2011 mit dem politischen „Kompromiss“ und dem Abschluss des Gesetzesvorhabens: eine zweistufige Anhebung der Regelsätze um acht Euro bis 2012, ein sogenanntes „Bildungs- und Teilhabepaket“ für Kinder, ein gesetzlicher Mindestlohn in der Leiharbeit sowie eine Umverteilung der Finanzlasten von den Kommunen zur Bundesagentur für Arbeit (BA). Die Erwerbsloseninitiativen und ihre Verbündeten hatten die Auseinandersetzung in jeder Hinsicht verloren.

## Erwerbslosennetzwerke als schwache Bewegungsakteure im fragilen Bündnis

Das Scheitern der Erwerbslosen kann sowohl auf *interne*, als auch *externe* Gründe zurückgeführt werden: Als *interner Grund* lässt sich die strukturelle und organisatorische Schwäche der Erwerbslosennetzwerke anführen. Die generelle Besonderheit von Armenprotesten ist, dass sie sich weder formal organisieren noch als Bewegungen verstetigen lassen (vgl. Piven/Cloward 1986). Zwar existiert ein bundesweites Netz an Erwerbslosenprojekten vor Ort, welche die Interessenvertretung teilweise verstetigt und eine latente Bewegungsinfrastruktur etabliert haben, aber es gibt derzeit kaum noch starke organisatorische Kerne, die in der Lage sind, bundesweit Kampagnen anzustoßen und nennenswert zu mobilisieren. Nur unter diesen Voraussetzungen können 3.000 Demoteilnehmer\_innen als Mobilisierungserfolg betrachtet werden. Die Regelsatzkampagne 2010 war stark auf die zentrale Kundgebung in Oldenburg fokussiert. Der Versuch, den Protest im Anschluss zu dezentralisieren („Krach schlagen vor Ort“) schlug fehl. Es fanden lediglich einige Einzelaktionen statt (vgl. Bündnis „Krach schlagen“ 2010).

Daneben lassen sich auch *externe* Gründe identifizieren, die in den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen sowie den spezifischen Besonderheiten des Politikfeldes „Hartz IV“ in Deutschland begründet liegen. Als ressourcenschwache, marginalisierte Akteure sind Erwerbslose auf Verbündete zur Durchsetzung ihrer Forderungen angewiesen: Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und soziale Bewegungen (vgl. Gallas 1996; Baumgarten 2010). Dabei stehen

sie vor der Schwierigkeit, dass sich jeder Teilbereich im Politikfeld „Hartz IV“ anders strukturiert und durch ein anderes Netz von teilweise mächtigen Akteuren mit ihren eigenen Interessen gekennzeichnet ist. In der Regelsatzkampagne wurden die Grenzen ihrer Bündnispolitik mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Bewegungsakteuren deutlich. Aus den Gewerkschaften heraus wurde die Forderung und Mobilisierung der Erwerbslosennetzwerke im eigenen Interesse unterstützt, denn ein niedriger Regelsatz erhöht den Druck in prekäre Beschäftigung und *Workfare*-Maßnahmen wie Ein-Euro-Jobs. Insbesondere ver.di unterstützte die Kampagne finanziell und bei der Mobilisierung. DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach rief in einem Rundschreiben an Gewerkschaftsgliederungen in Norddeutschland zur Teilnahme an der Regelsatzdemo auf. Regionale DGB-Gliederungen und Einzelgewerkschaften unterstützten die Kundgebung vor Ort. Auf der Agenda ihres „heißen Herbstes 2010“ ordneten die Gewerkschaften das Existenzminimum allerdings anderen Themen unter (vgl. Zeise 2011). Sie fokussierten zunächst auf einen allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn zur Absicherung der Erwerbstätigen, später, während der „heißen Phase“ im Vermittlungsausschuss, wurde der Mindestlohn für die Leiharbeit die gewerkschaftliche Hauptforderung (vgl. Künkler 2011). Das arbeitsmarkunmittelbare Thema Mindestlohn zog die kollektive Aufmerksamkeit der Gewerkschaften auf sich und verdrängte dabei das stärker sozialpolitische Thema Hartz IV. Die mit dem Regelsatz beschäftigten Gewerkschaftsgliederungen wurden von den Medien während der Verhandlungsphase des Vermittlungsausschusses nicht wahrgenommen, während die Gewerkschaftsspitzen das begrenzte Medieninteresse, das ihnen während der Regelsatzdebatte zuteil wurde, restlos für ihre Mindestlohnforderung nutzten.

Von den Wohlfahrtsverbänden hatte der Paritätische seit Einführung von Hartz IV beharrlich versucht, eine gesellschaftspolitische Debatte um die Höhe des Regelsatzes anzustoßen, zahlreiche Vorschläge zur Berechnung der Regelsätze für Kinder und Erwachsene vorgelegt und engagiert für höhere Regelsätze von 420 Euro, später 440 Euro, gestritten (vgl. Paritätischer Wohlfahrtsverband 2004). Die anderen Wohlfahrtsverbände agierten weniger offensiv. Im Mai 2006 hatten anlässlich des Gesetzesverfahrens zur „Hartz-IV-Fortentwicklung“ Vertreter von kommunalen Spitzenverbänden, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt und Rotem Kreuz in einer „persönlichen Erklärung“ die „Senkung passiver Leistungen“ (vgl. Deutscher Städtetag u.a. 2006), also die Absenkung des Existenzminimums, gefordert. Die Caritas hatte den Brief nicht unterzeichnet und sich von der Kürzungsforderung distanziert. Der katholische Wohlfahrtsverband thematisierte in den Folgejahren allerdings ausschließlich den zu niedrigen Regelsatz für Kinder in Hartz-IV-Haushalten (vgl. Caritas 2008). Er kritisierte anlässlich der Regelsatzneuberechnung zwar die nachteilige Änderung der Referenzgruppe und

willkürliche Abschlüge, fand aber auch Lob für neue Sanktionsverschärfungen und das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder (vgl. Caritas 2010). Die Diakonie sprach sich in ihrem Positionspapier vom August 2010 zunächst für „einen Regelsatz von deutlich über 400 Euro“ aus, ohne sich konkret festzulegen (vgl. Diakonie 2010). Im November 2010 legten zehn Landesverbände der Diakonie eine alternative Berechnung vor mit einem Regelsatz für Alleinstehende um 69 Euro und für Kinder um bis zu 36 Euro über den bisherigen Regelsätzen (vgl. Diakonie Mitteldeutschland 2010). Aus den Wohlfahrtsverbänden erfuhren die Erwerbslosennetzwerke zwar Unterstützung bei ihrer Regelsatzkampagne, etwa direkt durch gezielte Expertise oder indirekt durch die zahlreichen Stellungnahmen. Einen mobilisierenden, aktionsorientierten Faktor für die Kampagne stellten sie jedoch nicht dar. Ihr Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess war offensichtlich noch geringer als der der Gewerkschaften.

Innerhalb der sozialen Bewegungen fand die Regelsatzforderung keinen Resonanzboden. Sie fokussierten im Krisenprotestbündnis auf die massiven Sozialkürzungen für Erwerbslose im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2011, die Regelsatzdebatte selbst wurde nicht aufgegriffen. Das Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise!“, welches im Herbst 2010 im Rahmen der Krisenproteste vergeblich gegen die massiven Kürzungen bei Erwerbslosen im Bundeshaushalt 2011 mobilisiert hatte, verlor nach der polizeilich vereitelten Bundestagsbelagerung am 26. November 2011 an Dynamik (vgl. Kaindl 2011).

## Die Hartz-IV-Koalition aus Parteien, Regierung und Verwaltung besteht fort

Die Koalition hatte noch am Tag der Verfassungsgerichtsentscheidung klar gemacht, den Regelsatz am liebsten absenken zu wollen. Die SPD als größte Oppositionspartei war an einer Annäherung an die Gewerkschaften interessiert und setzte deshalb auf eine Mindestlohnforderung. Auf eine Regelsatzhöhe legte sie sich zunächst nicht fest. Bündnis 90/Die Grünen forderten seit ihrem Bundestagswahlprogramm 2009 eine Erhöhung des Regelsatzes auf 420 Euro. Auch zum Beginn des Gesetzgebungsverfahrens hielten sie an dieser Forderung fest (vgl. Deutscher Bundestag 2010). Nachdem am 6./7. Februar 2011 Koalition und Opposition die Gespräche unterbrachen, forderten die Grünen gemeinsam mit der SPD nur noch 370 Euro (vgl. taz, 7. Februar 2011). Kurz darauf verließen die Grünen die Verhandlungen. Die Partei *Die Linke* forderte unisono mit Teilen der Erwerbslosenszene einen Regelsatz von 500 Euro, wurde aber aus den Verhandlungen systematisch ausgegrenzt und spielte im parlamentarischen Aushandlungsprozess keine Rolle. Die episodische Kritik der beteiligten Op-

positionsparteien an der Neuberechnung blieb praktisch folgenlos. Es kam zu keinem Elitenkonflikt, auch wenn die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss medial so inszeniert wurden. Stattdessen waren die Gemeinsamkeiten zwischen Regierung und Opposition groß, sowohl in der Frage der zukünftigen Höhe der Regelsätze, als auch in vielen Bereichen, die öffentlich nicht thematisiert wurden, wie schärfere Sanktionsregeln, verschlechterte Rechtsmittel Erwerbsloser, Möglichkeit der Pauschalierung der Wohnkosten. Manche Aktivist\_innen hofften auf die von der Opposition im Laufe der Verhandlungen „angedrohte“ Normenkontrollklage, wodurch das Gesetz vom Bundesverfassungsgericht überprüft worden wäre. Doch nachdem die SPD-Bundestagsfraktion im Vermittlungsausschuss der Regelsatzerhöhung um acht Euro zugestimmt hatte, nahm sie davon Abstand. Die rot-grüne Landesregierung in NRW verweigerte es, eine Normenkontrollklage einzureichen, obwohl sie durch einen Antrag im Landtag mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken dazu aufgefordert worden war.

Die bloße Möglichkeit einer nennenswerten Regelsatzerhöhung rief starke Gegner\_innen in Politik und Verwaltung auf den Plan, deren Interessen berührt waren. Die Bundesregierung hat ein klares finanzpolitisches Eigeninteresse an möglichst niedrigen Regelleistungen, da seit Hartz-IV-Einführung der Bund statt der Kommunen für deren Finanzierung zuständig ist. Die Kommunen und ihre Spitzenverbände könnten an einer Erhöhung der Kaufkraft durch höhere Grundsicherungsleistungen durchaus interessiert sein. Doch höhere Regelsätze bedeuten automatisch mehr Leistungsberechtigte und somit höhere Ausgaben der Kommunen für Hartz-IV Wohnkosten. Ein finanzpolitisches Interesse an niedrigen Regelsätzen haben auch die Bundesländer, weil die erwerbsunfähigen Bezieher\_innen von Sozialhilfe in ihrer Zuständigkeit liegen.

Die Arbeitsverwaltung hatte sich bereits vor der Regelsatzdebatte wiederholt gegen eine nennenswerte Erhöhung des Regelsätze positioniert. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) warnte bereits 2008 vor Mehrkosten in Milliardenhöhe und „deutlich negativen Arbeitsanreizen“ (Feil/Wiemers 2008: 8).

## Der Regelsatz im Kontext der Standortpolitik

Man muss den Stellenwert der spärlich ausgestatteten und mit Stigma behafteten Grundsicherung als Bestandteil der polit-ökonomischen Struktur berücksichtigen, um die Interessen der mächtigen Akteure einzuschätzen, die eine nennenswerte Hartz-IV-Erhöhung bislang und auf nicht absehbare Zeit zu verhindern wissen.

Erwerbslose sind in der Regel bereit, ein geringeres Einkommen und Abstriche bei der Arbeitsqualität hinzunehmen, um ihre Arbeitslosigkeit zu beenden (vgl.

Brixy/Christensen 2002). Hartz IV bezweckt, diese Konzessionsbereitschaft der Arbeitslosen noch zu erhöhen. Als Ausweg oder als Mittel, die eigene Situation trotz Hartz IV erträglicher zu gestalten, bietet sich für einen Teil der Leistungsberechtigten prekäre Beschäftigung an. Der Niedriglohnsektor, der 1998 bereits 4,3 Millionen abhängig Beschäftigte umfasste, wurde seither durch Job-AQTIV, Hartz I und II sowie andere Gesetze fit gemacht für die Aufnahme von Millionen weiterer Arbeitskräfte und wuchs bis 2008 auf 6,6 Millionen (vgl. Bispinck 2010). Dieser Sektor hat auch einen Teil der Hartz-IV-Berechtigten absorbiert. Verschärfte Zumutbarkeitsregelungen und Mobilitätsanforderungen nehmen denjenigen den Schutz, deren Konzessionsbereitschaft sich noch nicht auf prekäre Beschäftigung erstreckt. Nachweislich sind die Abgangsraten aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit seit 2005 in beiden Rechtskreisen Sozialgesetzbuch (SGB) III (Arbeitslosenversicherung) und SGB II (Hartz IV) gestiegen; im SGB III jedoch deutlich stärker als im Hartz-IV-Bereich, aus dessen Rechtskreis sich für Millionen weiterhin kein Ausweg auf Dauer finden lässt. Betroffen von der Entwicklung am Arbeitsmarkt sind aber nicht allein Erwerbslose. Die Verunsicherung und Disziplinierung von Beschäftigten lässt sich an der insgesamt gesunkenen Fluktuation am Arbeitsmarkt ablesen. Die Bereitschaft von Erwerbstätigen, eine Anstellung aufzugeben, um den Arbeitsplatz zu wechseln, ist signifikant gesunken, während die Bereitschaft, Zugeständnisse an Arbeitgeber\_innen zu machen, gestiegen ist (vgl. Knuth 2011).

Dies schlägt sich in der Einkommens- und Vermögensverteilung nieder. Die Reallohnrückgänge betreffen die Gruppe der Erwerbsabhängigen insgesamt vom untersten bis zum obersten Lohnrand. Dabei öffnet sich die sprichwörtliche Schere zwischen niedrigen und mittleren Löhnen sowie mittleren und höheren Arbeits-einkommen gleichermaßen (vgl. Schäfer 2011 für den Zeitraum 2006-2010). Die Niedriglöhner\_innen verlieren in besonderem Maße, das heißt mit der gestiegenen Einkommensungleichheit geht eine Umverteilung von geringeren Einkommen zu höheren Einkommen und von Einkommen aus Arbeit zu Einkommen aus Kapitalbesitz einher. Während im Euroraum die Lohnstückkosten seit 2000 stiegen, fielen sie in Deutschland als einzigem Land angesichts der skizzierten Reallohnentwicklung. Waren aus Deutschland verbilligten sich gegenüber Waren aus konkurrierenden Volkswirtschaften und wurden stärker nachgefragt; der Außenbeitrag Deutschlands (Saldo aus Exporten und Importen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) stieg von 1,2 Prozent im Jahr 2000 auf sieben Prozent 2008 vor Beginn der Finanzkrise (vgl. Herzog-Stein et al. 2010: 10). Das exportgetriebene Entwicklungsmodell Deutschlands, das auf Deregulierung und Umverteilung am Arbeitsmarkt fußt, ist Bestandteil eines krisenhaften Ganzen, in dem das konsumorientierte Entwicklungsmodell unter anderem der USA, das von steigender Verschuldung der privaten Haushalte abhängt, das Gegenstück bildet.

Kürzungen und Einsparungen im Hartz-IV-System bewirken, dass der Sozialbereich den größten Anteil am „Sparpaket“ der Bundesregierung zur Finanzierung ihres „Krisenmanagements“ einnimmt – Bankenrettung, Konjunkturprogramme, Kurzarbeit. Von den knapp 82 Milliarden Euro, die in den Haushaltsjahren bis 2014 eingespart werden sollen, stammen gut 30 Milliarden Euro aus Sozialkürzungen, überwiegend im Bereich Hartz IV (vgl. Martens 2010a: 7). Ein Anstieg des Regelsatzes würde diesen Anteil schmälern, weil er die Kosten der Leistungen zum Lebensunterhalt überproportional wachsen ließe und wegen der Auswirkung auf die Freibeträge gleichzeitig zu Einnahmerückgängen des Staates führen würde. Eine Regelsatzerhöhung von 80 Euro für Ernährung auf 440 Euro oder gar auf 500 Euro, wie von einem Teil der Erwerbslosennetzwerke gefordert, wäre vor diesem Hintergrund ein Schritt in die genau entgegengesetzte Richtung der Arbeitsmarkt, Fiskal- und Standortpolitik dieser und soweit absehbar auch zukünftiger Bundesregierungen.

### Der Konflikt um das Existenzminimum – entpolitisiert, aber nicht befriedet

Die Erwerbslosennetzwerke gingen mit ihrer Entschlossenheit, das politische Gelegenheitsfenster der Regelsatzneuberechnung für einen messbaren Erfolg zu nutzen, offenbar weiter, als ihnen Gewerkschaften, Bewegungen und Verbände, aber auch viele Erwerbsloseninitiativen vor Ort, zu folgen bereit waren. Auch ihr Versuch, eine gesellschaftliche Debatte um das Existenzminimum zu initiieren, ist vorerst gescheitert. Spontane Sozialproteste gegen die Art und Weise der Neufestsetzung des Regelsatzes sind ausgeblieben. Die Befriedung des Konfliktes um das soziale Existenzminimum beschränkt sich jedoch auf die politische Arena. In Jobcentern und vor Sozialgerichten gehört der Kampf um den Regelsatz zum Alltag und wird dort meist individuell, entpolitisiert, aber massenhaft von Leistungsberechtigten mit den Sozialbehörden ausgetragen. Eine zentrale Aufgabe, die sich Erwerbsloseninitiativen stellen, ist die parteiliche Beratung und Begleitung der Leistungsberechtigten – ein ressourcenaufwendiger Versuch, in diesem Konflikt kollektiv zu handeln, der einen Großteil der knappen Ressourcen der Initiativen in Anspruch nimmt.

Angesichts ihrer Schwäche als Bewegungsakteure und der politischen und ökonomischen Widerstände gegen eine nennenswerte Regelsatzerhöhung, ist weniger ihr Scheitern, als das ihrer Bündnispartner\_innen, besonders in den Gewerkschaften, von gesellschaftspolitischer Brisanz. Dass die Höhe der Hartz IV Leistungen kein bloß sozialpolitisches Problem ist und nicht allein die Langzeiterwerbslosen betrifft, ist in DGB und Einzelgewerkschaften durchaus ver-

standen worden. Die gewerkschaftlichen Interventionen in der Öffentlichkeit zum Thema des Existenzminimums haben nach dem Regelsatzkompromiss auch keinesfalls nachgelassen (vgl. DGB 2011). Dies allein ändert jedoch nicht, dass sich im Kontext von sozialem Existenzminimum und Mindestlohn existenzielle Interessen von Erwerbsabhängigen mit und ohne Arbeit nach wie vor gegeneinander ausspielen lassen, bevor sie sich politisch als Protestbewegung artikulieren.

## Literatur

- Baumgarten, Britta (2010): *Interessenvertretung aus dem Abseits. Erwerbsloseninitiativen im Diskurs über Arbeitslosigkeit*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Bispinck, Reinhard (2010): Niedriglöhne und der Flickenteppich von (unzureichenden) Mindestlöhnen in Deutschland. (*WSI Report*, 04/2010). Düsseldorf.
- Brixy, Udo/Christensen, Björn (2002): Flexibilität. Wie viel würden Arbeitslose für einen Arbeitsplatz in Kauf nehmen? (*IAB-Kurzbericht*, 25/2002). Nürnberg.
- Bündnis „Krach schlagen“ (2010): *Den Schwung von Oldenburg mitnehmen: Jetzt weiter „Krach schlagen“ – für mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel. Vorschläge für weitere Aktivitäten*. Berlin [u.a.].
- Caritas (2008): DCV-Vorschlag zur Bekämpfung der Kinderarmut. *neue caritas Spezial*. Freiburg im Breisgau.
- (2010): *Erste Bewertung der Referentenentwürfe zum SGB II*. 27. September 2010. Freiburg im Breisgau.
- Deutscher Bundestag (2010): Antrag der Abgeordneten Fritz Kuhn et al. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. *Menschenwürdiges Dasein und Teilhabe für alle gewährleisten*. Drucksache 17/3435. 27. Oktober 2010. Berlin.
- Deutscher Städtetag/Spitzenvertreter der Wohlfahrtsverbände Caritas, Diakonie und Arbeiterwohlfahrt: *Persönliche Erklärung zur Reform des Sozialgesetzbuches II (SGB II)*. 7. Mai 2006. Berlin.
- DGB (2011): Menschenwürdiges Existenzminimum ist weiterhin nicht gewährleistet. Wie weiter mit den Hartz IV-Regelbedarfen? (*arbeitsmarkt aktuell*, 7). Berlin.
- Diakonie (2010): Erwartungen der Diakonie an die Reform der Grundsicherung. (*Diakonie Texte | Positionspapier*, 09.2010). Stuttgart.
- Diakonie Mitteldeutschland (2010): *Sachgerechte Ermittlung des Existenzminimums*. Landesverbände der Diakonie legen Studie zur Regelleistungsbemessung vor. Halle (Saale).
- Feil, Michael/Wiemers, Jürgen (2008): Höheres ALG II und Kindergrundsicherung: Teure Vorschläge mit erheblichen Nebenwirkungen. (*IAB-Kurzbericht*, 11/2008). Nürnberg.
- Gallas, Andreas (1996): Politische Wirkungsmöglichkeiten von Arbeitslosen. In: Friedhelm Wolski-Prenger (Hg.): *Arbeitslosenarbeit: Erfahrungen. Konzepte. Ziele*. Opladen: Leske + Budrich, S. 169–186.
- Hartmann, Michael (2010): Klassenkampf von oben. Die gezielte soziale Desintegration. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 9*. Berlin: Suhrkamp, S. 267–277.
- Hein, Eckhard (2011): Makroökonomische Risiken des deutschen Wachstumsmodells im internationalen Kontext. In: *WSI Mitteilungen*, 64 (11), S. 571–579.
- Herzog-Stein, Alexander/Lindner, Fabian/Sturn, Simon/van Treeck, Till (2010): Vom Krisenherd zum Wunderwerk? Der deutsche Arbeitsmarkt im Wandel. (*IMK Report*, 56/2010). Düsseldorf.
- Kaindl, Christina (2011): *Sozialproteste in Deutschland*. Input im Kolloquium „Politik von unten“ des Arbeitskreises soziale Bewegungen der DVPW am 21. September 2011 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

- Knuth, Matthias (2011): Widersprüchliche Dynamiken im deutschen Arbeitsmarkt. In: *WSI Mitteilungen*, 64 (11), S. 580–587.
- Künkler, Martin (2011): Hartz-IV-Regelsätze: Am Existenzminimum vorbei. In: *SoZ – Sozialistische Zeitung*, 38 (4), S. 35–40
- Lenze, Anne (2011): Warum die Bundesregierung erneut verfassungsrisikante Regelbedarfe vorlegt. In: *WSI Mitteilungen* 63 (10), S. 534–540.
- Martens, Rudolf (2009): Existenzminimum: Wachstumsfaktor und Wagnisversicherung. In: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, 58 (1), S. 82–92.
- (2010a): *Unter unseren Verhältnissen II. Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011–2014*. Hg. von der Paritätischen Forschungsstelle. Berlin.
- (2010b): Lohnabstand und Hartz IV – Nachruf auf eine Kampagne. In: *Soziale Sicherheit*, 59 (3), S. 103–109.
- Paritätischer Wohlfahrtsverband (2004): „Zum Leben zu wenig...“. Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum beim Arbeitslosengeld II und in der Sozialhilfe. Berlin.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. (1986): *Aufstand der Armen*. Mit einem Vorwort von Wolf-Dieter Narr und Lutz Leisering. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rein, Harald (2009): *Das Ende der Bescheidenheit? Anmerkungen zur Diskussion über den Regelsatz*. In: *express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*, (Teil I: 9-10), [www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/hilfe/rein1.html](http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/hilfe/rein1.html) und (Teil II: 11), [www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/hilfe/rein2.html](http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/hilfe/rein2.html)
- Schäfer, Claus (2011): „No Representation without Taxation“ – WSI-Verteilungsbericht 2011. In: *WSI Mitteilungen*, 64 (12), S. 677–686.
- Scherer, Wolfgang/Stock, Lothar (Hg.) (1988): *10 Jahre Sozialhilfebewegung, Schluss mit dem Geschwätz, erhöht die Regelsätze!* Frankfurt am Main: Fachhochschulverlag.
- Streeck, Wolfgang (2011): The Crises of Democratic Capitalism. In: *New Left Review*, 52 (71), S. 5–29.
- taz, 7. Februar 2011: *Weiter Diskussionen um Hartz IV: Nicht mal 6 Euro wollnse rausrücken*, [www.taz.de/!65459/](http://www.taz.de/!65459/).
- Zeise, Fanny (2011): Halbherziger Herbst. In: Cornelia Hildebrandt/Nelli Tügel (Hg.): *Der Herbst der „Wutbürger“*. *Soziale Kämpfe in Zeiten der Krise*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 72–75.

# Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

1/2 | 2012 € 10,80



## Aufstand der Zivilgesellschaft

Gesine Schwan | Wolfgang Schroeder |  
Klaus Harpprecht | Thomas Meyer |  
Wang Hui | Katajun Amirpur | Dieter Rucht |  
Donatella Della Porta | Beyhan Şentürk |  
Julian Nida-Rümelin | Aleksandra Sowa |  
Frank-Walter Steinmeier | Hanjo Kesting |  
Dierk Hirschel · Klaus Busch

Thema  
im März:  
Zukunft Klassen-  
gesellschaft?

Bestellen Sie ein kostenloses Probeheft!  
T 0 30 / 2 69 35-71 52 • [ng-fh@fes.de](mailto:ng-fh@fes.de) • [www.ng-fh.de](http://www.ng-fh.de)  
T 0 2 28 / 18 48 77-0 • [info@dietz-verlag.de](mailto:info@dietz-verlag.de) • [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)

mit:

Gesine Schwan über Europa und die Sozialdemokratie • Thomas Meyer und Sergio Grassi im Gespräch mit Wang Hui • Rami Livni über Vorboten einer neuen Politik in Israel? • Hannah Wettig über arabische Revolutionen • Kenan Engin über Occupy Wall Street • Christian Demuth über Piraten • Aleksandra Sowa über Hacktivismus • Wolf Scheller zum Tod von Christa Wolf • Susanne Krones über politische Graphic Novels • Frank-Walter Steinmeier über eine neue Wirtschaftspolitik • Klaus Harpprecht über Empörung

# Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Sprechsaal für Mitte-Links  
Die Monatszeitschrift für Politik und Kultur



Alex Demirović / Thomas Sablowski

---

## Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa<sup>1</sup>

Die herrschenden Klassen sind in Bezug auf den richtigen Umgang mit der gegenwärtigen Krise und mit Europa uneins: Soll der Euro verteidigt werden, wäre eine Aufspaltung der Eurozone sinnvoller oder sollte der Euro nicht besser vollständig aufgegeben werden? Soll die Europäische Zentralbank unbeschränkt Staatsanleihen aufkaufen, oder würde dies lediglich eine verantwortungslose Ausgaben- und Verschuldungspolitik der Staaten begünstigen und geradewegs in die Inflation führen? Ist die Austeritätspolitik notwendig, um die Krise zu überwinden, oder wäre eine stärker keynesianisch orientierte Investitionspolitik notwendig? Ist eine Rückbesinnung auf den Nationalstaat und seine Kompetenzen oder ist eine Vertiefung der europäischen Integration eine sinnvolle Strategie?

Der Linken kann diese Situation nicht gleichgültig sein. Bislang gibt es kaum eine andere Haltung zur Krise als diejenige der bisher wenig erfolgreichen Abwehr: „Wir zahlen nicht für eure Krise.“ Viele Analysen orientieren sich daran, gute und technische Ratschläge zu geben, wie die Krise vielleicht doch unter Kontrolle gebracht werden könnte. Nicht, dass die Herrschenden und Regierenden darauf hörten, doch selbst wenn sie es täten, ist nicht sicher, ob das auch den erwünschten Effekt einer Krisenbewältigung hätte. Allerdings stellt sich die Frage nach dem emanzipatorischen Moment der Krise. Denn eine Krise eröffnet immer auch Handlungsmöglichkeiten, und das, was bisher so selbstverständlich erschien, kann so nicht mehr weiter gehen. Diese Emanzipationspotentiale treten in den Hintergrund, weil mit der Art und Weise, wie die Krise bewältigt wird, Tendenzen zu einer nationalistischen Spaltung zur Geltung kommen. Auch in linken Analysen der Krise erscheint das Problem als eines zwischen Deutschland und Griechenland, zwischen Frankreich und Deutschland ... Die Regierung

---

1 In diesen Text sind u.a. Ergebnisse einer Diskussion des Arbeitskreises kritische Europaforschung (AkE) der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) eingeflossen. Wir danken Hans-Jürgen Bieling, Pia Eberhardt, Axel Gehring, Fabian Georgi, Mathis Heinrich, Niko Huke, John Kannankulam, Daniel Keil, Anika Kozicki, Roland Kulke, Malte Lühmann und Lukas Oberndorfer für wichtige Anregungen.

Merkel erscheint als Zuchtmeisterin, die den europäischen Staaten die Austeritätspolitik aufzwingt. Von diesen Entwicklungen ist nolens volens auch die Linke in Deutschland betroffen, die ihre Kritik an der europäischen Krisenpolitik angesichts der relativ stabilen ökonomischen und politischen Lage hierzulande nur schwer vermitteln kann.

Wir schlagen im Folgenden vor, die gegenwärtige Konstellation im Zusammenhang der Entwicklung des *finanzdominierten Akkumulationsregimes* zu begreifen. Die Widersprüche, die auftreten, sind spezifisch für dieses. Da es selbst nicht in Frage gestellt wird, reproduzieren sich diese Widersprüche auf immer höherem Niveau und ziehen immer weitere gesellschaftliche Verhältnisse in die Krise hinein. Vor diesem Hintergrund wollen wir einige Überlegungen zur Politik der Linken und der sozialen Bewegungen in der gegenwärtigen Situation anstellen.

## 1. Das globale, finanzdominierte Akkumulationsregime und seine Widersprüche

Gegenwärtig erscheint die Krise in Europa als Ergebnis staatlicher Verschuldung. Doch dabei handelt es sich um eine der Erscheinungsformen des länger anhaltenden Prozesses der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, deren offener Ausbruch von der Krise des amerikanischen *Subprime*-Hypothekenmarktes markiert wurde, die dann in eine Krise der Banken, im weiteren in eine Krise der Staatshaushalte und des Euro überging. Anders als es die neoliberale Ideologie seit Jahrzehnten und in der Krise erneut propagiert, haben die Gesellschaften Europas nicht „über ihre Verhältnisse gelebt“. Vielmehr sind die Haushaltsdefizite durch die staatlichen „Rettungspakete“ für die Banken, die „Konjunkturpakete“, die wegbrechenden Steuereinnahmen, die wachsende Arbeitslosigkeit sowie die in der Krise relativ zum Sozialprodukt steigenden Sozialausgaben gewachsen. Wir haben es gegenwärtig, so unsere These, mit einer multiplen Krise der bürgerlichen Gesellschaftsformation und einer großen Krise der kapitalistischen Produktionsweise zu tun. Es handelt sich um die Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes, das die heute bestimmende Form der Kapitalverwertung darstellt und sich seit den 1970er Jahren herausgebildet hat, um die Krise des Fordismus zu bewältigen (vgl. Aglietta 1979, Lipietz 1985). Was Europa angeht, so kommen hier noch die Widersprüche der Europäischen Währungsunion und des Europäischen Stabilitätspaktes hinzu.

Um das finanzdominierte Akkumulationsregime und die mit ihm verbundene Krise zu verstehen, ist es notwendig, die Entwicklung der Kreisläufe des industriellen Kapitals, des zinstragenden Kapitals, des fiktiven Kapitals und der

Derivate näher zu betrachten<sup>2</sup>. Es lässt sich feststellen, dass das zinstragende Kapital, vor allem aber das fiktive Kapital und die Derivate in den letzten Jahrzehnten wesentlich schneller angewachsen sind als das industrielle Kapital. Der Anteil der Profite der Kapitalgesellschaften des Finanzsektors an den Profiten aller Kapitalgesellschaften in den USA ist zwischen 1947 und 2010 von 8 auf 35 Prozent gestiegen (eigene Berechnung nach Daten des U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis, *National Income and Product Account* – NIPA, Table 1.14).

Die privaten Kredite von Banken und anderen Finanzinstituten stiegen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA von 71% im Jahr 1960 auf 202% im Jahr 2007, in Deutschland von 39% auf 105%. Die Marktkapitalisierung der Aktienmärkte stieg im Verhältnis zum BIP in den USA von 58% im Jahr 1989 auf 144% im Jahr 2007, in Deutschland von 23% auf 57% (Daten der *Financial Structure Database* der Weltbank). Im Jahr 2007 hatte der Markt für amerikanische Staatsanleihen ein Volumen von 4,4 Billionen Dollar, der Markt für verbriefte Hypotheken hatte ein Volumen von 7,1 Billionen Dollar, der amerikanische Aktienmarkt hatte eine Marktkapitalisierung von 21,9 Billionen Dollar. Doch das Wachstum dieser Märkte während des Booms bis 2007 nahm sich noch relativ bescheiden aus im Vergleich zum Wachstum des Marktes für Kreditausfallversicherungen, der in den 1990er Jahren praktisch noch kaum existierte und im Jahr 2007 Kontrakte im Volumen von 45,5 Billionen Dollar umfasste (New York Times, *Arcane market is next to face big credit test*, 17.2.2008). Im Jahr 2007 summierte sich das in Form von Krediten, Anleihen und Aktien angelegte zinstragende und fiktive Kapital global auf 202 Billionen US-Dollar. Im Jahr 1990 betrug diese globalen Finanzanlagen 261% des globalen Sozialprodukts, im Jahr 2007 waren es 376% (vgl. McKinsey 2011: 2). Finanzanlagen sind also erheblich schneller gewachsen als das globale Sozialprodukt. Der Zusammenhang der verschiedenen Kreisläufe gleicht einer auf dem Kopf stehenden Pyramide, bei der sich die Basis, der Kreislauf des industriellen Kapitals, relativ klein ausnimmt im Vergleich zu den darauf aufbauenden Kreisläufen des Finanzkapitals, d.h. des zinstragenden Kapitals, des fiktiven Kapitals und der Derivate.

---

2 Industrielles Kapital ist das in der Produktion von Waren angelegte Kapital; zinstragendes Kapital ist Kapital, das verwertet wird, indem es gegen die Zahlung von Zinsen verliehen wird (MEW 25, 350ff); fiktives Kapital sind Wertpapiere, die den Rechtsanspruch auf Teilhabe am zukünftig zu produzierenden Wertprodukt in Form von Zinsen oder Dividenden verkörpern (MEW 25: 482ff); Derivate sind abgeleitete Finanzgeschäfte, die sich auf erwartete Preisänderungen von Waren oder Wertpapieren in der Zukunft beziehen. Vgl. zur Bedeutung des Geldes, des Kredits und der Finanzmärkte im Kapitalismus allgemein Itoh/Lapavistas 1999, zur historischen Entwicklung des Geldes und des Kredits aus regulationstheoretischer Perspektive Guttman 1994.

Diese ungleiche Entwicklung der verschiedenen Kapitalformen ist keineswegs zufällig. Um sie zu begreifen, ist es notwendig, historisch bis zur Krise des Fordismus in den 1970er Jahren zurückzugehen. Um der damaligen Profitabilitätskrise zu entgehen, verfolgte das Kapital verschiedene Strategien: Die Verlagerung der Produktion in die kapitalistische Peripherie oder Semiperipherie, den direkten Angriff auf die ArbeiterInnenklasse in den Zentren (Massenentlassungen, Schwächung der Gewerkschaften, Senkung der Löhne, Abbau der Sozialleistungen, Prekarisierung) und die Erschließung neuer Anlagemöglichkeiten für Kapital durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung. Infolge dieser Umstrukturierungsprozesse hat sich die Entwicklungsweise des Kapitalismus in vieler Hinsicht geändert.

1. In den kapitalistischen Zentren haben sich die Kräfteverhältnisse zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen massiv zu Ungunsten der letzteren verschoben. Dies lässt sich z.B. an den sinkenden Lohnquoten in den kapitalistischen Zentren feststellen, die als Indikator für steigende Mehrwertraten gelten können. So sank die bereinigte Lohnquote in Westdeutschland von 75,2% im Jahr 1974 auf 67,8% im Jahr 1991. Die gesamtdeutsche bereinigte Lohnquote sank von 69,6% im Jahr 1992 auf 61,7% im Jahr 2007, im Durchschnitt der EU-15 sank sie von 74,2% im Jahr 1974 auf 64,7% im Jahr 2007 (vgl. European Commission 2002, 73f; European Commission 2011, 92f). Die durchschnittlichen Reallöhne in den kapitalistischen Zentren stagnieren seit Beginn der neunziger Jahre. In Deutschland sank das reale Bruttoentgelt pro lohnabhängig Beschäftigtem von 1994 bis 2008 sogar um 3,3% (eigene Berechnung nach BMAS 2009). Produktivitätssteigerungen kommen den Lohnabhängigen kaum noch in Form steigender Kaufkraft zugute. Gleichzeitig nahm die Lohnspreizung, d.h. die Ungleichheit unter den Lohnabhängigen zu (vgl. OECD 2007: 268f.; ILO 2009: 24). Viele Beschäftigte mit niedrigen Löhnen sind demnach von Kaufkraftverlusten betroffen. In den USA lag sogar das reale Durchschnittseinkommen der unteren 90% der Gesellschaft im Jahr 2008 niedriger als im Jahr 1973, Steigerungen der Realeinkommen kamen ausschließlich den obersten 10% der Gesellschaft zugute (Piketty/Saez 2010: Tabelle A4). Der populäre Slogan „We are the 99%!“ der *Occupy*-Bewegung ist nicht einfach aus der Luft gegriffen, auch wenn der virtuelle Block der 99% aus verschiedenen Klassen und Klassenfraktionen besteht: In den USA stieg der Anteil des reichsten 1% der Haushalte am gesamten Volkseinkommen von 7,7% im Jahr 1973 auf 18,3% im Jahr 2007 (ebd. Tabelle A1)<sup>3</sup>.

---

3 Dabei sind die Buchgewinne aus der Steigerung von Wertpapierpreisen noch nicht eingerechnet. Schließt man diese ein, dann erhöhte sich der Anteil des reichsten 1% der

Die Stagnation der Reallöhne wurde zum Teil durch eine zunehmende Verschuldung der Lohnabhängigen kompensiert. Wie Stockhammer (2007, 645) gezeigt hat, ist die Verschuldung der privaten Haushalte im Verhältnis zu ihrem verfügbaren Einkommen nicht nur in den USA, sondern auch in Japan und in einer Reihe von EU-Ländern zwischen 1995 und 2005 deutlich angewachsen. Indem die Lohnabhängigen sich verschuldeten, versuchten sie, ihre Ausgaben für die eigene Wohnung, das Auto, Krankenhausaufenthalte oder das Studium ihrer Kinder zu decken. Die zum Teil auch staatlich subventionierte Verschuldung der Lohnabhängigen ersetzte z.B. den sozialen Wohnungsbau und bezahlbare Mietwohnungen. Die herrschenden Konsumnormen, etwa die Fixierung auf Wohnungseigentum oder den Besitz eines Autos, wurden so reproduziert. In den USA, wo die jüngste Krise ihr Epizentrum hatte, entfiel der größte Teil der Verschuldung der privaten Haushalte auf Hypotheken für Eigenheime. 1983 waren die Wohnungen von 36,9% aller Haushalte mit Hypotheken belastet, 2007 waren es 48,7%. 1998 waren 71,4% der gesamten Schulden der privaten Haushalte durch Eigenheime besichert, 2007 waren es 74,7% (Kennickell/Shack-Marquez 1992: 12; Bucks u.a. 2009: A 37, A 40). Die spezifische Regulation des Hypotheken- und Kreditsektors in den USA führte dazu, dass schließlich auch diejenigen Hypotheken bekamen, die es sich „eigentlich“ nicht leisten konnten, wie sich in der *Subprime*-Krise gezeigt hat (vgl. Marcuse 2008, Evans 2008). Im Jahr 2001 mussten verschuldete HauseigentümerInnen durchschnittlich 13,9% ihres Einkommens für den Schuldendienst aufwenden, 2007 waren es 15,6%. Der Anteil der verschuldeten HauseigentümerInnen, die 40% oder mehr ihres Einkommens für den Schuldendienst aufwenden mussten, stieg von 14,7% im Jahr 2001 auf 18% im Jahr 2007 (Bucks u.a. 2009: A 50).

Dos Santos (2009) und Lapavistas (2009) haben nachgewiesen, dass die Profitstrategien von Großbanken in den letzten Jahren zunehmend auf die Kreditvergabe an private Haushalte ausgerichtet wurden. De facto handelt es sich bei der Verschuldung der Lohnabhängigen um einen sekundären Ausbeutungsmechanismus. Die wachsende Verschuldung führt zu einem wachsenden Lohnabzug. Zudem verstärkt die Privatverschuldung das Moment politischer Herrschaft, da die Lohnabhängigen mittels Schulden und Zwang zur regelmäßigen Zurückzahlung diszipliniert werden (vgl. Albo u.a. 2010: 55).

---

Haushalte am Volkseinkommen von 9,2% im Jahr 1973 auf 23,5% im Jahr 2007 (ebd. Tabelle A3). Die Berechnungen von Piketty und Saez beruhen auf einer Auswertung der Einkommensteuerstatistik. Aufgrund der hohen Kapitalmobilität und Steuerhinterziehung gerade bei den reichen Haushalten kann man davon ausgehen, dass die reale Einkommensungleichheit noch weitaus höher ist, als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt.

Lohnabhängige sind aber nicht nur als Schuldner, sondern auch als Sparer zunehmend in das Finanzsystem involviert. Der Zufluss von Ersparnissen der Lohnabhängigen im Finanzsektor wird durch verschiedene Quellen gespeist. Zum einen hat es die Lohnbildung in der fordistischen Ära großen Teilen der Lohnabhängigen erstmalig ermöglicht, in relevantem Umfang Ersparnisse zu bilden. Dieses Geld wird seit den 1980er Jahren nicht mehr nur in Sparbüchern angelegt, sondern zunehmend auch in anderen, neu entwickelten und teilweise höher verzinslichen Sparformen wie Geldmarktfonds oder Investmentfonds. So sank der Anteil der Bankeinlagen am gesamten Finanzvermögen der privaten Haushalte in Deutschland nach Angaben der Deutschen Bundesbank von 59,7% im Jahr 1980 auf 35% im Jahr 2005. Eine zweite Triebkraft der Ersparnisbildung besteht in der gewachsenen Lohnspreizung (s.o.). Während die Reallöhne für die ärmeren Schichten der Lohnabhängigen gesunken sind, konnten die besser gestellten Teile der Arbeiterklasse und des neuen Kleinbürgertums durchaus steigende Realeinkommen verzeichnen. Je mehr die Lohnspreizung, d.h. die Ungleichheit unter den Lohnabhängigen zunimmt, desto stärker wird die Bildung von Ersparnissen bei dem wohlhabenderen Teil der Lohnabhängigen.

Die dritte Triebkraft der Bildung von Ersparnissen auf Seiten der Lohnabhängigen besteht in der zunehmenden sozialen Verunsicherung, die mit prekärer Beschäftigung und drohender Arbeitslosigkeit verbunden ist, sowie in der von neoliberaler Politik vorangetriebenen Privatisierung der sozialen Sicherung. Um sich gegen die mit der Lohnarbeit verbundenen Lebensrisiken abzusichern, sehen sich aufgrund einer entsprechenden staatlichen Politik immer mehr Lohnabhängige zur privaten Vorsorge gezwungen. Davon profitieren insbesondere die institutionellen Kapitalanleger, die die Ersparnisse der Lohnabhängigen verwalten. Das weltweit in Pensionsfonds angelegte Vermögen ist von 4,8 Billionen US-Dollar im Jahr 1992 auf 28,2 Billionen US-Dollar im Jahr 2007 angewachsen. Das weltweit in Versicherungen angelegte Vermögen ist im gleichen Zeitraum von 6,3 auf 19,8 Billionen US-Dollar gewachsen (Huffschmid 2009: 39).

Wir können also von einer zunehmenden ökonomischen und politischen *Subsumtion der Reproduktion der Lohnabhängigen unter das Finanzkapital* sprechen, die einerseits auf der zunehmenden Verschuldung der Lohnabhängigen beruht und andererseits auf der zunehmenden Umleitung von Lohnbestandteilen auf die Finanzmärkte und ihrer Umwandlung in zinstragendes und fiktives Kapital durch institutionelle Anleger.

2. Die Beziehungen zwischen dem industriellen Kapital und dem Finanzkapital haben sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ verändert. Durch die Deregulierung und Liberalisierung des Bankensektors und der Finanzmärkte wurden nicht nur neue Möglichkeiten für spekulative Transaktionen gefördert

und zahlreiche neue Anlagemöglichkeiten für (fiktives) Kapital geschaffen. Die Eigentumsverhältnisse selbst haben sich verändert. Institutionelle Kapitalanleger wie Investmentfonds, Pensionsfonds und Versicherungen spielen eine erheblich größere Rolle als Vermittler zwischen den Sparern und Geldvermögensbesitzern auf der einen Seite und den industriellen Unternehmen auf der anderen Seite. Obwohl einzelne institutionelle Kapitalanleger häufig nur Minderheitsbeteiligungen an den Unternehmen halten, sind sie in der Lage, (z.B. durch einen angedrohten Abzug von Kapital) einen erheblichen Druck auszuüben und ihre Interessen am „Shareholder Value“ geltend zu machen, also an der Aktionärsrendite, die sich aus Dividenden und Kursgewinnen zusammensetzt.

Das Shareholder Value-Konzept besagt, dass zunächst einmal die „Kapitalkosten“ (d.h. eine durchschnittliche Verzinsung des vorgeschossenen Kapitals) erwirtschaftet werden müssen, bevor überhaupt von der Schaffung von „Wert“ für die Aktionäre die Rede sein kann. Es genügt also nicht, dass ein Unternehmen schwarze Zahlen schreibt oder einen durchschnittlichen Gewinn erwirtschaftet. „Shareholder Value“ entsteht erst dann, wenn eine Investition *überdurchschnittliche* Profite abwirft. Es ist klar, dass nicht alle Unternehmen überdurchschnittliche Gewinne erwirtschaften können. Doch in dem Maße, in dem sich die Unternehmen an diesem Ziel ausrichten, wird die Meßlatte für die erwartete Rentabilität höher gelegt (Sablowski 2005: 61ff).

Projekte wie das der *New Economy*, das auf reale Veränderungen der Produktivkräfte reagiert und diese überhöht hat, produzieren temporär hohe Gewinnerwartungen, die dazu führen, dass große Kapitalsummen in neue Branchen und neue Technologien wie das Internet, den Mobilfunk oder die Gentechnik fließen. Insgesamt dient der Aktienmarkt jedoch weniger der Unternehmensfinanzierung als vielmehr der Unternehmenskontrolle. Investmentbanken und Private Equity-Unternehmen verfolgen seit den 1980er Jahren die Strategie, Industrieunternehmen mittels der Shareholder-Value-Strategien weltweit in Wert zu setzen: Unternehmen oder Unternehmensteile werden selbst zu Waren, mit denen gehandelt wird. Die Reproduktion der Unternehmen wird von den Eigentümern bewusst zur Disposition gestellt: Jeder Arbeitsprozess, jeder Geschäftsbereich, jede Abteilung, jede Immobilie, jede Maschine wird zum Gegenstand einer genauen Kosten- und Gewinnberechnung, die über Verkauf oder Verbleib im Unternehmen entscheidet. Die Renditeerwartungen orientieren sich an der möglichen Verzinsung des eingesetzten Kapitals an den Finanzmärkten.

Aktiengesellschaften sind schon deshalb gezwungen, ihren Aktienkurs nach oben zu treiben, um eine aktive Rolle im Prozess der Konzentration und Zentralisation des Kapitals spielen zu können und einer feindlichen Übernahme zu entgehen. Da in vielen Branchen nur relativ niedrige Profitraten erzielt werden können und die durchschnittliche Profitabilität heute niedriger ist als in den

1950er oder 1960er Jahren, versuchen viele Unternehmen, ihren Aktienkurs durch Methoden des *Financial Engineering* nach oben zu treiben. Dem Ziel, den eigenen Aktienkurs zu erhöhen, dienen z.B. Aktienrückkäufe, die seit den 1990er Jahren enorm zugenommen haben. Steigende Kapitalausschüttungen an die Anteilseigner in Form von Dividenden oder Aktienrückkäufen führen dazu, dass weniger Rücklagen gebildet werden und dass der Teil der Profite, der reinvestiert wird, sinkt. Die Investitionsquoten sind in den kapitalistischen Zentren seit den 1970er Jahren in den USA ebenso wie in der BRD, in Japan, Frankreich, Großbritannien oder Italien gesunken (Stockhammer 2007, 646).

Die Industrie- oder Handelsunternehmen operieren selbst mit ihren Finanzabteilungen oder eigenen Banken spekulativ auf den Finanzmärkten und erwirtschaften auf diese Weise einen wachsenden Teil ihrer Gewinne. Sie haben wie die Banken und institutionelle Kapitalanleger kein Interesse daran, dass ihre Handlungsfreiheit diesbezüglich durch eine striktere Regulierung der Finanzmärkte eingeengt wird.

Die „Finanzialisierung“ der Unternehmen begünstigt ihre Konzentration auf „Kerngeschäfte“ und „Kernkompetenzen“, führt zur vertikalen Desintegration von Konzernen und zur Fragmentierung von Wertschöpfungsketten. Fixes Kapital gilt zunehmend als Ballast, der auf Zulieferer abgewälzt wird. Die Fertigungstiefe wird verringert und in einzelnen Branchen wie z.B. der IT- und Telekommunikationsindustrie dominieren „fabriklose“ Unternehmen, die durch die Kontrolle strategischer Bereiche wie Produktdesign und Marketing ganze Wertschöpfungsketten kontrollieren. Die Fertigung der Waren wird dabei Kontraktfertigern überlassen, die zumeist an Niedriglohnstandorten operieren (Sablowski 2003, 2005).

3. Die Internationalisierung des Kapitals hat sich erheblich weiterentwickelt. So stieg die Zahl der Beschäftigten deutscher Unternehmen im Ausland von 2,2 Mio. im Jahr 1989 auf 5,9 Mio. im Jahr 2008 (eigene Berechnungen nach Daten der Deutschen Bundesbank). Die in mehreren Wellen erfolgende Verlagerung des produktiven Kapitals an die kapitalistische Peripherie oder Semiperipherie (in die asiatischen „Tiger“-Staaten Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur, dann in weitere südostasiatische Länder, nach Lateinamerika, Osteuropa, China und Indien) hat enorme Ströme des Finanzkapitals induziert und neue Ungleichgewichte und Widersprüche geschaffen.

## 2. Krisenmerkmale des finanzdominierten Akkumulationsregimes

Das finanzdominierte Akkumulationsregime weist spezifische, tiefgreifende Krisentendenzen auf, die sich von denen des Fordismus unterscheiden:

1. Die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnende Tendenz der Überproduktion tritt stärker in den Vordergrund. In den kapitalistischen Zentren ist der Bedarf an langlebigen Konsumgütern wie Autos, Waschmaschinen und Fernsehgeräten weitgehend gedeckt. Diese Sättigungstendenzen werden durch das Sinken der Lohnquoten verschärft, weil die Bedeutung des Lohns als Nachfragefaktor relativ gesehen abnimmt. Auch die staatliche Nachfrage wird durch neoliberale Politiken begrenzt. Gleichzeitig sinkt aufgrund der Orientierung der Kapitalgesellschaften am Shareholder Value der Anteil der Investitionen an den realisierten Gewinnen, somit wird auch die von den Investitionen ausgehende Nachfrage eingeschnürt.

2. Die *Subprime*-Krise in den USA hat deutlich gemacht, dass die Verschuldung der Lohnabhängigen nicht beliebig ausgedehnt werden kann. Zinsen und Tilgungsraten müssen letztlich aus den laufenden Einkommen bezahlt werden, und diese stagnieren bzw. sind für Teile der Lohnabhängigen sogar nominal und real gesunken.

3. In den 1990er Jahren bestand insbesondere in den USA, aber auch in anderen Ländern die Erwartung, die Lohnabhängigen würden mit Aktienkäufen Gewinne machen oder könnten ihre Immobilien mit Krediten belasten, weil ihr Wert aufgrund eines – auch staatlich angeregten – Baubooms immer weiter steigen würde. Beides sollte die effektive Nachfrage steigern. Denn mit den Gewinnen aus Aktien oder Immobilienverkäufen, so wurde angenommen, könnten die Konsumenten ihre Schulden zurückzahlen. Wieder einmal wurde die Illusion vom selbsttragenden Wachstum genährt. Schon die Krise der *New Economy*, in der viele Lohnabhängige erhebliche Ersparnisse und Rentenrücklagen verloren, und erst recht die *Subprime*-Krise in den USA zeigte dann, dass diese Vermögens-effekte begrenzt sind. Die Ersparnisse vieler Lohnabhängiger wurden vernichtet, Haus- und Wohnungseigentum ging verloren, die Zahl der Insolvenzen privater Haushalte nahm zu. Auch die Grenzen privater, kapitalbasierter Formen der sozialen Sicherung wie z.B. der kapitalgedeckten Altersvorsorge wurden offensichtlich. Leistungen wurden nicht erbracht, Versicherungsprämien stiegen an.

4. Überakkumuliertes Kapital ist auf der ständigen Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten. Da ein großer Teil des Geldkapitals im Kreislauf des industriellen Kapitals nicht profitabel angelegt werden konnte, wurde es liquide gehalten bzw. in den Kreisläufen des Finanzkapitals angelegt. Durch die Privatisierung der Altersvorsorge und die Senkung der Steuern auf hohe Einkommen,

Kapitaleinkommen und Vermögen vergrößerte sich die Masse des Geldkapitals auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten. Auf diese Weise kamen nicht nur die Spekulationsblase der *New Economy* oder der Bauboom in Spanien oder den USA zustande. Auch das Anlageverhalten von Banken in Island, Irland, Großbritannien oder Deutschland lässt sich auf diese Weise erklären. Sie investierten in die scheinbar sicheren, hochverzinslichen Finanzprodukte von US-Banken oder auf dem US-Markt operierenden europäischen Banken wie Deutsche Bank oder UBS und wurden Opfer bei der Suche nach immer neuen und noch höheren Gewinnmöglichkeiten. Über längere Zeit konnte dies gelingen, weil immer neues Geld eingeschossen wurde, um hohe Zinsen zu bedienen, doch irgendwann wurde ersichtlich, dass die Schuldner die Zinsen nicht aufbringen würden. Zwar wurde durch die Krise seit 2007 ein Teil der globalen Finanzanlagen entwertet. Von Ende 2007 bis Ende 2008 sank der Betrag dieser Finanzanlagen von 202 auf 176 Billionen US-Dollar. Doch bis Ende 2010 stieg der Betrag wieder auf 212 Billionen US-Dollar und lag damit über dem Niveau vor dem Beginn der Krise (McKinsey 2011, 2).

Die zentrale Frage, die die gegenwärtige Krise aus der Perspektive des Kapitals aufwirft, ist nach wie vor, wie eine weitere Kapitalvernichtung abgewendet werden bzw. wie sie so organisiert und eingedämmt werden kann, dass die kapitalistische Produktionsweise nicht insgesamt in Frage gestellt wird. Des Weiteren wird die Frage, wessen Kapital vernichtet wird und wer in diesem gewaltigen Konflikt am wenigsten verliert, zum Gegenstand eines erbitterten ökonomischen und politischen Kampfes. Gegenwärtig konzentriert sich die Frage der Kapitalvernichtung vor allem auf die Euro-Region, doch es handelt sich im Grunde um ein globales Problem.

5. Unter den Bedingungen der verschärften internationalen Konkurrenz entwickelt sich der kapitalistische Staat zum „Wettbewerbsstaat“ (Altwater 1994, Hirsch 1995). Steuersenkungen und Subventionen für das Kapital, die Privatisierung öffentlicher Dienste und staatlicher Unternehmen, Erhöhungen der indirekten Steuern und der direkten Steuern für die Lohnabhängigen sowie der Abbau von Sozialleistungen werden zu strukturellen Merkmalen staatlicher Politik. Im Kontext der Massenarbeitslosigkeit und der häufigeren und tieferen Krisen reichen höhere Steuerzahlungen der Lohnabhängigen und der Abbau von Sozialleistungen typischerweise nicht aus, um staatliche Einnahmeausfälle durch Krisen und Steuersenkungen für das Kapital zu kompensieren, so dass strukturelle staatliche Haushaltsdefizite entstehen und die Staatsverschuldung rasch anwächst. Die staatlichen Schuldtitel bieten einerseits eine wichtige und unverzichtbare Anlagemöglichkeit für Kapital. So sind z.B. Pensionsfonds häufig gezwungen, den größeren Teil ihres Kapitals in festverzinslichen Wertpapieren (mit hohen Ratings) anzulegen. Andererseits wird die staatliche Überschuldung

selbst zum Krisenfaktor, wie bereits die Schuldenkrise der frühen 1980er Jahre in Lateinamerika, die Argentinienkrise von 1998 bis zum Schuldenschnitt 2004/2005 oder die gegenwärtige Schuldenkrise in Europa zeigen. Bei staatlicher Zahlungsunfähigkeit droht die Entwertung riesiger Beträge von (fiktivem) Kapital. Dies ist unserer Ansicht nach ein Problem, das die gegenwärtige Politik der Krisenbewältigung so uneindeutig macht. Denn für die Vermögensbesitzer stellen festverzinsliche Staatsanleihen eine relativ sichere und bequeme Kapitalanlageform dar. De facto wird die Staatsschuld nicht zurückgezahlt; auslaufende Kredite werden ständig durch neue ersetzt. Mehr noch, im Grunde sind auch die Vermögensbesitzer darauf angewiesen, dass der Staat seine Verschuldung ausweitet, insbesondere dann, wenn die private Verschuldung in eine Krise gerät, wie das ab 2007 der Fall war. Wenn in der Krise die Kreditvergabe an private Akteure reduziert und Kapital aus den Aktienmärkten abgezogen wird, so werden dringend liquider und sicherere Anlagemöglichkeiten benötigt. Daher steigt auch die Nachfrage nach Staatsanleihen. Die verschiedenen Segmente der Finanzmärkte verhalten sich zueinander wie ein System kommunizierender Röhren. Doch dies setzt voraus, dass das Vertrauen der Kreditgeber in die Staatsanleihen, d.h. die Fiktion der Rückzahlbarkeit erhalten bleibt. Die Kapitalanleger haben also das Interesse, dass die Staatsverschuldung zugleich ausgeweitet und begrenzt wird. Vor allem haben sie das Interesse, dass der Geldwert stabil bleibt. Dies soll durch die Austeritätspolitik gewährleistet werden. In der gegenwärtigen Krise besteht das Problem darin, dass sowohl viele Banken als auch eine Reihe von Staaten überschuldet sind. Überschuldete Banken wurden mit staatlichen Geldern gerettet. Doch die Staaten haben dieses Geld eigentlich gar nicht, sie müssen es sich wiederum bei den Banken leihen. Da nun die Rückzahlung der Staatsschulden in Frage gestellt ist, befindet sich der Interbankenmarkt ähnlich wie 2008 erneut in der Krise. Die Verschiebungen zwischen staatlicher und privater Verschuldung können nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass die Gesamtverschuldung einen derartigen Grad erreicht hat, dass die Reproduktion des Systems insgesamt gefährdet ist und eine massive Kapitalvernichtung unabwendbar erscheint.

6. Die räumliche Verlagerung von Kapital, der *spatial fix* (Harvey 2004), schafft jeweils nur temporäre Lösungen für die Überakkumulation des Kapitals. Die Vernichtung von fixem Kapital in den altindustriellen Zentren vollzieht sich oftmals langsamer als der Aufbau neuer Produktionskapazitäten in der (Semi-)Peripherie, es bestehen also – auch staatlich subventionierte – Überkapazitäten fort. Zudem müssen die in den neuen Produktionsstätten in der (Semi-)Peripherie produzierten Waren oft exportiert werden, denn die Kehrseite der dortigen niedrigen Löhne sind schwach entwickelte Binnenmärkte. Das Problem der Überkapazitäten in vielen Produktionsbereichen verschärft sich also mit der Internationalisierung des Kapitals, mit jeder Erschließung neuer Akkumulationsräume, in denen ex-

portorientierte Entwicklungsstrategien verfolgt werden. In China konkurrieren heute u.a. amerikanische, japanische, europäische, koreanische und taiwanische Konzerne, wobei gewaltige neue Produktionskapazitäten entstanden sind, die in der Entwicklung des chinesischen Binnenmarktes nur zum Teil ausgelastet werden können. Die chinesischen Produzenten, bei denen es sich zu einem nicht geringen Teil um ausländische Konzerne handelt, sind also nach wie vor auf die amerikanischen und europäischen Absatzmärkte angewiesen. Doch das Gewicht Amerikas und Europas in der Weltwirtschaft schrumpft. Amerika und Europa produzieren relativ gesehen weniger, es entstehen auch weniger Einkommen. China sieht sich gezwungen, international als Kreditgeber aufzutreten, damit die in China produzierten Waren überhaupt exportiert werden können. Die Prosperität in den USA der 1990er Jahre wurde durch Verschuldung finanziert. Das „sozialistische“ China wurde in den letzten 20 Jahren zum Rettungsanker des globalen Kapitalismus, ob seine Kredite jemals beglichen werden oder China nicht einen gewaltigen Tribut an die kapitalistischen Zentren geleistet haben wird, ist eine offene Frage. Zwar erhält China Zinsen für seine Kredite, doch die in US-Dollar oder Euro denominierten Forderungen werden durch die langsame Aufwertung des Renminbi schon heute teilweise entwertet. Die *Subprime*-Krise zeigt, dass auch die USA sich nicht grenzenlos verschulden können, obwohl der Dollar bislang immer noch als Weltgeld fungiert und die USA sich in eigener Währung verschulden können, bei einer Abwertung der eigenen Währung also nicht unmittelbar wie andere Länder in eine Solvenzkrise geraten (so lange die Kapitalanleger noch am Dollar als Reservewährung festhalten – was aber nicht selbstverständlich ist). Ein wichtiger Aspekt der Krise ist die Auseinandersetzung darum, ob der Dollar Weltgeld bleiben kann oder in der Konkurrenz mit dem Euro an Boden verliert. Gelingt es den USA, die Überakkumulationskrise auf andere kapitalistische Zentren abzuwälzen, so können sie auch weiterhin ihren Anspruch auf ökonomische und politische Führung erheben. Allerdings ist US-Kapital in großem Umfang in Europa angelegt, das durch die Krise in der EU ebenfalls entwertet zu werden droht. Die amerikanische Bourgeoisie hat sich mit der europäischen Integration nicht nur arrangiert, sie hat sie ja ursprünglich mitinitiiert und enorm von ihr profitiert. Nirgends gibt es so umfangreiche und bedeutende Kapitalverflechtungen wie im transatlantischen Raum. Die amerikanische Regierung hat kein Interesse, dass der Euro den Dollar als Weltgeld ersetzt; sie hat aber auch kein Interesse, dass die Eurozone oder gar die EU zerbricht. Die US-Regierung hat deswegen die europäischen Regierungen zu höheren Staatsausgaben und zur „Hebelung“ der *European Financial Stability Facility* (EFSF) angeregt. Auch private Akteure haben sich über die Konsequenzen der Austeritätspolitik in Europa besorgt geäußert. So begründete *Standard & Poor's* seine Herabstufung der Ratings einiger europäischer Staaten im Januar

2012 damit, dass die Politik der Haushaltssanierung zu einer Schwächung der Nachfrage und des Arbeitsmarktes führen könnte. Das ist paradox genug, denn die Abwertung der Kreditwürdigkeit erhöht die Zinsbelastung der Staaten und führt damit zu einer Verschärfung der Austeritätspolitik.

7. Die Finanzmärkte können temporär überakkumuliertes Kapital aufnehmen. Doch können sich die Kreisläufe des Finanzkapitals gegenüber dem Kreislauf des industriellen Kapitals nur begrenzt verselbständigen. Gerade in Krisen wie der gegenwärtigen macht sich deren innere Einheit gewaltsam geltend (Marx). Nachdem die US-amerikanische Regierung 1971 ihre Verpflichtung, Dollars jederzeit in Gold umzutauschen, aufgekündigt hat, basiert das internationale Währungssystem im Wesentlichen auf ungedecktem Staatspapiergeld und Kreditgeld. Kreditgeld bietet für die Kapitalakkumulation wesentlich größere Spielräume, sie ist nicht mehr alleine durch den bereits realisierten Mehrwert der Vorperiode beschränkt. Allerdings werden mit der Ausweitung des Kredits auch die Widersprüche der Akkumulation in erweiterter Form reproduziert. Kredit wird nur gegeben, wenn darauf vertraut wird, dass in der Zukunft Verwertungsprozesse stattfinden, die den Rückfluss des Kredits nebst Zinsen gewährleisten. Eine schrankenlose Kreditgeldschöpfung ist also nicht möglich, da der Rückfluss des Kreditgeldes an die Verwertung des industriellen Kapitals gebunden bleibt. Die letzten Boomphasen – der *New Economy*-Boom der späten 1990er Jahre und der Immobilienboom der 2000er Jahre – beruhten in hohem Maße auf einer spekulativen Kreditschöpfung. Um überhaupt noch Wirtschaftswachstum zu generieren, war eine beschleunigte Kreditvergabe notwendig. Und sie war auch möglich, da aufgrund der Überakkumulation im industriellen Sektor, der hohen Sparaufkommen oder der privatisierten Versicherungsgelder ständig Geldkapital vorhanden war, das nach Anlagemöglichkeiten suchte, sich also in zinstragendes Kapital verwandeln ließ. Da das überschüssige Geldkapital tendenziell schneller gewachsen ist als die Anlagemöglichkeiten, stiegen die Wertpapierpreise. Der Rückgang der Inflationsraten seit den frühen 1980er Jahren und der damit verbundene Rückgang der Nominalzinsen hat den Anstieg der Wertpapierpreise noch unterstützt. Für viele Kapitalanleger standen somit nicht die Zinsen oder Dividenden im Vordergrund, sondern die Spekulation auf steigende Wertpapierpreise. Der deflationären Tendenz in der Warenproduktion stand die Inflation des fiktiven Kapitals gegenüber. Während die Möglichkeiten, lebendige Arbeitskraft auszubeuten, begrenzt blieben, türmen sich die im fiktiven Kapital verkörperten Eigentumsansprüche in Bezug auf zukünftige Verwertungsprozesse immer höher auf. 2010 standen einem Weltsozialprodukt von 59 Billionen US-Dollar Eigentumstitel mit dem Anspruch auf Verzinsung von 211 Billionen gegenüber. Der Versuch diese enormen Renditeansprüche einzulösen kann nur zu heftiger Konkurrenz und Kapitalvernichtung führen. Die gegenwärtige Krise bringt diese

Widersprüche zum Vorschein und macht zugleich die Grenzen des *temporal fix* deutlich, also des Versuchs, die gegenwärtigen Akkumulationsschranken durch Spekulation auf zukünftig wachsende Akkumulationsmöglichkeiten aufzuheben.

### 3. Die europäische Krisenpolitik und ihre Widersprüche

Die Krise hat die Eurozone und die EU fest im Griff. Der Eindruck, dass es sich 2008-2009 nur um eine kurze Rezession handelte, konnte ohnehin nur in wenigen Ländern wie Deutschland, Österreich oder den skandinavischen Ländern entstehen. In der Krise wurden mittels öffentlicher Mittel die Banken gerettet; auf diese Weise wurden die Eigentumstitel der Vermögensbesitzer und die Ersparnisse der Kleinanleger gesichert, ebenso die Boni der Bankenmanager und – mit gewissen Einschränkungen – auch ihre Geschäftsmodelle. Zwar wurden die Banken gedrängt, ihr Eigenkapital zu erhöhen. Doch über die Höhe und den Wert der Rücklagen gab es Streit. Stresstests zeigten, wie wenig belastbar diese Eigenkapitalbildung war. Die Einführung der Finanztransaktionssteuer wurde gleich nach dem offenen Ausbruch der Krise in die Diskussion gebracht, doch gab es bis in die jüngste Zeit erhebliche Widerstände vor allem von Seiten Großbritanniens<sup>4</sup>. Bei der Absicherung der Banken mit öffentlichen Mitteln wurden ihnen für ihre Geschäftspolitik kaum Auflagen gemacht. Selbst die Höhe der Boni wurde vielfach akzeptiert, weil diese angeblich unumgänglich seien, um sachkompetente Manager zu halten. Die Sicherung der Banken geschieht, indem den Staaten mit Refinanzierungsproblemen mittels Bürgschaften der Euro-Länder über die *Europäische Finanzstabilisierungsfazilität* (EFSF) und den *Europäischen Stabilitätsmechanismus* (ESM) Zahlungsfähigkeit garantiert wird. Dies soll ihnen ermöglichen, ihre Schulden zu bedienen und ihre Refinanzierung an den Kapitalmärkten sicherzustellen. Die Europäische Zentralbank (EZB) kauft den Banken Staatsanleihen ab, nimmt ihnen also das Risiko ab, so dass sie die möglicherweise 'toxischen' Papiere nicht mehr in den Bilanzen führen und

---

4 Die Wirkungen einer Finanztransaktionssteuer hängen von ihrer konkreten Ausgestaltung ab. Ist der Steuersatz sehr niedrig, so hat sie möglicherweise keine Lenkungseffekte, weil spekulative Finanztransaktionen nicht unterbunden werden. Je höher aber der Steuersatz ist und je mehr Transaktionen dadurch unprofitabel und verhindert werden, desto geringer sind am Ende das Steueraufkommen und damit der Umverteilungseffekt. Der Gesetzesentwurf der französischen Regierung vom 8. Februar 2012 zur unilateralen Einführung einer Finanztransaktionssteuer erfasst nur bestimmte Transaktionen (Sekundärhandel mit Aktien französischer Unternehmen ab 1 Mrd. Euro Marktkapitalisierung und deren Derivaten, Kauf von Kreditausfallversicherungen für Staatsanleihen durch französische Unternehmen, die nicht selbst Gläubiger dieser Staaten sind, bestimmte Transaktionen im Hochfrequenzhandel ab einem noch nicht definierten Schwellenwert).

abschreiben müssen. Die EZB und andere Zentralbanken gewähren auch direkt Kredit zu besonders günstigen Bedingungen, damit der Interbankenverkehr aufrecht erhalten bleibt und nicht das Misstrauen in die Zahlungsfähigkeit von Banken zu einer Unterbrechung der Geldzirkulation führt – mit weit reichenden Folgen für die Zahlungsfähigkeit der Marktteilnehmer, die Refinanzierung der Unternehmen, den Vertrauensverlust der Anleger, Sparer oder KonsumentInnen. Doch unterhalb dieser Ebene dient auch diese Absicherung wiederum der Bereicherung der Vermögensbesitzer. Denn dieses niedrig verzinste Geld der EZB und der anderen Zentralbanken wird von den Banken wiederum mit höheren Zinsen in Staatsanleihen angelegt. Es konnte politisch also durchgesetzt werden, die Zinsansprüche der Vermögensbesitzer zu befriedigen.

Gelten die Staaten und die Banken als krisenhaft, weil sie mit Abschreibungen rechnen müssen, wächst ihr Kapitalmarktrisiko und die Zinsen steigen. Für die Kreditgeber ist das vorteilhaft; nicht zuletzt deswegen wird auch eine Krise dann beschworen, wenn es um Umschuldungs- und Refinanzierungsverhandlungen geht, denn auf diese Weise können die langfristigen Zinsen hochgetrieben werden. Die Kreditgeber können ein Interesse an hohen Staatsschulden und hohen Zinsen haben. Allerdings ergibt sich eine Gegentendenz daraus, dass ab einer bestimmten Höhe der Verschuldung und der Zinsen eine Rückzahlung der Kredite und die Zahlung von Zinsen immer unwahrscheinlicher werden. An diesem Punkt haben die Kreditgeber ein Interesse an Austeritätsmaßnahmen: Sicherung der Geldwertstabilität, Verringerung der Staatsschuld, Konsolidierung des Haushalts, Minderung der staatlichen Ausgaben und einer Erhöhung der Einnahmen – soweit sie nicht die Vermögensbesitzer und Kapitaleigner selbst betreffen.

Doch diese Maßnahmen selbst sind durchaus umstritten, denn die Folgen sind auch für die Kapitalbesitzer in ihrer Gesamtheit nicht immer klar zu überschauen. Die Sparpolitik trägt derart zur Schwächung der Wirtschaft bei, dass am Ende auch der Schuldendienst in Frage steht. Die mögliche Folge, ein Staatsbankrott Griechenlands, ist in den Konsequenzen auch nicht klar. Zudem können die Interessenlagen sehr unterschiedlich sein. Eine Stabilisierung der Zahlungsfähigkeit Griechenlands kann für Anleger vorteilhaft sein, die ihre Kredite hochverzinst zurück erhalten. Gleichzeitig wird damit jedoch verhindert, dass bei Umschuldungen der Staaten die Zinsen weiter steigen, was wiederum für mögliche Anlagen in der Zukunft schlecht ist. Mit einem Schuldenschnitt würden Anleger Geld verlieren, sofern sie ihre Anleihen nicht schon an die EZB weiterverkauft haben. Andererseits könnte auch ein mit den Banken ausgehandelter Schuldenschnitt am Ende für die Kapitalanleger vorteilhaft sein. Denn der Marktwert griechischer Staatsanleihen liegt ohnehin weit unter ihrem Nennwert, und der Markt ist nicht liquide. Ein Umtausch eines Teils der alten Staatsanleihen in neue bei immer noch hohen Zinsen könnte sich also am Ende als profitabel erweisen.

In der Kalkulation vieler Banken und Hedge Fonds spielt allerdings noch ein anderer Aspekt eine Rolle: Viele haben sich mit Kreditausfallversicherungen (*Credit Default Swaps* – CDS) gegen den Fall eines Staatsbankrotts abgesichert. Eine „freiwillige“ Beteiligung an einem Schuldenschnitt könnte bedeuten, dass die CDS dann wertlos sind, weil die Gegenpartei nur bei einem unfreiwillig eintretenden Zahlungsausfall einspringen würde. Insofern haben die Halter der Staatsanleihen möglicherweise auch aus diesem Grund kein Interesse an einem Schuldenschnitt, sondern verlangen entweder die vollständige Rückzahlung oder spekulieren auf die Zahlungsunfähigkeit.

Für die exportorientierte Industrie in Ländern wie Deutschland hat die Austeritätspolitik einerseits negative Folgen, weil die Nachfrage in den betroffenen Krisenländern sinkt. Entsprechend negativ fallen die Wachstumsprognosen für 2012 aus. Andererseits scheinen gerade die Vertreter des exportorientierten industriellen Kapitals in Deutschland Befürworter der Austeritätspolitik zu sein. Der Grund dafür könnte sein, dass wesentliche Teile der deutschen Industrie in der internationalen Arbeitsteilung eine so überlegene Position einnehmen, dass sie nicht auf Währungsabwertungen angewiesen sind, um ihre Konkurrenzfähigkeit zu verteidigen. Im Gegenteil: Auch schon zu Zeiten, als die D-Mark noch existierte, konnte die deutsche Industrie recht gut mit der Aufwertung der D-Mark leben. Angesichts seiner hohen Exportüberschüsse hat das deutsche exportorientierte Industriekapital ein Interesse an der sicheren Anlage seiner Einnahmen. Daher besteht ein gemeinsames Interesse des deutschen exportorientierten Industriekapitals und des Finanzkapitals an der Wertstabilität des Euro, das sich in der geradezu fanatischen Fixierung der deutschen Öffentlichkeit auf die Haushaltskonsolidierung und Inflationsbekämpfung in Europa äußert. Diese gemeinsame Interessenlage der dominanten Kapitalfraktionen im deutschen Machtblock wird noch durch die folgende Entwicklung verstärkt: In den letzten Jahren sind die deutschen Exporte in Länder außerhalb der Eurozone schneller gewachsen als die Exporte in andere Länder der Eurozone. Viele Unternehmen sehen ihre Zukunft eher in den *emerging markets*, in Ländern wie China, Indien, Brasilien oder Russland. Ein Markt wie Griechenland fällt demgegenüber kaum ins Gewicht. Viel wichtiger ist die internationale Rolle des Euro, also die Frage, inwieweit der Euro auch außerhalb der Eurozone als Zahlungsmittel und Reservewährung akzeptiert wird. Die global orientierten Kapitalfraktionen in den Ländern der Eurozone profitieren natürlich davon, wenn sie verlangen können, dass in Euro gezahlt wird, da sie sich dann keinem Währungsrisiko aussetzen müssen. Aber dies setzt die Wertstabilität des Euro voraus, die mit der Austeritätspolitik verteidigt wird. Da die Austeritätspolitik aber die Krise in den betroffenen Ländern der Eurozone perpetuiert und verstärkt, entstehen neue Widersprüche und Konflikte im Lager der Herrschenden. So besteht Uneinigkeit darüber,

ob Griechenland aus der Eurozone ausgeschlossen werden soll oder nicht, weil unklar ist, wie sich dies auf den Euro und die Stabilität der EU sowie auf die dominanten Fraktionen des Industrie- und Finanzkapitals auswirken würde. Auch eine Aufspaltung der Eurozone oder gar eine Rückkehr zu nationalen Währungen kommen in die Diskussion.

Die Krise der Finanzmärkte und die Strategien zu ihrer Bewältigung verschärfen die Widersprüche und Tendenzen, die mit der neoliberalen Regulationsweise und dem finanzdominierten Akkumulationsregime verbunden sind. Mit den Einschränkungen der öffentlichen Haushalte werden die Überbleibsel des fordistischen Klassenkompromisses grundlegend angegriffen: öffentliche Beschäftigung, öffentliche Dienstleistungen oder Sozialtransfers können nicht mehr im selben Umfang aufrechterhalten werden. Die Austeritätspolitik ist ein direkter Angriff nicht nur auf die Beschäftigten des öffentlichen Diensts und die Empfänger von Sozialleistungen, sondern auf die Lohnabhängigen insgesamt. Der Abbau von öffentlichen Dienstleistungen, die Teil des kollektiven Konsums der Lohnabhängigen sind (z.B. im Bildungs- und Gesundheitswesen, im Öffentlichen Personennahverkehr) verschlechtert die gesellschaftlichen Bedingungen zur Reproduktion der Arbeitskraft und trägt damit zur Senkung ihres Wertes bei. Darauf zielen auch die Lohnsenkungen im privaten Sektor, die mit der Austeritätspolitik angestrebt werden. Außerdem stärken Staatsaufgaben und staatliche Sozialtransfers die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Im Fall von Ländern mit einer hohen Importabhängigkeit hat dies Folgen auch für diejenigen Länder, die dorthin exportieren und bei denen die Nachfrage ausfällt.

Es stellt sich die Frage, warum eine derartige Spekulation auf den Bankrott von Staaten der Eurozone möglich ist. Die Krise in den USA ist nicht bewältigt; und die japanische Regierung nimmt durchaus aufmerksam wahr, dass sich die spekulativen Aktivitäten der global operierenden Anleger auch gegen die japanische Wirtschaft und den Yen wenden könnten. Der japanische Staat ist mit einem Schuldenstand von 230% des BIP einer der am höchsten verschuldete OECD-Staaten, die Hälfte des Staatshaushalts wird durch Kredite finanziert, die Schuldenaufnahme ist seit zwei Jahren höher als die Steuereinnahmen, etwa ein Viertel des Haushalts dient dem Schuldendienst. Der Vorteil der öffentlichen Verschuldung in Japan ist, dass sie zum größten Teil inländisch ist. Die USA wiederum haben den Vorteil, dass hinter dem US-Dollar der amerikanische Staat mit seinen einzigartigen ökonomischen, politischen und militärischen Kapazitäten steht, der die Funktion des US-Dollars als Weltgeld trotz der hohen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite sichern kann. Daher sind amerikanische Staatsanleihen immer noch der Maßstab für alle Arten von Kapitalanlagen weltweit.

In der EU und in der Eurozone sind die Verhältnisse komplizierter. Die gegenwärtige Krise hat nicht nur die Widersprüche des globalen finanzdominierten

Akkumulationsregimes deutlich gemacht, sondern auch die inneren Widersprüche der europäischen Integration. Diese ergeben sich aus der internationalen Arbeitsteilung und ungleichen Entwicklung, d.h. den Verhältnissen zwischen den imperialistischen Zentren USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und den peripheren Staaten Europas. Kapital- und Warenexporte der Zentren führen dazu, dass die Länder der Peripherie eine Nettoschuldnerposition einnehmen<sup>5</sup>. Dass die gegenwärtige Krise in Europa vor allem Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal betrifft, zeigt auch, dass deren „Entwicklung“ trotz ihrer im Vergleich zu Deutschland hohen Wachstumsraten in den letzten Jahrzehnten nicht zu einer Konvergenz geführt hat. Vielmehr bestehen strukturelle Unterschiede zwischen den Zentren und der Peripherie auch innerhalb der EU fort.

Laut Kostas Vergopoulos (1987-88) war das Wirtschaftswachstum in Griechenland Mitte der achtziger Jahre vor allem von den Rücküberweisungen griechischer Emigranten, dem Tourismus und den Umsätzen der griechischen Handelsflotte abhängig (107)<sup>6</sup>. Daran scheint sich bis heute nicht allzu viel geändert zu haben (vgl. Müller/Schmidt 2010). Da Griechenland nicht wie Deutschland über eine breit gefächerte Industriestruktur verfügt, konkurriert es de facto in vielen Bereichen gar nicht mit Deutschland. Daran können auch Lohnsenkungen in Griechenland nichts ändern. Anders sieht es für Produzenten in Ländern wie Italien oder Frankreich aus, die tatsächlich in vielen Industriebereichen mit deutschen Produzenten konkurrieren. Hier ist es bedeutsam, dass die nominalen Lohnstückkosten in keinem anderen Land der EU so langsam gewachsen sind wie in Deutschland (European Commission 2011, 94f). Länder wie Frankreich oder Italien gerieten zunehmend unter Druck und sind mit wachsenden Leistungsbilanzdefiziten konfrontiert.

---

5 Ob die Zahlungsbilanzungleichgewichte innerhalb der EU eher durch den Warenhandel oder eher durch den Kapitalverkehr bestimmt werden, ist in der kritischen sozialwissenschaftlichen Diskussion strittig. In der deutschen Linken werden zumeist die Leistungsbilanzungleichgewichte in den Vordergrund gerückt. Milios und Sotiropoulos (2010) argumentieren dagegen, dass z.B. die Leistungsbilanzdefizite Griechenlands nicht Ursache, sondern Folge hoher Kapitalimporte sein. Unserer Ansicht nach gibt es allgemein keine eindeutige Kausalität in der Zahlungsbilanz, diese ergibt sich als Resultat einer Vielzahl privater und staatlicher Transaktionen in den verschiedenen Kapitalkreisläufen. Je nach der konkreten Einbindung eines Landes in die internationalen Kapitalkreisläufe kann die Zahlungsbilanz unterschiedlich bestimmt sein.

6 Vergopoulos diagnostizierte auch bereits eine „Rekompradorisierung“ Griechenlands (ebd. 116ff) – im Gegensatz zu der Analyse von Poulantzas (1977), der ein Jahrzehnt zuvor noch eine Schwächung der Kompradorenbourgeoisie und eine Stärkung der „inneren“ Bourgeoisie festgestellt hatte.

Die ungleiche Entwicklung und der Anpassungsdruck, der – vor allem in den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten – auf den Lohnabhängigen lastet, werden durch die gemeinsame Währung verschärft. In der Geldpolitik haben die Länder der Eurozone nur noch einen Status, der dem von Regionen innerhalb von Nationalstaaten vergleichbar ist. Früher, als sie noch eine eigene Währung hatten, konnten Verluste an Wettbewerbsfähigkeit durch die Abwertung der Währung des betroffenen Landes teilweise kompensiert werden. Dieser Mechanismus entfällt für die Länder der Eurozone. Die ungleiche Produktivitätsentwicklung in den einzelnen Ländern der Eurozone führt dazu, dass die Länder mit niedrigerem Produktivitätswachstum an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Dadurch steigt der Druck zur Senkung der Löhne, Sozialausgaben und Kapitalsteuern. Es gibt keine europäischen Gewerkschaftsverbände, keine wirksame Koordination der nationalen Tarifpolitiken geschweige denn transnationale Lohnkämpfe, die dem entgegenwirken könnten. Ebenso mangelt es an einer gemeinsamen Fiskalpolitik, d.h. an einer gemeinsamen Steuerpolitik, die dem Steuersenkungswettbewerb in Europa entgegenwirken könnte, und an Transfermechanismen, die – ähnlich wie der Länderfinanzausgleich zwischen den deutschen Bundesländern – einen Ausgleich zwischen den sich ungleich entwickelnden Ländern gewährleisten könnten (vgl. Altvater/Mahnkopf 1993; Heine/Herr 2006).

Mit der Europäischen Währungsunion und dem Europäischen Stabilitätspakt wurden auch Normen für die maximal zulässige Staatsverschuldung (60% des BIP) und die maximal zulässige jährliche Neuverschuldung des Staates (3% des BIP) vereinbart. Diese Schuldengrenzen wurden willkürlich und vor allem auf Druck der deutschen Regierung festgelegt. Bereits bei der Bildung der Eurozone wich man aus politischen Gründen von den vereinbarten Regeln ab. So wurde z.B. Italien mit einem Schuldenstand von über 100% des BIP in die Eurozone aufgenommen, weil es politisch undenkbar erschien, das Land, das zu den Mitbegründern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zählte, außen vor zu lassen. Ökonomisch ging es vor allem darum, die Eurozone von Anfang an nicht zu klein zu dimensionieren, um dem Euro international ein genügend großes Gewicht zu verleihen. Nach der Krise der Jahre 2000-2002 zeigte sich, dass große Länder wie Deutschland und Frankreich mit ihren niedrigen Wachstumsraten selbst die Regeln des Stabilitätspakts nicht einhalten konnten. Der Stabilitätspakt erwies sich schon damals als Makulatur, weil Deutschland und Frankreich erreichten, dass die eigentlich vertraglich vorgesehenen Sanktionen gegen sie selbst als „Defizitsünder“ nicht verhängt wurden. An den aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive dysfunktionalen Normen des Stabilitätspakts wird dennoch weiterhin festgehalten, zum einen weil sie ein probates Mittel zur Disziplinierung der Lohnabhängigen in der Eurozone sind, zum anderen aufgrund der relativen Autonomie des Ideologischen. Gerade in Deutschland gibt es z.B.

in den Wirtschaftswissenschaften kaum Positionen, die von der neoliberalen *pensée unique* abweichen.

Das starre Festhalten der europäischen Regierungen an den Normen des Europäischen Stabilitätspakts begünstigt die Spekulation auf den Bankrott schwächerer Staaten. Die transnationalen Kapitalanleger können dabei anscheinend nur gewinnen: Zunächst dadurch, dass die Zinsen auf Staatsanleihen steigen. Die privaten Gläubiger verlieren auch durch einen ausgehandelten Forderungsverzicht wie im Falle Griechenlands nicht unbedingt, da der Marktwert der Staatsanleihen ohnehin weit unter ihrem Nominalwert liegt, auf den der Forderungsverzicht prozentual berechnet wird. Sie tauschen dabei alte Staatsanleihen gegen neue Staatsanleihen ein, deren Verzinsung noch über dem Niveau vor der Krise liegt und die nun auch noch durch die Rückzahlungsgarantie des EFSF bzw. des ESM abgesichert sind. Haben sie ihre alten Staatsanleihen ursprünglich zu einem Kurs gekauft, der unter dem der neuen lag, so machen sie sogar einen Gewinn. Eine einseitige Verweigerung des Schuldendienstes in den Krisenländern konnten die Kapitalanleger durch ihre ökonomische und politische Macht bisher verhindern.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass sich gegenwärtig all die Widersprüche des globalen finanzdominierten Akkumulationsregimes und der europäischen Integration hier verdichten und als Krise der staatlichen Refinanzierung und des Euro erscheinen. Verschiedene Teile der EU driften zunehmend auseinander. Es stellt sich die Frage, ob die Eurozone (oder gar die EU) auseinander bricht oder ob es zu einer Vertiefung der europäischen Integration kommt, die in der Lage ist, die EU zu stabilisieren. Der Status quo ist jedenfalls nicht haltbar.

#### 4. Deutschland und die Krise des Krisenmanagements

Deutschland hat in der Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte und in der gegenwärtigen Krise eine besondere Rolle eingenommen. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat sich Deutschland enorm verschuldet, um Strukturpolitik zu ermöglichen, die Folgen der Deindustrialisierung Ostdeutschlands zu mildern und die öffentliche Infrastruktur auszubauen. Die Zahl der Arbeitslosen war sehr hoch, das duale System der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung der lohnabhängig Beschäftigten wurde zunehmend ausgehöhlt, insbesondere in Ostdeutschland. Die Öffnung Osteuropas, die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und die Verlagerung von Produktion und Dienstleistungen nach Osteuropa übten Druck auf die Beschäftigungsverhältnisse aus. Geschah der systematische Umbau des Modell Deutschland nach Gesichtspunkten des finanzdominierten Akkumulationsregimes unter der sechzehnjährigen Regierung

von Helmut Kohl eher schleichend, so wurde dieser Prozess unter der Regierung von Gerhard Schröder durch eine Vielzahl von Gesetzen seit 1998 erheblich beschleunigt. Hatte bereits die schwarz-gelbe Koalition die ersten Finanzmarktförderungsgesetze eingeführt und auf die Vermögenssteuer verzichtet, so setzte Rot-Grün die Finanzmarktförderung fort, förderte Private Equity-Unternehmen und Hedge Fonds, begünstigte die bei der Veräußerung von Kapitalbeteiligungen entstehenden Gewinne steuerlich, senkte die Erbschaftssteuer und den Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer und vieles mehr. Neuen Unternehmensformen und Geschäftsmodellen wurde politischer Raum gegeben mit dem Argument, dass Deutschland auch im Bereich der Finanzmärkte wettbewerbsfähig sein müsste und Kapitalanleger angezogen werden sollten.

Mit den Maastricht-Kriterien konnte von deutscher Seite eine neoliberale Geldpolitik durchgesetzt werden, die den Spielraum der staatlichen Wirtschaftspolitik, der öffentlichen Investitionen und der politischen Steuerung sehr einschränkte. Durch die Schuldenbremse und den Fiskalpakt wird dies weiter verstärkt. Die Einführung des Euro war für die deutschen Unternehmen vorteilhaft. Früher folgte auf die steigende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen eine Aufwertung der D-Mark, die zumindest zum Teil verhinderte, dass die deutschen Produzenten ihre europäischen Nachbarn niederkonkurrierten. Innerhalb der Eurozone ist diese Dämpfung der Konkurrenz durch den Wechselkursmechanismus nun ausgeschaltet. Die nominalen Lohnstückkosten sind in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre erheblich langsamer gewachsen als in allen anderen EU-Ländern, und zwar überwiegend nicht aufgrund größerer Produktivitätssteigerungen, sondern aufgrund größerer Lohnzurückhaltung in Deutschland (Lapavistas u.a. 2011: 15f). Der Druck, den die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt auf die Beschäftigten und Gewerkschaften ausübte, wurde politisch von den Unternehmen, den Parteien und der Regierung noch weiter verstärkt. Angriffe auf die Gewerkschaften drängten diese in die Defensive. Deutschland gilt seit langem im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern als relativ streikarmes Land, und die Zahl der Ausfalltage durch Streiks und Aussperrungen ist seit Mitte der 1980er Jahre noch deutlich zurückgegangen (Dribbusch 2010: 147, 159). Die Disziplinierung der Lohnabhängigen in Deutschland durch die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze und die Ausweitung des Niedriglohnssektors ist die Voraussetzung für die Durchsetzung der Austeritätspolitik gegenüber den Lohnabhängigen in ganz Europa. Umgekehrt werden die Angriffe auf die Lohnabhängigen in Griechenland, Spanien, Portugal usw. voraussichtlich schon bald auf die Lohnabhängigen in Deutschland zurückschlagen und möglicherweise zu einer weiteren Runde des Sozialabbaus und der Lohnsenkungen führen.

Kurzfristig ist Deutschland Krisengewinner. Das ökonomische und politische Gewicht Deutschlands in Europa ist weiter gewachsen. Die Nachfrage nach

deutschen Staatsanleihen ist in dem Maße gestiegen, in dem die Kapitalanleger die Staatsanleihen anderer europäischer Länder abgestoßen haben. Deutschland erscheint als sicherer Hafen für die transnationalen Kapitalanleger. Daher sind die Zinsen für deutsche Staatsanleihen gesunken, während sie für die Staatsanleihen der meisten anderen Länder Europas gestiegen sind. Der deutsche Staat kann sich also günstiger refinanzieren.

Die Härte der deutschen Regierung beim europäischen Krisenmanagement ist auf den ersten Blick nicht nur unverständlich, sondern widerspricht sogar gewichtigen Kapitalinteressen. Nicht nur angloamerikanische Kapitalanleger fordern seit langem, dass die EZB unbeschränkt Staatsanleihen aufkaufen soll, um die Zinsen für die von der Refinanzierungskrise betroffenen EU-Staaten zu senken und das Vertrauen in deren Staatsanleihen wiederherzustellen. Auch in anderen europäischen Ländern werden eine flexiblere Haltung der EZB sowie die Einführung von Eurobonds gefordert. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass die brutale Sparpolitik, die Griechenland und anderen Krisenstaaten unter Führung der deutschen Regierung von der Troika der EU-Kommission, der EZB und des IWF aufgezwungen wird, diese Länder nur noch tiefer in die Krise treibt. Ist die herrschende Krisenpolitik also selbst aus der Perspektive der Reproduktion des Kapitals irrational?

Die Austeritätspolitik und die Forderungen nach monetärer Staatsfinanzierung oder Vergemeinschaftung der Schulden scheinen sich auf den ersten Blick zu widersprechen. Während die Austeritätspolitik auf den Abbau der Staatsverschuldung zu zielen scheint, würden eine Ausweitung der Rolle der EZB als *lender of last resort* für die Staaten der Eurozone oder eine Vergemeinschaftung ihrer Schulden z.B. durch Eurobonds Voraussetzungen für eine noch stärkere Ausweitung der Staatsverschuldung schaffen. Allerdings besteht nur vordergründig ein Gegensatz zwischen diesen Maßnahmen. Die Sparpolitik wird letztlich auch nicht zum Abbau der Staatsverschuldung führen, sondern bestenfalls die Voraussetzung dafür schaffen, dass das Vertrauen der Investoren in die europäischen Staatsanleihen wiederhergestellt wird. Treibt die Sparpolitik die Länder noch tiefer in die Rezession, wie gegenwärtig in Griechenland, so brechen die Steuereinnahmen weg und die Staatsverschuldung wächst weiter rasch an. Kann eine Rezession vermieden werden und bleibt es „nur“ bei einer Stagnation, so führt die Sparpolitik vielleicht zu einem langsameren Anstieg der Staatsverschuldung. Aber selbst der IWF rechnet damit, dass die durchschnittliche Staatsverschuldung in der Eurozone, die im Jahr 2010 bei 85,8% des BIP lag, im Jahr 2016 bei 86,6% des BIP liegen wird. Letztlich wird also – trotz oder wegen der Austeritätspolitik – ein noch größerer Teil des Sozialprodukts bzw. der Steuereinnahmen für den Schuldendienst bereitgestellt werden. Die Sparpolitik dient ebenso wie die viel diskutierte Vergemeinschaftung der Verschuldung

dazu, eine noch stärkere Entwertung des fiktiven Kapitals zu verhindern, das die Staatsanleihen verkörpern. Es geht nicht um den Abbau der Staatsverschuldung, sondern um ihre Nachhaltigkeit. Die Staatsanleihen sind als Anlagesphäre für das globale Finanzvermögen, das seit vielen Jahren schneller wächst als das globale Sozialprodukt, unverzichtbar.

Wenn aber die Sparpolitik und die Vergemeinschaftung der Staatsschulden bzw. die monetäre Staatsfinanzierung durch die EZB nur verschiedene Wege sind, um das Vertrauen in die europäischen Staatsanleihen wiederherzustellen und eine nachhaltige Verschuldung zu garantieren, warum gehen die Regierungen der Eurozone dann nicht den bequemeren Weg, lockern die Sparpolitik und konzentrieren sich auf die Vergemeinschaftung der Verschuldung? Sicher, ohne Sparpolitik würde die Staatsverschuldung in der Eurozone noch schneller wachsen. Aber warum wäre das so problematisch? Italien hat seit Jahrzehnten eine Staatsverschuldung von mehr als 100% des BIP, und sie war kein Problem, weil sie wie in Japan eine überwiegend interne Verschuldung war (vgl. Grasse 2012). Warum wird sie gerade jetzt zum Problem? Auch die USA können sich eine Staatsverschuldung von mehr als 100% des BIP leisten, Japan sogar eine Staatsverschuldung von mehr als 200% des BIP. Wozu also die Härte der deutschen und europäischen Sparpolitik? Wäre die Verschuldung allein eine interne innerhalb der Eurozone, könnte die Situation entdramatisiert werden.

Die Austeritätspolitik zielt nicht nur darauf, die Staatsausgaben zu senken oder die Steuereinnahmen durch Abgaben der unteren sozialen Klassen zu erhöhen. Es geht darum, das Lohnniveau auch im privaten Sektor abzusenken, die Arbeitszeit zu verlängern, also die Ausbeutung der Arbeitskraft insgesamt zu erhöhen. Die Austeritätspolitik löst die Krise nicht, aber sie ermöglicht die Durchsetzung von alten Forderungen der Kapitaleseite, die bisher nicht durchsetzbar waren. Die Austeritätspolitik dient nicht nur der Bankenrettung (die könnte auch erfolgen, indem die EZB den Banken ihre Staatsanleihen abkauft), sie dient vor allem dem industriellen Kapital, insbesondere dem exportorientierten Industriekapital, dessen Profitabilität auf diesem Wege erhöht wird. Entsprechend ist viel Sozialdemagogie im Spiel, die Probleme werden nationalisiert und kulturalisiert: arbeitsame Deutsche und faule, verschwenderische Südländer scheinen sich gegenüber zu stehen. Über die Verhältnisse leben, das ginge nicht mehr. Dabei wird gerade das Wesentliche zur Seite geschoben: dass die Reichen in Ländern wie Griechenland oder Italien praktisch keine Steuern zahlen, dass der gesellschaftliche Reichtum in Griechenland ebenso wie in Deutschland von den oberen sozialen Klassen angeeignet wird. Der Verschuldung des griechischen Staates entspricht eine Bereicherung auf der anderen Seite; und dabei handelt es sich um die Reichen und Superreichen, die den Staat ausgeplündert haben mittels Korruption, Steuerhinterziehung, Subventionen oder überbeuerten Staatsaufträgen. Erhebliche Mengen

Geld wurden ins Ausland gebracht (Schweiz, Zypern, Singapur). Schuldentitel werden von Schweizer Konten in die Euro-Zone übertragen, um entsprechende Hilfsmittel in Anspruch nehmen zu können.

Die Austeritätspolitik hat noch eine andere Bedeutung: Es geht nicht nur darum, den Euro zu verteidigen, sondern vor allem die internationale Rolle des Euro. Der Euro fungiert nicht nur als Zirkulations- und Zahlungsmittel innerhalb der Eurozone, er fungiert auch als Weltgeld, als internationale Reservewährung, auch wenn er nur an zweiter Stelle hinter dem US-Dollar als Leitwährung steht. Nicht von ungefähr publiziert die EZB jährlich einen besonderen Bericht über die internationale Rolle des Euro. Gerade in der Währungskonkurrenz ist die Stabilität des Euro als Maß der Werte und als Zirkulations- und Zahlungsmittel sowie als Medium der Akkumulation von Bedeutung. International tätige Banken und transnationale Konzerne, die in der Eurozone angesiedelt sind, profitieren besonders, wenn sie Kredite in ihrer eigenen Währung vergeben können und wenn ihre Geschäftspartner in Euro zahlen. Dies reduziert ihr Währungsrisiko. Insofern ist für die Banken und Konzerne der Eurozone von Interesse, inwieweit Akteure außerhalb der Eurozone bereit sind, den Euro als Geld zu benutzen. Dies ist von umso größerer Bedeutung, je mehr die finanziellen Verflechtungen mit Akteuren außerhalb der Eurozone anwachsen. Für Deutschland lässt sich z.B. feststellen, dass die Exporte in Länder außerhalb der Eurozone in den vergangenen Jahren schneller angewachsen sind als die Exporte in die Eurozone. Die auf die Austeritätspolitik gestützte Verteidigung des Euro ist also nicht nur Resultat der Europastrategien des deutschen Kapitals, sondern vor allem Resultat seiner Globalisierungsstrategien. Aber die deutsche Regierung spielt den Zuchtmeister Europas nicht nur im Interesse des deutschen Kapitals, sondern auch im Interesse dominanter Kapitalfraktionen in anderen Ländern der Eurozone. Nur so ist zu erklären, dass Sarkozy inzwischen weitgehend auf die Linie von Merkel eingeschwenkt ist. Und selbst die griechische Regierung will auf keinen Fall die Eurozone verlassen, obwohl die Austeritätspolitik den Binnenmarkt zerstört und die primär auf den Binnenmarkt angewiesenen Teile des Kapitals schädigt.

## 5. Was tun?

1. Zuallererst ist es die Aufgabe der Linken, die Mechanismen zu verstehen und zu erklären, die dazu dienen, die gesellschaftlichen Prozesse derart zu organisieren, dass am Ende der gesellschaftliche Reichtum bei einigen wenigen hängen bleibt. Tatsächlich haben die seit den 1980er Jahren in Gang gesetzten neoliberalen Veränderungen der OECD-Staaten zu einer immensen Umverteilung geführt. Das Vermögen einer winzigen Zahl von Reichen ist enorm gewachsen. Auf der

anderen Seite kam es zur härteren Ausbeutung der Lohnabhängigen und zu einer Zunahme der Armen, Arbeitslosen und prekär Beschäftigten. Es geht also darum, den Einschüchterungsversuchen mittels dem Argument, die Finanzkrise sei so komplex, die Kraft ebenso zu nehmen wie falschen Deutungen (alles sei Resultat der Gier, des Strebens nach Zins, des deutschen Imperialismus) entgegen zu treten, weil sie falsche praktische Implikationen haben.

2. Die Wirtschafts- und Finanzkrise weist auf den Doppelcharakter der Arbeit hin: diese schafft nicht nur Gebrauchswerte, sondern ist Grundlage der Aneignung von Wert. Das Ausmaß der Überakkumulation ist gewaltig, die kapitalistischen Gesellschaften sind zu reich geworden, um diesen Reichtum immer noch weiter verwerten zu können. Zur Kapitalvernichtung gibt es keine Alternative. Diese kann in Prozessen der Zerstörung ganzer Volkswirtschaften, einzelner Unternehmen oder Schuldentitel stattfinden, in einem Prozeß der schleichenden Inflation oder aber in einem demokratisch organisierten Prozess, in dem über Eigentumsansprüche kollektiv nachgedacht und entschieden wird, um sie gezielt zu annullieren oder zu bestätigen. Dies kann in der Schließung von Industriebetrieben oder Banken bestehen, in der Einführung von Zwangsanleihen oder in der Überführung von Privateigentum in öffentliches Eigentum. Auf eine demokratisch organisierte Annullierung von Eigentumstiteln und Vernichtung von (fiktivem) Kapital zielt unter anderem die Kampagne für ein Schuldenaudit in Europa.

3. Der Euro war kein Projekt der Linken, im Gegenteil gab es vor seiner Einführung Kritik (vgl. Altwater/Mahnkopf 1993; Glawe/Schröder 1997); er war aber auch kein Projekt nur Deutschlands (vgl. Bieling/Steinhilber 2000, Bieling 2010). Vielmehr wurde er unter anderem eingeführt, weil flexible Wechselkurse für das europäische Kapital angesichts der hohen Dichte von Transaktionen in Europa eher dysfunktional waren und weil vorangegangene Versuche der Stabilisierung der Wechselkurse wie das Europäische Währungssystem (EWS) letztlich auch an den Widersprüchen der internationalen Arbeitsteilung und der ungleichen Entwicklung gescheitert sind. Eine Rückkehr zu nationalen Währungen würde lediglich die Möglichkeiten der Währungsspekulation in Europa vergrößern. Es ist eher unrealistisch, dass Länder wie Griechenland durch den Austritt aus der Eurozone größere Handlungsspielräume gewinnen würden<sup>7</sup>. Der Förderung der Exporte durch die Abwertung der eigenen Währung würden steigende Importpreise und eine Erhöhung der realen Außenverschuldung gegenüberstehen. An den extrem ungleichen Produktionsstrukturen würde sich

---

7 Die Gegenthese hat Costas Lapavistas mit seinen Mitarbeitern mehrfach vertreten, zuletzt in Lapavistas u.a. 2011. Zur Kritik an Lapavistas vgl. Onaran 2011.

vermutlich wenig ändern, Griechenland oder Portugal hätten wenig zu exportieren. Die Inflation würde zunehmen; Sparguthaben und Rentenansprüche der Lohnabhängigen würden entwertet werden. Eine Verstärkung der Armut, der Abwanderung, des Transfers von Sparguthaben und der Abhängigkeit wären die Folgen. Die Frage ist auch, ob ein Abschied vom Euro nicht letztlich das Ende der europäischen Integration bedeuten würde und nationalistischen sowie autoritären oder faschistischen Kräften in Europa noch erheblich stärkeren Auftrieb geben würde.

In der Krise ist es nicht die Aufgabe der Linken, den Euro zu verteidigen oder umgekehrt gegen den Euro zu mobilisieren. Hauptaufgabe der Linken ist es, zur besseren Verteidigung der subalternen Klassen gegen die Austeritätspolitik beizutragen. In Deutschland geht es darum, in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen die Forderung nach Lohnsteigerungen zu unterstützen, die höher sind als die Summe von Produktivitätssteigerungen und Zielinflationsrate. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, die Rücknahme der Rente ab 67, die Erhöhung des Eckregelsatzes beim Arbeitslosengeld II, Einführung eines allgemeinen, existenzsichernden Mindestlohnes, Erhöhung der Spitzensteuersätze und eine Dynamisierung der Progression, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Vermögensabgabe und Zwangsanleihe, Ausbau der öffentlichen Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung, der Pflege, des Bildungswesens, der Lehre und Forschung an den Hochschulen, die Übernahme der Bahn durch den Staat und die Förderung des ÖPNV stellen wichtige Ziele dar.

4. Was die Europapolitik angeht, so kämpft die Linke an zwei Fronten. Sie muss zum einen den neoliberalen Zuschnitt der Europäischen Union deutlich kritisieren und alle Angriffe der herrschenden Klassen auf die Demokratie, die Arbeitsbedingungen und die sozialen Errungenschaften der Lohnabhängigen, die über die europäische Ebene erfolgen, zurückweisen. So war es richtig, den EU-Verfassungsvertrag, der die Wirtschafts- und Sozialordnung auf ein neoliberales Modell festlegen wollte, abzulehnen. Ebenso ist es richtig, den „Euro-Plus-Pakt“, den so genannten „Sixpack“ und die „Fiskalunion“ abzulehnen, da alle diese Maßnahmen darauf zielen, die neoliberale Ausrichtung des Europäischen Stabilitätspaktes noch zu verschärfen und die haushaltspolitische Souveränität der nationalen Parlamente weiter einzuschränken, ohne im Gegenzug die Demokratie auf europäischer Ebene zu stärken. Zum anderen sollte die Linke sich gegen nationale bzw. nationalistische (auch gegen links-nationalistische) Argumentationsmuster und Strategien wenden. Die besondere Herausforderung besteht darin, überzeugende Strategien gegen rechtspopulistische Kampagnen und autoritär-staatliche Prozesse zu entwickeln. Es ist notwendig aus dem Spiel von Identifikation und Gegenidentifikation auszubrechen; es geht hier nicht um Gegenidentifikation, sondern um Entidentifizierung (Pêcheux 1984).

Es geht weder um eine Verteidigung der heutigen EU noch um eine Rückkehr zum Nationalstaat. Ziel müsste es sein, die Einheit der subalternen Klassen in Europa durch gemeinsame Kämpfe herzustellen. Vorbildlich sind z.B. Solidaritätsstreiks bei Angriffen auf Beschäftigte multinationaler Konzerne an einzelnen Standorten, wie etwa die Streiks an verschiedenen europäischen Standorten von General Motors im Jahr 2001, als der Konzern das Werk Luton in Großbritannien schließen wollte. Des Weiteren müsste dringend eine europäische Koordinierung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik verwirklicht werden. Der Europäische Metallgewerkschaftsbund hat bereits Regeln zur Koordinierung der Tarifpolitik aufgestellt, doch sind diese in der Praxis bisher kaum beachtet worden. Schließlich müsste die Tariffähigkeit auf europäischer Ebene erkämpft werden. Die Gewerkschaften müssen auf europäischer Ebene als Verhandlungspartner anerkannt werden und Veto- und Mitspracherechte dort erhalten, wo ArbeitnehmerInnenrechte betroffen sind. Supranationale, handlungsfähige Gewerkschaften und politische Parteien der subalternen Klassen sind bisher auf europäischer Ebene kaum existent und müssten dringend gestärkt werden.

Perspektivisch sollte die Linke auf eine politische Union orientieren, die demokratisch strukturiert ist und einen sozialen Ausgleich innerhalb von Europa gewährleisten kann. Eine demokratische Verfassung ist erforderlich, die den sozial-ökologischen Umbau ermöglicht. Entsprechend sollten die Politik der EZB und die Hilfen für die Schuldnerländer auf soziale und ökologische Ziele verpflichtet werden und nicht auf Austeritätsmaßnahmen, die am Ende zur Verschlechterung der Lebens- und Umweltbedingungen beitragen werden. Ohne parlamentaristische Illusionen zu nähren, ist es doch sinnvoll, dafür einzutreten, dass das europäische Parlament endlich alle relevanten Rechte eines Gesetzgebers erhält und die Europäische Kommission und ihre gesamte Verwaltung wenigstens formell kontrolliert. Eine europäische Öffentlichkeit muss gestärkt werden, in der auch über europäische Fragen diskutiert und eine entsprechende europäische Willensbildung vorangetrieben werden kann. Das alles ist auch notwendig, um der Erosion der Demokratie und der häufigen Inanspruchnahme notstandsstaatlicher Politikmuster (technokratische Kabinette, multilaterale Verträge, Außerkraftsetzung von Parlamentskompetenzen) politische Institutionen entgegenzustellen. Es bedarf einer gemeinsamen Steuerpolitik, um dem Steuersenkungswettbewerb in Europa Einhalt zu gebieten. Soziale Mindeststandards bei den Arbeits- und Lebensbedingungen sollten durchgesetzt und schrittweise angehoben werden. Korridore für den Anteil der Sozialausgaben am Pro-Kopf-Einkommen der europäischen Staaten könnten vereinbart werden, um einem Sozialdumping entgegenzuwirken. So könnte eine europäische Sozialunion entstehen.

5. Auch wenn die Defensive gegen die Austeritätspolitik erfolgreich wäre und es gelingen würde, die oben genannten Forderungen auf nationaler und europäi-

scher Ebene durchzusetzen, würden die Widersprüche, die in der kapitalistischen Produktionsweise wurzeln, nicht verschwinden. Die Krisentendenzen würden lediglich wieder andere Formen annehmen. Ähnlich wie in den 1970er Jahren könnten dann inflationäre Prozesse in den Vordergrund treten. Im Übrigen wäre jede linke Reformpolitik sofort mit der Drohung der Kapitalflucht konfrontiert, wie dies z.B. bei der französischen Linksregierung Anfang der 1980er Jahre der Fall war. Die Größe des europäischen Wirtschaftsraums und seine ökonomische Macht lassen Kapitalflucht sicherlich nicht ganz so attraktiv erscheinen. Zudem zeigen die Maßnahmen, die die USA gegen die Schweiz ergriffen haben, dass es erhebliche Mittel gibt, gegen Kapitalflucht vorzugehen. Insgesamt ist dies ein weiterer Grund dafür, über die unmittelbar anstehenden Schritte hinauszudenken und Reformen mit einer sozialistischen Perspektive zu artikulieren. Die meisten europäischen Länder sind zu klein und zu stark mit anderen Ländern verflochten, um alleine mit der kapitalistischen Produktionsweise brechen zu können. Umgekehrt wird ein „europäischer Frühling“ aber auch nicht auf ein Land beschränkt bleiben. Ein von unten neu aufgebautes, sozialistisches Europa könnte der Rahmen sein, um den Übergang zu einer anderen Produktions- und Lebensweise in Europa und darüber hinaus einzuleiten.

6. Eine wichtige Aufgabe der Linken ist es, eine umfassende Perspektive der Emanzipation zu entwickeln, die nicht die eine oder andere Herrschaftsform ignoriert. Dies schließt den sozial-ökologischen Umbau und Formen der solidarischen Ökonomie und Wirtschaftsdemokratie<sup>8</sup> ebenso ein wie die Überwindung von sexistischen Verhältnissen oder Rassismus. Die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa wären auch nur eine Form des Übergangs hin zur Vereinigung der gesamten Menschheit, zu einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft, in der der Staat abstirbt.

## Literatur

- Aglietta, Michel (1979): *A Theory of Capitalist Regulation. The U.S. Experience*. London.
- Albo, Greg/Gindin, Sam/Panitch, Leo (2010): *In and Out of Crisis. The Global Financial Meltdown and Left Alternatives*. Oakland.
- Altwater, Elmar (1994): Operationsfeld Weltmarkt oder: Die Transformation des souveränen Nationalstaats in den nationalen Wettbewerbsstaat. In: *PROKLA*, Heft 97, 24. Jg., Nr. 4, Dezember, 517-547.
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1993): *Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht*. Münster.

---

8 Unsere Überlegungen zur Wirtschaftsdemokratie und zur Produktionsweise eines Vereins freier Menschen finden sich u.a. in Demirović 2007 und Sablowski 2010.

- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration. In: Hans-Jürgen Bieling, Jochen Steinhilber (Hg.), *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*. Münster, 102-130.
- Bieling, Hans-Jürgen (2010): *Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union*. Wiesbaden.
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung) (2009): *Statistisches Taschenbuch 2009*. Arbeits- und Sozialstatistik. Berlin.
- Bucks, Brian K./Kennickell, Arthur B./Mach, Traci L./Moore, Kevin B. (2009): Changes in U.S. Family Finances from 2004 to 2007: Evidence from the Survey of Consumer Finances. *Federal Reserve Bulletin*, Vol. 95, Februar, A 1 – A 55.
- Demirović, Alex (2007): *Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven*. Münster.
- Dos Santos, Paulo L. (2009): On the Content of Banking in Contemporary Capitalism. In: *Historical Materialism*, Vol. 17, 180-213.
- Dribbusch, Heiner (2010): 60 Jahre Arbeitskampf in der Bundesrepublik. Ein Überblick. In: Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten (Hg.), *Zukunft der Tarifautonomie*. Hamburg, 145-168.
- European Commission (2002): Statistical Annex of European Economy, Spring 2002. Brüssel.
- (2011): *Statistical Annex of European Economy*, Autumn 2011. Brüssel.
- Evans, Trevor (2008): Die internationalen finanziellen Turbulenzen. In: Etzezarreta, Miren/Trevor, Evans/Huffschmid, Jörg/Karrass, Anne/Wolf, Frieder Otto u.a.: *EuroMemo 2007*. Hamburg, 143-162.
- Glawe, Heiko/Schröder, Markus (1997): *Der Euro und die „Idee Europa“. Katalysator oder Sprengsatz für die europäische Integration?* Hamburg.
- Grasse, Alexander (2012): Italienische Finanzkrise und Börsendemokratie. Fakten – Analysen – Maßnahmen. *PIFO – Politische Italien-Forschung*, Occasional Papers, No. 13/2012, Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft.
- Guttman, Robert (1994): *How Credit-Money Shapes the Economy. The United States in a Global System*. Armonk.
- Harvey, David (2004): Die Geographie des „neuen“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Christian Zeller (Hg.), *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster, 183-215.
- Heine, Michael/Herr, Hansjörg (2006): Die Europäische Währungsunion im Treibsand. In: *PROKLA*, Heft 144, 36. Jg., Nr. 3, September, 369-379.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Berlin, Amsterdam.
- Huffschmid, Jörg (2009): Das Ende des Finanzmarktkapitalismus? In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 20. Jg., Heft 78, 37-51.
- ILO (International Labor Organization) (2009): *Global wage report 2008-2009*. Genf.
- IfG (Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung) (2011): *Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte. Thesen*. August 2011, Berlin.
- Itoh, Makoto/Lapavistas, Costas (1999): *Political Economy of Money and Finance*. Houndmills.
- Kennickell, Arthur/Shack-Marquez, Janice (1992): Changes in Family Finances from 1983 to 1989: Evidence from the Survey of Consumer Finances. *Federal Reserve Bulletin*, Vol. 78, Januar 1992, 1-18.
- Lapavistas, Costas (2009): Financialised Capitalism: Crisis and Financial Expropriation. In: *Historical Materialism*, Vol. 17, 114-148.
- u.a. (2011): *Breaking up? A route out of the Eurozone crisis. Research on Money and Finance*, RMF Occasional report 3, November, London.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff der „Regulation“. In: *PROKLA*, Heft 58, 15. Jg., Nr. 1, März, 109-137.

- Marcuse, Peter (2008): Ein anderer Blick auf die Subprime-Krise. In: *PROKLA*, Heft 153, 38. Jg., Nr. 4, Dezember, 561-568.
- McKinsey (2011): *Mapping global capital markets 2011*. o.O.
- MEW: Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Werke*. Berlin, verschiedene Jahre.
- Milios, John/Sotiropoulos, Dimitris P. (2010): Crisis of Greece or crisis of the euro? A view from the European 'periphery'. In: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*, Vol. 12, Nr. 3, September, 223-240.
- Müller, Klaus/Schmidt, Rudi (2010): Von der griechischen zur europäischen Krise. In: *PROKLA* 159, 40. Jg., Nr. 2, 277-300.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2007): *Employment Outlook 2007*. Paris.
- Onaran, Özlem (2011): *An internationalist transitional program towards an anti-capitalist Europe. A reply to Costas Lapavistas*. <http://gesd.free.fr/ozlem2lap.pdf>
- Pêcheux, Michel (1984): Zu rebellieren und zu denken wagen! Ideologien, Widerstände, Klassenkampf. In: *kultuRRévolution*, Nr. 5, 1984, 61-65, und Nr. 6, 1984, 63-66.
- Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel (2010): *Income Inequality in the United States, 1913-2008* (Datensatz vom Juli 2010). <http://elsa.berkeley.edu/~saez/TabFig2008.xls>.
- Poulantzas, Nicos (1977): *Die Krise der Diktaturen*. Frankfurt/M.
- Sablowski, Thomas (2003): Kapitalmarktorientierte Unternehmensführung und neue Branchenstrukturen: Das Beispiel der InfoCom-Industrie. In: Klaus Dörre/Bernd Röttger (Hg.), *Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells*. Hamburg, 206-226.
- (2005): Shareholder Value, neue Geschäftsmodelle und die Fragmentierung von Wertschöpfungsketten. In: Hilde Wagner (Hg.): „Rentier' ich mich noch?“ *Neue Steuerungskonzepte im Betrieb*. Hamburg, 59-86.
- (2010): Die Produktionsweise eines Vereins freier Menschen. In: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, Heft 4/2010, 122-129.
- Stockhammer, Engelbert (2007): Charakteristika eines finanz-dominierten Akkumulationsregimes in Europa. In: *WSI-Mitteilungen*, 60. Jg., Heft 12, 643-649.
- Vergopoulos, Kostas (1987-88): Economic Crisis and Modernization in Greece. In: *International Journal of Political Economy*, Vol. 17, No. 4, 106-140.

Stephan Lessenich

## Brauner Osten?

### Wie neulich mal wieder die DDR besiegt wurde

Die in der deutschen Öffentlichkeit lange Zeit als migrationsmafioses „Dönermord“-Phänomen verhandelte Reihe neonazistischer Hinrichtungen von neun Männern nicht-deutscher Herkunft in den Jahren 2000 bis 2006 hat die Medien und zumindest vorübergehend auch die Politik in den vergangenen Monaten intensiv beschäftigt. Ein Großteil der Tat-Sachen ist mittlerweile bekannt, nicht wenige der Hintergründe und Umstände dieser – im Rückblick – neuartigen Eskalationsstufe rechter Gewalt im „vereinigten Deutschland“ sind zunächst sogar angemessen skandalisiert worden, und dies zumindest bis weit in linksliberale politische Kreise hinein: So etwa in dem Sinne, dass die stereotypbehaftete und menschenfeindliche mediale Etikettierung der Mordserie den Blick auf den tiefverankerten deutschen Alltagsrassismus freigibt; dass das systematische Versagen – so nicht sympathisierende Verleugnen – der Verfassungsschutzorgane nicht nur aufgeklärt gehört, sondern die grundsätzliche Frage nach deren Sinn und Zweck, nach ihrem dem Verfassungsauftrag offensichtlich hohnsprechenden Eigenleben aktualisiert; oder dass eine neuerliche Initiative für ein Verbot der NPD sich aufgrund ihrer personellen Teilidentität mit dem Verfassungsschutz bzw. von ihm bezahlten V-Leuten (V wie Verbrüderung) wohl

juristisch kaum wird durchsetzen lassen, die notdürftig angelegte bieder-bürgerliche Maske der Partei und ihrer Führung aber erneut gelüftet worden, ihre politisch-praktische Vernetzung mit der faschistischen Organisations-Subkultur in diesem Lande nunmehr tagesschauamtlich ist. So weit, so „gut“.

Eine bedeutsame Dimension des „rechten Terrors“ und seiner gesellschaftlichen Verarbeitung jedoch hat seit dem Selbstmord der beiden Täter am 4. November 2011 in Eisenach weniger kritische Aufmerksamkeit auf sich gezogen, und dies sind die gewissermaßen „deutschlandpolitischen“ Implikationen des mörderischen Geschehens und seiner politisch-medialen Nachwehen. In der politischen Semantik der Vorwendezeit könnte man sagen, dass die Debatte um die Gewalttaten der sich selbst als „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bezeichnenden „Zwickauer Zelle“ ein grelles Schlaglicht auf den Stand der innerdeutschen Beziehungen, ihre Struktur und Dynamik, wirft. In ihrer hochgradigen Komplexität und Ambivalenz einem polemisch-spontanen „Einspruch“ selbstverständlich nicht zugänglich, vermag eine genauere Beobachtung der Mechanismen, denen die diskurspolitische Bearbeitung des vermutlich beinahe gesellschaftsweiten Entsetzens über die herrenmenschlichen Exekutions-

exkursionen zweier ostdeutscher Neonazis gehorcht, doch vielleicht wenigstens ein lehrreiches Schlaglicht auf die deutsch-deutsche Gegenwartsbewältigung zu werfen – und damit auf eine Vergangenheit, die (horribile dictu) nicht vergehen will.

Sozialer Brennpunkt des hier interessierenden Geschehens ist nicht Zwickau, wo das untergetauchte Trio Böhnhardt-Mundlos-Zschäpe seinen letzten, in Flammen aufgegangenen Schattenwohnsitz genommen hatte, sondern Jena, Heimatstadt der drei Hassgetriebenen und Ende der 1990er Jahre Ausgangspunkt sowohl ihres fast vierzehnjährigen Untergrundlebens wie auch des ebenso langen Fahndungsversagens des „Staatsschutzes“. Anders als Zwickau, Chemnitz oder praktisch jedes beliebige andere ostdeutsche Mittelzentrum galt und gilt Jena als Leuchtturm der unmittelbar nach der Wende politisch imaginierten „blühenden Landschaften“ im Beitrittsgebiet. Dass der „braune Terror“ seine organisationspolitischen Wurzeln in Gestalt des „Thüringer Heimatschutzes“ gerade in dem ökonomisch prosperierenden Hochtechnologiestandort geschlagen hatte, dass seine menschenverachtende Brutalität ausgerechnet aus dem Schoß einer dem Anschein nach von akademisch-bürgerlichen Sozialmilieus dominierten Universitätsstadt kroch, musste den interessierten Beobachter hüben wie drüben auf den ersten Blick überraschen – und bot zugleich das ideale Szenario für eilig produzierte Hintergrundberichte zumal der (im doppelten Sinne: vermeintlich) gesamtdeutschen Qualitätsmedien.

Diesbezüglich paradigmatisch war die öffentlich-rechtliche Aufklärungsarbeit des ZDF-Kulturmagazins „aspekte“, das nach Bekanntwerden der Jena-Connection den deutsch-bengalischen Schriftsteller Steven Uhly zu einem Blitzbesuch in der Stadt an der Saale bewegte, wo dieser dem

redaktionellen Auftrag nachgehen sollte, dem bildungsbürgerlichen TV-Publikum hautnah migrantisches Gefühlsleben in der Löwenhöhle des Neonazismus zu vermitteln. ICE-Fahrer, kommst Du nach Jena und nicht (oder nicht erkennbar) aus Deutschland, dann landest Du keineswegs im „Paradies“: Der Off-Text des parainvestigativen Fernsehbeitrags spielte mit dem Namen des provinzschnicken Jenaer Fernbahnhofs um hinlänglich plakativ deutlich zu machen, dass selbst die vor wenigen Jahren zur „Stadt der Wissenschaft“ gekürte Wirkungsstätte Schillers und Goethes, Fichtes und Hegels für Ausländer/innen integraler Teil der „ostdeutschen Angstzone“ sei. Entsprechend erleichtert zeigte sich der Hauptdarsteller des kleinen Antiwerbefilmchens denn auch ostentativ, als er nach einigen Stunden Ortstermins endlich wieder auf direktem Wege in seine Wahlheimat München ausreisen durfte: „Ich habe einfach zu viel Angst, um mich hier frei zu bewegen“, lautete seine zu Protokoll gegebene Quintessenz aus der gebührenfinanzierten Stippvisite in Dunkeldeutschland.

Was daraufhin in Jena, um Jena und um Jena herum geschah, zeugte von einem polittheatralischen Facettenreichtum, der hier nicht einmal andeutungsweise erfasst werden kann: von dem durchaus berechtigten Protest von Aktivist/innen der lokalen antifaschistischen und radikaldemokratischen Szene gegen die Dethematisierung ihres ebenso zähen wie erfolgreichen Engagements gegen Rechts über die zwar verständliche, aber doch auch hinlänglich unsouverän zur Schau gestellte Sorge der örtlichen Politikelite um das Image des Wirtschafts- und Bildungsstandorts bis hin zu der teils nur peinlichen, teils jedoch aggressiv lokalchauvinistischen Empörung jener selbstgerechten Milieus der Jenaer „Bürgerschaft“, die ihr Maß

an praktischer Zivilcourage damit erfüllt sahen, vereint gegen die Verunglimpfung ihrer trauten, heilen Lebenswelt durch die böse, fremde Schmutzpresse zu Felde zu ziehen. All dies soll hier nicht weiter Thema sein – ebenso wenig wie ein ganzer Strauß an politisch-kulturellen Blüten, die der Jenaer Nährboden der „Zwickauer Zelle“ in der Folgezeit und bis zuletzt auf regionaler wie nationaler Ebene darüber hinaus trieb: etwa die Eventisierung und Kollektivierung der „Trauer“ um die Opfer der Mordserie in Form eines großen Open-Air-Konzerts, für das politisch-bürokratisch mobilisiert und organisiert wurde wie einst im Mai für zwangsgelungene Arbeiteraufmärsche; die plötzliche, vollkommen unglaubwürdige politische Besorgnis und finanzielle Spenderfreudigkeit einer Landesregierung, die ihre institutionell verankerte Freizügigkeit gegenüber rechten Umtrieben im Lande spontan-ostentativ überkompensieren zu müssen und können meinte; die bestenfalls schleppend, am Ende vermutlich im Sande der wundersamen Kommissionsvermehrung verlaufende politische Aufklärung des wahrscheinlich zu gleichen Teilen auf administrativer Unfähigkeit wie auf ideologischer Dienstfertigkeit der Staatsapparate beruhenden Fahndungs-„GAU“<sup>1</sup>; die totalitarismustheoretisch zwangsläufige und wettbewerbspolitisch offensichtlich geradezu zwanghafte Forderung nach einem das nunmehr allseits gewünschte NPD-Verbotsverfahren flankierenden

Verbot gleich auch der Linkspartei durch den Generalsekretär der CSU; oder aber – auf einem ganz anderen, aber kaum minder beschämenden Blatt der bundesdeutschen „politischen Kultur“ stehend – die auf ihre ganz eigene Weise unerträgliche, seit den Tagen der selbsterklärt avantgardistischen „Studentenbewegung“ über Jahrzehnte hinweg eingübte Arroganz des *juste milieu* der linksalternativen Hauptstadtzone gegenüber den politischen Bewegungen und sonstigen Bestrebungen in der als strukturell zurückgeblieben gezeichneten (einst „westdeutschen“, nunmehr gesamtdeutschen) Provinz.<sup>2</sup>

Gesellschaftspolitisch von besonderer Bedeutung dürfte vielmehr sein, dass sich die deutsche Öffentlichkeit in der Debatte um die *Jena Three* wieder einmal auf das Schönste in ihren Vorurteilen vom „braunen Osten“ bestätigt fühlen durfte – und mit dem moralischen Sieg der politischen Massenmeinung über die von Nazinestern durchzogene Ostzone zugleich auch, wie dies seit nunmehr zwei Jahrzehnten in schöner Regelmäßigkeit immer wieder aufs Neue inszeniert wird, der ideelle Gesamtschuldner DDR sein Fett wegkriegte. Müßig darauf zu verweisen – denn in diesem politikhistorischen Spiel geht es erkennbar nicht um Fakten –, dass es offenbar die intensive strategische Vernetzung des Jenaer/Zwickauer Terrortrios mit neonazistischen Akteuren und Strukturen auch in den alten Bundesländern war, die ihm die Durchführung der Mordtaten und die Organisation seiner Untergrundexistenz überhaupt ermöglichte.<sup>3</sup> Eigentlich

1 Heribert Prantl, „Der deutsche GAU. Wie das systemische Versagen des Verfassungsschutzes aufgeklärt werden muss“, *Süddeutsche Zeitung* vom 12.1.2012; vgl. ders., „Geheimkommission. Innenminister verliert Überblick bei Klärung der Neonazi-Morde“, *Süddeutsche Zeitung* vom 9.2.2012.

2 Vgl. Vid Silber, „In der akademischen Besatzungszone“, *die tageszeitung* vom 8.12.2011.

3 Vgl. Hans Leyendecker und Tanjev Schultz, „Chronik der verpassten Ge-

unnötig auch ausdrücklich zu betonen, dass es selbstverständlich ein spezifisch ostdeutsches Neonazimilieu gibt, das eine eigentümliche alltagskulturelle Nähe zu kleinbürgerlich-traditionalistischen Sozialmilieus aufweist und sich durch eine besonders ausgeprägte Gewaltbereitschaft auszeichnet – und das es, dies sei hier sicherheitshalber ausdrücklich gesagt, in keiner Weise zu verharmlosen gilt. Aber derartige Erkenntnisse interessieren die angeblich interessierte Öffentlichkeit ja gerade nicht: Was zählt, sind einfache Wahrheiten, und die vermutlich einfachste lautet, dass die neuen Nazis die alte Saat des Arbeiter- und Bauernstaats aufgehen lassen.

Gelegenheiten, die späten und verderblichen Erbschaften des autoritären DDR-Charakters anzuprangern, gab es in den vergangenen Jahren zuhauf, oder besser: politisch-medial genutzte Anlässe, um soziale Probleme der ostdeutschen Teilgesellschaft als Effekte sozialistischer Politik respektive ideologischer Indoktrination zu rekonstruieren. So wie die unvermeidlichen „Experten“ bei der Aufdeckung von Kindesmisshandlungen in Mecklenburg-Vorpommern unweigerlich – und anders als bei entsprechenden Vorkommnissen zum Beispiel in Bremen – die frühkindliche Töpfchenpflicht in staatssozialistischen Erziehungsanstalten erklärend in Anschlag bringen, so stellt selbstverständlich auch der mörderische Rassenhassfeldzug aus den Tiefen des ostdeutschen Raumes (in einstweiliger Ermangelung einer Klassenhassthese à la Ernst Nolte) eine willkommene Gelegenheit dar, die Täter – und damit auch deren Opfer – als DDR-Spätgeschädigte zu

beschreiben. Da passt dann für den gesunden Medienmenschverstand eines zum anderen und irgendwie alles zusammen: freudlose Enge, elternloser Paternalismus, verordneter Antifaschismus, erzwungener Egalitarismus, geduldeter Rassismus – und fertig ist die Gleichung von den intergenerationalen Langfristeffekten des „mensch-verachtenden Systems“.

Immer im Dienste der antisozialistischen Volksaufklärung unterwegs sind dabei die mit viel Geld ausgehaltenen „wissenschaftlichen“ Institutionen der offiziellen DDR-Vergangenheitsüberwältigung – allen voran der berüchtigte „Forschungsverbund SED-Staat“ an der Freien Universität Berlin, der sich jüngst etwa mit der erfreulich zügig widerlegten (aber wissenschaftspolitisch selbstverständlich folgenlos gebliebenen) Behauptung blamierte, der Westberliner Polizeimord an Benno Ohnesorg gehe eigentlich aufs Konto der Staatssicherheit. Aber warum auch nicht einfach mal versuchen: Die Öffentlichkeit der Berliner Republik traut der „SED-Diktatur“ halt alles, jedenfalls alles Schlechte zu, und wenn die Bundesstiftung zur Aufarbeitung derselben nun ihrem volkspädagogischen Auftrag nachkommt und rasch eine öffentlichkeitswirksame Tagung über das „braune Erbe der Diktatur“ veranstaltet<sup>4</sup>, dann wird schon was dran sein. Oder? Arbeitslosigkeit, Ausländerfeindlichkeit, Abweichendes Verhalten: An allem sind „40 Jahre Sozialismus“ und die Diktatur des Proletariats schuld oder irgendwie mitschuldig oder so – zumindest entsprechende Fragen stellen wird man ja

---

legenheiten“, *Süddeutsche Zeitung* vom 4./5.2.2012.

---

4 Vgl. Jens Bisky, „Meine Nazis’, ‘Deine Nazis’ – ein müßiges Spiel. Wie braun ist der Osten? Eine Debatte, die nicht vorankommen will“, *Süddeutsche Zeitung* vom 1.2.2012.

wohl müssen, meint selbst die selbsterklärt aufklärerische *Frankfurter Rundschau*: „Kann es sein, dass die Selbstmythisierung des DDR-Staates zum antifaschistischen Vorbild viel tiefer, weitreichender auch zum Selbstbild der DDR-Bürger geworden ist? ... Warum ist es den Jenensern so wichtig, nicht als ‘brauner Fleck’ auf der Landkarte zu erscheinen? Könnte es nicht auch sein, dass hinter den heftigen Emotionen eine unverdaute Vergangenheit haust?“<sup>5</sup>

Die gekonnte Paraphrase unvergessener Jenninger-Rhetorik einmal außer Acht gelassen: Mit unverdauten Vergangenheiten kennt man sich in Deutschland ja aus, und darum machte sich die vereinigte Gesellschaft nach 1989/90 auch – nie wieder! – mit Macht an die politische Digestion des autoritären Staatssozialismus. Über all den Fragen nach dem roten Erbe und der braunen Erbfolge desselben aber wurden und werden andere wiederum, deren historisch-soziologische Relevanz außer Frage steht, erstaunlicherweise nicht gestellt – oder allenfalls, zumindest dem Sinne nach, an ostdeutschen Küchentischen und Biertresen: Kann es sein, dass die Selbstmythisierung der Bundesrepublik zum politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und was-einem-sonst-noch-so-einfallen-mag Vorbild viel tiefer, weitreichender auch zum negativen Selbstbild der ehemaligen DDR-Bürger geworden ist? Könnte es nicht sein, dass hinter der ostdeutschen Abwehr gegen die Rede von dem „braunen Osten“ und der „Angstzone Ost“ eine unverdaute Vergangenheit haust? Ja, das könnte durchaus sein: Eine zwanzigjährige Vereinigungsvergangenheit nämlich von westdeutscher Siegesgewissheit und ostdeutscher Identitätskrise, westdeutschem

Überlegenheitsgestus und ostdeutschem Unterlegenheitshabitus. Zwei Jahrzehnte westdeutscher Kolonialisierung und Überschichtung des Ostens, ostdeutscher Diskriminierungs- und Abwertungserfahrungen im „vereinigten Deutschland“. Bald eine Generation des arroganten Desinteresses des westdeutschen Durchschnittsbürgers am ostdeutschen Subventionsempfänger und der erzwungenen Mobilität junger Ostdeutscher in Richtung der westdeutschen Futtertröge. Und dass eine solche Perspektivierung ostdeutscher Erfahrungshorizonte der Nachwendzeit in westdeutschen Ohren wiederum nach undankbaren Schmährufen aus dem Jammertal der Alimentierten klingt, ist nur eine weitere Bestätigung der unaufgeklärten und uneingestanden strukturellen Machtverhältnisse jener gigantischen politisch-sozialen Biographievernichtungsmaschinerie namens „Wiedervereinigung“.

Und so stünde zu vermuten, dass das neudeutsche Fremd- und Selbstetikettierungsspiel auch in Zukunft munter weitergehen wird – dort der handlungsentlastende Verweis auf die „böhsen Onkel“ von der SED, die in den Köpfen und Seelen der Ostdeutschen noch heute ihr Unwesen treiben, hier die von solchen Diagnosen entkoppelte soziale Realität der ostdeutschen Peripherie, Heimat der armen Verwandten der Beitrittsdemokratie. Auf diese gesellschaftliche Spaltung zu verweisen heißt zugleich, Fragen der politischen Deutungshoheit, der kulturellen Hegemonie und der symbolischen Gewalt zu stellen, die im Schatten einer bestenfalls selbstgerechten Verblendung der westdeutschen politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten öffentlich keine Rolle spielen – aber im Gefühlshaushalt der ostdeutschen Gesellschaft umso mehr präsent sind. Wer vom alltäglichen Rechtsextremismus im Osten und von seiner

---

5 Dirk Pilz, „Gibt es eine Angstzone Ost?“, *Frankfurter Rundschau* vom 7.12.2011.

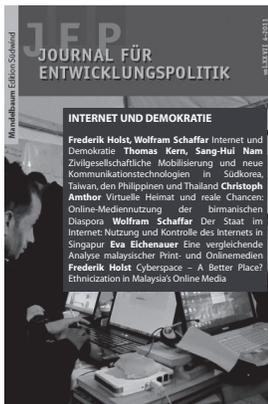
Steigerung in der ritualisierten Vernichtungspraxis der Mördernazis Böhnhardt und Mundlos reden will, darf von zwanzig Jahren kollektiv-individueller ostdeutscher „Wendeerfahrung“ nicht schweigen. Aber vielleicht regt sich in der Angstzone Ost ja langsam doch auch eine andere, nicht destruktive Form der Selbstermächtigung. Nicht von Ohnmacht oder von der Ansicht, dass „das System“ an allem schuld ist, zeugt jenes neue Selbstbewusstsein junger Ostdeutscher, das manche darin erkennen wollen, dass etwa mit der Chemnitzer Band „Kraftklub“ deren „Verlierergefühl endlich ins Zentrum der eigenen

Selbstbeschreibung“<sup>6</sup> rückt – sondern, wenn alles gut geht, von der Geburt einer produktiven politischen Bewegung aus dem Geiste eines kollektiven Minderwertigkeitskomplexes. Wie dem auch sei: Aus soziologischer Warte allemal Stoff genug, einen Forschungsverbund zur Aufarbeitung der Vereinigungsfolgen zu fordern. Nach herkömmlichem politisch-medialem Ritual aber vermutlich eher Anlass zu der öffentlich zu verhandelnden Frage, ob „Kraftklub“ nicht verdächtig nach braunem Erbe der Diktatur klingt.

6 Vgl. Jana Hensel, „Ich bin ein Verlierer, Baby!“, *der Freitag* vom 9.2.2012.

# JEP

## Journal für Entwicklungspolitik



### Ausgaben 2012:

- 1-2012 Welfare Regimes in the Global South
- 2-2012 Gesellschaftliche Transformation
- 3-2012 Tiefe Integration
- 4-2012 Post-Development: Empirische Befunde

### Bestellungen:

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)  
Sensengasse 3, A-1090 Wien, Fax + 43 - 1 - 317 40 15  
office@mattersburgerkreis.at, [www.mattersburgerkreis/jep](http://www.mattersburgerkreis/jep)  
Einzelheft: € 11.90, Jahresabonnement: € 42.00

Isidro López/Emmanuel Rodríguez

---

## Das spanische Modell

Bis zum Jahr 2008, als die aktuelle Krise auch in Spanien voll durchschlug, wurde die spanische Ökonomie von westlichen Kommentatoren und Beobachtern gemeinhin bewundert.<sup>1</sup> Voll blumiger Metaphern schrieb die Finanzpresse in den 1990ern und 2000ern, dass die Potenz des spanischen Bullen die Trübsal blasenden Löwen des „alten Europa“ bei weitem übertreffe. Zwischen 1995 und 2005 wurden in Spanien sieben Millionen Arbeitsplätze geschaffen und die Wirtschaft wuchs um fast vier Prozent jährlich; bis 2007 verdreifachte sich das nominale Vermögen der Haushalte. Spaniens Spezialisierung auf Branchen wie Tourismus und Immobilienwirtschaft schien perfekt in das Zeitalter der Globalisierung zu passen. Diese wiederum schien es gut zu meinen mit Spanien. Angesichts steigender Immobilienpreise boomte die Bauindustrie: zwischen 1997 und 2007 schnellten die Preise um 220 Prozent in die Höhe, der Wohnungsbestand wuchs um 30 Prozent bzw. um nicht weniger als sieben Millionen Häuser Einheiten. Die spanische Selbstwahrnehmung, einfach nur das größte Land der europäischen Peripherie zu sein, wurde von einem neuen Gefühl der Modernität abgelöst. Nicht nur konnte Spanien zu europäischen Standards aufschließen, sondern es übertraf diese in vielerlei Hinsicht sogar noch – zumindest wenn man die spanische Dynamik mit den ‘Rigiditäten’ der Kernländer der Eurozone verglich. Nimmt man noch den Wahlsieg des jugendlichen José Luis Rodríguez Zapatero aus dem Jahr 2004 hinzu, der die Sozialistische Partei wieder an die Regierung brachte, sowie die Effekte solch ‘modernisierender’ Gesetze wie dem zur Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe, dann hatte die spanische Mischung den Geschmack eines jungen Rotweins: extrem robust am Gaumen.

Dieses Image wurde durch die aktuelle Finanzkrise komplett zerstört – und die Folgen der spanischen Krise für Europa sind noch nicht abzusehen. Das Land

---

1 Dieser Artikel fasst die zentralen Arbeitsergebnisse der Forschungs- und Aktivistengruppe Observatorio Metropolitano Madrid zusammen, die zuerst erschienen sind als *Fin de ciclo. Financiarización, territorio y sociedad de propietarios en la onda larga del capitalismo hispano (1959-2010)*, Madrid 2010. Die der deutschen Version zugrundeliegende englische Übersetzung von Brian Anglo erschien in *New Left Review* Nr. 69, Mai/Juni 2011, sie wurde durch einen Epilog ergänzt.

wandelt auf den Spuren von Griechenland, Irland und Portugal und befand sich zuletzt mehrmals kurz davor, als Notfall für die Eurozone eingestuft zu werden. Die Bauindustrie, die 2007 fast ein Zehntel des BIP erwirtschaftet hatte, ist massiv geschwächt. Der Überhang an unverkauften Häusern und Wohnungen stellt selbst irische Verhältnisse in den Schatten, und dem halb-öffentlichen Spar- und Kreditsektor steht das Wasser bis zum Hals. Der Zusammenbruch des Immobilienmarktes hatte Auswirkungen auf die gesamte Ökonomie: Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei über 20 Prozent, in der Gruppe der unter 25-Jährigen ist sie sogar mehr als doppelt so hoch. Drakonische Sparmaßnahmen sollen das Haushaltsdefizit von derzeit über zehn Prozent des BIP auf drei Prozent im Jahr 2013 drücken, doch dies trägt noch erheblich zur Vertiefung der Rezession bei. Die Krise erhöht auch den Druck auf Spaniens dezentrales Regierungssystem, denn ein großer Teil der öffentlichen Gelder wird von den 17 Autonomen Gemeinschaften verwaltet<sup>2</sup>; in Katalonien und anderen Regionen sind die Haushalte im Defizit. Darüber hinaus hat die Ermüdung des spanischen Bullen Auswirkungen für die Eurozone als Ganzes. Die Bevölkerung Spaniens ist mit über 45 Millionen Einwohnern fast doppelt so groß wie die von Griechenland, Irland und Portugal zusammen, und mit einem BIP von 1.409 Mrd. US-Dollar ist Spaniens Ökonomie die viertgrößte in der Eurozone, verglichen mit Griechenlands 305 Mrd., Irlands 204 Mrd. und Portugals 229 Mrd. US-Dollar. Sollte Madrid bei der Zahlung seiner Schulden in Schwierigkeiten geraten, so könnte das Ausmaß eines notwendigen Rettungspakets die Eurozone leicht überfordern. Deren aktuelle Taktik mit der verschuldeten EU-Peripherie umzugehen beschränkt sich weitgehend auf die Vergabe konditionierter IWF/EZB-Kredite. Diese wurden an Griechenland, Irland und Portugal mit dem Ziel vergeben, ihnen über die Krise hinwegzuhelfen und zugleich die großen deutschen, französischen und britischen Banken vor den Auswirkungen der Krise zu schützen. Im Fall Spaniens hat man bislang darauf gesetzt, dass das spanische Wirtschaftsmodell mit einer Mischung aus Sparmaßnahmen und Arbeitsmarktreformen in einer verschlankten und gestärkten Form reanimiert werden kann. Aber ist diese Einschätzung realistisch?

## Falangistische Architekten

Die Genealogie des makro-ökonomischen Modells in Spanien ist komplex, man könnte auch sagen: von ironischer Qualität. Seine Ursprünge liegen in der Modernisierungspolitik der Franco-Diktatur der späten 1950er Jahre, die auf der

---

2 Politisch ist Spanien in 17 Autonome Gemeinschaften (spanisch: Comunidades Autónomas) untergliedert (A.d.R.).

Förderung des Massentourismus aus Nordeuropa und der radikalen Expansion des privaten Wohnungsmarktes beruhte. Angesichts der Tatsache, dass der Wirtschaftsboom im übrigen Nachkriegseuropa vor allem auf einem Wachstum der produzierenden Industrie beruhte, stellte die spanische 'Lösung' für das Problem der Wettbewerbsschwäche der heimischen Industrie eine bemerkenswerte Anomalie dar. Aber wie Francos Wohnungsbauminister, der Falangist José Luis Arrese, 1957 feststellte: *Queremos un país de propietarios, no de proletarios* – 'wir wollen ein Land der Eigentümer, nicht der Proletarier'. Dieser Thatcherismus *avant la lettre* sollte zu einer grundlegenden Transformation des spanischen Immobilienmarktes führen: Während Mietwohnungen in den 1950er Jahren noch die Norm darstellten, waren in den 1970ern bereits über 60 Prozent der Häuser und Wohnungen in Privatbesitz. Diese Quote stieg bis Anfang der 1990er Jahre auf ca. 80 Prozent an und erreichte 2007 einen Wert von nahezu 90 Prozent.

Das Erbe der Franco-Diktatur und der enorme Mangel an Industriestruktur waren jedoch keine gute Voraussetzung, um in dem sich verschärfenden internationalen Wettbewerb zu bestehen. Die Weltwirtschaftskrise von 1973 traf Spanien daher stärker als die meisten anderen europäischen Länder und überschritt sich zudem mit der politischen Übergangsphase, die 1975 auf Francos Tod folgte. Doch die parlamentarische Demokratie brachte keinen Wechsel der makro-ökonomischen Politik. Die sozialdemokratische Partido Socialista Obrero Español (PSOE), die unter Felipe González von 1982 bis 1996 ohne Unterbrechung an der Regierung war, hatte kein alternatives Modell zu bieten. Stattdessen basierte die Wiederbelebung der Ökonomie in den 1980ern auf der Vertiefung der existierenden spanischen 'Spezialisierungen' auf Tourismus, Immobilien- und Bauwirtschaft. In der sich entwickelnden globalen Ökonomie mit ihrer hohen Kapitalmobilität und einer wachsender Konkurrenz um Finanzeinkommen meinte man in diesen Branchen 'Wettbewerbsvorteile' zu besitzen.

In den Verhandlungen, die dem Beitritt Spaniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vorausgingen, unterstützten die anderen europäischen Staaten faktisch diese wirtschaftspolitische Linie. In den Verträgen, die eine Art strategische Agenda für das Land konstituierten, akzeptierte die Regierung González die teilweise Deindustrialisierung Spaniens und erhielt dafür extrem großzügige europäische Subventionen. Von 1986 bis 2004 beliefen sich diese im Durchschnitt auf jährlich ein Prozent des spanischen BIP. Wie wir noch sehen werden, spielten diese Mittel eine Schlüsselrolle beim Aufbau der Infrastruktur (Transport, Energie etc.), die dem späteren Bauboom zu Grunde lag – über die Hälfte der Subventionen floss in diesen Bereich. Im Vorfeld des Beitritts am 1. Januar 1986 kam es zu einer rasanten Welle an Auslandsinvestitionen, da das europäische Kapital die Gelegenheit zu profitablen Geschäften erkannte. Multinationale Konzerne aus Deutschland, Frankreich und Italien erlangten

dabei Schlüsselpositionen in der Produktionsstruktur. Sie kauften die meisten der großen Lebensmittelkonzerne, öffentliche Betriebe, die privatisiert wurden, einen großen Teil des Supermarktsektors und die noch existierenden großen Industriebetriebe. Nur Banken, Baufirmen und die öffentlichen Elektrizitäts- und Telekommunikationsmonopole erwiesen sich gegenüber dem Ansturm auf das spanische Produktivvermögen als immun.

Das Ergebnis dieser Investitionswelle – die zu der ersten andauernden Wachstumsperiode nach 1973 führte – war ein schnelles Überhitzen der Märkte. Zwischen 1986 und 1989 erlebte die Madrider Börse Zuwächse von 200 Prozent und der Immobilienmarkt wurde zu einem der weltweit profitabelsten. Ähnlich wie in den USA unter Reagan und in Großbritannien unter Thatcher stellte Spaniens ökonomischer Zyklus unter González 1985 bis 1991 den ersten Versuch in Kontinentaleuropa dar, Wirtschaftswachstum via Finanz- und Immobilienblasen zu erzeugen und dadurch die Binnennachfrage ohne nennenswerte industrielle Expansion zu steigern (Naredo 1996). Die Euphorie hielt allerdings nicht lange an. Das wachsende Außenhandelsdefizit und der Mangel an solidem Wachstum führten zu spekulativen Attacken auf die spanische Peseta, deren Wert die Regierung mit allen Mitteln zu halten versuchte. Auch die pompösen Öffentlichkeitskampagnen rund um die Olympischen Spiele in Barcelona und die Weltausstellung in Sevilla im Jahr 1992 konnten die Rezession nicht verhindern – es folgte eine Reihe aggressiver Währungsabwertungen. In den frühen 1990ern musste die spanische Ökonomie sich wieder einmal auf die Suche nach neuen Wegen zum Wachstum begeben.

## Euro-Aufschwung

Von nun an jedoch wurde Spaniens makro-ökonomische Politik zunehmend auf europäischer Ebene bestimmt. Vor allen Dingen wurde sie – mit voller Unterstützung sowohl der PSOE-Regierungen wie auch der konservativen Opposition der Partido Popular (PP) – durch den Rahmen der für die Währungsunion geschaffenen Konvergenzkriterien sowie durch die neoliberale Ausrichtung des Vertrags von Maastricht und seiner Nachfolgeabkommen strukturiert. Die durch Maastricht vorgegebene Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, die Anti-Inflations-Politik und die Deregulierung des Arbeitsmarktes erlaubten eine Erholung der Profitraten, doch angesichts Europas eher flauer Ökonomien erzeugten sie neue Probleme der Nachfragestimulierung. Die Geschwindigkeit, mit der sich die spanische Wirtschaft ab 1995 erholte – zwischen 1998 und 2000 verzeichnete Spanien ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von fünf Prozent pro Jahr –, lässt sich jedoch nicht allein durch die Verabreichung neoliberaler Rezepte

erklären. Vielmehr hatte das enorme Wachstum seinen Grund darin, dass die neue Phase der Immobilien- und Finanzentwicklung eine Reihe von inhärenten Widersprüchen (zumindest temporär) löste, die auf der chaotischen Artikulation der neoliberalen Politiken selbst beruhten.

Vier Faktoren erwiesen sich dabei als zentral. Zum einen die niedrigen Zinsraten, da Maastricht und die Kontrolle der öffentlichen Defizite zu einem kontinuierlichen Fall der Kreditzinsen führten. Auch die Nachfrage der großen Finanzunternehmen trug dazu bei, denn diese waren stark daran interessiert, ihre neuen Produkte (wie Pensions- und Investmentfonds) zu vermarkten. War Spanien früher das Land mit den höchsten Zinsen Europas gewesen, so wurde es nun zu demjenigen mit der höchsten internen Verschuldung auf dem Kontinent. Zweitens konstituierten die Währungsunion und die endgültige Aufnahme Spaniens in die Eurozone von 1999 bis 2002 einen internationalen Rahmen, welcher der spanischen Ökonomie nach außen eine starke Kaufkraft verlieh. Der relative Bilanzüberschuss der EU reduzierte zudem die Bedeutung des Defizits in der spanischen Leistungsbilanz. Drittens besiegelte die Liberalisierungspolitik der EU die Privatisierung der öffentlichen Betriebe Spaniens in strategischen Branchen wie Elektrizität und Telekommunikation. Schließlich eröffnete die Privatisierungspolitik in vergleichbaren Branchen in Lateinamerika – oftmals in der Folge IWF-gesteuerter Strukturanpassungsprogramme – führenden spanischen Firmen die Möglichkeit der Internationalisierung ihres Geschäfts. Mit Hilfe der steigenden Kaufkraft des Euro wurde die spanische Großbourgeoisie zu einem globalen Akteur, rekolonisierte die krisengeschüttelten lateinamerikanischen Märkte und riss sich die dortigen Unternehmen zu Spottpreisen unter den Nagel. Die beiden bedeutendsten spanischen Banken, BBVA und Banco Santander, wurden so zu den größten Geldinstituten Lateinamerikas; Telefónica und die Madrider Elektrizitätsunternehmen entwickelten sich in ihren Branchen gleichfalls zu den größten Unternehmen in der Region. Mit anderen Worten öffnete der Rahmen, der durch Maastricht und den Euro aufgespannt worden war, die Tür zu einer Neupositionierung der spanischen Ökonomie innerhalb der internationalen Arbeitsteilung – sowie zu jenem immobiliengetriebenen Entwicklungszyklus, der ein zentrales Element der spanischen Wirtschaftsdynamik werden sollte.

Aus Sicht der orthodoxen Wirtschaftswissenschaften bleiben die Mechanismen unverständlich, durch welche die Immobilienblase während dieser Periode zu einem Motor für die heimische Wirtschaftsexpansion werden und die Nachfrageprobleme unter den Bedingungen einer neoliberalen Sparpolitik lösen konnte. Wir greifen stattdessen auf den Begriff des 'Kredit- und Börsenkeynesianismus' zurück, den Robert Brenner im Zuge seiner Analyse der Entwicklung der US-Ökonomie zwischen 1995 und 2006 geprägt hat (Brenner 2006: 293f., 315-323). In Verbindung mit den Mechanismen, die steigende private Vermögenswerte

und das Wachstum des privaten Binnenkonsums miteinander verknüpfen, erlaubt dieses Konzept es, den relativen Erfolg der spanischen Ökonomie in jener Periode zu verstehen. Denn der Motor der Ökonomie lag in den 'Wohlfahrtseffekten', die durch Wachstum der Finanzanlagen und Vermögenswerte privater Haushalte erzeugt wurden. So lange diese weiter zunahmen, konnte die positive Dynamik einer steigenden aggregierten Nachfrage und wachsender Finanzprofite bei stagnierenden oder gar sinkenden Löhnen und öffentlichen Ausgaben aufrechterhalten werden.

In dieser Hinsicht kann der spanische Fall als eine Art internationales Laboratorium betrachtet werden. Im Gegensatz zu früheren Versuchen einer Finanzialisierung der Privathaushalte bestand das Neuartige des spanischen Experiments in seiner Größenordnung. Von Beginn an basierte es darauf, den Besitz an Wohneigentum extrem auszudehnen: 2007 betrug der Anteil privaten Wohneigentums 87 Prozent, während die entsprechenden Anteile in den USA und Großbritannien nie über 70 Prozent stiegen. Zudem besitzen etwa sieben Millionen spanische Haushalte – bestehend aus den 35 Prozent der Bevölkerung, die die 'echte' Mittelklasse ausmachen – zwei oder mehr Wohnungen. Der kontinuierliche Anstieg der Immobilienpreise<sup>3</sup> und eine nie dagewesene Kreditexpansion ermöglichten ein historisch einmaliges Wachstum des Konsums der (Haus-)Eigentümer, die im spanischen Fall die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung darstellen.

In gewissem Sinne wurde die Defizitfinanzierung in den Jahren 1997 bis 2007 vom spanischen Staat effektiv den privaten Haushalten übertragen. Auch dieses Phänomen einer – in den letzten Jahren des ökonomischen Zyklus – negativen Sparquote in Verbindung mit hohen Investitionen in Immobilien und Infrastruktur überfordert das Erklärungsmodell orthodoxer Ökonomen. Basierend auf dem spektakulären Anstieg der Wohnungspreise, der Expansion des Wohnungsbestands und der Ausdehnung des Kreditvolumens wuchs der nominale Reichtum der privaten Haushalte in dem genannten Zeitraum um mehr als Dreifache.<sup>4</sup> Nach Angaben des IWF übersetzte sich der spanische 'Vermögenseffekt' zwischen 2000 und 2007 in ein durchschnittliches Konsumwachstum der privaten Haushalte von 7 Prozent pro Jahr, im Vergleich zu 4,9 Prozent in England, 4 Prozent in

---

3 Während des 'Boom-Jahrzehnts' von 1997 bis 2007 stiegen die Immobilienpreise um durchschnittlich 12 Prozent pro Jahr, zwischen 2003 und 2006 sogar um erstaunliche 30 Prozent im Jahresdurchschnitt (Quelle: Instituto Nacional de Estadística/INE).

4 Immobilienanlagen spielen in hochgradig finanzierten Ökonomien eine zentrale Rolle, werden in den nationalen Bilanzen der meisten OECD-Länder aber noch immer nicht ausreichend gewürdigt. Im Fall Spaniens musste für den vorliegenden Artikel auf Schätzungen unabhängiger Wissenschaftler zurückgegriffen werden (Naredo et al. 2008).

Frankreich, 3,5 Prozent in Italien und 1,8 Prozent in Deutschland. Gleichzeitig expandierte der Arbeitsmarkt – sowohl wegen des boomenden Baugewerbes als auch auf Grund des Binnenkonsums – um eine akkumulierte Wachstumsrate von 36 Prozent, mehr als je zuvor in Spanien und weitaus stärker als in allen anderen EU-Ländern. Und dies bei Reallöhnen, die gleichzeitig um 10 Prozent fielen, so dass die Integration von sieben Millionen neuen Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt die Lohnsumme effektiv nur um 30 Prozent steigen ließ.

Die spanische Ökonomie schien sich vorteilhaft an die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte anzupassen. Die relative Stagnation der Produktivität in den Jahren 1997 bis 2007 und die ewig mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrien hemmten das Wirtschaftswachstum nicht. Im Gegenteil: Da der Löwenanteil der wirtschaftlichen Entwicklung in ortsgebundenen Branchen wie der Immobilienwirtschaft und den persönlichen Dienstleistungen stattfand, wurden Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit praktisch irrelevant. Man könnte sagen, dass der spanische Erfolg auf einer praktischen Verkehrung der klassischen schumpeterianischen Strategie der Steigerung von Einkommen durch Innovation basierte. Gleichzeitig war die Formel ‘Profitwachstum ohne Investitionen’, die einige Autoren (z.B. Husson 2008) benutzen, um die Finanzialisierung der Ökonomien in den Zentren der Weltwirtschaft zu beschreiben, im spanischen Fall wenig zutreffend. Der von David Harvey beschriebene Prozess der Akkumulation im sekundären Kapitalkreislauf spielte dagegen eine Schlüsselrolle.<sup>5</sup> In der Tat lässt sich das ‘spanische Wunder’ nur verstehen als eine Wiederherstellung der Profitraten – und der Nachfrage – durch eine Kombination von Finanzstrategien und Akkumulationsmechanismen, die auf Grundlage der gebauten Umwelt und der Produktion von Wohnraum funktionieren.

Innerhalb der Eurozone bestand die Rolle Spaniens unterdessen darin, Rekordgewinne für das nordeuropäische Kapital abzuwerfen, vor allem für Anleger aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Zwischen 2001 und 2006 investierten ausländische Anleger im Durchschnitt sieben Milliarden Euro pro Jahr in spanische Immobilien, also das Äquivalent von fast einem Prozent des BIP. Ein großer Teil davon wurde von Briten und Deutschen in Zweithäuser und verwandte Anlagen gesteckt. Darüber hinaus spielte die durch den Kredit-Keynesianismus verstärkte inländische Nachfrage eine wichtige Rolle für die deutsche Exportwirtschaft. Zusammen mit Italien, Griechenland, Portugal und Irland

---

5 Gemäß Harvey kann das Kapital, wenn es im Bereich der Produktion von ‘normalen’ Waren, die ihren Wert schnell realisieren müssen (primärer Kapitalkreislauf), auf Grund von Überakkumulation keine rentablen Anlagen findet, in den sekundären Kapitalkreislauf fließen, d.h. in die gebaute Umwelt. Die territorialen Formen dieses Wechsels reichen von großen öffentlichen Bauprojekten bis zum Eigenheimbau (Harvey 1999: 235-238).

entwickelte Spanien ein wachsendes Leistungsbilanzdefizit. Zwischen 2006 und 2008 stieg es vor allem auf Grund von Importen aus anderen europäischen Ländern auf über neun Prozent des BIP an.<sup>6</sup> So erklärt sich auch der paradoxe Effekt der Überbewertung des Euro im Jahr 2003, die die Exportfähigkeit der Eurozone in Drittstaaten unterminierte, aber gleichzeitig die interne Kaufkraft der peripheren und südlichen EU-Länder, nicht zuletzt Spaniens, absicherte. Zieht man die national jeweils unterschiedliche Kaufkraft in Betracht, so überstieg Spaniens Pro-Kopf-Einkommen gemäß Eurostat das von Italien, lag fast so hoch wie das Frankreichs und nur zehn Prozentpunkte niedriger als das Deutschlands und Großbritanniens. Ähnlich wie im Fall der Geldzirkulation zwischen den USA und China, nur in kleinerem Maßstab, entstand innerhalb der Eurozone eine Symbiose zwischen den Überschuss- und den Defizitpolen des europäischen Kapitalismus. Die südeuropäischen Länder finanzierten ihre Importe, die sie vor allem in Deutschland kauften, teilweise durch das Geld, welches aus den nordeuropäischen Investitionen in Immobilien- und Finanzanlagen in diesen Ländern stammte. Vor allem auf Spanien traf dies zu. Vor diesem Hintergrund kann es nicht weiter überraschen, dass man hier meinte, den Status eines peripheren Landes ein für alle mal hinter sich gelassen zu haben. Für die jüngeren Generationen reichte es aus, durch Europa zu reisen und festzustellen, dass die Unterschiede zwischen den Ländern marginal geworden waren. Wohlstand und Modernität, wenn sie denn überhaupt existierten, gab es genauso diesseits wie jenseits der Pyrenäen.

## Staatliche Unterstützung

Staatsinterventionen spielten eine entscheidende Rolle dabei, die unterschiedlichen Teile des Immobilienzyklus zu ölen, um ein ständig wachsendes Häuser- und Wohnungsangebot aufrechtzuerhalten. Das Bodengesetz von 1998, besser bekannt als das 'Bau-überall-Gesetz', beschleunigte die Baugenehmigungsverfahren enorm und machte eine riesige Fläche Land zur Bebauung verfügbar. Weitere Schwerpunkte der Wohnungspolitik der vergangenen 25 Jahre bestanden in Programmen zur Schrumpfung des öffentlichen Wohnungsbestands und des Mietwohnungsmarkts sowie in Steuernachlässen für Eigenheimkäufer. Darüber hinaus trugen sukzessive Gesetzesänderungen und Reformen des Hypothekemarktes zur Expansion der Verbriefung von Vermögenspositionen bei – Spanien

---

6 Das einzige Land in der Eurozone, dessen Leistungsbilanz eindeutig in die andere Richtung ausschlug, war Deutschland. Dessen moderates Defizit der späten 1990er verwandelte sich in ein sattes Plus, das 2007 mehr als sieben Prozent des BIP entsprach.

wird auf diesem Feld in Europa nur noch vom Vereinigten Königreich übertroffen. Riesige Investitionen in die Transportinfrastruktur haben Spanien im Verhältnis mehr Autobahnkilometer und Hochgeschwindigkeitstrassen beschert als jedem anderen Land in Europa. Dies wiederum spielte eine wichtige Rolle bei der Erschließung großer Flächen an urbanisierbarem Land, das vorher nur einen niedrigen Marktwert hatte. Wenn man nun noch die laxen Umweltstandards bedenkt, die der Stadtentwicklung kaum Steine in den Weg legen, und die Subventionen für Energie und Wasser, die die Ressourcenverschwendung durch ineffiziente Bauprojekte begünstigen, schließt sich der Kreis: Der Staat garantiert und reguliert das geschmeidige Fortschreiten des Finanz- und Immobilienkreislaufs.

Die Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums von der Immobilienpreisblase hat weitreichende Folgen für die sozialräumliche Struktur des Landes gehabt. Im Kontext der stark dezentralisierten Verwaltungsstruktur Spaniens, in der den Autonomen Gemeinschaften und lokalen Regierungen weitreichende Kompetenzen in den Bereichen Stadtentwicklung, Umwelt und Transport zukommen, operieren die unteren Verwaltungseinheiten typischer Weise als konkurrierende Wachstumsmaschinen. Lokale Regierungen betreiben explizit Standortpolitik und werben bei der Bevölkerung und der gesamten Investorenklasse mit ihren Wettbewerbsvorteilen, die wiederum meist auf unproportionalem oder schlecht geplante Wachstum basieren. Im Ergebnis werden die irrational aufgeblähten Investitionen oft in unrealistische Zukunftsprojekte gesteckt, wie z.B. im Fall des geplanten Casino-Megakomplexes im Stil von Las Vegas, der in einer trockenen Region im Ebro-Tal gebaut werden soll, oder beim Bau von acht Superhäfen mit dazugehörigen logistischen Zentren, die an einem Küstenabschnitt entstehen sollen, an dem es höchstens Bedarf für zwei Anlagen dieser Größe gibt.

Die ökologischen Kosten, die dieses Wachstumsmodell verursacht, sind unalkalulierbar. In den traditionellen Touristenregionen – also an den Küsten sowie auf den Kanaren und Balearen – hat der massive Immobilienbau schier endlos lange urbane Korridore produziert. Zwischen zwei und fünf Kilometer breit, erstrecken sie sich an der Costa del Sol und der Küste von Alicante auf über 100 Kilometer Länge ohne jede Baulücke. Selbst in relativ abgelegenen Gegenden haben der Bau von Zweithäusern und der Öko-Tourismus mittlerweile Naturgebiete von großem ökologischem Wert zerstört, zum Beispiel am Fuße der Pyrenäen und in den inländischen Gebirgsketten. Zwischen 1986 und 2006 expandierte die bebaute Fläche landesweit um 60 Prozent.<sup>7</sup>

---

7 Daten und Informationen des 'Land Cover Program' der 'Coordination of Information on the Environment' (CORINE) sind über die Website der 'European Environment Agency' abrufbar.

## Politik der Blase

Die Boomjahre haben auch zu einer weiteren Verschärfung der bereits bestehenden regionalen Fragmentierungen und Ungleichgewichte geführt. So kam es zu einer erneuten Bevölkerungsabwanderung aus den Binnenregionen, von denen fast 75 Prozent kontinuierlich an Einwohnern verloren, an die Küstenregionen und in die großen Städte. Auch die Städtehierarchie hat sich weiter verfestigt: Madrid, das von den Wachstumjahren am stärksten profitierte, ist zum Zentrum einer Metropolregion mit über sechs Millionen Einwohnern geworden – in demographischer und ökonomischer Hinsicht die drittgrößte Europas. Neben der zentralen Bedeutung Madrids für den ‘sekundären Kapitalkreislauf’ der Finanzwirtschaft haben hier auch die meisten der in Europa und Lateinamerika operierenden multinationalen Konzerne Spaniens ihren Sitz. Damit ist Madrid in die Liga der ‘Global Cities’ aufgestiegen, während die meisten anderen Großstädte Spaniens eher an ökonomischer Bedeutung verloren haben. Sie setzen auf Strategien der unternehmerischen Stadtpolitik und versuchen, im internationalen Tourismus standortspezifische Revenuen zu erzielen (Harvey 1989). Barcelona ist ein globales Vorzeigebispiel dafür geworden: Die Stadtpolitik rund um die Olympischen Spiele 1992 wurde bis nach Lateinamerika ‘exportiert’. Dort gilt sie als eine vorbildliche Strategie der Stadterneuerung und ist zum Beispiel – mit widersprüchlichen Ergebnissen – in Medellín und Valparaíso kopiert worden.<sup>8</sup> Dabei ist Barcelonas relativer Erfolg der 1990er Jahre angesichts seines bereits lange währenden Niedergangs als vormaliges führendes Industriezentrum wohl eher als Pyrrhussieg einzustufen.

Auch in politischer Hinsicht kam es zu einer Verschärfung territorialer Konflikte, die sich meist an den partikularistischen Forderungen der Regionen rund um Fragen der Steuererhebung sowie der Transport- und Wasserwirtschaft entzündeten (etwa zwei Drittel Spaniens leiden unter Wasserknappheit). Zugleich herrscht jedoch unter den etablierten Parteien ein Konsens über das ökonomische Modell. Die politische Klasse Spaniens legt in dieser Hinsicht eine außergewöhnliche historische Selbstgewissheit an den Tag: So wurde es sowohl von den beiden PSOE-Regierungen (1982-1996, 2004-2011) als auch von der PP unter Aznar (1996-2004) stets als eine zentrale Aufgabe des Staates betrachtet, den Anstieg der Immobilienwerte politisch zu fördern. Auf regionaler Ebene war die sozialistisch regierte autonome Gemeinschaft Andalusien ebenso tief in die

---

8 Die Propoganda bezüglich Barcelonas Vorbildcharakter hält sich derart hartnäckig, dass sich in Buenos Aires inzwischen sogar eine Satirezeitschrift danach benannt hat: Barcelona. Una solución europea a los problemas de los argentinos (‘Barcelona: Eine europäische Lösung für die argentinischen Probleme’).

Vergabe von Krediten und Baugenehmigungen verstrickt wie die Hardliner der PP-Regierungen in Murcia und Valencia oder auch die Big Business-Nationalisten der *Convergència i Unió* (CiU) in Katalonien. Auch als die CiU in den Jahren 2003 bis 2010 durch eine Koalition der katalanischen Sozialisten mit zwei kleineren Parteien, der Republikanischen Linken Kataloniens (ERC) und der Initiative für Katalonien/Grüne (ICV), abgelöst wurde, blieben die immobilienwirtschaftlichen Praktiken unverändert.

Die wichtigsten Kreditgeber im Immobiliensektor waren die 45 *Cajas de ahorros* im Lande: halböffentliche Sparkassen, die von Gremien bestehend aus Kunden, Mitarbeitern und Lokalpolitikern verwaltet werden. Regional- und Bezirksräte konnten ansehnliche Beträge in ihre Kassen spülen, indem sie Grünflächen zu Baugrund umwidmeten und das Land an Immobilienfirmen verkauften, die ihre Kredite wiederum bei derjenigen *Caja* aufnahmen, die von den betreffenden Politikern oder deren Freunden verwaltet wurde. Bei Immobilienpreisen, die Jahr für Jahr durchschnittlich um 12 Prozent stiegen, war das ein rundum gutes Geschäft. Der parteiübergreifende Charakter dieses Vorgehens lässt sich am Beispiel Valencias zeigen. Dort wendete die PP-Regierung eine extrem aggressive Gesetzgebung an, um kleine Landbesitzer zu enteignen und auf diesem Weg große Flächen zusammenzubekommen, die man dann an Investoren verkaufen konnte. Die betreffenden Gesetze waren von der gesamtspanischen PSOE-Regierung erlassen worden und kamen auch in verschiedenen PSOE-regierten Regionen zur Anwendung. Korruption und Nepotismus waren an der Tagesordnung. Zu den größten Nutznießern zählten Freunde und Familien der PP in Valencia und der PSOE in Andalusien.<sup>9</sup>

Zwar sind die beiden großen Parteien gleichermaßen in Spaniens Kredit-Keynesianismus verstrickt, doch war es vor allem die Politik von José Luis Rodríguez Zapatero, die zunächst die Jahre des großen Booms und danach den wirtschaftlichen Absturz prägte. Spanien ist das einzige europäische Land, in dem Massenproteste gegen die von den USA, Großbritannien und Spanien geführte Invasion des Irak im Jahr 2003 einen – wenn auch verspäteten – Einfluss auf Regierungsebene hatten. Im darauf folgenden Jahr versuchte Aznar, den isla-

---

9 Der Bauboom provozierte freilich auch Widerstand. In einigen der am stärksten betroffenen Gegenden gelang es Umweltschutzgruppen, die Lokalregierungen und sogar Regierungen Autonomer Gemeinschaften zu Fall zu bringen (z.B. 2003 in Aragón und 2007 auf den Balearen). Die Protestkampagnen richteten sich vor allem gegen den Raubbau an der Natur und gegen die Korruption der Lokalpolitiker. Zwischen 2005 und 2007 kam es in den großen spanischen Städten zu einer Welle kreativer Proteste gegen die steigenden Haus- und Wohnungspreise. Slogans wie *V de Vivienda* (in Anlehnung an 'V für Vendetta', wobei 'Vivienda' das spanische Wort für 'Wohnung' ist) brachten Zehntausende von Menschen auf die Straße.

mistischen Bombenanschlag vom 11. März auf den Hauptbahnhof von Madrid, der 192 Menschen das Leben kostete, der baskischen ETA anzuhängen. Die Reaktion darauf waren gewaltige Demonstrationen, die in einer Kontinuität standen mit denen des Vorjahres gegen die spanische Beteiligung am Irakkrieg und den narzisstischen Autoritarismus der Regierung Aznar. Bald tauschten die beiden Parteien in den Meinungsumfragen ihre Positionen und Zapatero wurde an die Macht gespült. Die Proteste waren nicht zuletzt ein Ausdruck des Erstarkens höher qualifizierter Berufsgruppen – eine Folge der spanischen Modernisierungspolitik – sowie der jüngeren Generation, die generell besser ausgebildet und weniger religiös ist als ihre Elterngeneration und stark unter der Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt leidet.

Das progressive Image von Zapateros Spanien basierte unter anderem auf dem 'Dialog' mit den Gewerkschaften, der (eher symbolischen) Aufwertung von Pflegearbeit, dem Gesetz zur Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe und ersten Schritten hin zu einem Waffenstillstand mit der ETA. Außenpolitisch hielt Zapatero sich an sein Versprechen, die spanischen Truppen aus dem Irak abzuziehen, schickte sie dafür aber nach Afghanistan. Er geriet in Konflikt mit der mächtigen PRISA-Mediengruppe (El País, Digital+, Cadena SER), die bis dahin stets die Sozialisten unterstützt hatte, und hing danach von der Gunst einer neuen Zeitung (Público) und eines Fernsehsenders (La Sexta) ab. Von Beginn an hatte Zapateros Erfolg viel mit dem bewussten Einsatz von Marketingstrategien zu tun. Seine Reformen waren dagegen eher kosmetischer Natur. Die Sozialausgaben wurden zwar leicht erhöht, aber nicht so stark, dass dies die Finanzprofite oder die exorbitanten Einkommen der Manager multinationaler Unternehmen gefährdet hätte. Es wurde keine Alternative zum spanischen Föderalismus entwickelt, der voller Spannungen zwischen dem gesamtspanischen Nationalismus und jenem der Regionen ist. Und es gab auch keinerlei Versuche, den überhitzten Immobilienmarkt zu bändigen – von einem Alternativmodell ganz zu schweigen. Bei den Wahlen 2008 konnte die PSOE dennoch einen leichten Zuwachs verzeichnen und gewann mit 43,6 Prozent der Stimmen (verglichen mit 42,6 Prozent in 2004) – vorwiegend auf Kosten der linken Izquierda Unida, deren Stimmenanteil um ein Viertel auf 3,8 Prozent fiel, während die PP von 37,7 Prozent auf 40,1 Prozent zulegen konnte.

## Unsicherheiten

Solange die Kredite flossen und die Immobilienpreise durch die Blase hoch gehalten wurden, schien es kaum zu interessieren, dass die Sozialausgaben extrem niedrig waren, die Löhne stagnierten oder sogar fielen und der spanische Arbeitsmarkt

im europäischen Vergleich eine der höchsten Quoten an befristeter Beschäftigung aufwies.<sup>10</sup> Die Unterfinanzierung des Rentensystems wurde durch die steigenden Werte der Immobilien aufgefangen, die als Alterssicherung fungierten. Junge Menschen sind aufgrund des prekären Arbeitsmarktes oftmals gezwungen, noch lange im Haus ihrer Eltern zu leben, hoffen aber nichtsdestotrotz, dass auch sie einmal von dem steigenden Wert des Familieneigentums profitieren werden, sei es durch Erbschaft oder durch die Unterstützung der Eltern bei der Aufnahme einer Hypothek. Das Pflegeproblem hat sich trotz fehlender Sozialleistungen entspannt – maßgeblich wegen der massiven Zuwanderung transnationaler Arbeitskräfte, überwiegend Frauen ohne Aufenthaltsgenehmigung, die die Pflege von Kindern, Alten und Behinderten übernommen haben und in Millionen von Mittelklassefamilien die Hausarbeit leisten. Die Anzahl ausländischer Staatsbürger in Spanien betrug 2010 fast sechs Millionen, in den vergangenen zehn Jahren ist die Bevölkerung von 39,5 Millionen um über 18 Prozent auf fast 47 Millionen gewachsen. 2,67 Millionen der Immigranten waren EU-Bürger, vor allem aus den neuen Mitgliedsstaaten. Allein aus Rumänien kamen fast 800.000 Migranten nach Spanien. 2 Millionen Zuwanderer kamen aus Lateinamerika, vor allem aus Ecuador, Kolumbien und Bolivien, 1 Million aus Afrika und dem Maghreb, davon 650.000 aus Marokko. Was könnte den Aufstieg Spaniens von der Peripherie ins Zentrum Europas besser symbolisieren, als die erste 'eigene' Masseneinwanderungswelle? Wie zu erwarten, arbeiten die Migranten vor allem im Niedriglohnssektor, zum Beispiel im Baugewerbe, in der Landwirtschaft und der Haus- und Sexarbeit. Ein komplexes System aus Aufenthaltserlaubnissen, Beschäftigungsquoten, europäischen und innerspanischen Grenzen unterwirft sie den Bedürfnissen der expandierenden Ökonomie und führt zu langen – manchmal lebenslangen – Phasen der staatsbürgerlichen Exklusion, die sich vor allem in einer prekären Situation auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelt.<sup>11</sup>

Nichtsdestotrotz begannen die migrantischen Familien ab den frühen 2000er Jahren, sich nach und nach zu etablieren und sich ihrerseits am Immobilienboom zu beteiligen. Zusammen mit der jungen Generation, die in den 1970ern geboren wurde – den Post-Franco-Babyboomern – trugen sie in der letzten Phase des Zy-

---

10 Spaniens chronisch hohe Arbeitslosigkeit – sie lag in den frühen 2000er Jahren zumeist zwischen 8 und 12 Prozent – ist in der Tat ein Ergebnis der hohen Anzahl an prekären Arbeitsplätzen. Dies betrifft über ein Drittel der Arbeitnehmer, vor allem in saisonabhängigen Branchen wie der Tourismusindustrie. Im spanischen Fall handelt es sich weniger um strukturelle Arbeitslosigkeit als solche, sondern eher um eine hohe Fluktuation bedingt durch die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse.

11 In den Jahren 2000/01 und 2004/05 gab es eine Reihe großer Proteste illegaler Migranten. Dabei kam es zur Besetzung von Kirchen und offiziellen Gebäuden sowie zu Streiks in der Agro-Industrie im Südosten Spaniens.

klus dazu bei, das ökonomische Modell zu stimulieren und aufrecht zu erhalten: Zwischen 2003 und 2007 wurden mindestens eine Million Hypotheken an die ärmsten Schichten der Gesellschaft vergeben. Ein Nebeneffekt der spanischen Anlageeuphorie war daher die starke Zunahme der Verschuldung – das Verhältnis der Schulden zum verfügbaren Einkommen war 2007 so hoch wie in keinem anderen OECD-Land –, wobei sich die Risiken vor allem in den Haushalten mit niedrigen Einkommen und geringem Vermögen konzentrierten. So wie in den USA wurde der kontinuierliche Anstieg der Immobilienpreise als ausreichende Sicherheit für Kreditrisiken betrachtet. Doch anders als dort gilt die Anlage, die mit einer Hypothek belastet wird, also z.B. ein Haus, dem spanischen Gesetzgeber nicht als ausreichende Sicherheit. In der Folge wird eine Hypothek oft auch mit den Häusern von Freunden und Verwandten abgesichert. Nach dem Platzen der Immobilienblase führte dies zu einer wahren Kettenreaktion an Eigentumsverlusten und -übertragungen.

## Der Crash

Die ersten, die bemerkten, dass die Blase kurz vor dem Platzen stand, waren die Bauunternehmen. Nach fast 900.000 Neubauten im Jahr 2006 – mehr als in Frankreich, Deutschland und Italien zusammengenommen – begannen die Verkaufszahlen zu fallen. An der Mittelmeerküste waren die Bauprojekte stark vom Platzen der Immobilienblase in Großbritannien betroffen, denn hier gibt es viele britische Eigentümer von Zweitwohnungen. Umgewidmetes Bauland, das auf dem Höhepunkt der Blase mit Krediten der *Cajas* gekauft worden war, galt plötzlich als schlechte Investition. Ende 2008 gab es eine Million unverkaufte Häuser auf dem Markt, während die Schulden der spanischen Privathaushalte auf 84 Prozent des BIP gestiegen waren. Kollabierende Immobilienfirmen begannen die *Cajas* massiv mit 'faulen Krediten' zu belasten: So ging etwa im Juli 2008 die mit über 5 Milliarden Euro verschuldete Baufirma Martinsa-Fadesa bankrott.

Anfänglich tat die Regierung Zapatero die Krise noch als globales Phänomen ab, von dem Spanien im Vergleich zum weitaus größeren Debakel auf dem US-amerikanischen Subprime-Markt nur marginal betroffen sei. Allenfalls gab man zu, dass es nötig werden könnte, den *Cajas* unter die Arme zu greifen – im Oktober 2008 war von einem Rettungspaket in Höhe von 50 Milliarden Euro die Rede. Zudem wolle man im Kontext der G-20 kurzfristig die öffentliche Defizitfinanzierung ausdehnen. Doch die Prognosen stellten sich schnell als hoffnungslos überoptimistisch heraus. Ende 2009 verdoppelte sich die Arbeitslosigkeit und stieg auf fast 20 Prozent an. Der Verlust von Arbeitsplätzen blieb nicht auf die Baubranche beschränkt, sondern betraf auch die Konsumgüterindustrie und die marktnahen

Dienstleistungen. Der erfolgreiche Zyklus des Kredit-Keynesianismus kehrte sich um und erzeugte nun Armutseffekte, die zusammen mit der Kreditklemme den privaten Konsum drastisch reduzierten. Da viele Arbeitnehmer nur kurzfristige oder befristete Arbeitsverträge besaßen, waren die Unternehmen in der Lage, rasch auf die sinkende Nachfrage zu reagieren und ihre Belegschaften schnell und ohne größere Kosten abzubauen. Damit jedoch trugen sie zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit bei – in der Gruppe der unter 25-Jährigen stieg sie auf über 40 Prozent –, was die Nachfrage wiederum weiter schwächte. Die Staatseinnahmen sanken drastisch, das BIP sackte um 7,7 Prozent ab und der Haushaltsüberschuss von zwei Prozent des BIP im Jahr 2006 verwandelte sich 2009 in ein Defizit von über 11 Prozent.

So wie die anderen europäischen Länder auch, versuchte die Regierung Zapatero die Verluste der oligarchischen Blöcke Spaniens zu sozialisieren. Dies betraf vor allem die großen spanischen Bauunternehmen, von denen einige – ACS, FCC und Ferrovial – mittlerweile ‘Global Player’ geworden waren. Sie waren über ein Vierteljahrhundert hinweg durch expandierende öffentliche Infrastrukturausgaben gemästet worden und forderten nun, dass ihre öffentlichen Aufträge erhalten blieben, was auch immer es kostete. Die großen privaten Banken – allen voran Santander und BBVA – schienen besser auf die Krise vorbereitet als einige ihrer britischen und US-amerikanischen Konkurrenten, da sie die Ersparnisse der lateinamerikanischen Mittelklassen aufgesogen hatten. In der Tat gingen sie nun auf große Einkaufstour. Vor allem Santander kaufte zusätzlich zu ihren umfangreichen lateinamerikanischen und asiatischen Beteiligungen nunmehr britische Bauunternehmen und amerikanische Sparkassen auf und wurde damit zu einem Behemoth, der zu groß zum Scheitern war – und vielleicht auch zu groß, um ihn zu retten.

Die *Cajas* wiederum sind nach wie vor mit Schulden überhäuft. Ihr Kapitaldefizit wird auf Größenordnungen von 15 Mrd. (laut der Bank von Spanien) bis zu 100 Mrd. Euro geschätzt, was sich auf fast 10 Prozent des BIP belaufen würde; im März 2009 erhielt allein die Caja Castilla-La Mancha eine Finanzspritze in Höhe von 9 Mrd. Euro.<sup>12</sup> Im Juni 2009 kündigte Zapatero Pläne für einen Rettungsfonds (FROB) in Höhe von 99 Mrd. Euro sowie eine Reform der Sparkassen an. Damit sollte deren Zahl von 45 auf 17 reduziert und ihre Kernkapitalquote bis September 2011 auf 10 Prozent erhöht werden, was allerdings weitere 20 bis 50 Mrd. Euro Finanzhilfen erforderlich machen würde. Zudem drängte die Bank von Spanien die *Cajas*, die Schulden ihrer institutionellen

---

12 Der Economist zeichnet ein ‘Katastrophenszenario’ von 270 Mrd. Euro Defizit – was allerdings, wie die Zeitschrift hervorhebt, gemessen am BIP immer noch weniger wäre als jenes der irischen Banken (The Economist: „Under siege“, 13. Januar 2011).

Kunden gegen Immobilien bzw. Grund und Boden einzutauschen, deren Wert um ca. 10 Prozent niedriger als auf dem Höhepunkt der Blase einzustufen sei. Damit sollten die Bilanzen der *Cajas* aufge bessert und deren Pleite vermieden werden. Doch ähnlich wie in Irland scheinen die Verluste anfänglich viel zu niedrig eingeschätzt worden zu sein. So scheiterte im März 2011 eine geplante Fusion der in Alicante ansässigen Caja de Ahorros Mediterráneo, Spaniens viertgrößter Sparkasse, nachdem bekannt geworden war, dass sie in weitaus größeren Schwierigkeiten steckt als zuvor angenommen worden war. In der Zwischenzeit sind die spanischen Immobilienpreise, nach ihrem Rekordhoch im Jahr 2006, um etwas mehr als 10 Prozent gefallen.

Ab Mitte 2009 verschob sich der Trend auf europäischer Ebene, beziehungsweise innerhalb der Eurozone, schrittweise von den Bankenrettungspaketen – deren Gesamtvolumen innerhalb der EU im Frühjahr 2011 bei etwa 2,5 Billionen Euro lag – zu jenen Sparpolitiken, die im Zuge der Umwandlung von Finanzkapitalverlusten in öffentliche Schulden erforderlich wurden. Seit dem Jahresbeginn 2010 beschloss eine europäische Regierung nach der anderen Haushaltskürzungen, Lohnstopps und den Abbau von Sozialleistungen. Die Krise wurde nun explizit als eine Gelegenheit zur Einführung von Strukturanpassungsprogrammen nach altbekannter Rezeptur angesehen. Die Rolle der EU-Gipfelinstitutionen hätte dabei kaum stärker an die Interessen der Finanzmarktakteure gekoppelt sein können. Angesichts dieser Entwicklung müssen die staatlichen Schuldenkrisen, zumal in Griechenland und Irland, als eine grandiose Geschäftsgelegenheit für die großen europäischen Banken interpretiert werden, vor allem für die Geldinstitute aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien, sind sie doch die wichtigsten Eigner von Staatspapieren europäischer Länder. Unterstützt durch die Politik der Rating-Agenturen konnten sie im Zuge der finanziellen Engpässe der Defizitländer – Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Italien – enorme Profite realisieren. Denn die Renditen für Staatsanleihen wurden zu einem Zeitpunkt künstlich in die Höhe getrieben, als sich im privaten Kreditsektor nicht mehr die gleichen Margen erwirtschaften ließen wie noch vor der Krise.

## Zapateros Kehrtwende

Als sich die griechische Schuldenkrise im April 2010 voll entfaltete, kam auch Zapatero zunehmend unter Druck durch Berlin, Brüssel und die Europäische Zentralbank (EZB). Spanien sollte Sparmaßnahmen durchsetzen und Arbeitsmarktreform auf den Weg bringen – was faktisch einen Angriff auf den öffentlichen Sektor bedeutete, wo die Angestellten noch immer langfristige Arbeitsverträge und das Recht auf Tarifverhandlungen besaßen. Zapatero zögerte zunächst,

dem Willen der EU-Partner nachzukommen, war dies doch gleichbedeutend mit einem direkten Schlag gegen einen Teil seiner Wählerbasis. Andererseits war er aber auch nicht in der Lage, eine alternative Krisenpolitik anzubieten. Am 12. Mai kündigte er schließlich ein drastisches Sparprogramm an – nunmehr offenbar auch unter dem Druck der Obama-Administration. Die Gehälter im öffentlichen Dienst sollten um fünf Prozent gekürzt werden, ebenso wurde bei den Sozialleistungen und Renten der Rotstift angesetzt, Investitionsprogramme wurden storniert, das Renteneintrittsalter erhöht, das Recht auf Lohnverhandlungen eingeschränkt und Entlassungen einfacher gemacht. Das Ergebnis war ein unmittelbarer Einbruch Zapateros in den Meinungsumfragen: Zunächst noch Kopf an Kopf mit der PP, fiel die PSOE um sieben Prozentpunkte zurück und stürzte in der Folge weiter ab. Die Gewerkschaftsspitzen sahen sich gefangen zwischen dem Unmut ihrer Mitglieder und der Sorge darüber, den Fall der PSOE-Regierung heraufzubeschwören. Am 29. September 2010 kulminierten die Widerstände gegen Zapateros Politik in einem Generalstreik, doch die Gewerkschaftsführung verhinderte die Beteiligung einiger der am besten organisierten Branchen, wie zum Beispiel der Transportarbeiter, und schaffte es nicht, die vielen prekären Arbeiter im Dienstleistungsbereich und im Einzelhandel zu mobilisieren. Stattdessen stimmten die Gewerkschaftsspitzen einer Kürzung der Renten und einer Erhöhung des Renteneintrittsalters zu.

In dem Maße, wie sich die sozialistische Partei hinter den hegemonialen Block der Finanzakteure gestellt hat, ist dem modernen, progressiven Republikanismus die Maske heruntergerissen worden. In der aktuellen Phase der Krise hat die besondere Belastung Spaniens durch öffentliche Schulden zu Maßnahmen geführt, die im Einklang mit den orthodoxesten Strukturanpassungspolitiken stehen. In letzter Instanz werden die öffentlichen Ausgaben damit der Aufsicht der Finanzakteure unterworfen. Das Ergebnis ist eine Abwanderung großer Teile der Wählerschaft der PSOE, die mittlerweile auf einem historischen Umfragetief angelangt ist. Am 2. April 2011 kündigte Zapatero angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit und des Rückstands der Sozialisten in den Umfragen an, dass er bei den für März 2012 angesetzten Wahlen nicht mehr als Spitzenkandidat antreten werde. Der größte Druck auf Zapatero kam dabei aus der Partei selbst, vor allem im Zuge der Regionalwahlen vom Mai 2011, als sich die Kandidaten der Sozialisten von ihm distanzieren. Sein Nachfolger im Parteivorsitz, Alfredo Pérez Rubalcaba, ist ein Veteran des rechten PSOE-Flügels, dessen politische Karriere unter Felipe González begann.

Durch die Krise wurde Spanien mit dem Sachverhalt konfrontiert, dass die lange Phase der Prosperität auf einer höchst fragilen ökonomischen Struktur basierte. Die PSOE wiederum sieht sich dem Problem gegenüber, dass dieses Wirtschaftsmodell lange Zeit das Fundament ihrer Politik gebildet hat. Die

spanische Wachstumsarchitektur ermöglichte die Fiktion, dass die expandierende Mittelschichtsmehrheit an Eigenheimbesitzern permanent zu Wohlstand gekommen sei. Das Platzen der Immobilienblase hat diesen Schleier zerrissen und erlaubt den Blick auf eine hochgradig polarisierte Gesellschaft, in der ein großer Teil der Bevölkerung hoch verschuldet ist, viele Menschen ohne Arbeit sind und von öffentlichen Sozialleistungen abhängen, die wiederum durch staatliche Ausgabenkürzungen und Privatisierungspolitiken unter Druck geraten. Bedenkt man, dass die am härtesten betroffenen Gruppen die junge Generation und die migrantischen Arbeiter sind, dann wird klar, dass die Kosten der Krise auf die am stärksten benachteiligten Schichten abgewälzt werden. Im EU-Vergleich herrschte in der spanischen Bevölkerung lange Zeit die stärkste pro-europäische Stimmung. In der Vorstellungswelt der Menschen war der Prozess der Europäisierung mit der Demokratisierung und Modernisierung des Landes in der Post-Franco-Ära assoziiert, die spanischen Wähler waren weitestgehend unkritisch gegenüber der EU. Doch diese Art der europäischen Selbstgewissheit ist nun vorbei.

Am 15. Mai 2011, im Vorfeld der Regionalwahlen vom 22. Mai – und genau ein Jahr nachdem Zapatero seine harten Kürzungen angekündigt hatte – ging eine riesige Welle des sozialen Protests durch das Land. Zehntausende von jungen Demonstranten strömten auf die Straßen und errichteten Camps auf den zentralen Plätzen der spanischen Städte, einschließlich der Plaza Catalunya in Barcelona und der Puerta del Sol in Madrid: Studenten, Arbeitnehmer, Menschen mit und ohne Arbeit eroberten sich den öffentlichen Raum und grüßten die jungen arabischen Demonstranten von Pearl Roundabout und vom Tahrir-Platz. Auf der Puerta del Sol etablierten die Besetzer eine ständige Volksversammlung und stimmten täglich über alle ihre Entscheidungen ab. Die Slogans der sogenannten 15M-Bewegung lauteten ‘Für einen Übergang zur Demokratie!’, ‘Wir sind keine Ware der Politiker und Bankiers’, ‘PPSOE: PSOE und PP, beides der gleiche Mist’ oder ‘Echte Demokratie jetzt!’ Das Manifest vom 20. Mai der Volksversammlung auf der Puerta del Sol griff die politische Korruption an, kritisierte das Wahlsystem der geschlossenen Listen (bei dem nur die Namen der Partei und ihres Spitzenkandidaten auf dem Wahlzettel erscheinen) und prangerte die Macht der EZB und des IWF an sowie die ungerechte Politik, mit der die herrschende Klasse auf die Krise reagiert hat.<sup>13</sup>

---

13 Bei den Regionalwahlen vom 22. Mai 2011 erhielt die PSOE nur 28 Prozent der Stimmen und verlor damit sieben Prozentpunkte. Die PP gewann zwei Prozentpunkte dazu und kam auf 38 Prozent Wähleranteil. Die Izquierda Unida (Vereinigte Linke) konnte sich von 5,5 Prozent auf 6,3 Prozent verbessern, erhielt aber nur 210.000 der 1,5 Millionen Stimmen, die die Sozialisten verloren. Das dürfte zumindest teilweise auch eine Strafe dafür sein, dass sie auf lokaler Ebene mit der PSOE koalitiert hat.

Die Aussichten auf eine baldige Erholung Spaniens von der Wirtschaftskrise sind schlecht. Der Umfang der Immobilienblase, die Bedeutung des Kredit-Keynesianismus für das Wachstum seit den 1990er Jahren, das Ausmaß der aktuellen Rezession, die von den wahrhaft drakonischen Sparmaßnahmen noch verschärft wird, der starke Euro, der den Tourismus aus den Ländern außerhalb der Eurozone verteuert, sowie die rigide Kreditpolitik der EZB – all dies sind Steine auf dem Weg zurück zum Wirtschaftswachstum. Die unmittelbaren Aussichten sind so gut wie sicher weitere Ausgabenkürzungen und eine Zunahme des Haushaltsdefizits. Dies bringt auch große Probleme für die Eurozone mit sich. Deren Mitglieder geben vor, die Krise sei nur ein temporäres Liquiditätsproblem, das durch Brückenkredite von EZB und IWF überwunden werden könne. Diese will man den Defizitländern eintrichtern, bis sie sich durch Wachstum aus ihren Schulden befreit haben. Doch tatsächlich ist die Krise auch eine der großen deutschen, französischen und britischen Banken, die durch das Platzen der Immobilienblase in der europäischen Peripherie massiv in Bedrängnis geraten sind.

Anstatt sich jedoch dem Trauma einer heimischen Bankenkrise auszusetzen, haben Berlin, Paris und London eine andere Strategie gefunden. Ein führender Akteur der EZB beschreibt sie als Pyramidenspiel des öffentlichen Sektors, das nur so lange aufrecht erhalten werden könne, wie weitere Geldmengen verfügbar gemacht würden:

„Einige der ursprünglichen Gläubiger werden mit Mitteln aus den offiziellen Krediten bezahlt, mit denen auch die verbleibenden Primärdefizite finanziert werden. Wenn sich herausstellt, dass die betreffenden Länder die ihnen auferlegten Ausgabenkürzungen und Strukturanpassungsprogramme nicht einhalten und somit nicht auf den freien Finanzierungsmarkt zurückkehren können, werden diese Kredite letztendlich von den Mitgliedern der Eurozone und von den internationalen Organisationen übernommen und verlängert (...). Die europäischen Regierungen zögern den Tag der Abrechnung lieber heraus und pumpen weiterhin Geld in die peripheren Ländern, anstatt sich mit den Finanzproblemen zu Hause auseinanderzusetzen.“ (Blejer 2011)

Der Zusammenbruch des spanischen Modells bedroht genau diese Konstruktion – aus einer Reihe von Gründen: Erstens sind die deutschen und französischen Banken von der Krise in Spanien deutlich stärker betroffen als dies in Griechenland oder Irland der Fall war; zweitens ist noch nicht klar, wie groß die Probleme der *Cajas* wirklich sind; drittens bergen die sozialen Probleme Spaniens eine große Sprengkraft, da die wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben weiterhin sinken und bereits vor der Krise auf einem Niveau waren, das verglichen mit Kontinentaleuropa niedrig ist.<sup>14</sup> Am Ende könnte eine Schuldenkrise in Spanien den

---

<sup>14</sup> Die spanische Bevölkerung ist auch numerisch größer als die der anderen Defizitländer: Im letzten Jahrzehnt ist sie um 18 Prozent gewachsen, vor allem durch Immigration.

Versuch der EU zu Fall bringen, die Bevölkerungen der Peripherie für die Not leidenden Banken zahlen zu lassen. Die Banken profitieren von den künstlich aufgeblasenen Zinsen der Staatsanleihen und machen phänomenale Gewinne. Damit gleichen sie die niedrigen Finanzprofite im privaten Sektor aus. Genau aus diesem Grund wird man alles daran setzen, eine Eskalation der spanischen Schuldenkrise zu vermeiden.

## Epilog zur deutschen Fassung

Seit der Fertigstellung dieses Artikels im Mai 2011 scheint sich die europäische Finanzkrise im Modus einer permanenten Selbstwiederholung fortgesetzt zu haben, als ein Zyklus von Rettung, Austerität und Privatisierung. Die jüngsten 'weichen' Staatsstriche in Athen und Rom, die zu 'technokratischen' Regierungen mit unmissverständlichem Strukturangepassungswillen geführt haben, könnten allerdings den sichtbarsten Teil eines sich wandelnden politischen Szenarios darstellen. Dieser Wandel könnte auf der, wenngleich widerwilligen, Anerkennung der Tatsache beruhen, dass die finanziellen Probleme der EU nur bedingt und abgeleitet mit der Krise der Staatsfinanzen, vorrangig hingegen mit einer beschleunigten Bankenkrise zu tun haben.

Im Zeichen dieses Wandels täuschte Griechenland die Abhaltung eines Referendums an, wie dies von den Protestbewegungen seit langem gefordert worden war. Eine solche Abstimmung hätte es der griechischen Bevölkerung ermöglicht, über den Umgang mit dem drohenden Staatsbankrott in einer Weise zu entscheiden, die dem Prinzip der Volkssouveränität zumindest nahe gekommen wäre. Die Schlacht endete jedoch mit dem jähesten und offensichtlichsten autoritären Akt, den das zivilisierte Europa in den letzten dreißig Jahren hervorgebracht hat: der Absage des griechischen Referendums. Seither befindet sich Griechenland in einem von der EU, in Vertretung der internationalen Gläubiger, verwalteten Zustand der Zahlungsunfähigkeit. Es handelt sich dabei um nichts anderes als um eine Übernahme der Kontrolle über die griechische Ökonomie in der Absicht, finanzielle Vorteile zu sichern, die sich im Falle einer 'von unten' gesteuerten Zahlungseinstellung verflüchtigt hätten.

Angesichts dieser Umstände verschoben sich die Strategien zur Profitrealisierung eines Bankenwesens, das mit schweren Bilanzungleichgewichten zu kämpfen hat, in Richtung auf ein anderes Modell. In der vorherigen Entwicklungsphase hatten sich die Kapitalflüsse zwischen der sicheren Nische deutscher Staatsanleihen und dem Hochrenditeraum der peripheren Staaten bewegt. Das vorübergehende Verschwinden dieses Raums hat das zuvor etablierte Muster durchkreuzt und die Erpressungsaktivitäten auf die Staatsverschuldung weitaus größerer Volks-

wirtschaften umgelenkt. In erster Linie handelt es sich dabei um Italien und Spanien, die zwar niedrigere Zinssätze, aber auch weitaus größere Sicherheiten als die kleinen peripheren Länder anzubieten haben. Im Zuge dieser Bewegung haben sich die Wettbewerbsrelationen zwischen den nationalen Staatsschulden in Europa verschoben und die Renditen vor allem der französischen Staatsanleihen sind plötzlich gestiegen. Letztlich ist all dies ein Ausdruck der Souveränität der Finanzmärkte: Dass die deutsche Staatsschuld „sicher“ und die griechische „unsicher“ war, beruhte auf einer einseitigen Entscheidung der Geldeigentümer – eine Entscheidungsgewalt, die allerdings von deutscher Seite befördert wurde, da diese unter den gegebenen Bedingungen den komparativen Vorteil einer entspannten und einzigartig günstigen Finanzierung ihres Kreditbedarfs genoss.

Vor dem Hintergrund dieser Reklassifizierung nationaler Staatsschulden stellen sich diverse Fragen, welche die unmittelbare Zukunft – sowohl Spaniens wie auch der gesamten EU – bestimmen werden. Die erste dieser Fragen betrifft das politische Rettungsregime: Wie lassen sich die kurzfristigen Schulden etwa der italienischen Ökonomie bezahlen, die fast sechsmal so groß ist wie die griechische, oder aber der spanischen, die immerhin die vierfache Wirtschaftskraft aufweist? In jedem Fall könnte dies angesichts der Größenordnung notwendiger Hilfsmaßnahmen nicht 'auf griechische Art' erfolgen, denn aller Wahrscheinlichkeit nach würden sich die Regierungen der zahlenden Länder populistischen Eruptionen gegenübersehen. Es müsste wohl eher eine Form permanenter finanzieller Unterstützung gefunden werden, die möglicherweise dieselben Effekte einer akuten Rettungsaktion hätte, aber deren politisches Dramatisierungspotenzial umgehen könnte. Ähnliches gälte für eine Ausdehnung des Staatsschuldenkaufs durch die EZB, die den Ansprüchen der Finanzakteure gerecht würde, ohne die nationalen Ökonomien allzu großen Kontrollen zu unterwerfen. Die deutschen Forderungen nach einer koordinierten Überwachung der nationalen Haushalte hingegen bezwecken genau dies und sind als eine Strategie zur Wiederherstellung des direkten Einflusses auf die peripheren Ökonomien zu verstehen.

Eine zweite Frage bezieht sich auf die Art und Weise, in der die Zentrumsländer Frankreich und Deutschland auf die plötzliche Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition reagieren werden. Zweifellos kann von dieser Seite ein gewichtiger politischer Wandel ausgehen. Jedenfalls ist es sehr unwahrscheinlich, dass sich Frankreich auf eine Plünderung seiner öffentlichen Finanzen einlässt, ohne dafür eine Veränderung der Finanzmarktregulierungen zu fordern – was eine gute Nachricht wäre, wenn nicht alles dafür spräche, dass auch eine solche Veränderung letztlich dem strategischen Ziel gehorchen würde, die Wettbewerbsvorteile der Zentrumsökonomien zulasten der europäischen Peripherie wiederzugewinnen. In diesem Sinne könnten die geforderten Eurobonds zu deutsch-französischen Staatsanleihen mutieren.

Was in diesem ganzen Prozess in schwindelerregendem Tempo stirbt, ist die Ideologie von Europa als zivilisatorischem Modell der Wohlfahrt, Prosperität und Modernität. Dieses ideologische Modell hat in Spanien jahrzehntelang als der große Sirengesang für die Mittelschichten funktioniert und bis vor kurzem dafür gesorgt, dass es eine Frage des allergrößten Konsenses war – ganz egal in welchem Sinne – „europäisch“ zu sein. An seine Stelle tritt mit ganzer Härte ein Meta-Staat, der seinen Bevölkerungen auf dem Wege scheinbar technischer Entscheidungen mit einem hohen Maß an Autoritarismus gegenübertritt. Dies wird dadurch verschärft, dass die europäische Einigung das einzige ausschließlich dem neoliberalen Dogma folgende Integrationsexperiment gewesen ist – was zur Folge hat, dass es nun kaum institutionelle und juristische Gegengewichte gibt. Was die Situation aber außergewöhnlich kompliziert macht ist die Tatsache, dass ein formelles Ausscheiden aus der EU weit davon entfernt ist, ein Szenario zu eröffnen, das sich von deren Schema finanzieller Macht entfernen könnte. Wie die postkolonialen Staaten nur zu gut wissen, garantiert der bloße Rückzug einer ausbeuterischen Wirtschaftsmacht keineswegs eine geringere Abhängigkeit – allzu häufig hält diese dennoch weiterhin die kolonialen Zügel in der Hand und verweigert den Kolonialisierten ihre Rechte. Die Europäische Union, geführt durch Deutschland in Vertretung der privaten Finanzinteressen, spielt nach der alten Taktik einer Nutzung nationaler Grenzen als Instrumente der Krisenbewältigung und Kostenabwälzung. Jedwede Politik der Wiederbetonung und Stärkung dieser Grenzen, auch in Gestalt monetärer Grenzen, spielt einer solchen Strategie in die Hände. Es geht also um Europa – allerdings um ein Europa, das es ausgehend von einer verfassungsgebenden Bewegung zu konstruieren gilt, für welche der spanische 15. Mai oder die Menschen auf den Plätzen Griechenlands nur einen ersten Prototyp darstellen.

*Übersetzung aus dem Englischen und Spanischen  
von Henrik Lebuhn und Stephan Lessenich*

## Literatur

- Blejer, Mario (2011): Europe is running a giant Ponzi scheme, in: *Financial Times*, 5. Mai.
- Brenner, Robert (2006): *The Economics of Global Turbulence*, London.
- Harvey, David (1989): *From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism*, in: Geografiska Annaler, Series B, Human Geography, 71. Jg., Nr. 1, S. 3-18.
- (1999): *The Limits to Capital*, London.
- Husson, Michel (2008): *Un pur capitalisme*, Lausanne.
- Naredo, José Manuel (1996): *La burbuja inmobiliario-financiera en la coyuntura económica reciente (1985-1995)*, Madrid.
- Naredo, José Manuel/Carpintero, Óscar/Marcos, Carmen (2008): *Patrimonio inmobiliario y balance nacional de la economía española 1995-2007*, Madrid.

## “Lo llaman democracia y no lo es” Eine demokratietheoretische Annäherung an die Bewegung des 15. Mai<sup>1</sup>

### 1. Einleitung

Im Verlauf der vergangenen Monate hat sich weltweit eine Reihe von gesellschaftlichen Aufständen ereignet, die zusehends ins Zentrum der medialen und politischen Öffentlichkeit gerückt ist. Während sich dabei die spanische ‘Bewegung des 15. Mai’ [spanisch: ‘*movimiento 15-M*’] zur symbolischen Referenz für andere Proteste entwickelt hat, z.B. die seit September 2011 organisierten Protestcamps von *Occupy Wall Street*, ist diese in symbolischer Hinsicht stark von den griechischen und nordafrikanischen Revolten beeinflusst. Die Bewegung des 15. Mai entsteht im Frühjahr 2011 als Antwort auf die im Zuge der Wirtschaftskrise implementierten politischen Programme zur Strukturanpassung und Haushaltskonsolidierung. Es handelt sich um eine soziale Protestbewegung, welche sich gegen die offensichtlichen Konsequenzen der Krise richtet und diese als eine Gelegenheit zur Formulierung politischer Alternativen begreift. In den Monaten von Mai bis Dezember, welche Gegenstand unserer Analyse sind, mobilisierten die Proteste hunderttausende Bürger im gesamten Staat und machten das *movimiento 15-M* zur bedeutendsten sozialen Bewegung, die Spanien seit dem in den 1970er Jahren erfolgten politischen Übergang von der Diktatur Francos zur heutigen Demokratie erlebte. Die Bewegung brachte zwei zentrale Ideen zum Ausdruck:

---

1 Dieser Beitrag entstand im Rahmen des von der Europäischen Kommission geförderten Forschungsprojekts *NEOLIBERAL\_CITI: Re-framing urban neoliberalism and neo-liberal citizenship – Enactments of resistance and practices of protest* (PERG-08-GA-2010-277115). Der spanische Titel des Textes „lo llaman democracia y no lo es“ bedeutet in sinngemäßer Übersetzung „Sie nennen es Demokratie – und das ist es nicht!“. Bei diesem Satz handelt es sich um einen der am häufigsten wiederholten Slogans, der während der unzähligen, von der Bewegung des 15. Mai organisierten Demonstrationen gerufen und gesungen wurde.

a) Eine Kritik an der 'Demokratie', die hinsichtlich Legitimation und Partizipation als unzureichend wahrgenommen und von den '*indignados*'<sup>2</sup> [die 'Empörten'] als ein abgeschottetes und die existierende soziale und politische Diversität verzerrendes Zweiparteiensystem aufgefasst wird. Hinzu kommt die Verurteilung eines von den politischen Eliten gesteuerten und von zahlreichen Korruptionsvorwürfen gegen öffentliche Mandatsträger diskreditierten politischen Systems.

b) Eine Kritik des ökonomischen Wachstumsmodells, das Spanien bei Kennziffern wie der Wohlstandsverteilung am unteren Ende der EU platziert, mit einer tertiarierten und vom Finanzsektor dominierten Ökonomie sowie einem von wachsender Prekarisierung geprägten Arbeitsmarkt, auf dem niedrige Löhne und befristete Arbeitsverhältnisse mit einer enormen Bereicherung einiger sozialer Akteure einher gehen. Zudem werden die von der Regierung nach Maßgabe der europäischen Institutionen beschlossenen strukturellen Anpassungsmaßnahmen, die auf die Reduzierung sozialer Leistungen und Ansprüche hinauslaufen, kritisiert.

Anhand dieser beiden Elemente wird im folgenden eine konzeptionelle Perspektive entwickelt, in welcher der Platz der *Puerta del Sol*<sup>3</sup> und das Protestcamp als radikal-demokratischer öffentlicher Raum der gewöhnlichen formal-demokratischen Öffentlichkeit gegenübergestellt werden – einer Öffentlichkeit, die sich im Normalfall weder in öffentlichen Räumen konstituiert, noch mit den Meinungen der Bürger abgleicht, sondern ihre eigenen, vor möglichen Konflikten geschützten Orte zur Verwaltung des Gemeinguts geschaffen hat (vgl. Espinar 2012).

## 2. Wer? Wo? Wie? Wann? – Eine Charakterisierung der Bewegung des 15. Mai

Praktisch ohne jegliche öffentliche Vorwarnung und Einbindung traditioneller Organisationen, die über Kanäle zur Mobilisierung großer gesellschaftlicher Gruppen verfügen, füllten sich am 15. Mai 2011 die spanischen Straßen und Plätze insbesondere der großen Städte mit empörten Bürgern, die mit einem vergleichsweise diffus artikulierten Diskurs die politischen Maßnahmen zur Krisenbewältigung ablehnten, den fortschreitenden Verlust gesellschaftlichen Wohlstands anprangerten und dafür die politischen und wirtschaftlichen Eliten des

---

2 Die Aktivisten des *15-M* werden im spanischen Mediendiskurs in Anlehnung an das von Stephane Hessel veröffentlichte und in spanischer Sprache '¡Indignados!' betitelte Buch „Empört Euch!“ regelmäßig als *indignados* bezeichnet.

3 Die *Puerta del Sol* ist der zentrale städtische Platz in Madrid, Sitz der Regionalregierung und der Ort, an dem im Mai und Juni 2011 die Aktivisten des 15. Mai kampierten.

Landes verantwortlich machten. An diesem Nachmittag setzte die Entwicklung einer pluralen und in weiten Teilen der Gesellschaft verankerten Protestbewegung ein, die zunächst das Unbehagen von drei Gruppen symbolisch artikulierte: der prekarierten Jugend, die erstmals seit dem Ende des spanischen Bürgerkriegs objektiv schlechtere Lebensbedingungen erwartet als ihre Elterngeneration; der Arbeitslosen, die weit mehr als 20 Prozent der aktiven Bevölkerung ausmachen und denen sukzessive empfindliche Leistungskürzungen zugemutet werden; sowie der von Zwangsräumungen betroffenen Personen und Familien, deren Zahl im Zuge der Wirtschaftskrise sprunghaft anstieg und die in vielen Fällen auch nach dem Verlust ihres Eigenheims weiter ihre Bankschulden abtragen müssen<sup>4</sup>. Doch schnell schlossen sich weitere Protestbewegungen gegen die fortschreitenden Kürzungen der öffentlichen Haushalte an, so z.B. in der Region Madrid die aufgrund ihrer grünen T-Shirts als 'grüne Flut' bezeichneten Streikenden im öffentlichen Bildungssystem oder in Katalonien die Bewegung gegen die Schließung von öffentlichen Gesundheitszentren. Die Proteste einte ein innovatives Repertoire an gemeinsamen Aktionen, in denen eine gemeinsame Sensibilität gegenüber den gesellschaftlichen Problemen sowie die vom *movimiento 15-M* salonfähig gemachte öffentliche Ablehnung jener 'Zeche', die von den gesellschaftlichen Mehrheiten für die Wirtschaftskrise gezahlt werden muss, zum Ausdruck kam. In ähnlicher Weise, wenngleich weniger sichtbar und in unterschiedlicher Intensität, erfolgte die Kommunikation und Verschränkung mit anderen sozialen Bewegungen (z.B. den Gewerkschaften<sup>5</sup>, der Bewegung für Religionsfreiheit und Laizismus, den studentischen Bewegungen<sup>6</sup>, dem Feminismus, den Initiativen zum Schutz von

- 
- 4 Die massiv gestiegene Arbeitslosigkeit hat die Zahlungsunfähigkeit einer rasch zunehmenden Zahl von Privathaushalten nach sich gezogen, die in aller Regel zur Zwangsäumung und -versteigerung ihrer Wohnimmobilien führt. Dabei ist im spanischen Hypothekenrecht die Übertragung einer Immobilie an die Bank bzw. die Zwangsversteigerung nicht mit der Stornierung des Kredits verbunden, sondern es werden lediglich 60 Prozent des aktuellen Buchwerts der Immobilie von der laufenden Kreditsumme abgezogen. Aufgrund des seit Ende 2007 anhaltenden Preisverfalls von Wohnimmobilien deckt diese Summe in der Regel nicht mehr den vollen Kredit, weshalb viele säumige Schuldner auch nach dem Verlust ihrer Wohnung verschuldet bleiben. Ein überproportional hoher Anteil der Zwangsenteignungen erfolgt in ohnehin schon benachteiligten Wohnvierteln.
  - 5 Unter anderem wurden gemeinsame Demonstrationen zwischen dem *movimiento 15-M* und der anarchistischen Gewerkschaftsbewegung organisiert, z.B. am 29. September und 27. November.
  - 6 Die Studentenbewegung war aktiv in die Vorbereitung der Demonstrationen des 15. Oktober involviert und rief am 17. November zu einem Bildungsstreik auf, um gegen die neoliberalen Universitätsreformen zu protestieren und die öffentliche Universitätsausbildung zu verteidigen.

Migranten mit irregulärem Aufenthaltsstatus<sup>7</sup>). So entwickelte sich im Verlauf der vergangenen Monate ein vielschichtiges soziales Subjekt, das unterschiedliche soziale Sektoren mit umfangreichen Forderungen durch die Konstruktion eines durch die politischen und wirtschaftlichen Eliten verkörperten gemeinsamen Gegners vereint. Außerdem gelang es der Bewegung unter dem Einbezug sozialer Medien und neuer Technologien eine alternative Öffentlichkeit zur *mass self-communication* aufzubauen, deren Kommunikationsformen sich radikal von den durch parteipolitische und/oder wirtschaftliche Interessen geprägten traditionellen Medien unterscheiden und deren *network-making power* brechen (Castells 2009).

Trotz aller Komplexität und der Abwesenheit einer gemeinsamen diskursiven Verortung der Zielsetzungen und Forderungen, auf die noch eingegangen wird, kann man einige allgegenwärtige Ausdrucksformen benennen, welche die Bewegung charakterisieren:

1. Der Kampf gegen die fortschreitende Prekarisierung der Arbeitswelt, insbesondere gegen die ausufernde Jugendarbeitslosigkeit und befristete Arbeitsverhältnisse. Im Zuge der Wirtschaftskrise hat die Jugendarbeitslosigkeit einen Rekordwert von 48 Prozent erreicht, während unbefristete Arbeitsverhältnisse nur noch eine Randerscheinung des Arbeitsmarktes darstellen – Tatsachen, welche die Herausbildung ‘prekärer’ Subjektivitäten befördern.
2. Der Kampf um das Recht auf eine würdige Wohnung, der sich am Unbehagen über die spektakuläre Zunahme von Zwangsräumungen und die hohen Immobilien- und Mietpreise festmacht. Die Besonderheit der spanischen Krise, die eng mit der zuvor geschaffenen Immobilienblase und einer ausufernden, teils gegen EU-Bestimmungen verstoßenden Immobilienspekulation zusammenhängt (Janoschka 2009), ist von den Protesten anhand der Klage gegen übertrieben hohe Mieten bei gleichzeitigem hohem Leerstand (Rodríguez/López 2011) thematisiert worden.
3. Die Forderung nach einer höheren Besteuerung und Kontrolle der Gewinne von Banken und transnational agierenden spanischen Konzernen sowie einer Finanztransaktionssteuer als Maßnahme zur Regulierung eines Wirtschafts-

---

7 Zwischen Aktivisten der Bewegung des 15. Mai und Gruppen, die in der Aufstellung von so genannten ‘Brigaden’ zum Schutz der Menschenrechte aktiv sind und die Achtung der Menschenrechte von Migranten einfordern, die Rechtsbrüche der Polizei und anderer staatlicher Akteure anprangern sowie die Schließung der überfüllten und in katastrophalen sanitären Zuständen befindlichen Abschiebegefängnisse verlangen, bestehen enge Kontakte. Im Zuge dieser Kooperation erfolgten unter anderem gemeinsame Aktionen gegen illegale Razzien und Passkontrollen (vgl. hierzu Janoschka 2012).

zweiges, dessen Handeln als fundamentale Ursache der gegenwärtigen Krise beurteilt wird.

4. Die Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere des Gesundheits- und Bildungssystems, die aufgrund der vom spanischen Staat gegenüber der EU eingegangenen Verpflichtungen zur Reduzierung des staatlichen Finanzierungsbedarfs sowie der krisenbedingt zurückgehenden Steuereinnahmen unter hohem Spardruck stehen.
5. Die Forderung nach der Einführung neuer partizipativer demokratischer Ansätze der Entscheidungsfindung (z.B. Referenden), stärkeren Maßnahmen der Kontrolle politischer Repräsentanten sowie die Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes, da das alte aufgrund seiner Resultate bezüglich der Proportionalität zwischen Wahlstimmen und Parlamentssitzen als ungerecht bewertet wird.

Während ihrer mehr als sechsmonatigen Existenz hat die Bewegung des 15. Mai sowohl in ihren Protestpraktiken als auch diskursiv erhebliche Veränderungen und Entwicklungen erlebt, von denen viele aus den in zahllosen Arbeitsgruppen und Versammlungen entstandenen inhaltlichen Debatten hervorgingen. War der Protest ursprünglich durch die Protestcamps gekennzeichnet, so haben sich im Zuge der Verlagerung zu periodischen Versammlungen in Stadtvierteln, der Organisation großer Demonstrationen sowie im Vorfeld der Parlamentswahlen des 20. November 2011 Veränderungen ergeben, welche auf eine sukzessive Ausweitung der Forderungen und Projekte hinauslaufen, so dass eine kurze Chronologie hilfreich ist.

Bei aller Spontaneität und Improvisation der Ereignisse ab dem 15. Mai, eine derart öffentlichkeitswirksame Bewegung fällt selbstverständlich nicht vom Himmel. Spätestens die seit Mai 2010 gefällten wirtschaftspolitischen Entscheidungen schufen den Nährboden für eine Reihe neuer Protestformen und -bewegungen, die sich gegen die Strategien zur Krisenbewältigung richten (Abelán 2012). Hierzu zählen unter anderem Plattformen wie *Estado del Malestar* (Unwohlfahrtsstaat), *Anonymous*, *Juventud sin Futuro* (Jugend ohne Zukunft), *No les votes* (Wähle Sie nicht!) oder *Democracia Real Ya!* (Echte Demokratie Jetzt!). Diese Plattformen unterscheiden sich von den traditionellen, im sozialen Konflikt tätigen politischen Akteuren wie z.B. den Gewerkschaften, da sie sich aus Aktivisten mit geringer politischer Erfahrung zusammensetzen und einen neuen, befreienden Diskurs entwerfen, der die politischen und wirtschaftlichen Eliten als Schuldige der Wirtschaftskrise brandmarkt. Obwohl einige Aktivisten Mitglieder traditioneller linker Kollektive und Parteien sind, vermieden die neuen Plattformen jegliche Beziehung zu den politischen Institutionen und hielten sich von partei- oder gewerkschaftspolitischen Organisationen fern. Zur Verbreitung von Demonstrationsaufrufen wurden das Internet und die sozialen Netzwerke als

zentrale Kommunikationskanäle benutzt. Dabei deckten die Aktionsformen ein breites Spektrum ab, das von dem durch Anonymous betriebenen Netzaktivismus über wöchentliche, von *Estado de Malestar* einberufene Versammlungen auf einem zentralen öffentlichen Platz bis zu mehreren von *Juventud sin Futuro* organisierten Demonstrationen reichte. Schon zu diesem Zeitpunkt besaßen die meisten Plattformen eine wachsende Präsenz in vielen spanischen Städten, blieben von der Mehrheitsgesellschaft aber weitgehend unbemerkt. Der Zusammenschluss mehrerer dieser Akteure brachte dann die Organisation einer Demonstration in 50 Städten hervor, mit dem Motto: „Echte Demokratie Jetzt! – Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankiers.“ Das Ziel dieser Demonstration lag auch darin, ganz im Sinne klassischer sozialer Bewegungen, eine sich bietende politische Gelegenheit auszunutzen (Kigdom 1995; Tarrow 1998) – nämlich die Kommunal- und Regionalwahlen, die für den 22. Mai 2011 angesetzt waren<sup>8</sup>, wohlwissend, dass sich während der heißen Phase des Wahlkampfes eine größere gesellschaftliche Politisierung ereignet und die Öffentlichkeit sensibler auf Proteste reagiert. Tatsächlich übertraf die Beteiligung am Nachmittag des 15. Mai in vielen Städten selbst optimistische Erwartungen bei weitem.

Inspiziert von der Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo entschieden sich einige Demonstranten in der Nacht vom 15. auf den 16. Mai, auf dem Platz der *Puerta del Sol*, Endpunkt des abendlichen Demonstrationszuges, zu kampieren und den Protest auf wenig orthodoxe Weise weiterzuführen. Diese kleine Gruppe von einigen Dutzend Aktivisten war es, welche der Bewegung zu einem kohärenten Gründungsmythos verhalf, diese als politischen Akteur etablierte und so das politische Szenario veränderte. Nur einen Tag später, im Anschluss an die Zwangsräumung der ersten Zelte an der *Puerta del Sol*, weiteten sich die Protestcamps auf mehr als 50 Städte aus. Diese entwickelten sich binnen weniger Tage in Orte intensiver politischer Debatten, in denen in unzähligen, von wahren Menschenmengen besuchten Versammlungen eine enorme Bandbreite politischer, sozialer und ökonomischer Themen verhandelt wurde. Die Versammlungen entwickelten sich also zum grundlegenden Pfeiler der Protestcamps, wobei sowohl die Organisation als auch die Entscheidungsfindung in den Versammlungen ohne individuelle Führung auskam und die Partizipation so inklusiv wie möglich gestaltet wurde.

Während der ersten Wochen näherten sich tausende Sympathisanten den Aktivisten der Protestcamps an, um ihre Unterstützung zu signalisieren, Meinungen auszutauschen und teils selbst als Aktivisten teilzunehmen. Dabei handelte es sich

---

8 Im spanischen Wahlkalender finden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, alle Kommunalwahlen sowie die Wahlen zu den Parlamenten von 13 der 17 mit den deutschen Bundesländern vergleichbaren *Comunidades Autónomas* am gleichen Tag statt, was die Lokal- und Regionalwahlen zum zweitwichtigsten Wahltermin macht.

um einen breiten Ausschnitt aus der spanischen Gesellschaft, von Familien mit Kindern über Rentner bis hin zu Studenten und Arbeitern, die der Bewegung so eine weit gefächerte Identität vielschichtiger sozialer Subjekte verliehen. Obwohl die Aktivitäten in jeder Stadt unterschiedlich organisiert wurden, lässt sich eine Strukturierung der Zeltlager in vielfältige Arbeitsgruppen und Kommissionen festhalten, in deren Versammlungen die politischen Debatten erfolgten. Darüber hinaus existierten organisatorische Kommissionen (Verpflegung, Logistik, Sauberkeit) sowie andere, die sich mit der Diffusion, der internen und externen Kommunikation oder Rechtsfragen beschäftigten. Die Generalversammlung war das Organ, in dem die zentralen Diskussionen abgehalten und Entscheidungen getroffen wurden. Auf der Basis der während der Demonstration des 15. Mai abgehaltenen Ansprache konzentrierten und erweiterten die Protestcamps ihre Kritik am politischen System. Wenngleich unter den Aktivisten eine Vielfalt anderer Sensibilitäten und radikalere Perspektiven verhandelt wurden, setzten sich grundlegende Diskurse durch, in denen konkrete politische Veränderungen (z.B. eine Revision des Wahlgesetzes, die Etablierung von Mechanismen der Bürgerbeteiligung) sowie wirtschaftspolitische Modifikationen (z.B. die Umverteilung des Reichtums sowie der Kosten der Wirtschaftskrise) eingefordert wurden. Exemplarisch für diese Phase ist z.B. die Blockierung aller Zugänge zum katalonischen Parlament am 15. Juni durch Aktivisten, mit der die Verabschiedung des nächsten, auf die Reduzierung der sozialen Dienstleistungen abzielenden Sparpakets verhindert werden sollte – eine ganze Reihe von Abgeordneten mussten per Hubschrauber ein- und ausgeflogen werden.

Am 19. Juni organisierte die Bewegung dann mittels der frisch gegründeten Stadtteilversammlungen landesweite Großdemonstrationen unter dem Motto: „Nein zum Euro-Pakt: Eure Krise zahlen wir nicht!“ Dieses Datum markierte einen Wendepunkt, da nun sukzessive die Protestcamps auf den zentralen Stadtplätzen abgebaut und die politischen Aktivitäten in die Stadtteilversammlungen verlagert wurden. Gleichzeitig ging mit diesem Strategiewechsel auch eine Dynamisierung der Bewegung einher, und zwar sowohl thematisch (anhand einer zunehmenden Konzentration auf wirtschaftliche Themen) als auch organisatorisch (mit der geographischen Dispersion der Proteste). In den Sommermonaten fanden praktisch tägliche Demonstrationen und Aktionen statt, die mehrfach eine scharfe Repression durch die Polizei hervorriefen. Unter anderem sind hierbei die Aktionen zum Stop von Zwangsräumungen, die im Juli erfolgenden *marchas indignadas*<sup>9</sup>, die Demonstrationen gegen die massive Subventionierung des Welt-

---

9 Die *marchas indignadas* waren wochenlange Protestmärsche, die von allen größeren spanischen Städten als Sternmarsch nach Madrid führten, wobei unterwegs hunderte Versammlungen in Dörfern und Kleinstädten organisiert wurden. Der am 23. Juli in

jugendtages in Madrid bei gleichzeitig von der Regionalregierung angekündigten tiefen finanziellen Einschnitten im Bildungssektor oder die Mobilisierung gegen die im September mittels einer Verfassungsänderung eingeführte Begrenzung des öffentlichen Defizits zu nennen.

Schließlich setzte mit den weltweiten Demonstrationen am 15. Oktober 2011 eine neue Dimension ein, welche von der Internationalisierung der Bewegung geprägt ist. Den vom *movimiento 15-M* in Zusammenarbeit mit einer ganzen Reihe von nahestehenden Plattformen unter dem Motto „Vereinigt für einen weltweiten Wandel“ einberufenen Demonstrationen folgten in 82 Ländern und 950 Städten viele Millionen Menschen, von Santiago de Chile über New York bis nach London, Paris, Berlin oder Rom – in Spanien trieb es alleine in Madrid und Barcelona jeweils mehr als eine halbe Million Bürger auf die Straßen. Die Internationalisierung wurde durch die Entstehung der *Occupy Wall Street*-Bewegung gefestigt, die zwar eine numerisch wesentlich geringere Unterstützung als in Madrid oder Barcelona erfuhr, medial aber vor allem in Deutschland wesentlich präsenter war als die spanischen Proteste.

Im Anschluss an die Demonstrationen des 15. Oktober trat das *movimiento 15-M* in eine Phase ein, die durch die Schärfung des politischen Profils, d.h. der Ziele und Forderungen, gekennzeichnet ist. Die Bewegung konzentriert sich nun auf konkrete Forderungen, unter denen das Recht auf eine Wohnung als ein besonders medienwirksames Element besticht. Nach den Protesten des 15. Oktober wurden zunächst zwei Häuser in Madrid und Barcelona besetzt, mit dem Ziel, von Zwangsräumungen betroffenen Individuen und Familien eine Unterkunft zu gewährleisten und während der Wintermonate den Kommissionen eine Möglichkeit zur Nutzung von Arbeits- und Versammlungsräumen zu geben. In den folgenden Wochen vervielfachten sich die Hausbesetzungen, und zwar sowohl in Madrid und Barcelona als auch in Städten wie Sevilla, Granada, Cádiz oder Oviedo. Und auch der alltägliche Kampf gegen die Zwangsräumungen geht mittels der Zusammenarbeit zwischen der Plattform der betroffenen Hypothekenschuldner (*Plataforma de Afectados por la Hipoteca*), dem *movimiento 15-M*<sup>10</sup> und einer Gruppe von Beratern in Wohnungsfragen weiter<sup>11</sup>. Diese hat die Konsolidierung

---

Madrid ankommende Sternmarsch besaß das Leitmotiv „Es ist keine Krise – es ist das System“ und mündete in zwei neue Protestcamps – an der *Puerta del Sol* sowie an der zentralen Museumsmeile *Paseo del Prado*.

10 Viele Stadtteilversammlungen haben spezifische Kommissionen gegründet, in denen Fragen zu Wohnungen und Immobilien erörtert werden. Diese Arbeitsgruppen koordinieren auch die Proteste und Aktivitäten, um konkrete Zwangsentlegungen zu verhindern.

11 Hierbei sticht das Wohnungsbüro in Madrid hervor, das nach der Besetzung eines leer stehenden Hotels gegründet wurde. Das Wohnungsbüro berät von Zwangsräumungen

eines weit reichenden Solidaritäts- und Unterstützungsnetzwerkes befördert, das permanente Aktionen gegen Zwangsräumungen koordiniert, die Besetzung von leer stehenden Häusern im Besitz von Banken und Immobiliengesellschaften organisiert und so die Umquartierung von enteigneten Familien vorbereitet. Gleichzeitig wird durch innovative PR-Maßnahmen eine gesellschaftliche Debatte zur Lösung der Wohnungsfrage, zum Stopp von Zwangsenteignungen, zu einer rückwirkend in Kraft tretenden gesetzlichen Änderung von Kreditverträgen oder zur Straffreiheit von Hausbesetzungen in Gang gebracht.

### 3. Eine theoretische Annäherung an die Bewegung des 15. Mai: „Lo llaman democracia y no lo es“

Eine der während der unzähligen Demonstrationen und Versammlungen der Bewegung des 15. Mai am häufigsten gerufenen Parolen lautet sinngemäß übersetzt: „Sie nennen es Demokratie – und das ist es nicht!“. Die zentrale Plattform, die zu der namensgebenden Demonstration am 15. Mai aufrief, nennt sich „Echte Demokratie jetzt!“. Und an dieser Stelle könnte eine Vielzahl von Anekdoten aufgeführt werden, wie der Begriff ‘Demokratie’ ins Zentrum des Diskurses des *movimiento 15-M* gerückt wurde. Drei zentrale Komponenten der Bewegung waren: die anti-neoliberale und damit gegen-hegemoniale Komponente wirtschaftspolitischer Forderungen; die neuartige Nutzung und Politisierung des öffentlichen Raums für das Szenario der Mobilisierungen und als territorialisierter Referenzrahmen einer radikalen Demokratie; sowie die Umdeutung des Konzepts der ‘Demokratie’. Dieses dritte Element verwandelt die Bewegung in eine einzigartige und in Spanien neuartige politische Erfahrung, die Einzug in das kollektive Bewusstsein der Bevölkerung findet und so das Mobilisierungspotenzial in erheblichem Maße steigert. Der diskursive Bezug zur ‘Demokratie’ ist dabei von der Ablehnung der regierenden politischen Eliten geprägt, deren öffentliches Bild schon vor dem Ausbruch der Proteste in erheblicher Weise ramponiert war. Dieser Diskurs strebt jedoch keinen offenen Bruch mit den demokratischen gesellschaftlichen Werten an. Er präsentiert das ‘Volk’ als soziales Subjekt und Träger dieser Werte – im Gegensatz zur politische Klasse, die sich jene widerrechtlich angeeignet und sie dann zweckentfremdet hat. So wird ein inhaltlich vages Konzept mit einer starken sozialen Legitimation verbunden und zudem als gewünschter politischer Horizont und universelles Gesellschaftsprojekt

---

betroffene Bürger in rechtlichen Fragen und ermöglicht ihre Umsiedlung in besetzte Häuser.

konstruiert – den Eliten wird hingegen der Verrat an jedwedem Projekt dieser Art vorgeworfen.

Diese These lässt sich auch seitens der an der modernen Demokratie interessierten politischen Theorie nachzeichnen, und zwar anhand der konfliktiven Beziehung zwischen Demokratie und Rechtsstaat. Während sich die Demokratie auf eigenständige, durch die Ausübung des Wahlrechts legitimierte Mehrheiten stützt, ist der Rechtsstaat eine liberale Institution, die in Konflikte mit dem Volk geraten kann (Del Águila 1995, Dahl 1992). Diese Spannung kann nur in konkreten Momenten, d.h. im Feld der Politik gelöst werden, und zwar dann, wenn sich im Handeln sozialer Mehrheiten eine weitere Spannung zwischen 'Legalität' und 'Legitimität' aufbaut. In genau diesen Zusammenhang schrieben sich die Ereignisse der ersten Welle der Mobilisierungen des *movimiento 15-M* ein, nämlich als die Protestcamps und Demonstrationen auf den geographisch und symbolisch zentralen Plätzen von verschiedenen Staatsorganen wiederholt als 'illegal' bezeichnet wurden. Die Größe der Versammlungen machte es der Staatsmacht jedoch unmöglich, Polizeigewalt gegen die Demonstranten anzuwenden.

Obwohl die Proteste die geltenden Gesetze nicht nur hinterfragen, sondern bei einer Reihe von Gelegenheiten auch bewusst überschreiten, gelingt es selbst den konservativen Medien nicht, die Bewegung als 'undemokratisch' darzustellen. Dies misslingt, obwohl in vielen anderen politischen Debatten der jeweilige Opponent als 'undemokratisch' bezeichnet wird, um ihn zu diskreditieren – eine Taktik, die grundsätzlich aus zwei Beweggründen verfolgt wird: Einerseits weil im politischen Feld (zumindest im öffentlichen Diskurs der westeuropäischen Staaten) keine Positionen existieren, die sich selbst als undemokratisch definieren. Eine derartige Situation, in der sich selbst im direkten Schlagabtausch um die politische Macht alle Akteure als Demokraten betrachten und dies zur Akzeptanz ihrer Vorschläge auch tun müssen, verweist auf den hegemonialen Charakter der Demokratie (Agamben 2010). Nur wer nachweisen kann, dass seine politischen Vorschläge demokratischer Natur sind, existiert überhaupt in der Auseinandersetzung um die politische Macht und kann seine Vorschläge in Verhandlungen einbringen, um einen Konsens zu erlangen.

Da sich andererseits alle politischen Akteure als Teil der Demokratie verstehen, wird die Bedeutung des Terminus zusehends unbestimmt – wengleich dies nicht bedeutet, dass eine demokratisch verfasste Gesellschaft etwas Beliebigen sei. Eine ganze Reihe von Verfahren, Institutionen und Mechanismen sind mit der Demokratie als Regierungstechnik eng verbunden. Aber es existiert auch eine andere Bedeutung der Demokratie, als ein erwünschtes politisches Regime, das in der kollektiven Vorstellung wirkt und nur diffus umrissen werden kann. In genau dieser Hinsicht erfreut sich die Demokratie einer eisernen Gesund-

heit, während es ihr in konkreten Aspekten oft bedeutend schwerer fällt, sich zu legitimieren. Mit anderen Worten, der gesunde Menschenverstand stimmt der Demokratie als politischem Regime zu, aber nicht notwendigerweise den konkreten, von den regierenden Politikern ausgearbeiteten Politiken. Deshalb wird den durch die Proteste des 15. Mai in Umlauf gebrachten Argumenten eine sofortige Eingliederung in den öffentlichen Diskurs zuteil; zudem fügen sie sich in eine existierende politische Gelegenheitsstruktur ein. Ohne das grundlegende Konzept, um das sich die Gesellschaft dreht, in Frage zu stellen, geschweige denn dieses zu diskreditieren, führen die Proteste zur Erosion der gouvernementalen Dispositive, und zwar mittels der Aussage, alle seien Demokraten außer diejenigen, welche die demokratische Repräsentativität zur Schau stellen.

Die Demokratie verwandelt sich demnach in einen 'flottierenden' oder 'gleitenden' Signifikanten (Laclau 2000: 297), d.h. einen Signifikanten voller symbolischer Legitimität, dessen Bedeutung aber in der kollektiven Vorstellung nicht klar und eindeutig definiert ist. Der vom *movimiento 15-M* mit der Aussage, die Demokratie sei nicht nur ein wünschenswertes System, sondern sollte intensiviert und vertieft werden, angestoßene politische Prozess beinhaltet auch eine neue Bedeutungszuschreibung für die Demokratie. Denn der vorgetragene Diskurs thematisiert das grundlegende Problem der leitenden politischen Eliten: Da sie vom Volk gewählt wurden, um die Interessen der Bevölkerung zu vertreten (da es sich hier um einen weiteren leeren oder sinnentleerten Signifikanten handelt, spielt es an dieser Stelle keine Rolle, was diese Interessen eigentlich sind), aber tatsächlich für die Interessen der ökonomischen Eliten sowie die Interessen anderer Staaten eintreten, haben sie an politischer Legitimation verloren.

Das vom *movimiento 15-M* verfochtene demokratische Modell beinhaltet auch den Rekurs auf ausgewählte zivilgesellschaftliche Rechte, die diskursiv als mit der Demokratie untrennbar verknüpft vermittelt werden. Hierbei handelt es sich beispielsweise um die Nutzung des öffentlichen Raums als konkreten Ort der Deliberation und der politischen Willensbildung, die Einbindung der öffentlichen Dienstleistungen und sozialen Rechte als Teil des demokratischen Grundverständnisses, die Wiedereroberung des Gemeinsinns und seine permanente Kontrastierung mit individualistischen Diskursen sowie die Forderung nach einer stärkeren gesellschaftlichen Umverteilung der Kapitaleinkommen. Im so definierten Signifikanten 'Demokratie' taucht demnach eine ganze Reihe von neuen Inhalten auf, die in der 'real' existierenden Demokratie keine Berücksichtigung finden. Gleichzeitig ermöglichen die aufgeworfenen Konzepte, die strategische Auseinandersetzung um die symbolische Aufladung des Signifikanten Demokratie mit spezifischen Inhalten zu verbinden, die einen dezidiert anti-neoliberalen und damit gegen-hegemonialen Charakter besitzen. Dieses partikulare, aber gesellschaftlich relevante Verständnis einer demokratischen

Staatsbürgerschaft gibt der Bewegung einen spezifischen Charakterzug mit doppeltem Sinngehalt:

Einerseits präsentiert die Bewegung des 15. Mai einen Diskurs, der im Sinne Thomas H. Marshalls (1992) die im Zuge Wirtschaftskrise erodierten sozialen Rechte als substanziellen Teil der Staatsbürgerschaft interpretiert. Die politische Forderung nach einer stärkeren Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die teils reaktive Verteidigung, teils proaktive Vertiefung der sozialen Rechte wurde neu im kollektiven Bewusstsein verankert. Andererseits taucht eine Begriffsdeutung von Staatsbürgerschaft auf, die sich weniger auf den Status anerkannter Rechte, sondern auf die Eroberung dieser im politischen Streit bezieht (Isin 2009; Tamayo 2006). Dieser Sinngehalt schreibt sich permanent in die Praktiken, den anti-neoliberalen Diskurs sowie die politischen Prinzipien der Bewegung ein, aber auf eine spezifische Art und Weise. Während Bestrebungen zur Rettung der öffentlichen Bildung und des staatlichen Gesundheitssystems oder die Forderungen nach einer Reform des Wahlgesetzes sich an das klassische Repertoire sozialer Bewegungen anlehnen, besteht eine ganze Reihe von Rechten, die vom *movimiento* explizit eher an sich gerissen denn eingefordert wurden. So wurde das Recht zur Besitznahme des öffentlichen Raums unilateral als alltägliche Praxis etabliert. Ähnliches geschieht mit den seit Oktober erfolgenden Hausbesetzungen, die einen Widerspruch zum Privatbesitz aufbauen, aber gesellschaftlich und medial legitimiert werden. Solche erdrutschartigen Verschiebungen der gesellschaftlichen Anerkennung neuer sozialer Praktiken konnten nur im Rahmen der erfolgreichen Anfechtung des politischen 'Regimes' durch die massive Mobilisierung möglich werden, welche die existierende demokratische Ordnung hinterfragt und 'mehr' Demokratie einfordert. Der Diskurs und die Strategien der Bewegung haben also ein nominal demokratisches System mit Praktiken der partizipativen Demokratie regelrecht geflutet. In diesem Sinn deckt sich der von der Bewegung verwendete Begriff von Demokratie mit der von Rancière (2012) etablierten Bedeutung 'politischer Momente', in der Demokratie dann praktiziert wird, wenn Konflikte und Antagonismen ausgelebt und die Möglichkeit des Bruchs mit der etablierten Ordnung thematisiert wird, um so den herrschenden gesellschaftlichen Konsens zu verschieben.

#### 4. Schlussfolgerungen

Die Bewegung des 15. Mai hat sich während der vergangenen Monate zu einem klar umrissenen sozialen und politischen Akteur der spanischen Öffentlichkeit entwickelt. Ihre öffentliche Inszenierung durch Protestcamps und landesweite Demonstrationen, ein auf die Verteidigung des Sozialstaates abzielender und die

politischen und wirtschaftlichen Eliten kritisierender Diskurs sowie die Abkehr von Parteien und Gewerkschaften haben ihr einen spezifischen und klar definierten Charakter verliehen. Diese Distanz ist eine Konstante, die sich im Laufe der Proteste zementiert hat und auch den zunehmenden Annäherungsversuchen der progressiven politischen Kräfte sowie der beiden großen Gewerkschaftsbewegungen widersteht. In zahlreichen Versammlungen werden Aktivisten immer wieder darauf hingewiesen, dass sie stets als Person sprechen, nicht als Vertreter von Parteien oder Gewerkschaften, auch wenn sie Mitglieder dieser sind. Auch aufgrund dieser Unabhängigkeit hat sich die Bewegung des 15. Mai zum wichtigsten Weg der Kanalisierung des in Anbetracht der unzureichenden Lösungsvorschläge der politischen und wirtschaftlichen Eliten wachsenden sozialen Unbehagens entwickelt.

Die Protestbewegung fließt zunehmend mit anderen Plattformen und politischen Subjekten zusammen und dient als Einfassung von neuen sozialen Kämpfen und befördert die Erneuerung und Aktualisierung bestehender Auseinandersetzungen, z.B. in der Solidarität mit 'irregulären' Migranten. In erster Linie aber verankert die Bewegung des 15. Mai das 'Soziale' als Priorität in der spanischen Öffentlichkeit. Nach den Jahren des von 1994 bis 2007 andauernden wirtschaftlichen Booms sind mit der Krise die vielfältigen und zuvor nur vage übertünchten sozialen Probleme wieder in den Mittelpunkt gerückt, und Fragen nach der zukünftigen Wirtschaftspolitik bestimmen nunmehr die politischen Debatten. In dieser Hinsicht hat der Protest des *15-M* eine Politisierung sozialer Bedürfnisse erreicht, die bislang in der Privatsphäre gelöst und verhandelt wurden. Durch seine Präsenz im öffentlichen Raum und seinen Einfluss auf die öffentliche Meinung haben sich zumindest ansatzweise *private soziale Bedürfnisse* in *kollektive politische Forderungen* verwandelt, mit der Konsequenz, dass die sozialen Rechte im Kontext grundlegender Verschlechterungen des Lebensstandards bedeutender Teile der Gesellschaft einen neuen und innovativ agierenden Fürsprecher gefunden haben.

Dem *movimiento 15-M* gelang es in kurzer Zeit eindrucksvoll, in die politische Szene einzudringen. Dies lässt sich durch die Attraktivität seiner Forderungen erklären, sowie durch seine Fähigkeit, diese unter dem Rekurs auf intelligente diskursive Strategien im *common sense* zu verankern. Hierunter fällt die systematische Verbindung sozialer und wirtschaftlicher Forderungen, welche den Bruch mit dem neoliberalen Zyklus verkörpern, mit einem Diskurs der demokratischen und zivilgesellschaftlichen Regenerierung eines seit Jahrzehnten unzureichend legitimierten politischen Systems.

Die Ergebnisse der am 20. November erfolgten Parlamentswahlen stellen jedoch einen Bruch der bis dahin anhaltenden Erfolgsgeschichte der Bewegung dar, was sich zurzeit insbesondere an einer sinkenden Mobilisierungskraft und

Teilnehmerzahl in den Stadtteilversammlungen niederschlägt. Obwohl die neue konservative Regierung bereits erste tiefgreifende soziale Einschnitte beschlossen hat, erschwert es die aus den Wahlen hervorgegangene absolute Parlamentsmehrheit sowie die einer neuen Regierung zugestandenen Karenzzeit dem *movimiento 15-M* momentan noch, die Frage der Legitimierung erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Der im Zuge der sich erneut vertiefenden Wirtschaftskrise bevorstehende soziale Kahlschlag lässt jedoch erwarten, dass die im Jahr 2011 erfolgten Proteste den Beginn einer längeren Periode sozialer Konflikte markieren. Ob diese aus der Bewegung des 15. Mai hervorgehen oder sich auf andere Signifikanten berufen werden, ist zurzeit noch nicht absehbar. Aus den Versammlungen des Jahres 2011 ist aber ein dichtes Netzwerk von Kommunikationsstrukturen entstanden, deren Aktivierung jederzeit möglich erscheint. Ebenso haben sich Kommunikationsformen, die an die Bewegung anschließen und im Gemeinsinn den Streit um die Bedeutung politischer Konzepte wie der Demokratie oder der Staatsbürgerschaft verankert haben, gesellschaftlich etabliert. Die grundlegende politische Herausforderung besteht dabei auch im Kampf um die Deutungshoheit des Begriffs der Demokratie, d.h. darin, den Konsens 'gegen' die Verwaltung der Demokratie durch die politischen Eliten in einen Konsens 'für' ein partizipatives und basisdemokratisches Modell zu verwandeln. Hierbei stellt sich nun die Frage, ob die Bewegung in der Lage sein wird, 'ihr' Modell von Demokratie in 'das' Modell von Demokratie zu verwandeln, und 'ihre' kollektive Identitätskonstruktion, d.h., die Bildung einer aus den 99 Prozent der Gesellschaft bestehenden Gemeinschaft, die sich mit den Interessenvertretern der sozialen Eliten konfrontiert sehen, in 'die' kollektive Identitätskonstruktion gesellschaftlicher Mehrheiten zu verwandeln.

*Übersetzung aus dem Spanischen von Michael Janoschka*

## Literatur

- Abellán, Jacobo (2012, i.Dr.): De la indignación en la red a la acción en la calle. *ACME – An International E-Journal for Critical Geographies* 11(1).
- Agamben, Giorgio (2010): Notas preliminares sobre el concepto de democracia. – et al. (Hrsg.): *Democracia en suspenso*. Casus Belli: Madrid.
- Castells, Manuel (2009): *Communication power*. Oxford University Press: Oxford.
- Dahl, Robert (1992 [1971]): *La poliarquia: participación y oposición*. Tecnos: Madrid.
- Del Águila, Rafael (1995): El centauro transmoderno: liberalismo y democracia en la democracia liberal. Vallespín, Fernando (Hrsg.): *Historia de la teoría política*. Alianza, Madrid.
- Espinar, Ramón (2012, i.Dr.): El espacio público como escenario de la pugna por la legitimidad democrática: el caso del debate alternativo sobre el Estado de la Nación en el Movimiento 15-M. *ACME – An International E-Journal for Critical Geographies* 11(1).
- Isin, Engin F. (2009): Citizenship in flux: The figure of the activist citizen. *Subjectivity* 29: 367-388.

- Janoschka, Michael (2009): *Konstruktion europäischer Identitäten in räumlich-politischen Konfikten*. Steiner-Verlag: Stuttgart.
- (2012, i.Dr.): Migration geographies of the #spanishrevolution: Cracking capitalism through acts of citizenship and politics of place. *ACME – An International E-Journal for Critical Geographies* 11(1).
- Kingdom, John W. (1995): *Agenda, alternatives and Public Policies*. Addison Wesley Longman: New York.
- Laclau, Ernesto (2000): *Construyendo la universalidad*. Butler, Judith; Laclau, Ernesto; Zizek, Slavoj: *Contingencia, hegemonía, universalidad*, Fondo de Cultura Económica, Buenos Aires.
- Marshall, Thomas H. (1992): *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*. Übersetzt von Elmar Rieger. Campus, Frankfurt am Main 1992.
- Rancière, Jacques (2012): *Momentos políticos. Capital Intelectual*: Madrid
- Rodríguez, Emmanuel; López, Isidro (2011): *Fin de ciclo. Financiarización, territorio y sociedad de propietarios en la onda larga del capitalismo hispano (1959-2010)*. Traficantes de sueños, Madrid.
- Tamayo, Sergio (2006): Espacios de ciudadanía, espacios de conflicto. *Sociológica* 61:11-40.
- Tarrow, Sidney (2004): *El poder en movimiento*. Alianza editorial: Madrid.

## VSA: Krisen & Bewusstseinsformen



152 Seiten | € 12.80  
 ISBN 978-3-89965-453-0  
 Eine Analyse von Interviews  
 mit Krisen-Betroffenen.



240 Seiten | € 19.80  
 ISBN 978-3-89965-511-7  
 Zehn hochaktuelle Länderfall-  
 studien zu Krisenverläufen.



Harveys Untersuchung von  
 Kapitalakkumulation und  
 Revolten in den Städten.  
 Sozialismus-Supplement  
 2/2012 | 44 Seiten | € 4.20  
 ISBN 978-3-89965-965-8

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

Blätter für  
deutsche und  
internationale  
Politik

# Große Köpfe für große Fragen

Jürgen **Habermas** · Saskia **Sassen**

Peter **Bofinger** · Seyla **Benhabib**

Jens **Reich** · Katajun **Amirpur**

Norman **Birnbaum** · Micha **Brumlik**

Rudolf **Hickel** · Claus **Leggewie**

Friedrich **Schorlemmer**

Dies sind nur 11 von 22 Herausgebern der »Blätter«.

Lernen Sie auch die anderen kennen –  
und viele weitere kluge Köpfe.

Die »Blätter« – Monat für Monat 128 Seiten mit Biss.



Bestellen Sie ein Probeabo: Zwei Monate für nur 10 Euro  
[www.blaetter.de](http://www.blaetter.de) | [abo@blaetter.de](mailto:abo@blaetter.de) | 030/3088-3644

## Zur symbolischen Rückeroberung und Politisierung des öffentlichen Raums<sup>1</sup>

### Eine Analyse der Raumpolitiken des *movimiento 15-M*

#### 1. Einleitung

Tahrir – Syntagma – Puerta del Sol: drei symbolisch bedeutsame und miteinander verknüpfte räumliche Referenzpunkte der internationalen Protestbewegungen des Jahres 2011 – drei Repräsentationen der aufbrechenden Risse im Kapitalismus – drei Beispiele für *acts of citizenship*<sup>2</sup>, die weiterführende Überlegungen zu den gegenwärtigen Entwicklungen eines bedeutsamen politikwissenschaftlichen Begriffs in einer von vielfältigen identitätspolitischen Zuschreibungen geprägten und neuartigen sozialen Bewegungen aufgerüttelten Welt erlauben. Trotz aller Differenzen zwischen dem arabischen Frühling und den südeuropäischen Protestbewegungen lassen sich drei gemeinsame Aspekte festhalten: *Erstens* reagieren sie auf die tiefgreifenden Brüche im Finanzkapitalismus und wenden sich gegen vermeintlich alternativlose Lösungen seiner Krise, die pikanterweise die ökonomischen und politischen Eliten begünstigen, während von den Anpassungsmaßnahmen in erster Linie die gesellschaftlichen Mehrheiten betroffen sind. *Zweitens* haben sie sozialpolitische Forderungen, die eine andere Art der Krisenbewältigung einklagen, mit dem Verlangen nach neuen Formen der demokratischen Willensfindung im Zeitalter delokalisierte politischer Kommunikation verknüpft<sup>3</sup>. *Drittens* konstituieren sie neue Ausdrucksformen

- 
- 1 Dieser Beitrag entstand im Rahmen des von der Europäischen Kommission geförderten Forschungsprojekts *NEOLIBERAL\_CITY: Re-framing urban neoliberalism and neo-liberal citizenship – Enactments of resistance and practices of protest* (PERG-08-GA-2010-277115).
  - 2 Da dieser Text an konzeptionelle Debatten der angelsächsischen *Citizenship Studies* anknüpft, wird nachfolgend überwiegend der englische Begriff *citizenship* verwendet. Damit wird die in deutscher Sprache anders gelagerte, stärker auf die Rolle des Staates fixierte und im Kontext des *movimiento 15-M* eher hinderliche Bedeutungszuschreibung von Termini wie Bürgerschaft, Staatsbürgerschaft oder Staatsangehörigkeit umgangen.
  - 3 Vgl. hierzu den Beitrag von Espinar/Abellán in diesem Heft sowie Espinar 2012.

politischen Protests, in denen sich die Mobilisierung gleichzeitig in 'virtuellen' sozialen Netzwerken und an konkreten, symbolisch bedeutsamen städtischen Orten kristallisiert<sup>4</sup>. Shahyar (2011) zufolge nähren sich die Revolten zudem aus der Unzufriedenheit 'avantgardistischer' sozialer Milieus, d.h. von erwerbslosen jungen Menschen mit weiterführenden Bildungsabschlüssen<sup>5</sup>. Genau dieses neue 'ökonomische Prekariat' verfügt aber nicht nur über ein ausgeprägtes Sozialkapital und Organisationstalent, sondern besitzt aufgrund fehlender Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt auch Motive und zeitliche Ressourcen zur Begründung neuer sozialer Bewegungen.

In Anbetracht eines neuartigen Panoramas sozialer Auseinandersetzungen, das sich seit Beginn des Jahres 2011 zunehmend globalisierte, stellt sich nunmehr die Frage, wie eine kritische Sozialwissenschaft im Schnittpunkt von Stadtgeographie und Politischer Theorie zum Verständnis und zur Konzeptualisierung des gegenwärtigen Widerstreits beitragen kann. In Bezug auf das *movimiento 15-M*<sup>6</sup> kann dabei in erster Linie das sprichwörtliche 'Hereinbrechen' emanzipatorischer Kämpfe in die spanische Öffentlichkeit konstatiert werden, welche sich anhand neuer *politics of place* (Amin 2004; Massey 2004) manifestieren. In dieser relationalen Konzeption von *place* sind Orte Gegenstand machtvoller Diskurse und spielen für politische Bewegungen eine grundlegende Rolle (Leitner et al. 2008). Im konkreten Fall wird die soziale Bewegung durch die symbolische Verknüpfung der Auseinandersetzungen mit dem Signifikanten des Platzes der *Puerta del Sol* inszeniert; die Bedeutungen, die durch diese Verknüpfung entstehen, werden im weiteren Verlauf der Proteste auf die zahllosen öffentlichen Plätze und Straßen, auf denen Stadtteilversammlungen und andere Zusammenkünfte organisiert werden, übertragen. Das *movimiento 15-M* verkörpert einen radikalen Wandel der Öffentlichkeit. Dieser erfolgt durch die Rückeroberung und Politisierung des öffentlichen Raums – eines Raums, der sich im Zuge der neoliberalen Pro-

---

4 Zur Rolle der sozialen Netzwerke in der Entwicklung des *movimiento 15-M* vgl. Hughes 2011 und Abellán 2012.

5 Während die allgemeine Jugendarbeitslosigkeit in Spanien mittlerweile die Marke von 48 Prozent erreicht, beträgt sie selbst unter jungen Universitätsabsolventen erschreckende 36 Prozent, bei einem landesweiten Durchschnitt von über 23 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung.

6 In diesem Artikel wird die Bezeichnung *movimiento 15-M* verwendet, obwohl der Begriff gleichzeitig eine medial konstruierte Homogenisierung eines vielschichtigen Phänomens darstellt. Die Stärke der 'Marke' *15-M* liegt jedoch darin, dass mit diesem Signifikanten gleichzeitig alles und nichts bezeichnet werden kann und so eine identitätspolitische Gruppenkonstruktion ermöglicht wird.

7 Die *Puerta del Sol* ist der zentrale städtische Platz in Madrid, Sitz der Regionalregierung und der Ort, an dem im Mai und Juni 2011 die Aktivisten des 15. Mai campierten.

duktion des Städtischen zusehends zu einer Restkategorie des Immobiliensektors sowie zum physischen Ort 'kontrollierter' und gewinnorientierter Tätigkeiten entwickelt hatte.

Im Folgenden werden zunächst am Beispiel der spanischen Städte die vielfältigen Logiken der Raumproduktion im neoliberalen Zeitalter sowie die daraus resultierende Transformation des öffentlichen Raums verhandelt. Darauf aufbauend wird eine Interpretation der gegenhegemonialen Raumpolitiken der Bewegung des 15. Mai vorgenommen, die sich auf Engin Isins (2008, 2009) Konzeptualisierung von *acts of citizenship* stützt und die Schaffung einer neuen Form der Öffentlichkeit und des öffentlichen Raums durch bewusste Gehorsamsverweigerung, ja mutwillige Überschreitung von Normen und Gesetzen hervorhebt. Die in vielen spanischen Städten verwirklichten mehrwöchigen Zeltlager des Frühsommers 2011, im öffentlichen Raum abgehaltene Versammlungen sowie die seit Oktober 2011 vollzogenen Hausbesetzungen können aus dieser Perspektive als neu geschaffene *spaces of citizenship* analysiert werden, in denen sich auf die Rückeroberung des öffentlichen Raums und die Rekonstruktion einer politischen und politisierten Öffentlichkeit abzielende Raumpolitiken konsolidieren und eine andere Art der Politik eingefordert wird.

## 2. Zur Raumproduktion im neoliberalen Zeitalter – Öffentlichkeit und öffentlicher Raum in der Defensive

Ein zentraler Aspekt der Stadtpolitiken im neoliberalen Zeitalter besteht in der Durchsetzung und Diffusion neuer Regulationen, Programme und Mikropolitiken, die aus einer ökonomischen Perspektive die Stadt 'in Wert' setzen und sie so rekonfigurieren. In grundsätzlicher Hinsicht lassen sich die Konsequenzen dieser Politiken unter dem Stichwort einer primär an privatwirtschaftlichen Interessen ausgerichteten Verwaltung sowie der damit verbundenen zunehmenden Vermarktung der Städte fassen, unter die auch die weitreichende Deregulierung und Privatisierung städtischer Dienstleistungen fällt (Janoschka 2011). Diese neoliberale Strukturreform des städtischen Raums erfolgt in aller Regel zu Ungunsten ohnehin benachteiligter Bevölkerungsgruppen und treibt deren Expulsion voran (Smith 1996), wobei der Rekurs auf die Marktlogik die Reproduktion sozialer Strukturen sowie der in ihnen zum Ausdruck kommenden Raumnutzungen befördert.

In vielfältigen Debatten ist darauf hingewiesen worden, dass der öffentliche Raum nicht nur ein geographisches, architektonisches und damit genuin städtisches Konzept darstellt, sondern eng mit den Strukturationsprinzipien der politischen Öffentlichkeit verbunden ist (Habermas 1990; Benhabib 1991;

Howell 1993). Als Ort der freien Meinungsäußerung und der politischen Deliberation, für alle Bürger zugänglich, hat der öffentliche Raum aber spätestens im Zuge der neoliberalen Restrukturierung der Städte ausgedient. Unter der liberalen Vorstellung eines öffentlichen Raums versteckt sich nurmehr eine scheinbare Gleichheit in Bezug auf die Nutzungs- und Aneignungsmöglichkeiten durch unterschiedliche soziale Gruppen. Delgado (2011) zufolge hat sich der öffentliche Raum in einen politisch sinnentleerten Ort verwandelt, der nur noch innerhalb des von Investoren und öffentlichen Verwaltungen vorgegebenen Rahmens angeeignet werden kann; ein Rahmen, in dem die politische Deliberation ebenso wie der Ausdruck von Differenz nicht vorgesehen ist. In diesem Sinne haben sich öffentliche Räume zusehends in aseptische Orte verwandelt, in denen Präventionsmaßnahmen und Überwachungsstrategien angewendet und unter Berufung auf Sicherheit soziale Kontrollmechanismen organisiert werden (Wehrheim 2002). Traditionell verankerte und alternative Nutzungsmuster werden so unterbunden, und die mit der Disziplinierung gepaarte Ökonomisierung leistet weiteren Transformationen wie der Gentrifizierung Vorschub (Low, Smith 2006; Lees et al. 2008). Aus einer anderen Perspektive kann dies auch als Implementierung von Techniken der Klassenherrschaft interpretiert werden (Brenner et al. 2010; Garnier 2011).

Derartige Prozesse sind mittlerweile dermaßen normalisiert, dass sie außerhalb kritischer sozialwissenschaftlicher Analysen kaum noch wahrgenommen werden. Doch die Bürger auf den Terrassen und die auf Bänken, diejenigen, die in die Boutiquen eintreten und dort einkaufen, und diejenigen, die diese Geschäfte kaum wahrnehmen, repräsentieren zwei diametral entgegengesetzte Modelle von *citizenship*. Die Kontrollarchitektur reguliert die möglichen Begegnungen, verhindert diese, beherrscht die Interaktionen und diszipliniert die Körper. Gleichzeitig ist es zunehmend der Bürger selbst, der unbewusst als Polizist eingesetzt wird, eine Mikroüberwachung praktiziert und so hilft, die städtischen Räume aufzuwerten. Diese Logik ist es, die im Mittelpunkt des neoliberalen städtischen Projekts steht: distinktiver Konsum als Dreh- und Angelpunkt der Reproduktion von hedonistisch und narzisstisch geprägten sozialen Feldern. Auch die Raumproduktion bleibt von dieser Logik nicht unberührt, im Gegenteil, sie ist materieller Ausdruck der sozialen Reproduktion und Inszenierung an spezifischen Orten. In dem Versuch, Geselligkeit in architektonische Formen zu fassen, werden die Orte der Begegnung vorgestaltet, in einem Versuch, das Unvorhersehbare zu verwalten. Diese Gestaltung ist im Sinne Foucaults (1990) als ein Bündel von Technologien zu begreifen: Technologien der Produktion, mit deren Hilfe Dinge verändert und manipuliert werden; Technologien der Zeichensysteme, welche die Verwendung von Zeichen, Symbolen und Sinngehalt ermöglichen; Technologien der Macht, mit denen das Verhalten von Individuen

konditioniert und in Richtung bestimmter Ziele gesteuert wird; Technologien des Individuums, die Bürgern bestimmte Gedanken und Verhaltensweisen zur Erfüllung bestimmter Zielsetzungen vorgeben. Diese Kategorisierungen eröffnen unterschiedliche Möglichkeitsräume: die Unterwerfung unter die Regierung und gelenktes Verhalten; oder die Ablehnung, Verweigerung und Rebellion. Aus der zweiten Alternative entwickelt Foucault ein Verständnis, demzufolge diejenigen, die sich der Disziplinierung verweigern und sich gegen diese auflehnen, sich nicht auf die Kritik von Institutionen beschränken sollen: Es handelt sich um die herrschende politische Rationalität, die kritisch hinterfragt und auf den Prüfstand gestellt werden soll.

### 3. Macht und Gegenmacht: *Acts of citizenship, spaces of citizenship*

Die zuvor geschilderte, der Raumproduktion inhärente Beziehung, Macht zu beherbergen und zum Ausdruck zu bringen, wird durch den Verweis auf die symbolischen Dimensionen von Orten oder die *politics of place* deutlicher. Der Prozess der Herstellung von Orten ist ein interessanter Analyserahmen, in dem die Aufdeckung besonderer Konstellationen von Bedeutungen, Ästhetik, Werten und naturalisierter sozialer Vorschriften erfolgen kann. Politische Bewegungen streben eine Veränderung der Bedeutungszuschreibungen symbolisch wichtiger Orte an und stimulieren so die Produktion neuer, strategisch aufgeladener Orte, die ihren eigenen Projektionen, Prioritäten und Vorstellungen entsprechen (Leitner et al. 2008). In Bezug auf die Bewegung des 15. Mai lässt sich zeigen, wie die *politics of place* zur symbolischen Rückeroberung von Räumen und Orten verwendet werden. So wurde die *Puerta del Sol*, ein touristisch und kommerziell geprägter Ort in der Mitte der zentralen Einkaufsstraßen der spanischen Hauptstadt, in das politische Zentrum der Bewegung verwandelt und so die deliberative demokratische Funktion von Öffentlichkeit im öffentlichen Raum zurückerobert.

Diese Rückeroberung und Politisierung des öffentlichen Raums, die nicht nur für die *Puerta del Sol*, sondern auch eine Vielzahl anderer Plätze und Straßen, die zur Bühne von Demonstrationen und Versammlungen wurden, charakteristisch ist, kann nun konzeptionell aus der Perspektive der Konstruktionsprinzipien von *citizenship* betrachtet werden. Dabei knüpfen wir an Debatten der politischen Philosophie an, in denen die Veränderungen der Staatsbürgerschaft [*citizenship*] in globalisierten Gesellschaften verhandelt werden. Unter anderem werden darin die tradierten Vorstellungen über die Rollenverteilung in Staat und Gesellschaft (Marshall 1950; Arendt 1958) kritisiert und gleichzeitig die praktischen und alltagsweltlichen Dimensionen einer angewandten und sozial konstruierten *citi-*

*zenship* betont (Isin/Wood 1999; Ong 2006). Diese Sichtweise negiert nicht die Rechte und Pflichten von Bürgern – sie erweitert die theoretischen Perspektiven, um Antworten auf die veränderten Bedingungen sozialer und politischer Zugehörigkeit in einer transnational organisierten Weltgesellschaft zu finden (Barnett 2003; Low 2004). Angereichert um kulturelle, ökonomische und symbolische Praktiken kann ein in Zeit und Raum formbares Konzept entworfen werden, auf das strategisch rekurriert wird, um die Forderungen sozialer Gruppen zu stützen, anzuerkennen und auszuweiten. In Bezug auf die Bewegung des 15. Mai wollen wir diese Perspektive schärfen und an ihr eine Art von *citizenship* diskutieren, die partizipativ, fließend, als Ausdruck identitätspolitischer Positionierungen gedacht wird und sich als performativer Akt in der gesellschaftlichen Praxis artikuliert. So gedacht, ist *citizenship* ein Objekt der permanenten Auseinandersetzung und Aushandlung, eine Praxis und eine Fähigkeit zu agieren (Rose 2001).

Wenn die Akte der Rebellion des *movimiento 15-M* aus dieser Perspektive gedacht werden, so lässt sich eine theoretisch fundierte Antwort entwerfen, in der sich die Debatten zu Raum und Räumlichkeit einfügen. So kann insbesondere die konfliktive Perspektive von *citizenship* geschärft werden, und zwar unter Berücksichtigung der politischen Konflikte, die seit der Besetzung der *Puerta del Sol* entstanden sind und die neue Akteure, Orte und Skalen von *citizenship* geschaffen haben (Isin 2009). In den politischen Akten des *movimiento 15-M* konstituieren sich neue Akteure als Subjekte, die klare Forderungen aussprechen, und zwar unter Referenz auf symbolisch aufgeladene Orte. Allmählich weicht so die Machtrelation zwischen Bürger und Staat auf; sie wird neu entworfen, und zwar anhand einer Art von *citizenship*, die sich auf die spezifischen Akte konzentriert, in denen neue Ansprüche erhoben werden (Isin 2008). Diese *acts of citizenship* basieren als konstitutiver Prozess einer neuen Bürgerschaft primär auf den erwähnten Brüchen, Zerrüttungen und Abweichungen, wobei die Erkundung der Formen, anhand derer *citizenship* als relationales Konzept entwickelt wird, in den Mittelpunkt der Betrachtungen gerückt wird (Aradau et al. 2010). Solch eine radikale Relationalität impliziert, dass die Ausdrucksformen (Akte), die Orte und die Skalen der Identifikation von *citizenship* substanziell anders als die hegemoniale Organisation der Welt geartet sind. Die Bürger werden demnach als sich im Konflikt, in den politischen Prozessen und sinnstiftenden Akten erst konstituierende Subjekte betrachtet. Hierbei wird der Fokus auf die mit den Routinen und alltäglichen Praktiken brechende Akte gelegt.

Unter Bezugnahme auf Tamayo (2006) lässt sich darauf aufbauend argumentieren, dass sich die Kämpfe zur Durchsetzung neuer Rechte in den grundlegenden Motor des politischen und sozialen Wandels verwandelt haben und es die symbolischen Kampfhandlungen sind, in denen sich die Subjekte in das verwandeln, was Isin als *activist citizen* bezeichnet. In den umkämpften Aneignungen

und Rückeroberungen des öffentlichen Raums entstehen neue *spaces of citizenship* – Räume, die gleichzeitig objektive (physische) und subjektive (gemeinschaftliche) Dimensionen beinhalten. So wird dem Konzept der *citizenship* eine Komplexität verliehen, in der gleichzeitig auf Dimensionen von Räumlichkeit und Macht verwiesen wird. Wie in den nachfolgenden Betrachtungen zum *movimiento 15-M* nun weiter ausgeführt wird, kann so eine relationale räumliche Komponente in die Umdeutung von *citizenship* als Resultat sozialer Kämpfe eingeführt werden.

#### 4. *Movimiento 15-M* und der öffentliche Raum: *Acts of Citizenship* und die Umdeutung von Raumpolitiken

Im Anschluss an die namensgebende Demonstration des 15. Mai waren es eine handvoll Aktivist:innen, die an der *Puerta del Sol* in improvisierten Zelten übernachteten – erst die einen Tag später erfolgende Räumung des Platzes motivierte die Solidarität und Empörung und stellt die Grundlage der spontanen Eroberung des Platzes durch die Bevölkerung dar. In einer raschen und konzertierten Aktion forderten die Aktivist:innen unterschiedlicher sozialer Bewegungen nun im öffentlichen Raum dessen politische Dimension ein und eroberten Räume der Begegnung, Debatten, Proteste, welche in die Schaffung neuer Subjektivitäten münden. In kürzester Zeit wurde eine beispiellose logistische Aktion vollbracht, in der die Grundlage einer ‘Stadt’ des Widerstands errichtet wurde, mit thematischen Kommissionen, die politische, aber auch spielerische Aktivitäten organisierten. Dieser erste Moment begründete das *movimiento 15-M* und öffnete den Weg zu einer Neudefinierung und Rückeroberung des öffentlichen Raums und einer politischen Öffentlichkeit, die hier in zwei Dimensionen analysiert werden soll: einerseits die Umdeutung der im öffentlichen Raum normalisierten Praktiken sowie die Rückeroberung des öffentlichen Raums durch die politische Öffentlichkeit und andererseits die Schaffung neuer öffentlicher Räume zur Reartikulierung des Gemeinsinns.

Die Rückeroberung des öffentlichen Raums ist anhand des Protestcamps sowie der ab Mitte Juni einsetzenden, auf öffentlichen Plätzen abgehaltenen Stadtteilversammlungen nachvollziehbar. Die Bewegung des 15. Mai zeugt von dem subversiven, latent vorhandenen Widerstand gegen die gesellschaftlichen Disziplinierungsversuche. Sie verwandelt Straßen und Plätze in ‘echte’ öffentliche Räume, in denen nicht nur Politik, sondern auch das übrige soziale Leben stattfindet und gegessen, getrunken, gefeiert, diskutiert, gespielt und gelesen wird und neue Formen von Gemeinschaft erprobt werden. Dabei spielt die Regierungspolitik der Bewegung mit zweifelhaften Entscheidungen in die Hand. Jeder Versuch, die Bewegung zu stigmatisieren, zu illegalisieren oder

Demonstrationen zu verbieten, multipliziert in einer an offene Revolte gegen die disziplinierende Staatsgewalt grenzenden Empörung die Zahl derer, die das Protestcamp frequentieren und mit der Bewegung sympathisieren. Diese Akte der Rebellion erzeugen neue Identitäten von Kollektivsubjekten und begründen den gesellschaftlich bis heute relevanten Mythos des *movimiento 15-M*. Nachdem diese Praktiken über Wochen an der *Puerta del Sol* sowie auf den umliegenden Plätzen und Straßen, die ebenfalls in Versammlungsorte verwandelt und unter dem Bruch konventioneller Raum-Zeit-Schemata eingeübt worden sind, erfolgte in einem zweiten Schritt dann die Eroberung der Stadtteile. In einer zentrifugalen Bewegung wurden die Logiken des bis dahin zentralisierten, aber in Zeit und Raum nicht dauerhaft möglichen Protestcamps auf die gesamte Stadtregion ausgeweitet und eine Politisierung des öffentlichen Raums in traditionellen Stadtvierteln, in unmenschlichen Neubausiedlungen der urbanen Peripherie, in suburbanen Einfamilienhaussiedlungen und entfernten Dörfern erreicht. Die Vertiefung der horizontalen Demokratie in den Stadtteilen, nach Prinzipien, die auf dem Platz der *Puerta del Sol* kollektiv erarbeitet und erprobt worden sind, entspricht der Artikulation neuer Dimensionen der *acts of citizenship* sowie der Schaffung neuer Akteure mit Referenz auf ortsbezogene Politiken. Auf diesem Wege erfolgt eine Territorialisierung kollektiver Identitäten, die sich in räumlich eingebetteten Forderungen nach lokaler Demokratie niederschlagen. So wurden konkrete stadtpolitische Ansprüche an die lokalen Lebensbedingungen und den kollektiven Konsum in eine soziale Bewegung integriert, die eine neuartige Konzeption von Öffentlichkeit in alltäglichen Denk- und Handlungsschemata zum Ausdruck bringt. Vor dem Hintergrund, dass die gebaute Stadt ein Ausdruck konfliktiver Interessen von Akteuren mit antagonistischen sozialen Positionen ist (Sequera 2009, 2011), stellen die neuen Formen basisorientierter Debatten bei im öffentlichen Raum stattfindenden Stadtteilversammlungen eine Erweiterung der demokratischen Rechte dar, die erst durch die bewusste Überschreitung gesetzter Grenzen, d.h., durch *acts of citizenship* erkämpft wurde. Gleichzeitig sind es die seit Monaten stattfindenden Versammlungen, in denen sich eine zunehmende programmatische Positionierung der Bewegung entwickelt.

Aus den Orten einer eingeübten radikalen Demokratie, die in den Stadtteilversammlungen zum Ausdruck gebracht wird, erwächst eine Reihe weiterer kollektiver Aktionen – uns interessieren hierbei insbesondere diejenigen, die sich gegen eine spezifische Konsequenz der spanischen Wirtschaftskrise richten, nämlich die Zwangsversteigerungen sowie den spekulativen Leerstand von Wohnungen und Häusern. Während allein in der Region Madrid seit Beginn der Krise mehr als 50.000 Zwangsversteigerungen und Wohnungsräumungen durchgesetzt wurden, stehen gleichzeitig über 300.000 Wohnungen leer. Mit dem Verweis auf das 'Recht auf Stadt' sowie das in der spanischen Verfassung

festgeschriebene 'Recht auf eine angemessene Wohnung' wird ab dem Herbst 2011 eine zunehmende Zahl von Gebäuden besetzt und zu vom kapitalistischen Zwang 'befreiten' Orten erklärt. Die Besetzungen richten sich in erster Linie gegen die Spekulation mit Wohnraum, weshalb vor allem leerstehende, im Besitz von Banken und Immobilienfirmen befindliche Gebäude ausgewählt werden. Als erstes Objekt wurde in Madrid ein leer stehendes Hotel besetzt, 300 Meter von der *Puerta del Sol* entfernt und in direkter Nachbarschaft des regionalen Wirtschaftsministeriums. Die medienwirksam inszenierte Besetzung des Hotels erfolgte im Anschluss an die mit 500.000 Demonstranten bis dato massivste Kundgebung am 15. Oktober und markierte einen Wendepunkt der Bewegung. Im Vorfeld der anstehenden Wahlen wurde hier ein Machtvakuum ausgenutzt, um eine neue Strategie des Widerstands zu erproben und zu etablieren. Im Hotel erhielten sukzessive mehr als 100 zwangsenteignete Familien eine temporäre Behausung, und es gelang zudem, eine im Gesetzbuch als Straftat gebrandmarkte Aktivität gesellschaftlich zu legitimieren. Gleichzeitig wurde ein den Witterungsbedingungen im Herbst angemessener Ort zur Durchführung von Versammlungen und Kommissionssitzungen geschaffen und der Bewegung ein neues symbolträchtiges 'Zuhause' verliehen. Im 'Hotel Madrid' lag auch die Keimzelle des neu gegründeten Wohnungsbüros, das von Zwangsenteignungen betroffenen Bürgern als Anlaufstelle dient und diese in der Mehrzahl unpolitischen Individuen auch in Fragen der Selbstorganisation und Vorbereitung neuer Hausbesetzungen schult. Mittels dieser Vorbereitung breiteten sich die Hausbesetzungen seit Ende Oktober landesweit aus, und auch in vielen Stadtteilen und Umlandgemeinden Madrids wurde sukzessive eine ganze Reihe von Gebäuden besetzt, unter anderem leer stehende Markthallen oder Gebäude in öffentlicher Hand. In Galapagar wurde z.B. ein aufgegebenes Gesundheitszentrum besetzt, um gegen den Abriss des im Eigentum der Gemeinde befindlichen Gebäudes und die geplante Errichtung eines Einkaufszentrums zu protestieren. In aller Regel kamen bei den Besetzungen zwei unterschiedliche Strategien zum Einsatz: In medienwirksamen Besetzungen im Stadtzentrum werden vor allem Gebäude besetzt, um auf die Mechanismen der Spekulation hinzuweisen und sich symbolisch bedeutende Orte anzueignen, während in den Stadtteilen eher die Besetzung von Gebäuden erfolgt, um dort zwangsenteignete Bewohner unterzubringen.

Im Gegensatz zu früheren Hausbesetzungen richtet sich diese selbstverständlich nicht gesetzeskonforme Vorgehensweise vor allem an ganz 'normale', von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen sowie den Vorkommnissen der vergangenen Monate empörte Bürger, die sukzessive aktiv wurden und sich radikalisierten. Die Besetzungen lassen sich als Schaffung neuer *spaces of citizenship* bezeichnen, als Akte des Widerstands gegen ein wirtschaftliches und politisches System, dem es zunehmend an gesellschaftlicher Legitimation mangelt. Dabei

unterstreicht die Tatsache, dass es sich bei den neuen Aktivisten größtenteils um vormals unpolitische Personen handelt (Martínez/García 2012), wie die im öffentlichen Raum erprobte Politisierung und provokative Überschreitung von Regeln und Gesetzen zur gesellschaftlich legitimierten Neuformulierung dessen führt, was als 'Gemeingut' angesehen wird. Allerdings wird spätestens seit Mitte Dezember auch in Bezug auf die zahlreichen Hausbesetzungen die wesentlich repressivere Politik der neuen konservativen Regierung sichtbar. Die von der Zentralregierung eingesetzte neue *Delegada del Gobierno* in Madrid, welche die Hoheit über die Nationalpolizei besitzt, verfolgt eine wesentlich härtere Vorgehensweise gegenüber den Mobilisierungen des *movimiento 15-M*. So wurden jüngere Protestaktionen mit ausufernder Polizeigewalt beantwortet, den Teilnehmern von Versammlungen an der *Puerta del Sol* wurden Bußgelder angedroht, und es wurde versucht, die Bewegung diskursiv zu delegitimieren und sie als linksextremistische Randerscheinung zu bezeichnen. Auch den Hausbesetzern fällt es in diesem Zusammenhang schwerer, die eroberten *spaces of citizenship* zu verteidigen – so wurde das Hotel Madrid am 50. Tag seines Bestehens von Hundertschaften der Polizei geräumt. Gleichzeitig findet die Bewegung aber immer wieder neue Ausdrucksformen und Orte zur (Wieder-)Herstellung neuer subversiver Praktiken und *acts of citizenship*, wie der Slogan 'eine Räumung – eine neue Besetzung' unterstreicht.

## 5. Fazit

Der Bewegung des 15. Mai ist es gelungen, das Machtgefüge zwischen Staat und Gesellschaft neu auszutarieren und die Beziehung zwischen Bevölkerung, Territorium und Regierung mit neuen Inhalten zu füllen. Dies gelang durch die Etablierung subversiver *acts of citizenship*, durch die gewöhnliche Bürger zu Aktivisten und Subjekten der politischen Auseinandersetzung wurden. Durch die Vergegenständlichung der politischen und sozialen Dimensionen des öffentlichen Raums, die quer zu den hegemonialen Bestrebungen der Vermarktung liegt, gelingt es dem *movimiento 15-M* neue soziale Beziehungen zu verwirklichen, die zur Ausformulierung dessen führen, was als *citizenship* bezeichnet werden kann. Hierbei stehen weder die Zugehörigkeit zum Nationalstaat noch die formalen Bürgerrechte im Mittelpunkt, sondern die neuartige Aktivierung und Artikulierung politischer Forderungen. Diese haben sich im Laufe der vergangenen Monate, im Anschluss an die erfolgreiche Rückeroberung des öffentlichen Raums als Ort der Deliberation und Herstellung politischer Öffentlichkeit, sukzessive ausgeweitet. Neue Formen der kollektiven Aktion finden vielfach am Rande der Legalität statt oder überschreiten diese, verfügen aber gleichzeitig über eine hohe

gesellschaftliche Legitimation. In Bezug auf die angestoßenen Veränderungen steht die Bewegung des 15. Mai nun vor der Herausforderung, die errungenen Positionen zu konsolidieren, zur weiteren Rückeroberung der Stadt durch die neu geschaffenen politischen Subjekte beizutragen, sowie die von den Technologien der Herrschaft befreiten Räume zu einem dichten Netz von Knotenpunkten im Kampf gegen den städtischen Neoliberalismus zu entwickeln. Die in Getafe und Parla, zwei Umlandgemeinden von Madrid, parteiübergreifend getroffenen Entscheidungen, Kommissionen zur Mediation zwischen von Zwangsräumungen bedrohten Familien und Banken einzusetzen und Räumungsklagen während der kommenden drei Monate nicht durchzusetzen, zeigen, dass die Hoffnungen auf andere Formen der städtischen Governance nicht unberechtigt sind.

## Literatur

- Abellán, J. (2012, i.Dr.) De la indignación en la red a la acción en la calle. *ACME – An International E-Journal for Critical Geographies* 11(1).
- Arendt, H. (1958): *The Human Condition*. Chicago.
- Amin, A. (2004): Regions unbound. Towards a new politics of place. *Geografiska Annaler* 86.1: 33-44.
- Aradau, C., Huysmans, J.; Squire, V. (2010): Acts of European Citizenship: A Political Sociology of Mobility. *Journal of Common Market Studies* 48: 945-965.
- Barnett, C. (2003): *Culture and Democracy. Media, Space and Representation*. Edinburgh.
- Benhabib, S. (1991): Modelle des öffentlichen Raums. Hannah Arendt, die liberale Tradition und Jürgen Habermas. *Soziale Welt* 42(2): 147-165.
- Brenner, N., Peck, J.; Theodore, N. (2010) Variegated neoliberalization: geographies, modalities, pathways. *Global Networks* 10.2: 182-222.
- Delgado, M. (2011): *El espacio público como ideología*. Madrid.
- Espinar, R. (2012, i.Dr.): El espacio público como escenario de la pugna por la legitimidad democrática: el caso del debate alternativo sobre el Estado de la Nación en el Movimiento 15-M. *ACME – An International E-Journal for Critical Geographies* 11(1).
- Foucault, M. (1990): *Tecnologías del yo y otros textos afines*. Barcelona.
- Garnier, J.-P. (2011): Treinta Objeciones a Horacio Capel. *Scripta Nova* XV, 353 (1).
- Habermas, J. (1990) *Der Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt/M.
- Howell, P. (1993): Public space and the public sphere: political theory and the historical geography of modernity. *Environment and Planning D: Society and Space* 11(3): 303-322.
- Hughes, N. (2011) 'Young People Took to the Streets and all of a Sudden all of the Political Parties Got Old': The 15M Movement in Spain. *Social Movement Studies* 10(4): 407-413.
- Isin, E. (2008): Theorizing Acts of Citizenship. In: Isin, E.; Nielsen, G. (eds.): *Acts of Citizenship*. London, 15-43.
- (2009): Citizenship in flux: The figure of the activist citizen. *Subjectivity* 29: 367-388.
- Isin, E.; Wood, P. (1999): *Citizenship and Identity*. London.
- Janoschka, M. (2011): Geografías urbanas en la era del neoliberalismo. Una conceptualización de la resistencia local a través de la participación y la ciudadanía urbana. *Investigaciones Geográficas: Boletín del Instituto de Geografía* 76: 118-132.
- Lees, L.; Slater, T.; Wyly, E. (2008): *Gentrification*. London.

- Leitner, H.; Sheppard, E.; Sziarto, K.M. (2008). The spatialities of contentious politics. *Transactions of the Institute of British Geographers* 33(1): 157-172.
- Low, M. (2004): Cities as Spaces of Democracy: Complexity, Scale and Governance. Barnett, C.; Low, M. (eds.): *Spaces of Democracy. Geographical Perspectives on Citizenship, Participation and Representation*. London, 129-146.
- Low, S.; Smith, N. (2006): The politics of public space. London.
- Marshall, T.H. (1950): *Citizenship and social class and other essays*. Cambridge.
- Martínez, M.; García, A. (2012, i. Dr.): Ocupar las plazas, liberar los edificios. *ACME – An International E-Journal for Critical Geographies* 11(1).
- Massey, D. (2004): Geographies of Responsibility. *Geografiska Annaler* 86: 5-18.
- Ong, A. (2006): Mutations in Citizenship. *Theory, Culture & Society* 23: 499-531.
- Rose, J. (2001): Contexts of Interpretation: Assessing Immigrant Reception in Richmond, Canada. *The Canadian Geographer* 45: 474-493.
- Sequera, J. (2009): Protestas ciudadanas y movimientos anti-sistémicos en la Comunidad de Madrid. Un estudio de caso: el movimiento por la vivienda digna. *Memorias de las Primeras Jornadas de Análisis Político Crítico*. Bilbao.
- (2011): Del movimiento vecinal a las movilizaciones por una vivienda digna en Madrid. De la necesidad hecha derecho al derecho hecho necesidad. Nómadas. *Revista Crítica de Ciencias Sociales y Jurídicas*.
- Shahyar, P. (2011): Vom Tahrir-Platz zur Puerta del Sol. Fünf Thesen über die neuen Protestbewegungen. *Analyse & Kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis* 562. Online-Dokument: [http://www.akweb.de/ak\\_s/ak562/26.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak562/26.htm) (Zugriff: 28.09.2011).
- Smith, N. (1996): *The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City*. London.
- Stephens, A. (2010): Citizenship without community: Time, design and the city. *Citizenship Studies* 14: 31-46.
- Tamayo, S. (2006): Espacios de ciudadanía, espacios de conflicto. *Sociológica* 21.61: 11-40.
- Wehrheim, J. (2002): *Die überwachte Stadt: Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung*. Opladen.

Efrat Eizenberg

---

## Soziale Proteste in Israel: die Eroberung neuer sozialer Räume

Der größte Teil der israelischen Bevölkerung lebt an der Küste. Hier erreicht der Sommer mit starker Hitze, brennender Sonne und extremer Feuchtigkeit seinen Höhepunkt Mitte Juli. In dieser Zeit sind die Straßen leergefegt und das Leben erwacht erst nach Sonnenuntergang (und selbst dann bleibt die Feuchtigkeit bestehen). Aber Mitte Juli 2011 war alles anders: Viele Menschen zogen sich nicht wie sonst in klimatisierte Räume zurück, sondern gingen auf die Straße, um zu protestieren, um den Widerstand aufzubauen, um eine Revolution einzuleiten.

Der israelische Sommer folgte dem europäischen (in Griechenland und Spanien) und dem arabischen Frühling (in Tunesien, Ägypten, Syrien und Libyen), aber er stellte ursprünglich keine Fortsetzung dieser Bewegungen dar, wie wir das später in den USA erleben konnten. Er wurde durch zwei, eigentlich miteinander konkurrierende Konsumentenproteste ausgelöst, die bis dahin nicht zum Repertoire der politischen Kultur gehört hatten. Zunächst gab es einen Konsumentenboykott gegen Hüttenkäse, dessen Preis (ebenso wie derjenige anderer Milchprodukte) erhöht worden war. Er war insofern erfolgreich, als die Preiserhöhungen zurückgenommen wurden. Kurz darauf stellten mehrere junge Leute mitten in Tel Aviv Zelte auf, weil sie sich nicht in der Lage sahen, zu einem erschwinglichen Preis eine passable Wohnung zu bekommen. Nach und nach gesellten sich andere zu ihnen, alles junge Menschen aus der Mittelschicht, die als Mieter von demselben Problem betroffen waren. Für einige Tage sah dieses Stadtviertel mit seinen leicht bekleideten Jugendlichen, mit Musik und Zigarettenrauch in der Luft wie die urbane Version eines Club Méditerranée für Singles, Junge und Schöne aus.

Was bis dahin ein jahrelang unterdrücktes Rumoren im Untergrund gewesen war, brach nun als sozialer Kampf aus und brachte hier wie in anderen Städten Menschen zusammen, die sich nach ihrem Alter, ihrer sozialen, ethnischen und religiösen Zugehörigkeit unterschieden – eine *multitude* im Sinn von Hardt und Negri (2004). Wogegen protestierten sie in Israel, in einem demokratischen Land, dessen Wirtschaft bis dahin stark genug war, um sich der globalen Krise zu entziehen? In der ersten Woche protestierten sie gegen überbezahlte Mieten und

den Mangel an bezahlbarem Wohnraum sowie gegen das Fehlen von Regelungen zum Mieterschutz, was zu einem drastischen Steigen der Mieten in allen Teilen des Landes geführt hatte. In der zweiten Woche des Protestes erweiterte sich das Themenspektrum auf sämtliche Kosten für Wohnen und Lebenshaltung. Doch schrittweise kam eine tieferliegende kollektive Empörung zum Ausdruck und die Proteste wurden zu einem Ruf nach sozialer Gerechtigkeit – nach sozialer Gerechtigkeit, die eine Systemveränderung, eine Verschiebung der sozialen Prioritäten, ein Infragestellen der neoliberalen Politik und die Herstellung (oder Wiederherstellung) sozialer Demokratie bedeuten würde.

Vom arabischen Frühling übernahmen die israelischen Protestierer das Skandieren von Parolen, aber es gab keine ausdrückliche Forderung nach dem Rücktritt der politischen Führung, sondern nach einer anderen Politik: „Das Volk verlangt soziale Gerechtigkeit“. Aus Spanien übernahmen sie die Methoden der öffentlichen Diskussionen und der Räte. Im Anschluss an die arabischen und an die europäischen Revolten wurden auch hier Camps errichtet, die das öffentliche Bild der Bewegung prägten und es gab wöchentliche Protestmärsche. Wie anderswo wurde dieses soziale Erwachen abwechselnd als „Protest“, „Widerstand“ oder als „Revolution“ bezeichnet, und dies sowohl auf der Straße selbst wie in den Medien. Aber was ist es nun tatsächlich? Als was ist diese gewaltlose, aber andauernde Intervention von Bürgern in die öffentliche Sphäre zu verstehen?

Für mehr als zwei Monate gab es mehr als 60 äußerst aktive Camps in den Zentren oder auch am Rand von israelischen Städten. In ihnen diskutierten die Zeltbewohner und ihre Besucher soziale Fragen, hörten Vorlesungen von Akademikern, entwickelten gesellschaftliche Alternativen, schufen Kunstwerke, tanzten, musizierten oder improvisierten Theater-Aufführungen und stellten (nahezu) jede Woche eine Demonstration auf die Beine. Delegierte der verschiedenen Camps wurden zu einem Lenkungsgremium entsandt, das über gemeinsame Aktionen entschied und diese ebenso wie die Medienauftritte plante. Politiker wurden allgemein als *personae non gratae* angesehen (außer sie kamen als Privatpersonen wie andere auch) und Geldspenden wurden, anders als Sachspenden und Arbeitsleistungen, nicht angenommen.

Das Hauptquartier des Protests befand sich in Tel Aviv auf dem Rothschild Boulevard, auf einer der größten Straßen der Stadt, an der auch die Zentralen des Finanzsektors ansässig sind. Auf diesem Luxus-Boulevard ereignete sich ein permanentes Festival – ein festliches politisches Ereignis, die nicht-kommerzielle Feier einer wiederentdeckten sozialen und einer neuorganisierten öffentlichen Sphäre. Dies geschah in erster Linie und vor allem dadurch, dass man sich die Straßen zurückholte und sich den Raum für alternative, nicht-kommerzielle Zwecke aneignete: es gab öffentliche Diskussionen, öffentliche Vorlesungen und Kunstereignisse aller Art. Zu dieser Zeit wurde der Boulevard somit zur interes-

santesten und kreativsten Kunstszene des Landes. Für eine bedeutende Periode entstand ein Raum der Alternativen, der sich deutlich von seiner Umgebung in dieser *global city* abhob. Hier entfalteten sich gesellschaftliche Interaktionen der Zivilität, der Solidarität, der Kooperation und der Unterstützung, die Erfahrungen eines besseren und wünschenswerten Reichtums vermittelten.

Dieses *politifest*<sup>1</sup> dauerte über zwei Monate. Die hohen Feiertage Ende September und behördliche Anordnungen der Stadt vertrieben die meisten Camp-Bewohner, so dass die übrig gebliebenen Zelte nunmehr von Obdachlosen bewohnt wurden. Starke Regengüsse im November zwangen viele von ihnen dazu, Kompromisse einzugehen und in Übergangswohnungen einzuziehen oder einmalige Unterstützungszahlungen der Stadt anzunehmen. Am Ende des Monats gab es kaum noch physische Spuren der größten Proteste, die Israel jemals gesehen hat. Die Stadtverwaltung beilte sich, die Flächen des Boulevards, auf denen die Zelte gestanden waren, mit Gras zu bepflanzen, um, wie der Bürgermeister verkündete, „den Rothschild Boulevard dem Bereich der Öffentlichkeit zurück zu geben“, nachdem die Polizei ausgerückt war, um die Zelte abzuräumen. Um diese gegensätzlichen Definitionen des „Bereichs der Öffentlichkeit“ ging es bei den sozialen Auseinandersetzungen.

Wie können wir das definieren, was in Israel stattgefunden hat? Was wären die Kriterien, um es als Protest, als Widerstand oder Revolution zu bezeichnen? Sind es Gewalt und Verletzte, die aus einem Protest Widerstand machen? Sind es die Dauer oder die aufgeworfenen Themen – spezifische oder allgemeine soziale Probleme, diejenigen bestimmter Gruppen oder der Mehrheit der Bevölkerung? Oder geht es um den Erfolg der Kämpfe? Und was würde dann als Erfolg gelten können? Die Tatsache, dass die politische Führung ausgewechselt würde oder neue Gesetze und Prinzipien verabschiedet würden? Müsste eine grundsätzliche Veränderung stattfinden, damit man von einer Revolution sprechen kann oder könnte man bereits darin einen Sieg sehen, dass das Tempo der Veränderung verlangsamt würde, wie Polanyi es vertrat (2001: 39)? Bei den israelischen Protesten wurden keine grundsätzlichen Veränderungen des Sozialen verlangt. Die Forderungen gingen dahin, das System zu verändern, nicht es durch ein anderes zu ersetzen. Der Aufschrei kam aus dem Inneren des Kapitalismus.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, die sozialen Kämpfe seien zu einem Ende gekommen, dennoch können einige greifbare Erfolge festgestellt werden, sie werden mit anderen Mitteln fortgesetzt. Eine ihrer Wirkungen besteht darin, dass der Premierminister ein Regierungskomitee – das Trachtenberg-Komitee

---

1 Eine Form der Verbindung von öffentlichen politischen Diskussionen und Feiern als Wiederbelebung früherer Gepflogenheiten, als Politiker in den USA auf Jahrmärkten auftraten – fand unter diesem Namen erstmals 2011 in San Diego, Kalifornien, statt.

– einberufen hat, das die Forderungen der Protestierenden untersuchen sollte und tatsächlich eine Reihe von Empfehlungen erarbeitet hat, denen seitens der Regierung mehrheitlich zugestimmt wurde. Wenngleich diese Empfehlungen die Vorstellung der sozialen Demokratie nur ansatzweise weiter entwickeln, wurden sie öffentlich vorgestellt und in den Medien breit rezipiert. Professor Trachtenberg, ein weithin geschätzter Ökonom, nahm eine Analyse des aktuellen Gesellschaftssystems vor, wie man sie bis dahin nicht gekannt hatte und in welcher der üblicherweise marginalisierte kritische Diskurs über Ausbeutung und wachsende soziale Ungleichheiten, der bis dahin stets als „kommunistisch“ oder „sozialistisch“ diskreditiert wurde, als faktisch zutreffend und allgemein anerkannt präsentiert wurde. Das bedeutete, dass die Forderungen der Protestierenden nunmehr legitimiert und gerechtfertigt erschienen, während man diese selbst zuvor gerne als verwöhnt und verweichlicht dargestellt hatte. So bestätigte die Analyse ihre eigenen Schilderungen der aktuellen Verhältnisse und letztlich konnte keine politische Partei (selbst nicht die marktgläubigste) dieser Lesart der sozialen Schäden einer entfesselten Marktökonomie widersprechen. Das Fehlen eines Widerspruchs oder selbst die Zustimmung zu einer derartigen Darstellung der Lage ist keineswegs als Indikator für einen durchschlagenden Erfolg zu sehen, sondern bedeutet lediglich, dass neoliberale Politiker in der Lage sind, Umfragen zu lesen. Ihnen zufolge stimmten 87% der Befragten den Protesten zu.

Ein weiterer Erfolg besteht darin, dass die Gewerkschaft Histradut (die für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst zuständig ist) neue Anstöße erhielt, Veränderungen durchzusetzen. Histradut stellte einstmals einen entscheidenden Akteur beim Ausbalancieren der Marktkräfte dar (Shalev/Grinberg 1989), hatte sich während vieler Jahre jedoch auf eine Rolle als Zaungast des Geschehens zurück gezogen und blieb bei dieser abwartenden Haltung auch, als auf den Straßen protestiert wurde. Mit ihrer bisherigen Passivität und ihrer Unterstützung der Regierung ist die Gewerkschaft mitverantwortlich für den jämmerlichen dritten Platz, den Israel im Ranking der OECD-Länder nach dem Ausmaß der sozialen Ungleichheit einnimmt (*Divided we stand: Why Inequality Keeps Rising*, 2011). Nachdem der Widerstand Histradut vom Zaun mitten ins soziale Geschehen gestoßen hatte, nahm sich die Gewerkschaft als erstes des Problems der Zeitarbeit an, also der Arbeitskräfte, die befristet beschäftigt und unorganisiert sind. Sie führt nun die Kämpfe gegen derartige Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Sektor an und setzt sich auch im privaten Sektor für Verbesserungen ein. Wegen der unzureichenden Regulierung und der Missachtung selbst bestehender Vorschriften hat Israel beim Umfang der prekären Beschäftigung innerhalb der OECD-Länder inzwischen sogar den Spitzenplatz eingenommen. Die Gewerkschaft drohte mit einem Generalstreik und zwang das Finanzministerium zu Verhandlungen.

## Das Soziale fordern

Es gibt auch noch weitere, weniger greifbare Erfolge, die eher symbolischen Charakter haben, als dass sie tatsächlich zu gesellschaftlichen Veränderungen geführt hätten. Israel stellt eine Ethnokratie dar und insofern ist der politische Diskurs von den Spannungen zwischen der herrschenden Gruppe und der Minderheit geprägt.<sup>2</sup> Die Besetzung der West-Bank und des Gaza-Streifens im Zuge des Krieges von 1967 vertiefte diese Spannungen und weitete sich zum blutigen Israel-Palästina-Konflikt aus. Eine Folge davon war, dass die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei sich seither in erster Linie um die Frage dreht, welche Haltung diese zu den besetzten Gebieten und zu dem Konflikt einnimmt. Die Bevölkerung ist daher gespalten in linke Zionisten (die sich gegen die Besetzung und die Besiedlung der besetzten Gebiete wenden), rechte Zionisten (die an der Vorstellung eines Groß-Israels festhalten), und in einige kleinere arabische Parteien, die zur extremen Linken gehören und noch nie an der Regierung beteiligt waren. Diese Spaltung hat nicht nur dazu geführt, dass die politische Sphäre sich in zwei Lager aufgeteilt hat, die durch keinerlei Brücke verbunden sind, sondern auch dazu, dass der Israel-Palästina-Konflikt alle anderen Diskussionen überlagert hat. Dadurch konnte sich das neoliberale Projekt ungestört von öffentlicher Aufmerksamkeit etablieren, und zwar mit einer solchen Intensität, dass Israel – wie weiter oben erwähnt – zu einem der führenden Länder hinsichtlich sozialer Ungleichheit wurde. Die Protestbewegung stellte den hegemonialen politischen Diskurs in Frage und erklärte sich selbst als apolitisch, was heißen sollte, dass sie nicht an eine Partei gebunden und nicht in das gängige rechts-links-Schema einzuordnen war, sondern soziale Gerechtigkeit anstrebte. Ihre führenden Köpfe erklärten, dass sie nicht die Regierung auswechseln oder den Premierminister durch einen anderen ersetzen, sondern dass sie das gesellschaftliche System verändern wollten, wer immer dies auch durchsetzen würde. Diese Forderungen wurden durch die Regierung verworfen und die Protestierer als Anarchisten, Kommunisten oder einfach als Linke diffamiert. Doch die Tatbestände der Ungleichheit und der gebrochenen Solidarität wurden quer durch die Parteien zum Thema und selbst wenn die Mehrheit der engagierten Protestierer gebildete und säkular orientierte Angehörige der Mittelschicht waren, so kamen bald auch andere dazu. Camps wurden auch in armen Unterschicht-Vierteln errichtet, arabische Israelis beteiligten sich bis zu einem gewissen Grad am Widerstand, auch orthodoxe Juden stellten Zelte auf und beteten dort, selbst Vertreter der ultrarechten Siedler, die

---

2 Mit Ethnokratie ist ein politisches Regime gemeint, das Chancen und Rechte nach der Zugehörigkeit zur dominanten ethnischen Gruppe gewährt. Es ist weder demokratisch noch autoritär definiert (Yiftachel 2006).

sich ursprünglich als Ursache vieler sozialer Nöte angeklagt sahen<sup>3</sup>, schlossen sich den Protestierenden mit der Begründung an, sie seien Teil der israelischen Gesellschaft und somit ihrer Kämpfe. Auch mit Hilfe einer starken Unterstützung durch die Medien war es möglich, das Soziale (oder zumindest 99% davon) rund um ein kollektives Anliegen neu zu definieren und zu befestigen: somit wurde eine Diskussion wieder aufgenommen, die seit Jahrzehnten eingeschlafen war: die Diskussion darüber, in welcher Gesellschaft die Israelis eigentlich leben wollen. Diese Diskussion über das Soziale und über das grundsätzliche Verständnis von Gerechtigkeit schloss – und ich sollte sagen: bewusst – die Ungerechtigkeiten aus, die man den Palästinensern in den besetzten Gebieten vierzig Jahre lang angetan hatte. Dennoch handelte es sich um wichtige Diskussionen über Fragen der Demokratie, der Partizipation der Bürger, der Solidarität, der Gleichheit und anderer humanistischer Prinzipien – Diskussionen, die man bis dahin als ein Privileg anderer Gesellschaften angesehen hatte, die sich scheinbar erübrigten, wenn es um Frage des staatlichen Überlebens ging.

## Ein neuer Sozialcharakter

Der soziale Wandel wurde diskursiv und praktisch eingeleitet, er bezog sich auf Ideen wie auf Aktionen. Ähnlich wie dies andere Widerstandsbewegungen taten, bediente sich auch der israelische Protest kolonialer Taktiken der Besetzung von Räumen. Die Protestierenden verwendeten dazu Zelte und Matten, Wohnzimmer-Zubehör wie Tische und Sofas, aufblasbare Schwimmbecken (um sich in der Sommerhitze abzukühlen), auch Camping-Busse<sup>4</sup> – und ihre eigenen Körper.

Innerhalb dieser angeeigneten Räume entstand ein neuer und alternativer sozialer Raum. Dieser diente vor allem dazu sich auszudrücken: Ideen, Bedürfnisse und Wünsche zu formulieren, und zwar in kleinen oder großen Foren, bei Vorlesungen, bei allgemein zugänglichen öffentlichen Diskussionen und über das „Radio des Volkes“, auch über alle Arten von Kunst und Bewegungen des

---

3 Die Siedlungen in den besetzten Gebieten wurden kritisiert, weil sie als Verkörperung der sozialen Demokratie auftraten, die ursprünglich innerhalb der „Grünen Linie“ (den Außengrenzen vor dem Krieg von 1967) realisiert werden sollte, was aber faktisch durch die erheblichen Subventionen für diese Siedlungen verhindert wurde.

4 Campingbusse auf dem Rothschild Boulevard abzustellen bedeutete, die Taktik der Siedler zu imitieren, die genauso vorgehen, um neue Gebiete zu besetzen. Zunächst werden mehrere Campingbusse aufgestellt, meist in der Nacht. Am nächsten Morgen sieht das bereits wie eine Siedlung aus und man kann daran gehen, feste Bauten zu errichten.

Körpers, so wenn man ging, lief, Rad oder Auto fuhr und sich mit Transparenten durch die Stadt bewegte, Parolen rief oder hupte.

Außerdem wurden große Anstrengungen unternommen, um alternative Räume zu schaffen, in denen *jede und jeder* die Möglichkeit haben sollte sich ausdrücken. Denn hier wurde der wesentliche Mangel der öffentlichen Sphäre in Israel gesehen, in der eine politische Kultur des *divide et imperia* herrscht, und in der die Trennungslinien nicht nur zwischen Linken und Rechten, sondern auch zwischen Religiösen und Befürwortern der Säkularisierung, zwischen Juden und Arabern wie auch zwischen Angehörigen verschiedener ethnischer Gruppen bestehen. Diese vielfältigen Fraktionen der israelischen Gesellschaft lernten, die Sicht zu überwinden, „die anderen seien Schuld an den eigenen Problemen und unzureichenden Geldmitteln“. Die Protestierer setzten sich für eine mutige und revolutionäre Rekonstruktion des Sozialen ein, wenn sie sagten, es ginge nicht um „eure“ gegen „unsere“ Gruppe, sondern darum, ein Gesellschaftssystem zu überwinden, das uns alle verletzt. Niemand sollte aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer Gruppe ausgeschlossen werden. Die Transformation sollte sich somit nicht nur darauf beziehen, die Wirtschaft wieder in den Dienst der Gesellschaft zu stellen (statt dies, wie bei dem „heiligen“ Ziel des Wachstums, genau andersherum zu sehen), sondern auch darauf, eine neue Vision von Gesellschaft zu entwickeln.

Die Gruppe von jungen Erwachsenen, die das Camp am Rothschild Boulevard initiiert hatte, wurde in der Öffentlichkeit als Anführer der sozialen Proteste angesehen. Man unterstützte sie oder wandte sich gegen sie und sie wurden auch persönlich diffamiert. Häufig wurden sie interviewt, hielten politische Ansprachen bei den wöchentlichen Kundgebungen und wurden zum „Gesicht“ des Widerstands. Doch wiesen sie die Rolle der Anführer zurück und betonten, dass sie lediglich die Probleme benennen, denen sich die meisten Israelis in ihrem täglichen Leben gegenüber sehen. Da es keine selbsternannten Anführer gab, waren die Proteste tatsächlich als jedermanns Proteste gesehen worden. In diesem Sinn lehnte es diese Gruppe auch ab, Einladungen der Regierung oder des Premierministers zu gemeinsamen Beratungen anzunehmen, da sie vertraten, es liege nicht an ihnen zu entscheiden, welche Veränderungen ausreichend wären. Stattdessen verkündeten sie, die Proteste auf den Straßen würden so lange weiter gehen, bis ausreichende Veränderungen erreicht würden.

Das einzige „offizielle“ Gremium, das den Widerstand repräsentierte, war das „Fachkomitee“ von 60 Akademikern – überwiegend Sozialwissenschaftler – das als Alternative zu dem von der Regierung eingesetzten Trachtenberg-Komitee fungieren sollte (in dem sich überwiegend Ökonomen befanden). Auf der Grundlage von öffentlichen Debatten und online-Stellungnahmen stellte dieses „Fachkomitee“ einen alternativen Report zusammen. Die Diskussionen dazu und über daraus folgende praktische Empfehlungen in Versammlungen und an runden

Tischen dauern an, doch fanden sie keinen Eingang in die Überlegungen der Exekutive, sie blieben auf den Bereich der Öffentlichkeit beschränkt.

Nach wie vor gibt es eine heftige Debatte darüber, wem der Widerstand „gehört“. Anders als in den USA, wo die Proteste von Anfang an als der Aufstand von 99% der Gesellschaft gegen das eine Prozent, das über Macht und Ressourcen verfügt, definiert wurden, war in Israel offensichtlich, dass die weiße aschkenasische Mittelklasse hier an der Spitze stand. Bis jetzt gibt es Klagen darüber, dass die unteren Klassen ausgegrenzt und vergessen, ihre „schäbigen“ Bedürfnisse nicht angesprochen wurden. Gleichwohl gab es auch Camps an den Stadträndern, in denen obdachlose Familien Unterschlupf fanden und deren Auflösung durch größere Menschenmengen verhindert wurde. Wenn sich bisher auch keine dauerhafte Lösung für sie abzeichnet, so trugen diese Aktionen zumindest dazu bei, dass ihre Probleme öffentliche Aufmerksamkeit erfuhren.

Die soziale Unruhe, durch welche die Histadut wiederbelebt wurde und die dazu führte, dass die Gewerkschaft den Kampf gegen eine der bedrückendsten Erscheinungen des ausbeuterischen Neoliberalismus, die Zeitarbeit, aufnahm, lenkte die Aufmerksamkeit auch auf andere Konflikte, deren Themen bisher eher unbeachtet geblieben waren. Dazu gehört die von orthodoxen Juden zunehmend betriebene Ausgrenzung von Frauen aus öffentlichen Räumen – wenn diese etwa nur bestimmte Busse benutzen oder bestimmte Sitze in Bussen einnehmen oder auch in der Öffentlichkeit nicht als Sängerinnen oder Rednerinnen auftreten sollen, sobald sich orthodoxe Juden im Publikum befinden. Derartige Einschränkungen sind nicht neu, werden nun aber nicht mehr toleriert oder ignoriert. Ein anderes Beispiel ist das der äthiopischen Migrantinnen, die besonders schlecht integriert wurden, was keineswegs neu ist; aber diese marginalisierte Gruppe trägt nun ihre kollektiven Probleme protestierend auf die Straße. Angestoßen durch die Erfahrungen der Solidarität im Sommer 2011 treten seither verschiedenste Fraktionen der Gesellschaft mit Aktionen in die Öffentlichkeit. Es gibt Proteste und stürmische Diskussionen, die auch durch die Medien in Gang gehalten werden, in denen Fragen der Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie nach wie vor im Mittelpunkt stehen.

Die soziale Unruhe hat viele Gesichter. Radikal rechte Siedler und ihre Unterstützer treten als Gegenbewegung zu links-sozialdemokratischen Forderungen auf und terrorisieren in verstärktem Maß arabische Israelis und Palästinenser, also die arabische Bevölkerung innerhalb der „Grünen Linie“ wie auch in den besetzten Gebieten. Sie attackierten ihre Moscheen, Autos und Plantagen. Einige von ihnen drangen sogar in ein Armeelager ein, nachdem von hier aus gegen eine illegale Siedlung vorgegangen worden war.

## Wo steht der Widerstand heute?

Für einige Monate haben die neuartigen kollektiven Aktionen den lange Zeit verschütteten Sinn für Solidarität wiederbelebt und die Zusammenarbeit von Gruppen der Gesellschaft ermöglicht, die sich traditionell als Gegner verstanden. Sie haben auch den Sinn für ein soziales Kollektiv befördert, das als Alternative zu atomisierten und konkurrierenden Individuen gesehen wurde. Dies stärkte gleichzeitig die Wahrnehmung der öffentlichen Sphäre als eines Raums, in dem es möglich schien, die sozialen Beziehungen neu zu gestalten, durch die Produktion neuer Diskurse eine andere Politik durchzusetzen und neue urbane Räume zu schaffen, in denen das Soziale auf andere Art in Erscheinung tritt.

Neue Vorstellungen zur Bedeutung von Reichtum wurden formuliert. An die Stelle der bisherigen Bewunderung des damit verbundenen glanzvollen Lebens trat die Verachtung und Beschuldigung derer, die sich ungerechtfertigt einen erheblichen Anteil des gemeinsamen Wohlstandes aneignen. Manche sprechen von einem Prozess der Ernüchterung in Bezug auf die endlose Suche nach mehr und besseren materiellen Gütern, was gleichzeitig mit einer kritischeren Sichtweise des politischen Apparates und der Beteiligung an der öffentlichen Sphäre verbunden war. Ging es ihnen zuvor stets darum, einen immer größeren Anteil am Konsum zu erjagen, so hatten sie nun ein gesteigertes Bewusstsein der Komplexität der Gesellschaft und entwickelten eine Art Klassenbewusstsein. Sie sind nun eher in der Lage, individualistischen Erklärungen für Erfolg und Scheitern mit Skepsis zu begegnen und nach institutionellen Begrenzungen und Fallstricken zu fragen.

Dennoch gibt es bisher keinerlei institutionelle Änderungen in Bezug auf die Themen, die vom Widerstand aufgeworfen wurden. Während sich sämtliche Parlamentsabgeordneten, ob Linke oder Rechte, auf den Diskurs der sozialen Gerechtigkeit beziehen, wurde praktisch nichts davon umgesetzt. Dazu kommt, dass der Widerstand einen Rückschlag erlitten hat. Einer der Gründe dafür ist die wirtschaftliche Rezession, die sich auf verschiedenen Ebenen manifestiert: in einem Rückgang des Konsums, einem Zurückfahren der Werbebudgets (die Unternehmen gehen davon aus, dass kostspielige Werbekampagnen ihnen auch keinen neuen Absatz bescheren werden) und der zunehmenden Gefahr von Entlassungen. Wie der Finanzminister es formuliert hat: Die europäische Wirtschaftskrise ist auf dem Weg nach Israel.

Ein anderer Grund für das Erlahmen des Widerstands ist – wie zu erwarten war – die wachsende Gegenbewegung von Seite des radikalen rechten Flügels, der unermüdlich dagegen ankämpft, wenn seine dominante Rolle und Ideologie in Frage gestellt wird. Seit den Protestaktionen wurden dem Parlament eine Reihe von rassistischen und anti-demokratischen Gesetzesvorhaben unterbreitet (und einige davon wurden sogar zustimmend diskutiert). Es ist demnach an der

Zeit, dass der neue Diskurs und die kollektiven Aktionen in politische Macht umgesetzt werden, da sie sonst Gefahr laufen, unterzugehen.

Der Prozess, in dem neue Diskurse zu Gerechtigkeit und einem möglicherweise machtvolleren Kollektiv geführt wurden, hat die Palästinenser ausgegrenzt. Es steht daher immer noch an herauszufinden, wie ein sinnvoller Diskurs zu sozialer Gerechtigkeit und neuer Solidarität zwischen den Israelis damit verbunden werden kann, die langjährig und systematisch betriebenen Ungerechtigkeiten gegenüber den Palästinensern zu überwinden. Wird es möglich sein, sie in diesen Diskurs einzubinden und ihre Rechte anzuerkennen?

*Übersetzung aus dem Englischen von Dorothea Schmidt*

## Literatur

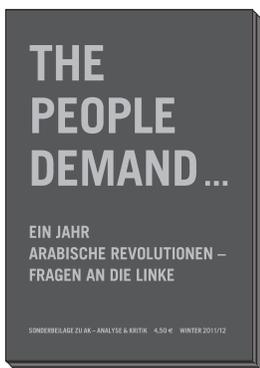
*Divided we stand: Why Inequality Keeps Rising* (2011). OECD report from December 2011 ([www.oecd.org/dataoecd/40/12/49170449.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/40/12/49170449.pdf), download 5.12.2011).

Hardt, Michael; Negri, Antonio (2004): *Multitude: War and Democracy in the Age of Empire*, New York.

Polanyi, Karl (2001): *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*, Boston.

Shalev, Michael; Grinberg, Lev Luis (1989): *Histradut-government relations and the transition from Likud to a National Unity government: continuity and change in Israel's economic crises*. Pinhas Spir Center for Development, Tel Aviv.

Yiftachel, Oren (2006): *Ethnocracy: Land and Identity Politics in Israel/Palestine*, Philadelphia.



» **The people demand ...** «  
**Ein Jahr arabische Revolutionen - Fragen an die Linke. Ein ak-Sonderheft.**

Mit Beiträgen von Helmut Dietrich, Bernhard Schmid, Juliane Schumacher, Pedram Shahyar, Hannah Wettig u.a.

**64 Seiten, € 4,50** (+ Porto). Buchläden und WiederverkäuferInnen erhalten Rabatt. Bestellungen: [vertrieb@akweb.de](mailto:vertrieb@akweb.de) oder *analyse & kritik*, Romburgstr. 10, 20255 Hamburg

**Steffen Lehndorff: „Europe speaks German now” – An ambiguous success story.** The European crisis is giving rise to highly controversial statements on the role of Germany. The paper highlights Germany's role as the single most important problem maker, rather than problem taker, in the course of the current revival of neoliberal economic policy reforms in Europe. Major roots of the deepening imbalances in the Eurozone are ascribed to a reshaped German model of capitalism which is analysed as a hybrid of surviving powerful features of 'Rhenish' capitalism and neoliberal upheavals in the labour market. As a consequence, the austerity regime imposed on other countries by the German government may be economically beneficial for Germany in the short run but will most presumably prove to be a disaster in the longer run both for individual countries and for Europe as a whole.

**Bernd Röttger: Still „Modell Deutschland“? Myths and Realities of its continuity.** The regulation of the economic crisis within German capitalism since 2008 seems to follow the basic structures of the so-called „Modell Deutschland”: in industrial relations a corporatist arrangement between capital, state and labour tried to absorb the consequences of the crisis, and the traditional export industry supported the new economic growth since summer 2009. The article analyses the internal and external dynamics of its transition between structural change of the world economy and conditions of political decision-making since its proclamation in 1976. In conclusion today the German „Exportmodell” is no longer based on class compromises in German society on the one hand and on European balances between interests of economic stabilization and modernization on the other hand, but a force that is able to undermine alternative paths of economic development in Europe.

**Christoph Scheuplein Chained to the value chain. The finance-driven restructuring of the German automotive supplier industry and its failure.** In the past decade, there has been a wave of acquisitions in the German automotive supplier industry by private equity. The financial investors seemed to reorganize the sector but this process was abruptly halted because of the world economic crisis from 2008. A number of companies high above average owned by private equity fell into insolvency and, overall, the power structures in the value chain of the industry remained stable. This is illustrated by means of empirical data of 163 corporate takeovers. The example illustrates that the financial market capitalism is not able to establish a stable production regime yet.

**Christian Schröder, Leiv Eirik Voigtländer Struggling for benefits. Protests of the unemployed and the revaluation of welfare payments.** In 2010 the German constitutional court obligated legislative and government to reevaluate the rate of welfare payments. Hence a window of opportunity opened for poor people's movement activists to initiate a broad debate on scarce benefits in the German workfare regime of „Hartz IV” and to promote significantly higher benefits. We discuss the crucial factors of their campaign's failure such as the weakness of the hardly existing movement of the unemployed, the interests of parties and administration, and the important politico-economic function of „Hartz IV”.

**Alex Demirović, Thomas Sablowski: Finance-dominated accumulation and the crisis in Europe.** The present crisis in Europe is just one form of a multiple crisis of the social formation dominated by the capitalist mode of production. More specifically it is a crisis of the finance-dominated regime of accumulation which developed as a response to the crisis of Fordism since the 1980s. In this article, first we analyze the contradictions of the finance-dominated regime of accumulation and the contradictions of the crisis management of the ruling classes.

Then we make some suggestions regarding the orientation of the left in the present situation.

**Isidro López, Emmanuel Rodríguez: The Spanish Model.** Prior to the debacle of 2008, Spain's economy was an object of particular admiration for Western commentators. In the context of the global crisis, however, Spain has been hovering on the brink of classification as a case for Eurozone bail-out, following Greece, Ireland and Portugal. We borrow from Robert Brenner's concept of 'asset-price Keynesianism' in order to analyse the recent crash of the Spanish economy as well as its social and political consequences. The bursting of the Spanish bubble has torn the veil from a highly polarized social order, with a large proportion of the population deep in debt, many out of work and dependent on public services doubly hit by spending cuts and privatization.

**Ramón Espinar, Jacobo Abellán „They call it democracy, but it is not!“:** Since May 15<sup>th</sup>, 2011, major transformations have been taking place in the Spanish public sphere, especially because of the celebration of political debate with major affluence on public squares. The Spanish '15-M movement' presents three key characteristics: First, it demands a renovation of modern democracy; second, it opposes to the implemented programmes of structural adjustment, public budget consolidation and, in broader terms, neoliberal policy application and third, it develops formerly unknown or only among left-wing activists known forms of collective decision making and re-appropriation of public space. The following article will discuss the first two aspects. After a chronologic description of collective action applied by the 15-M movement, the text will develop analytical insights into questions regarding concepts such as democracy, citizenship and political identities.

**Michael Janoschka Jorge Sequera: Symbolical Re-conquering and Politicization of the Public Space.** The radical conquest of public space and its transformation into political space have introduced major alterations of the Spanish public sphere after the outbreak of the 15-M movement. Such modifications refer also to a topic of symbolical interest, which is the conception and configuration of urban space – a space that in the course of neoliberal urban production has been characterized as a residual category and a place of controlled and profit-oriented activities. By analysing key practices of the protest movement, the article brings together debates from critical urban geography and political theory. In a first step, it develops a conceptual perspective towards the multiple logics of neoliberal urbanism and the transformation of public space. Subsequently, counter-hegemonic spatial politics and urban demands will be discussed through the conceptualization of protest as acts of citizenship, proclaiming the construction of the public sphere and public space via strategic disobedience and the transgression of rules and laws. Protest camps, public political assemblies and recent squatting can be analysed as newly created spaces of citizenship that reconstruct the meaning of public space and of a political and politicised public sphere, claiming different ways of policy making.

**Efrat Eizenberg: Demanding social justice in Israel: re-imagining spaces for a new social.** This essay recaps the social struggle in Israel that begun in the summer of 2011. It offers some comparison between praxis and discourse of protest in Israel and some of the other social struggles of 2011. Mainly, this essay captures some of the main coordinates of the social struggle that are unique to the Israeli politico-economic context, namely the effort to constitute a social sphere that is based on economic justice while suppressing the dominant political divide over the Israeli-Palestinian conflict. For this end I will review those methods of building new common grounds, claims that the protest in Israel was able to disseminate, and its achievements so far.

## Zu den AutorInnen

*Jacobo Abellán* ist Politikwissenschaftler und Forschungsstipendiat der Autonomen Universität Madrid, [jacoboabellan@gmail.com](mailto:jacoboabellan@gmail.com)

*Alex Demirović* lehrt Politische Wissenschaft an der TU Berlin und ist Redakteur der PROKLA, [demirovic@em.uni-frankfurt.de](mailto:demirovic@em.uni-frankfurt.de)

*Efrat Eizenberg* ist Verhaltenswissenschaftlerin, sie arbeitet am Institute of Technology and Society der Universität Tel Aviv, [eeizenberg@gmail.com](mailto:eeizenberg@gmail.com)

*Ramón Espinar* promoviert am Institut für Politikwissenschaft der Autonomen Universität Madrid, [ramon.espinar@uam.es](mailto:ramon.espinar@uam.es)

*Michael Janoschka* hat eine Forschungsprofessur am Institut für Politikwissenschaft der Autonomen Universität Madrid, [michael.janoschka@uam.es](mailto:michael.janoschka@uam.es)

Steffen Lehndorff arbeitet am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen, [steffen.lehndorff@uni-due.de](mailto:steffen.lehndorff@uni-due.de)

*Stephan Lessenich* lehrt Soziologie an der Universität Jena und ist Redakteur der PROKLA, [stephan.lessenich@uni-jena.de](mailto:stephan.lessenich@uni-jena.de)

*Isidro López* ist Anthropologe und Soziologe, er forscht am „Observatorio Metropolitano“ in Madrid, [isidro@ladinamo.org](mailto:isidro@ladinamo.org)

*Emmanuel Rodríguez* ist Soziologe und Historiker, er forscht am „Observatorio Metropolitano“ in Madrid, [emmanuel@sindominio.net](mailto:emmanuel@sindominio.net)

*Bernd Röttger* ist Sozialwissenschaftler und Lehrbeauftragter an der Universität Jena, [bernd.roettger@ruhr-uni-bochum.de](mailto:bernd.roettger@ruhr-uni-bochum.de)

Christoph Scheuplein lehrt Wirtschaftsgeographie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, [christoph.scheuplein@uni-muenster.de](mailto:christoph.scheuplein@uni-muenster.de)

*Christian Schröder* promoviert am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin, [christian.schroeder@fu-berlin.de](mailto:christian.schroeder@fu-berlin.de)

*Thomas Sablowski* ist Sozialwissenschaftler in Frankfurt am Main und Redakteur der PROKLA, [sablowski@soz.uni-frankfurt.de](mailto:sablowski@soz.uni-frankfurt.de)

*Jorge Sequera* promoviert am Institut für Theoretische Soziologie der Universidad Complutense in Madrid, [jorgesekera@gmail.com](mailto:jorgesekera@gmail.com)

*Leiv Eirik Voigtländer* promoviert am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin, [leiv.e.voigtlaender@fu-berlin.de](mailto:leiv.e.voigtlaender@fu-berlin.de)

## Themen früherer Hefte (im Internet unter [www.prokla.de](http://www.prokla.de) oder [www.dampfboot-verlag.de](http://www.dampfboot-verlag.de))

**PROKLA 165 Gesellschaftstheorie im Anschluss an Marx (Dezember 2011)** *Demirović* Kritische Gesellschaftstheorie \* *Meißner* Totalität und Vielfalt \* *Bandelin* Zum Subjekt der Ideologiekritik \* *Jessop* Ökonomischer Determinismus \* *Fisahn* Paschukanis vs. Bloch \* *Gebhr* Der entropische Marx \* *Röttger* Kritik des Landnahmetheorems \* *Strohschneider* Linkspartei in der Krise

**PROKLA 164 Kritik der Wirtschaftswissenschaften (September 2011)** *Büttner* Sraffas Kritik der herrschenden Lehre \* *Pahl* Textbook Economics \* *Dobusch/Kapeller* Wirtschaft, Wissenschaft, Politik \* *Mader/Schultbeiß* Feministische Ökonomie \* *Hirte/Ötsch* Institutionelle Verstetigung paradigmatischer Ausrichtung am Beispiel Sachverständigenrat \* *Redak* Risikomessmodelle \* *Görges/Kadritzke* Corporate Social Responsibility \* *Kellermann* Anarchismus-Agnolismus

**PROKLA 163 Sparen und Herrschen (Juni 2011)** *Bieling*: Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU \* *Eicker-Wolf/Himpele* Die Schuldenbremse als politisches Projekt \* *Reiner* Gute Leben und gute Arbeit weggespart \* *Marquardsen* Eigenverantwortung ohne Selbstbestimmung in der Arbeitsmarktpolitik? *Mayer* Elend der US-Städte: Klassenkampf von oben \* *Alnaseri* Revolution in der arabischen Welt \* *Solty* Krieg gegen einen Integrationsunwilligen in Libyen?

**PROKLA 162 Nie wieder Krieg? (März 2011)** \* *Schmidt* Deutscher Militarismus \* *Euskirchen/Singe* Gesellschaftliche Militarisierung \* *Strutynski* Neue NATO-Strategie \* *Ruf* Militärpolitische Emanzipation Deutschlands \* *Lauerermann* Zum Frieden verdammt \* *Armanski/Warburg* Afghanistan \* *Flörshheimer* Die Bundeswehr als „modernes“ Wirtschaftsunternehmen \* *Januschke* Politisch relevanter Totenkult \* *Demirović* Replik zu Schleyermacher (PROKLA 160) \* *Schleyermacher* Antwort auf Demirović

**PROKLA 161 China im globalen Kapitalismus (Dezember 2010)** \* *Schmalz* China im globalen Kapitalismus \* *Schmidt* Exportorientiertes Wachstum in China, Japan und Deutschland – Herausforderung oder Bestandteil der US-Hegemonie? \* *Armanski* Chinas Abgang von der Weltbühne \* *Sum* Kulturelle Politische Ökonomie der BRIC-Staaten \* *ten Brink* Der Aufstieg Chinas und die Kräftekonstellation in Ostasien \* *Goldberg* Afrika und die neuen asiatischen Wirtschaftsmächte \* *Silver/Zhang* China als Mittelpunkt der neuen Arbeiterunruhe \* *Butollo* Streikwelle in China \* *Harris* Irans grüne Bewegung

**PROKLA 160 \* Kulturkämpfe (September 2010)** \* *Salomon* Elemente neuer Bürgerlichkeit \* *Siri* Halbierung der Bürgerlichkeit \* *Drabeim/Krause/Reitz* Von Chancen und Statuskämpfen \* *Freudenschuß* Prekäre (Kultur)Kämpfe? \* *Weber* Finanzbildungsbürgertum \* *Seeliger/Knüttel* „Ihr habt alle reiche Eltern, also sagt nicht, Deutschland hat kein Ghetto!“ \* *Schnath* Hartz IV \* *Burkett/Forster* Stoffwechsel, Energie und Entropie in Marx' Kritik der politischen Ökonomie (Teil II) \* *Mangold* Arbeitsrecht unter Druck \* *Schlemmermeyer* Kritik der Politik als Politikwissenschaft? Zur Aktualität J. Agnolis

**PROKLA 159 \* Marx! (Juni 2010)** \* *Demirović* Struktur, Handlung und idealer Durchschnitt \* *Marti* Marx und die politische Philosophie der Gegenwart \* *Stadlinger/Sauer* Dialektik der Befreiung oder Paradoxien der Individualisierung? \* *Burkett/Foster* Stoffwechsel, Energie und Entropie in Marx' Kritik der politischen Ökonomie (Teil I) \* *Pahl* Marx, Foucault und die Wissenssoziologie der Wirtschaftswissenschaften \* *Milios/Sotiropoulos* Marxsche Theorie und Imperialismus

**PROKLA 158 \* Postkoloniale Studien als kritische Sozialwissenschaft (März 2010)** \* *Franzki/Aikens* Postkoloniale Studien \* *Quijano* Paradoxien der eurozentrierten Moderne \* *Ernst* Dekolonisierung Boliviens \* *Framke/Tschurennev* (Anti-)Faschismus und (Anti-)Kolonialismus in Indien \* *Neubold/Scheibelhofer* Provincialising Multiculturalism \* *Abn/Havertz* Orientalismus im Verhältnis Südkorea – Japan \* *Kron* Subjektivität in transmigrierten Räumen.

**PROKLA 157 \* Der blutige Ernst: Krise und Politik (Dezember 2009)** \* *R. Schmidt* Nachruf auf Jürgen Hoffman \* *Hoffman* Die Krise von 1929 \* *I. Schmidt* Große Krisen seit den 1930er Jahren \* *Becker/Jäger* Die EU und die Krise \* *Dörre u.a.* Krise ohne Krisenbewusstsein? \* *Kaündl* Extrem Rechte in der Krise \* *Demirović* Wirtschaftskrise und Demokratie \* *Stützle* Keynesianismus \* *Boris/Schmalz* Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft \* *Al Taber/Ebenau* Indien und die Wirtschaftskrise \* *van Dyk* Gegenstrategien als Systemressource?

# WERKSTATTGESCHICHTE

## WERKSTATTGESCHICHTE

3 Hefte pro Jahr,  
jeweils ca. 128 Seiten  
Jahresabopreis 37,00 €  
Einzelheft 14,00 €  
ISSN 0942-704X

## WERKSTATTGESCHICHTE

ist eine Werkstatt für kritische und innovative Geschichtsschreibung. WERKSTATTGESCHICHTE wendet sich an diejenigen, für die Geschichte ein Experimentier- und (Re)Konstruktionsfeld ist, deren Gestalt sich je nach den Fragen, die gestellt werden, verändert. Die Zeitschrift ist ein Ort, an dem über Geschichte und ihre AkteurInnen ebenso reflektiert wird wie über historisches Forschen und Schreiben. Sie bietet Platz, konventionelle Perspektiven zu durchbrechen und neue Formen der Darstellung zu erproben. Der Erfolg von WERKSTATTGESCHICHTE in den vergangenen Jahren hat gezeigt, dass Bedarf an einer wissenschaftlich neugierigen und methodologisch experimentellen Geschichtszeitschrift besteht. WERKSTATTGESCHICHTE will sich dieser Herausforderung stellen.

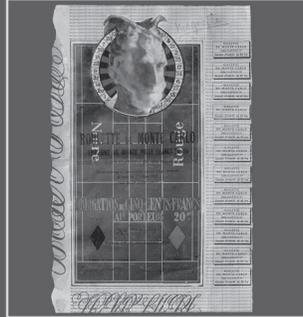
Die neueste Ausgabe mit dem Thema »wissen und wirtschaften« behandelt die gesellschaftliche Relevanz des Themas in Hinblick auch auf die Geschichtsforschung.

Ausführliche Informationen unter  
[www.klartext-verlag.de](http://www.klartext-verlag.de)

WERKSTATTGESCHICHTE 58

wissen und wirtschaften

KLARTEXT



Heßlerstraße 37 · 45329 Essen  
Tel.: 0201/86 206-0 · Fax: -22  
[www.klartext-verlag.de](http://www.klartext-verlag.de)  
[info@klartext-verlag.de](mailto:info@klartext-verlag.de)

KLARTEXT

## 295 Zukunft aus der Vergangenheit?

### Zum künstlerischen und kulturellen Erbe der DDR

I. HAMMER: Mattheuers Horizont

M. BIRCKEN & F. HAUG: Erinnerungen  
an Christa Wolf

D. SCHLENSTEDT: Volker Brauns neue  
Erzählung »Die hellen Haufen«

V. BRAUN: Die Mansfelder Artikel

K. H. GÖTZE: Gespräche mit dem toten  
Heiner Müller

D. KANNAPIN: Die Gegenwärtigen.  
DDR-Bild verfehlt

R. ULLRICH: Zur Geschichte des  
Theaters der DDR

H.-C. STILLMARK: Ende des  
Geschichtsdramas

U. SCHRÖTER: Das Wunder drüben  
waren die Frauen

D. X. NOACK: Muammar al-Gaddafi  
– Ende eines Herausforderers

M. PAETAU: Piraten am Kreuzweg der  
Wissensordnung

H. SANDER: Der Republikanische Klub:  
Ein Ort mit Dichte

D. DEHM: Franz Josef Degenhardt

Einzelheft 12 € ; Abo: 6 Hefte pro Jahr 59 € (ermäßigt 45 €) zzgl. Versand

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de

Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin

Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270

Redaktion DAS ARGUMENT · c/o Elske Bechthold

Kanalweg 60 · 76149 Karlsruhe

Tel: +49-(0)721-7501-438 · argument@inkrit.org

# WIDERSPRUCH

54

MÜNCHNER ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE

## Fortschritt

- Konrad Lotter  
FAQ zum Thema Fortschritt
- Johannes Rohbeck  
Die Idee des Fortschritts in der Geschichtsphilosophie
- Reinhard Meiners  
Entwicklung der Technik und Fortschritt der Gesellschaft
- Alexander von Pechmann  
Vom Aufstieg und Fall eines Paradigmas
- María Isabel Peña Aguado  
Philosophieren zwischen den Grenzen
- Johann Jakob Grund  
Philosophische Heimatkunde: Walter Benjamin in Dachau
- Ignaz Knips  
Noam Chomsky, Albertus Magnus-Profeur 2011

MÜNCHNER ZEITSCHRIFT FÜR  
PHILOSOPHIE

Heft 54

## Fortschritt

- Johannes Rohbeck:  
Die Idee des Fortschritts in der  
Geschichtsphilosophie
- María Isabel Peña Aguado:  
Philosophieren zwischen den  
Grenzen
- Johann Jakob Grund:  
Philosophische Heimatkunde:  
Walter Benjamin in Dachau

Tengstr. 14 | D-80798 München

tel. & fax 089/272 04 37

www.widerspruch.com



## Sex sells? Sex sold.

**Schwerpunkt:** Eva Illouz und Sven Lewandowski zum Wandel von Sexualität im Kapitalismus.

Laura Mérit über queere Bildpolitiken und neue Verwertungsketten in der Sexindustrie.

**Außerdem:** Intimchirurgie, Polyamorie, Sex und Altern.

**Europa:** Die Idee eines „wilden Referendums“ erläutert Thomas Lohmeier, Susanne Goetze sichtet die französische Linke vor den Präsidentschaftswahlen. Sarah Diehl zu Selbsthilfe und Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in Europa.

Bestellen: [www.prager-fruehling-magazin.de](http://www.prager-fruehling-magazin.de)

# PHASE2

ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.

JAN.  
12

## FREUD'SCHES VERSPRECHEN 41

ZUM GESELLSCHAFTSKRITISCHEN  
POTENTIAL DER PSYCHOANALYSE

OLIVER JELINSKI: »Subjektbegriff der Psychoanalyse«

CHRISTINE KIRCHHOFF: »Vermittlung und Lückenphobie«

Interview mit CHRISTOPH TÜRCKE

BLAIR TAYLOR: »Fallstricke der  
Occupy Wall Street-Bewegung«

TOP B3ERLIN: »Staatspleiten, Eurokrise  
und (k)ein Aufstand«

PHASE2 erscheint alle 3 Monate und kostet 4 Euro  
ABO: 5 Ausgaben für 18 Euro  
ABO@PHASE-ZWEI.ORG

PHASE2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT  
BORNISCHE STR. 3D  
04277 LEIPZIG

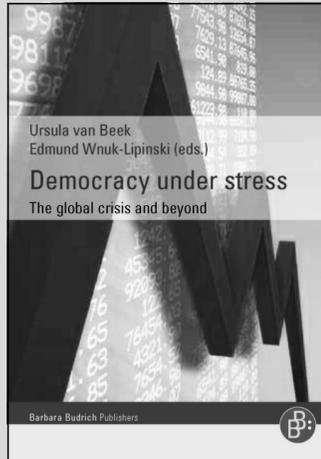
[WWW.PHASE-ZWEI.ORG](http://WWW.PHASE-ZWEI.ORG)

# Democracy after the financial crisis

**Ursula van Beek  
Edmund Wnuk-Lipinski (eds.)  
Democracy under  
stress**

The global crisis and beyond  
2012. 244 pp. Pb.  
29,90 € (D),  
30,80 € (A),  
41,90 SFr,  
US\$45.95, GBP 26.95  
ISBN 978-3-86649-453-4

This book focuses on the global financial crisis of 2008-2009 and its implications for democracy. Why and how did the crisis come about? Are there any instructive lessons to be drawn from comparisons with the Great Depression of the 1930s? What are the democratic response mechanisms to cope with serious crises? Do they work? Is China a new trend setter? Do values matter? Are global democratic rules a possibility? These are some of the key questions addressed in the volume.



Wissen, was läuft: Kostenlos **budrich intern** abonnieren!  
Formlose eMail an: [info@budrich.de](mailto:info@budrich.de) – Betreff: budrich intern

**Direkt bestellen: [www.budrich-verlag.de](http://www.budrich-verlag.de)**

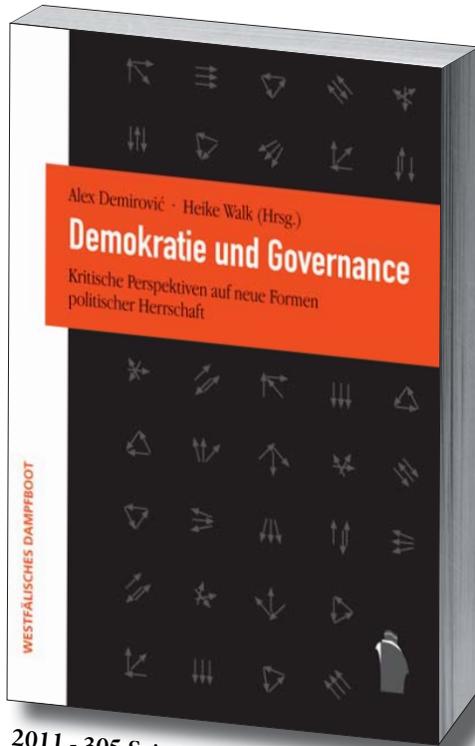


**Verlag Barbara Budrich • Barbara Budrich Publishers**  
Stauffenbergstr. 7 • D-51379 Leverkusen Opladen • Tel +49 (0)2171.344.594 •  
Fax +49 (0)2171.344.693 • [info@budrich-verlag.de](mailto:info@budrich-verlag.de) • [www.budrich-verlag.de](http://www.budrich-verlag.de)

## GUTE BUCHLÄDEN, IN DENEN DIE PROKLA ZU HABEN IST:

Augsburg	Probuch	Gögginger Str. 34
Bamberg	Collibri	Austr. 14
Berlin	Argument Buchladen	Reichenberger Str. 150
Berlin	Motzbuch	Motzstr. 32
Berlin	OH*21	Oranienstr. 21
Berlin	Pro qm	Almstadtstr. 48-50
Berlin	Schwarze Risse	Gneisenaustr. 2
Berlin	Schwarze Risse	Kastanienallee 85
Berlin	Schweitzer Sortiment	Französische Str. 13/14
Bielefeld	Eulenspiegel Buchladen	Hagenbruchstr. 9
Bielefeld	Buchhandlung in der Uni	Universitätsstr. 1
Bochum	Notstand e.V.	Universitätsstr. 150
Bochum	Universitätsbuchhandlung	Brüderstr. 3
Bonn	Buchladen 46	Kaiserstr. 46
Braunschweig	Guten Morgen Buchladen	Bültenweg 87
Bremen	Albatros Buchversand	Fedelhören 91
Bremen	Buchladen in der Neustadt	Lahnstr. 65 B
Bremen	Buchladen im Ostertor	Fehrfeld 60
Darmstadt	Georg-Büchner-Buchladen	Lautenschlägerstr. 18
Dortmund	Buchladen Litfass	Münsterstr. 107
Dortmund	Taranta Babu	Humboldtstr. 44
Dresden	Im Kunsthof	Bucher Str. 31
Düsseldorf	Buchhandlung BiBaBuze	Aachener Str. 1
Essen	Heinrich-Heine-Buchhandlung	Viehofen Platz 8
Flensburg	Carl v. Ossietzky Buchhandlung	Große Str. 34
Frankfurt	Karl-Marx-Buchhandlung	Jordanstr. 11
Frankfurt	Land in Sicht	Rotteckstr. 13
Frankfurt	Uni-Buch	Jügelstr. 1/Studentenhaus
Frankfurt	Theo Hector	Gräfr. 77
Frankfurt	Ypsilon-Buchladen	Bergerstr. 18
Freiburg	Jos Fritz	Wilhelmstr. 15
Gießen	Ricker'sche Universitätsbuchhandlung	Ludwigsplatz 12-13
Göttingen	Buchladen Rote StraÙe	Nikolaikirchhof 7
Hamburg	Buchhandlung im Schanzenviertel	Schulterblatt 55
Hamburg	Buchladen in der Osterstraße	Osterstr. 171
Hamburg	Heinrich-Heine-Buchhandlung	Grindelallee 26
Hannover	Buchladen Annabae	Stephanustr. 12-14
Kassel	ABC-Buchladen	Goethestr. 77
Köln	Der andere Buchladen GmbH	Weyertal 32
Köln	Der andere Buchladen GmbH	Wahlenstr. 1
Köln	Der andere Buchladen GmbH	Ubierring 42
Konstanz	Zur Schwarzen Geiß	Am Obermarkt 14
Krefeld	Der andere Buchladen	Donysiusstr. 7
Lüneburg	Delbanco	Besemerstr. 3
Mannheim	Der andere Buchladen	M 2, 1
Marburg	Buchhandlung Roter Stern	Am Grün 28
Mönchengladbach	Prolibri-Buchladen	Schillerstr. 22-24
München	Abella Versandbuchhandlung	Wimmerstr. 5
München	Basis Sozialwiss. Fachbuchh.	Adalbertstr. 41 B
Münster	Rosta-Buchladen	Aegidiistr. 12
Nürnberg	Ex Libris	Bismarckstr. 9
Oldenburg	Carl-von-Ossietzky Buchhandlung	Uhlhornsweg 99
Osnabrück	Buchhandl. Dieter zur Heide	Osterberger Reihe 2-8
Potsdam	Buchladen Sputnik	Charlottenstr. 28
Ratingen	Buchcafé Peter & Paula	Grütstr. 3-7
Tübingen	Rosalux	Lange Gasse 27
Saarbrücken	Der Buchladen	Försterstr. 14
Siegen	Bücherkiste	Bismarckstr. 3
Wiesbaden	Buchh. Otto Harrassowitz	Tanusstr. 5
Würzburg	Buchladen Neuer Weg	Sanderstr. 33-35
A-Graz	dradiwaberl	Zinzendorfsgasse 25
A-Wels	Buchhandlung Infoladen Wels	Spitalhof 3
A-Wien	Lhotzkys Literaturbuffet	Rotensterngasse 2
A-Wien	Karl Winter	Rathausstr. 18

*Eine kritische Perspektive  
auf neue Formen politischer Herrschaft*



2011 - 305 Seiten - € 29,90  
ISBN: 978-3-89691-872-7

Die neu entstehenden Governance-Systeme verändern die Architektur politischer Herrschaft. Die formalen Eigenschaften demokratischer Regime werden weiter aufgeweicht, Legitimität wird eher in Prozessen effizienten Regierens als in der vernünftigen Willensbildung gesucht. Fragen der In- und Exklusion werden zunehmend durch die Macht einflussreicher Interessengruppen entschieden.

Es schreiben u. a. Hans-Jürgen Bieling, Uli Brand, Detlef Sack, Bob Jessop, Birgit Sauer, Horst Schmitthenner und Peter Wahl.



ISSN 0342-8176  
ISBN 978-3-89691-366-1

